





Aleksandra Kruk

**DIE ROLLE UND BEDEUTUNG VON HANS-DIETRICH GENSCHER  
IN DER INNEN- UND AUSSENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND IN DEN JAHREN 1969-1992**

**Gutachter der Dissertation:**

Prof. Dr. Anna Wolff-Powęska

Prof. Dr. habil. Janusz Węc

Eine Dissertation unter der Betreuung von Prof. Dr. Bogdan Koszel.

**Umschlaggestaltung:**

Zbigniew Kantyka

**Layout:**

Przemysław Grzonka

© Copyright by Aleksandra Kruk and UNIKAT 2 Katowice 2010

Die Vergabe des Professor Piotr Dobrowolski Preises findet unter der Schirmherrschaft seiner Magnifizienz des Rektors der Schlesischen Universität Prof. Dr. habil. Wiesław Banyś und des Präsidenten der Stadt Ruda Śląska Andrzej Stania statt.

Der Wettbewerb um den Professor-Piotr-Dobrowolski-Preis wird von dem Institut für Politikwissenschaften und Journalismus der Schlesischen Universität betreut.

Die Publikationsreihe zum Professor-Piotr-Dobrowolski-Preis wird vom Zentrum für Innovation, Technologietransfer und Entwicklung, Stiftung der Schlesischen Universität, betreut.

**ISBN: 978-83-927686-3-0**

**Deutsche Übersetzung:**

Anna Koselska (Kapitel I-IV, Einführung, Zusammenfassung)

Dominika Skipioł (Vorwort, Der große Mann)

Rafał Żytyniec (Teil über Balkankrieg)

Esther Williges (Korrektur)

**Druck:**

UNIKAT 2

Ul. Dzieciołów 9

40-532 Katowice

---

## INHALTVERZEICHNIS

<b>Inhaltverzeichnis</b> .....	3
<b>Vorwort - <i>Agnieszka Turska-Kawa</i></b> .....	5
<b>Der grosse Mann - <i>Robert Radek</i></b> .....	7
<b>Einführung</b> .....	9
<b>Kapitel I Genschers Weg in die Politik</b> .....	13
Jugend .....	13
Flucht aus der DDR .....	18
Anfang der politischen Karriere.....	22
Bundestagabgeordneter.....	27
<b>Kapitel II Genschers Einfluss auf die Innenpolitik</b> .....	35
Innenminister .....	35
FDP-Vorsitzender.....	44
<b>Kapitel III Genscher in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland</b> ..	65
Der Architekt der Deutschen Wiedervereinigung .....	65
Europäische Einheit .....	87
<b>Kapitel IV Jenseits der großen Politik</b> .....	101
Gründe für die Rücktritt.....	101
<i>A) Genschers Argumentation</i> .....	101
<i>B) Kritik an der Außenpolitik Genschers nach der Wiedervereinigung Deutschlands als ein Grund des Rücktritts — Der Fall Irak und das ehemalige Jugoslawien</i> ....	104
Deutsche und internationale Bewertungen Genschers.....	120
<b>Zusammenfassung</b> .....	125

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	127
Veröffentlichungen von Hans-Dietrich Genscher .....	127
Quellen.....	129
Tageb und Erinnerungen .....	129
Monographien.....	130
Presse .....	141
Internet .....	141

## VORWORT

Am 22. September 2009, während des von der Polnischen Gesellschaft für Politikwissenschaften und dem Komitee für Politikwissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften veranstalteten I. Kongresses der Politologie, haben wir die zweite Auflage des Wettbewerbs um den Prof.-Piotr-Dobrowolski-Preis abgeschlossen. In dessen Zuge ist Frau Dr. Aleksandra Kruk, Absolventin des Promotionsstudiums an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznan, zur Siegerin gekürt worden. Ihre unter der Betreuung von Prof. Dr. habil. Bogdan Koszel verfasste Dissertation erntete die besten Noten der Rezensenten, die besonders die wertvollen Quellen und die gründliche Analyse des Forschungsstands im In- und Ausland unterstrichen. Das Buch bildet den zweiten Band der Prof.-Piotr-Dobrowolski-Reihe.

Prof. Piotr Dobrowolski war einer der Vorreiter der Deutschlandforschung. Er hielt Vorträge an Hochschulen im In- und Ausland, betreute und begutachtete zahlreiche Arbeiten zur deutsch-polnischen und deutschen Thematik. Durch seine wissenschaftliche Aktivität, sein immenses Wissen und seine Fähigkeit, eigene Forschungsideen in seinen Schülern blühen zu lassen, wurde er zum Vorbild für viele junge Wissenschaftler, die heutzutage den Gedanken der von ihm initiierten Forschung fortsetzen wollen.

Nach dem Tod des Professors hat der Hauptvorstand der Polnischen Gesellschaft für Politikwissenschaften auf Anregung seiner Freunde und Schüler den Prof.-Piotr-Dobrowolski-Preis für die besten Doktorarbeiten zur Deutschland-Problematik ausgeschrieben. Mit der praktischen Durchführung des Wettbewerbs ist der Vorstand der Abteilung der PTNP in Katowice beauftragt worden. Er dient nicht nur dem Andenken an den großen Professor, sondern durch seine Umsetzung möchten wir auch die Idee des friedlichen Zusammenlebens von Deutschland und Polen verbreiten, zum wechselseitigen Kennenlernen der Kulturen, der Traditionen, der Geschichte einladen und auf Richtungen der möglichen kreativen Zusammenarbeit zwischen den Nachbarationen auf unterschiedlichen Gebieten hinweisen.

Der Wettbewerb erfreut sich eines großen Interesses und der Unterstützung der akademischen und kommunalen Kreise sowie der Fachleute, Theoretiker und Anwender, die sich mit verschiedenen Bereichen der deutsch-polnischen Beziehungen und der Deutschlandforschung befassen. Die Schirmherrschaft über das Vorhaben halten Seine Magnifizienz Rektor der Schlesischen Universität

Prof. Dr. habil. Wieslaw Banys und der Präsident der Stadt Ruda Slaska Andrzej Stania. Der Wettbewerb wird auch von Marschall der Schlesischen Woiwodschaft Boguslaw Smigielski, Vizemarschall des Senats der Republik Polen Krystyna Bochenek, dem Zentrum für Innovation, Technologietransfer und Entwicklung, der Stiftung der Schlesischen Universität, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit sowie dem Haus für deutsch-polnische Zusammenarbeit unterstützt.

\*\*\*\*\*

Wir möchten uns herzlich bei allen bedanken, die zur Initiierung und Popularisierung des Wettbewerbs beigetragen haben. Besonders danken wir Frau Prof. Teresa Sasinska-Klas, der Hauptvorstandsvorsitzenden der Polnischen Gesellschaft für Politikwissenschaften, dank der die mit ihm verbundenen Ideen und Pläne reale Gestalt angenommen haben. Wir danken Prof. Jan Iwanek, Direktor des Instituts für Politikwissenschaften und Journalismus der Schlesischen Universität für die Betreuung des Wettbewerbs. Herzlichen Dank für Unterstützung und kostbare Anmerkungen richten wir auch an Frau Prof. Barbara Kozusznik, Prorektorin für studentische, Öffentlichkeitsarbeits- und Auslandsangelegenheiten, Prof. Wieslaw Kaczanowicz, Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Schlesischen Universität, und Prof. Mieczyslaw Stolarczyk, Leiter des Fachteils Internationale Beziehungen des Instituts für Politikwissenschaften und Journalismus der Schlesischen Universität.

*Agnieszka Turska-Kawa  
Polnische Gesellschaft für Politische  
Wissenschaft Abteilung Katowice*

## DER GROSSE MANN

Obwohl seit dem Tag, an dem ich Prof. Piotr Dobrowolski zum letzten Mal gesehen habe, bereits viel Zeit vergangen ist, habe ich noch immer ein klares Bild des großen Forschers vor Augen, eines Menschen, der immer und überall Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft erwies und bis zum Ende des Lebens mit seinem Rat allen half, von denen er darum gebeten worden war. Es ist schwer, mit diesem kurzen Erinnerungswort das Ausmaß der Dankbarkeit der Person gegenüber zum Ausdruck zu bringen, die mich als Wissenschaftler aufgebaut hat. Als Schüler des Professors empfinde ich es als große Ehre, um eine kurze Beschreibung gebeten worden zu sein, wie ich ihn im Gedächtnis behalten habe.

Zum ersten Mal traf ich Prof. Piotr Dobrowolski im ersten Semester meines Studiums der Politologie, als er als Direktor des Instituts für Politikwissenschaften und Journalismus der Schlesischen Universität im Rahmen einer Organisationsveranstaltung die frisch gebackenen Studierenden ins Haus der schlesischen Alma Mater einführte. Während dieses Treffens konnte man die große Leidenschaft eines in jeder Sache hilfsbereiten und für den Dialog offenen Menschen bemerken. Er erschien mir als ruhige, vornehme Person „älteren Datums“. Diese Bezeichnung bedeutete keinesfalls etwas Negatives, im Gegenteil - sie markierte, meiner Meinung nach, alle erforderlichen Eigenschaften des Forschers wie sehr gute Umgangsformen, Wissen, Ruhe, Ausgeglichenheit, Präzision und Achtung für den anderen Menschen. Ich habe mich in meinen Mutmaßungen über ihn nicht geirrt und im Laufe der Zeit in der Überzeugung gestärkt, dass gerade der Professor zur Gruppe von potenziellen Vorbildern gehört. Während des Studiums hatte ich die Möglichkeit, seinen Vorlesungen beizuwohnen. Im Gedächtnis blieben zwei Lehrveranstaltungen, die mein Interesse für die Thematik geweckt haben, welche meinen Forschungsschwerpunkt für die nächsten Jahre bestimmt hat. Die erste war das dem Problem der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in Europa gewidmete Kolloquium. Wie sich beobachten ließ, faszinierte die neue, dem politischen Kontext im zusammenwachsenden Europa entsprechende Problematik den Professor, der diese wissenschaftliche Begeisterung auf die Studierenden übertragen wollte. Jahre später kann ich feststellen, dass seine Anstrengung nicht umsonst gewesen ist und ich diesen Teil der Leidenschaft übernommen habe, indem ich unter seiner Betreuung zuerst die Magisterarbeit über die Bedeutung der deutsch-polnischen Übergrenzen-Zusammenarbeit im Prozess

der Integration Polens in die europäischen Strukturen verfasst und anschließend mit der Arbeit an der Dissertation zum Thema Bedeutung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in der Entwicklung der lokalen und regionalen Gemeinschaften angefangen habe. Die andere besonders interessante Lehrveranstaltung des Professors war seine Vortragsreihe über die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt. Zusammen mit den Kommilitoninnen und Kommilitonen stellten wir damals fest, dass diese Thematik den Professor vermutlich am meisten interessierte, weil sein Engagement, seine Erzählungsart und viele interessante Anekdoten zeigten uns, wie viel Aufmerksamkeit er dieser Problematik widmete. Man kann die Deutschlandforschung zweifellos als sein Hobby bezeichnen. Als Zeichen der Anerkennung der Hingabe und des Forschungseifers des Professors hat die Polnische Gesellschaft der Politikwissenschaften den Prof.-Piotr-Dobrowolski-Preis für die beste Dissertation zur deutschlandbezogenen Problematik etabliert.

In der Erinnerung an seine wissenschaftlichen Errungenschaften und sein großes Engagement in die Arbeit mit Studierenden, darf man die Relationen im Mitarbeiterteam nicht vergessen. Ich erinnere mich an den Tag, als ich vom Professor den Vorschlag erhalten habe, in seinem Team zu arbeiten. Es war für mich eine große Ehre sowie das Gefühl der Dankbarkeit und der Verantwortung für das in mich gesetzte Vertrauen. Die Besprechungen im Fachteil und die Doktorandenkolloquien waren für den Professor sehr wichtig. Der Professor beachtete Menschen... jeden Studierenden, jeden Promovierenden, jeden Mitarbeiter, er war zu jedem freundlich. Er hatte immer Zeit und war nie in Eile, als ob der modernen Welt zum Trotz. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass er wusste, wohin der Weg führte und seinen Gesprächspartnern Zeit gab, die Richtung selbst zu entdecken. Die Weisheit seiner Entscheidungen und vor allem die Freiheit, die er seinen Mitarbeitern einräumte, sind mir auch als sein großes positives Merkmal im Gedächtnis geblieben.

Schließlich die traurigste Zeit, als der Professor in Krankheit wie Widrigkeiten zum Trotz der gleiche blieb, zuverlässig, freundlich, warmherzig... Ich erinnere mich, wie er mich zur Arbeit an der Promotion ermutigte und nach neuen Kapiteln fragte, die er wie immer genau las und mit wertvollen Anmerkungen und Kommentaren versah. Obwohl er es nicht geschafft hat, die Betreuung der Promotion zu Ende zu bringen, weiß ich, dass ich das glückliche Finale seinen Ratschlägen und Anregungen verdanke.

Professor, danke...

*Robert Radek*  
*Institut für Politikwissenschaften und Journalismus*  
*der Schlesischen Universität*

## EINFÜHRUNG

Hans-Dietrich Genscher ist eine in der Bundesrepublik Deutschland und auch im Ausland bekannte Gestalt. Er gehörte der Hitlerjugend-Generation an, war ein Helfer der Flugabwehrtartillerie, einer der vielen Deutschen, die sich nach dem II. Weltkrieg entschlossen haben, aus der DDR in die Bundesrepublik auszuwandern. Genscher, geboren 1927, Vertreter der Helmut Schelsky Generation, wurde zum Beobachter des Wirtschaftswunders von Ludwig Erhard. Sein Erwachsenenleben wurde durch die Erfahrung einer Lungenkrankheit geprägt. Nach der langen Rehabilitation hatte sich in ihm die Überzeugung gefestigt, dass man aktiv und arbeitsam leben soll.

1965 wurde Genscher zum Abgeordneten im Bundestag und war dort bis zum Jahr 1998 tätig. In der Willy Brandt Regierung, in den Jahren 1969 bis 1974 wurde er zum Innenminister, danach von 1974 bis 1992 bekleidete er das Amt des Außenministers. In der Außenpolitik personifizierte Genscher die Idee der Kontinuität und bemühte sich, die Bundesrepublik im Ausland als ein demokratisches Land darzustellen. Zweifellos hat Genscher die Innenpolitik und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sehr geprägt. Dadurch entstand in der Welt der Politik und des Journalismus der Terminus *Genscherismus*.

Genscher zeichnete sich durch außergewöhnliche politische Aktivität aus und seine 18-jährige Leitung des Auswärtigen Amtes wird bestimmt in die Geschichte der internationalen Diplomatie eingehen. Zu den wichtigsten Bestandteilen seiner Tätigkeit als Diplomat gehörten: die Ostpolitik, Sicherheit und Abrüstung, das Streben nach der Wiedervereinigung und die Europäische Integration.

Als Innenminister wurde Genscher schnell beliebt in der W. Brandt Regierung. Er konzentrierte sich auf die Bereiche der Sicherheit, des Umweltschutzes und der Reform des öffentlichen Dienstes. Genscher war ein Gegner des Terrorismus und initiierte die Gründung einer speziellen Einheit zur Bekämpfung des Terrorismus.

Als Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei (FDP) stieß Genscher auf Vorwürfe, dass er nicht nach dem Parteiprogramm und gemäß der Parteiideologie handelt. Das war der Preis für die Regierungsbeteiligung der Liberalen. Die FDP ist zu einer Partei geworden, die ausschließlich von Genscher geführt wurde.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist der Nachweis, dass Genscher eine der Hauptrollen auf der westlichen (deutschen) und internationalen politischen Bühne spielte,

insbesondere in den achzigen und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Frage ist, welche Persönlichkeitszüge die Wirksamkeit seiner Handlungen bestimmten und was schlicht ein Ergebnis der Tatsache war, dass Genscher ein Land mit starkem Durchsetzungsvermögen im internationalen Umfeld vertrat. Ein weiteres Forschungsproblem ist die Beurteilung von Genschers diplomatischem Einfluss auf die Vertiefung des Deutschlandbildes als ein vertrauenswürdigen, für das Schicksal Europas verantwortliches Land, das sich an der Lösung von Problemen globalen Ausmaßes aktiv beteiligt. Genscher steuerte die deutsche Außenpolitik während der Kanzlerschaft außergewöhnlicher Politiker wie Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Deshalb stellt sich die Frage, wie sich ein Politiker unter den Bedingungen der Kanzlerdemokratie um die Realisierung seiner eigenen politischen Konzepte kümmern kann und die Durchführung des Programms seiner eigenen Partei sicherzustellen vermag. Dieses Problem stellt sich noch verstärkt einem Außenminister, da in der deutschen politischen Praxis ein großer Teil der Außenpolitik traditionell dem Kanzler (sog. Chefsache) untersteht und der Einfluss des Außenministers auf den Entscheidungsprozess im Staat nur von seiner Geschicklichkeit und Kraft der Argumentation abhängt.

Bisher ist keine Monographie über den bedeutenden Politiker Genscher in polnischer Sprache erschienen. Dieses Buch bietet eine Zusammenfassung der Doktorarbeit der Autorin, die am Forschungsinstitut für Deutschkunde am Institut für Politikwissenschaften und Journalismus der Adam Mickiewicz Universität in Posen eingereicht wurde. Die vorliegende Arbeit entstand auf der Grundlage von im Archiv des deutschen Liberalismus in Gummersbach durchgeführten Recherchen. Eine unschätzbare Hilfe waren die „Erinnerungen“ von Genscher, die leider bis jetzt nicht in einer polnischen Fassung erschienen sind.

Zum Schreiben der vorliegenden Arbeit wurden Biographien und Monographien über die Rolle Genschers Außen- und Innenpolitik der BRD herangezogen. Vor allem muss auf die Arbeiten von Jürgen Lorenz, Werner Filmer und Heribert Schwan, Helmut R. Schultze, Richard Kiessler sowie Ulrich Wickert hingewiesen werden. Als besonders nützlich erwies sich die von Hans-Dieter Lucas herausgegebene Artikelsammlung „Genscher, Deutschland und Europa“.

Die Recherche in dem Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach ermöglichte der Autorin den Zugang zu den Dokumenten des FDP-Vorstandes sowie zu den von Genscher während der Parteitage gehaltenen Reden und weiteren Dokumenten der Liberalen. Informationen aus dem „Archiv der Gegenwart“ und vom „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung“ herausgegebenen Dokumente wurden ausgewertet. Darüber hinaus wurden auch die Sammlungen der diplomatischen Dokumenten zu den polnisch-deutschen Beziehungen genutzt, insbesondere die Arbeit „Polen gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands 1989-1991. Diplomatische Dokumentation.“ von Włodzimierz Borodziej sowie die Arbeit „Polnische Politik und Diplomatie gegenüber Deutschland. Bd. II 1971-1990“ von Mieczysław Tomala.

---

Quellen dieser Arbeit sind außerdem Erinnerungsliteratur und Tagebücher. Neben den Erinnerungen von Hans-Dietrich Genscher selbst erwiesen sich die Erinnerungen der Kanzler Willy Brandt, H. Kohl, H. Schmidt als bedeutsam. Zu wichtigen Quelle wurden ebenfalls die Erinnerungen der deutschen Liberalen Erich Mende und Wolfgang Schollwer. In das Kapitel über die Rolle Genschers im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands gingen viele Informationen aus den Tagebüchern des Kanzlerberaters von H. Kohl, Horst Tetschick, ein.

An polnischen Arbeiten wurden vorwiegend die Bearbeitungen des West-Institutes (Antoni Czubiński, Jerzy Krasuski, Krzysztof Malinowski, Anna Wolff-Powęska, Bogdan Koszel, Jadwiga Kiwerska sowie Stanisław Żerko) analysiert. Die grundlegende Literatur des Gegenstandes war die Monographie „Geschichte Deutschlands“ von Jerzy Krasuski. Die Analyse der Rolle von Genscher in der Gestaltung der Ostpolitik Deutschlands erleichterte der Autorin die Arbeit von Krzysztof Malinowski. Die Arbeiten von Bogdan Koszel und Zbigniew Mazur erwiesen sich sehr als hilfreich bei der Definition des „*Genscherismus*“.

Aufmerksamkeit sollte man den Arbeiten der Krakauer Wissenschaftler Janusz Józef Węc (im Bereich der Ostpolitik) und Arbeiten von Erhard Cziomer schenken, die der Ostpolitik sowie Problemen der deutschen Außenpolitik gewidmet sind. Arbeiten des Historikers Janusz Sawczuk aus Oppeln wurden auch einbezogen, die die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die sog. „Friedensforschung“ fokussieren. Unter den Warschauer Wissenschaftler wurden die Arbeiten von Mieczysław Tomala, Witold M. Góralski sowie Jan Barcz der Analyse unterzogen. Sie ermöglichten die Beurteilung der Rolle von Genscher im Bereich der polnisch-(west-)deutschen Beziehungen.

Unter den deutschen Autoren sollte man auf die Arbeiten von Karl-Dietrich Bracher, Christian Hacke, Wolfgang Jäger und Werner Link, Hans-Peter Schwarz, Gregor Schöllgen eingehen. Sie ermöglichen das Kennenlernen der Epoche, in der Genscher seine politischen Ziele verfolgte. Die Arbeiten von Dieter Bingen und Peter Bender ergänzten die Ausführungen zum Thema des Engagements von Genscher in der Gestaltung der Ostpolitik.

Ich danke Herrn Bogdan Koszel, Frau Anna Wolff-Powęska sowie Herrn Janusz Józef Węc für die freundliche Unterstützung und ihre kritischen Anmerkungen zu dieser Arbeit.



---

## KAPITEL I

### GENSCHERS WEG IN DIE POLITIK

#### 1. Jugend

Hans-Dietrich Genscher wurde am 21. März 1927 geboren, in der Zeit, in der Gustav Stresemann das im I. Weltkrieg besiegte Deutschland auf die Bühne der Weltpolitik brachte<sup>1</sup>. Er kam in Reideburg, nicht weit von Halle, zur Welt und sein ganzes Leben lang empfand er die Bindung an seine „kleine Heimat“<sup>2</sup> und sagte oft, dass jeder seine Wurzeln hat. Er war stolz, dass er in Halle groß geworden ist und erzählte oft über seine Heimatstadt. Er lobte ihre Industrie, Kultur und die 1648 gestiftete Universität. Er wies auf die Verdienste der Stadtgründer hin und auf die, die zu ihrer Entwicklung beitrugen. Auch als Außenminister besuchte er Halle oft. Er empfing dort den britischen Außenminister Douglas Hurd. Der amerikanische Staatssekretär James A. Baker betonte die Rolle dieser Stadt im Leben des Politikers und Michail S. Gorbatschow sprach über Genscher als „klugen Menschen aus Halle“<sup>3</sup>.

Auf dem Lande großgezogen nannte er sich Sachse aus der Provinz, wodurch er sich von den Bewohnern von Halle unterschied, die sich weder als reine Sachsen noch als reine Preußen fühlten. Er war der Meinung, dass er sich ähnlich wie seine Landsleute durch Fleiß so wie innere und äußere Unruhe auszeichnete, und hatte darüber hinaus Angst davor, etwas zu übersehen. Die Sachsen sehnten sich nach fremden Plätzen, die sie erkunden können, deswegen sind sie oft auf Reisen<sup>4</sup>.

---

<sup>1</sup>Vgl. K. Jonca, Polska we „Wspomnieniach“ Hansa-Dietricha Genschera, „Zbliżenia”, Nr 1/1998, S. 5; H.R. Schulze, R. Kiessler, H.-D. Genscher, Ein deutscher Außenminister, München 1990, S. 29.

<sup>2</sup>Vgl. Halle dla Genschera oznaczało tyle, co Berlin dla Willy Brandta, [In:] H.-D. Lucas (Hrsg.), Von Halle nach Bonn, [In:] H.-D. Lucas, Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 25.

<sup>3</sup>Vgl. R. Bettzuge, Hans-Dietrich Genscher, Eduard Schewardnadse. Das Prinzip Menschlichkeit, Reinbek 1994, S. 41; D. Hurd, Hans-Dietrich Genscher, Außenpolitik in historischem Bewußtsein, [In:] K. Kinkel (Hrsg.), In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten, Berlin 1997, S. 459; James A. Baker, Der Freund und Staatsmann, [In:] K. Kinkel (Hrsg.), op.cit. S. 446-448; M. S. Gorbatschow, Der weise Mann aus Halle, K. Kinkel (Hrsg.), op.cit, S. 210.

<sup>4</sup>Vgl. W. Filmer, H. Schwan, Hans-Dietrich Genscher, Moewig bei Ulstein 1993, S. 15-19.

An Sachsen erinnerte er sich gern, da er dort eine sorgenfreie Kindheit erlebt hatte. Er war der erste, gewünschte und erwartete Sohn. Die ersten sechs Jahre seines Lebens verbrachte er auf dem Bauernhof seiner Großeltern. Da er oft Tiere versorgte, musste er lernen, zeitig aufzustehen. In den ersten Lebensjahren hatten vor allem die Großeltern Einfluss auf seine Erziehung. Er mochte besonders den Vater seiner Mutter, den sanften Opa Otto Kreime. Den zweiten Großvater Franz Genscher nahm er dagegen als einen autoritären Mann wahr, dessen Hauptziel die Ausbildung der Söhne war. Die kummerfreien und glücklichen Kinderjahre verbrachte er oft mit Gesprächen mit Opa Otto, der dem Enkelsohn anvertraute, dass er in seiner Jugend Lehrer werden wollte. Letztlich entsprach er jedoch dem Willen seines Vaters und blieb nach dem Erhalt des Abiturzeugnisses auf dem Lande, um in der Landwirtschaft zu arbeiten. Nach den Mühen der täglichen Arbeit, auf seinem 30 ha großen Hof schaffte er es noch dem Enkel das Wissen über die Welt zu vermitteln. Der Großvater hatte einen breiten Wissenshorizont. Er konnte Fremdsprachen, war von Frankreich fasziniert und der Radioempfänger vom Typ „Saba“ war für ihn oft die Quelle des Wissens. Er band den Jungen nicht nur dank seiner Gelehrsamkeit an sich sondern auch dank seiner ungewöhnlichen Wärme und Lebensfreude<sup>5</sup>.

Den Eltern, Hilde Kreime und Kurt, brachte Hans-Dietrich Hochachtung entgegen. Nach vielen Jahren stellte er fest, dass ihre Generation mit traumatischen Erlebnissen belastet war: „zwei Weltkriege, der Zusammenbruch des Kaiserreiches, Weimarer Republik, Hitlers Diktatur, dann die neue Pleite der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen. Das war viel zu viel für eine Generation“<sup>6</sup>.

1933 zog die dreiköpfige Familie nach Halle um. Der Vater konnte als Jurist der Familie ein gesichertes Dasein bieten. Die Pflicht von Hans-Dietrich wurde das Lernen. Nach einer Woche des Schulbesuchs in Reideburg, wechselte er zu der Johannes-Volksschule in Halle. Die Entwicklungen der deutschen Politik im Jahre 1933 führten zu Veränderungen im Sozialisierungsprozess der Kinder. Das eigene Land lernte er vor allem in der Schule kennen, wo sich immer stärker der Indoktrinationsprozess und die Nazipropaganda verbreiteten<sup>7</sup>. Als Volksschüler nahm er am Unterricht über die Vergangenheit Deutschlands teil, wo er die Geschichte über den Dolchstoß und den Versailler – Vertrag hörte. Er lernte Volkslieder und beteiligte sich zusammen mit Gleichaltrigen an den in der Schule gebangenen neu geschaffenen Feiertagen<sup>8</sup>.

---

<sup>5</sup>Vgl. U. Wickert, Sternstunde der Deutschen. Hans-Dietrich Genscher, Stuttgart – Leipzig 2000, S. 17-18; W. Filmer, H. Schwan, op. cit., S. 19-20; H.-D. Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 29-30.

<sup>6</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op.cit., S. 27.

<sup>7</sup> K. Sosnowski, Dziecko w systemie hitlerowskim, Warszawa – Poznań 1962, S. 21-36.

<sup>8</sup> Unter den Festen im III. Reich werden u.a. 30. Januar als die Hitler-Machtübernahme; 24. Februar – das Fest der Partei zur Proklamation des Parteiprogramms in 1920; der letzte Sonntag im März „Jugendvereidigung“ ( die Aufnahme der vierzehnjährigen in den Hitlerjugend oder zum Bund Deutscher Mädel); 20. April – Führergeburtstag, in: Ch. Zentner, F. Bedürftig, Das grosse Lexikon des Dritten Reiches, München 1985, S. 174.

Hans-Dietrich Genscher schreibt in den Erinnerungen über seinen Vater: „Als Mitglied der Deutsch – Nationalen Volkspartei (DNVP) war er kritisch gegenüber dem Nationalsozialismus eingestellt. Ich werde es nie vergessen, wie er immer wiederholte: „Hitler bedeutet Krieg“<sup>9</sup>.

Kurt Genscher erlebte nicht den Beginn des 2. Krieges. 1936 machten sich die seit dem I. Weltkrieg nicht richtig geheilten Krankheiten bemerkbar. Er verstarb am 26. Januar 1937 infolge von Komplikationen einer nicht geheilten Nierenkrankheit. Hans-Dietrich war zu diesem Zeitpunkt 10 Jahre alt. Das Bild des Vaters, das er in seiner Erinnerung behielt, war also eine Kombination eigener Erinnerungen und familiärer Erzählungen. Er erinnerte sich besonders daran, dass der ihn erziehende Vater anstatt Strafen anzuwenden, sich oft auf den Menschenverstand des Sohnes berief<sup>10</sup>.

Nach dem Tod ihres Mannes widmete sich Hilde Genscher ganz der Erziehung des Sohnes. Sie hatte Angst vor der von Kurt Genscher gemachten Prophezeiung, dass sie nicht nur ihren Mann, sondern auch den Sohn überleben würde. Der Tod des Vaters führte aber dazu, dass sich der Sohn für die Mutter verantwortlich fühlte und sich bemühte, ihr immer zu helfen. Keine Frauen im Leben von Genscher war so wichtig wie Hilde Genscher<sup>11</sup>.

Die Mutter erinnerte sich an den Wunsch ihres Mannes, den Sohn auf ein Gymnasium zu schicken, auf dem Latein gelehrt wird. Hilde Genscher wählte dem Willen folgend das reformierte Gymnasium in Halle. Genscher begann den Schulbesuch am 5. April 1937 nach dem Bestehen der Aufnahmeprüfungen. Er wurde damals vom Opa Kurt belohnt und erinnerte sich noch nach Jahren, dass es das einzige Mal war, dass er von ihm etwas geschenkt bekam.

Der Junge zeichnete sich im Vergleich zu den anderen Kindern nicht aus. Er lernte und traf sich mit seinen Mitschülern. Den größten Spaß machte ihm der Unterricht in Deutsch, in Geschichte und in Erdkunde. Er war in der Schule als hilfsbereit und gesellig bekannt. Er hatte einen langen Schulweg. Die Fahrt zu Pferderennen bereitete ihm viel Freude. In der Schule war er der Mitbegründer eines „Biochemiebundes“ und eines „Fahrradclubs“. Er half der Mutter und war sehr sparsam. Er las viel und er verschlang nicht nur die Werke von Karl May, sondern auch die von Heinrich von Kleist und Dramen<sup>12</sup>.

Sein Schülerleben verband sich, ähnlich wie bei seinen Gleichaltrigen, mit der Hitlerjugend-Zugehörigkeit. Am 20. April 1938 wurde er ins Deutsche Jungvolk aufgenommen<sup>13</sup> (am Tag des 48. Geburtstags von Hitler, der sich damals wünsch-

---

<sup>9</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 32; H.-D. Genscher. Menschen unserer Zeit. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Kirche, der Wirtschaft und der Politik, brak miejsca wydania, 1971.

<sup>10</sup> Vgl. W. Filmer, H. Schwan, op. cit., S. 20-23.

<sup>11</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 34.

<sup>12</sup> Vgl. W. Filmer, G. Schwan, op.cit., S. 30-35; G. Krug, Hans-Dietrich Genscher, Hamburg 1991, S. 11.

<sup>13</sup> Vgl. W. Filmer, G. Schwan, op. cit., S.37.

te, dass „diese Jugend [...] nur auf Deutsch denken und handeln soll“<sup>14</sup>. In seiner Schule herrschte 1937 noch eine einigermaßen lockere Atmosphäre, die es erlaubte, die eigene Meinung zu äußern. Mit der Zeit begann aber der Prozess der Naziindoktrination. Sie zeigte sich in der Änderung des Schulpatrons, Friedrich Nietzsche wurde zum neuen Patron ernannt<sup>15</sup>.

Am Tag des Kriegsausbruchs, dem 1. September 1939, war Genscher 12 Jahre alt. Er erinnerte sich, dass die Wehrmacht damals im Dorf die Pferde beschlagnahmte<sup>16</sup>, und die Mutter sich darüber freute, dass das Kinderalter ihren Sohn vor der Teilnahme am Kriegsgeschehen schützte<sup>17</sup>. Im Herbst 1942 wurde er vom Jungvolk in die Hitlerjugend übernommen, wo er im Winter 1942/1943 seinen Führerschein machte.

Nach der Schlacht bei Stalingrad begann die Einberufung der Helfer für die Flugabwehrartillerie. Seit 15. Februar 1943 gehörte Genscher den Abteilungen der Flugabwehrartillerie, der sogenannten „Flakgeneration“ an. Er wurde damals in die Halle-Leuna-Gruppe eingewiesen. Von dort aus wurde er nach Leipzig geschickt und überlebte in Engelsdorf die Bombardierung von Leipzig am 4. Dezember 1943<sup>18</sup>.

Von dem misslungenen Attentat Claus Schenk von Stauffenbergs auf Hitler (am 20. Juli 1944) hörte Genscher im Radio. Er erinnerte sich daran, dass viele Soldaten hofften, dass Stauffenberg dabei erfolgreich sein würde. Sie waren Gegner des Naziregimes und steckten in einem Konflikt zwischen der Ablehnung des Naziregimes einerseits und der Verpflichtung des Bürgers andererseits, die sie zur Erfüllung der Aufgaben in der Armee zwang. Sie behaupteten: „Dieses Regime ist nicht unser Regime, Deutschland ist aber unsere Heimat“<sup>19</sup>.

Im September 1944 wurde Genscher vom Dienst als Luftwaffenhelfer entlassen und ins Lager in Helbra, im Harz geschickt. Es war eine Art Schulung, die aus einer fachlichen und militärischen Ausbildung, Geländespielen und politischen Schulungen bestand und mindestens drei Wochen lang dauern sollte. In Helbra gab es Gespräche über die Hoffnungslosigkeit der Lage der deutschen Armee und die Sinnlosigkeit der Kriegshandlungen. Im Oktober und November absolvierte er den im Lernprogramm enthaltenen Arbeitsdienst in Fraunstein im Erzgebirge<sup>20</sup>. Sieben Wochen lang arbeitete er körperlich. Er führte Gespräche mit Werner Jarowsky, der ihn zu den kommunistischen Ideen überzeugen wollte.<sup>21</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. J. C. Fest, *Oblicze trzeciej Rzeszy*, Warszawa 1970, S. 379.

<sup>15</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 37.

<sup>16</sup> Vgl. H.R. Schultze, R. Kiessler, op.cit., S. 30.

<sup>17</sup> Vgl. U. Wickert, op. cit., S. 21.

<sup>18</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op.cit., S. 37- 40.

<sup>19</sup> Ebenda

<sup>20</sup> **Die Jugend vor der Aufnahme in die Armee unterlag im III. Reich dem Reichsarbeitsdienst (RAD)**, vgl.: Z. Zieliński, *Niemcy. Zarys dziejów*, Kraków 2003, S. 236-237; H.-D. Genscher, dz. cyt., S. 41.

<sup>21</sup> A. Wolff-Powęska (red.), *Niemcy współczesne. Zarys encyklopedyczny*, Poznań 1999, S.

---

Am 2. Dezember 1944 kehrte er zu seiner Mutter nach Halle zurück. Günter Prenz riet ihm, sich bei der Wehrmacht zu melden, um auf diese Weise der Werbung der SS zu entgehen. Der Plan gelang und am 6. Januar 1945 wurde Genscher in die Pionierabteilung nach Wittenberge geschickt. Von Januar bis März erhielt er eine allgemeine Soldatenausbildung und dann die Pionierausbildung. In dieser Zeit besuchte ihn die Mutter.

Ein großer Schlag für Genscher war im letzten Kriegsjahr die Bombardierung Dresdens durch die britische und amerikanische Luftwaffe in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945. Er erinnerte sich an die Bilder der Deutschen, die aus chlesiengenen Westen flüchteten. Er beobachtete diese Menschen als sie die Elbe gebracht. Er selbst wurde von Wittenberge nach Dessau/Roßlau übertransportiert, wo er dann in die Armee vom General Walter Wenck kam, die aus den Divisionen „Scharnhorst“, „Gneisenau“ und „Ulrich von Hutten“ bestand. Es begann der Marsch nach Berlin. Am 22. April erreichte die sowjetische Armee die Treubrietzen-Zossen-Linie südlich von Berlin. Die Stadt war umzingelt, in Frohnau wurde noch gekämpft. Hitler entschied sich, bis zum Schluss in der Reichhauptstadt zu bleiben, und akzeptierte den Plan des Stabschefs Alfred Jodl, der die Verteidigung Berlins durch die 12. Armee des Generals W. Wenck vorsah. Der Kommandeur entschied jedoch, den Befehl nicht auszuführen. Er entschloß sich, seine Soldaten vor dem Tode zu retten, indem er sie in die amerikanische Gefangenschaft brachte anstatt einen waghalsigen Versuch zu unternehmen, Hitler zu retten. Genscher betonte, dass er diesem Entschluss sein Leben verdankt. Nach dem Überqueren der Elbe kam Genscher in die amerikanische Gefangenschaft<sup>22</sup>.

Später die Gefangenen, darunter auch Genscher, wurden informiert, dass Sachsen und Thüringen der Roten Armee übergeben werden. Jeder von ihnen musste die Entscheidung treffen, ob er unter der sowjetischen Okkupation bleiben wollte oder mit dem Abtransport in die britische Besatzungszone einverstanden war. Die Mehrheit der Gefangenen entschied sich dazu, in den Westen zu gehen, Genscher beschloss zu bleiben. Er wurde nach dem Grund gefragt, weil man herausfinden wollte, ob er vielleicht ein Kommunist sei. Genscher antwortete, dass er kein Kommunist ist, aber zu seiner Mutter und nach Halle zurückkehren möchte.

Am 7. Juli kam er zu Hause an. Damals fing er an, sich über die Zukunft Deutschlands und über sein Schicksal Gedanken zu machen. Er schrieb in den „Erinnerungen“, dass die Welt auf eine Abrechnung wartet, für all das, was die Deutschen taten. Er verstand, dass sein Land die Konsequenzen dieser Taten tragen wird. Er behauptete, dass die deutsche Bevölkerung erst nach dem Krieg von dem Ausmaß der Vernichtung von Juden erfuhr, obwohl während des Krieges alle von den Konzentrationslagern wussten<sup>23</sup>.

---

245; H.-D. Genscher, op. cit., S. 42.

<sup>22</sup> A. Beevor, Upadek, Warszawa 2005; U. Wickert, op. cit., S. 23-25.

<sup>23</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 52-53.

Genscher erinnerte sich an den 8. Mai 1945 – den Tag der Unterzeichnung des Aktes von der vollen und bedingungslosen Kapitulation Deutschlands – als ein Datum der Befreiung von der Nazidiktatur, als die „tiefste Zäsur“ und „ein neu geschenktes Leben“. Er empfand es in Bezug auf die Deutschen als „Anfang einer neuen Ära, die es nicht erlaubt die Zeit vor der Stunde Null zu vergessen“. In Bezug auf sich selbst dachte er, dass „das Schicksal mit ihm gnädig umging“, aber „die Grausamkeit des Krieges für den Rest seines Lebens ein Brandmal ließ“<sup>24</sup>.

Die Zugehörigkeit zur „Flakgeneration“ bildete bei ihm die Überzeugung aus, dass sich die Grausamkeiten des Krieges nie wiederholen dürfen. Es war, nach der Meinung von Hans-Dieter Lucas, die Herausbildung der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“<sup>25</sup>. Helmut Schelsky ist dagegen der Meinung, dass Genscher und seine Gleichaltrigen der „skeptische Generation“ angehören, die ihre Kindheit und Jugend im III. Reich verbrachten. Ihre Jugend führte dazu, dass sie trotz des Indoktrinationsprozesses im Nazigeiste daran nicht völlig bewusst teilnehmen konnten. H. Schelsky meinte, dass die Unreife der jungen Leute die Bezeichnung ihrer Generation als „Kriegsgeneration“ und die Kriegserfahrung die Bezeichnung als „Nachkriegsgeneration“ nicht erlauben. Der Forscher zählte zu den grundsätzlichen Erfahrungen der „skeptische Generation“: Krieg, Niederlage Deutschlands, Zerstörung des Landes, Vertreibung der Bevölkerung, „Stunde Null“ im Sinne der politischen und ökonomischen Familie, das Wissen über die Naziverbrechen. H. Schelsky behauptete, dass sich in dieser Generation eine Abneigung gegenüber der politischen Aktivität, dem Nationalismus, der Rüstung herausbildete und der Pragmatismus dominierte<sup>26</sup>.

## 2. *Flucht aus der DDR*

Genscher hatte am Anfang den Eindruck, dass die Teilung Deutschlands in die Besatzungszonen nur vorübergehend sein wird. Sein Großvater prophezeite aber, dass Deutschland 50 Jahre lang geteilt bleibt. Genscher glaubte nicht an diese Prophezeiung. Er setzte seine Hoffnungen auf die Amerikaner. Mit Bedauern reagierte er auf die Untätigkeit der westlichen Demokratien bei den Ereignissen in der Tschechoslowakei und in Polen. Er dachte an Emigration.

Zu seinem Ziel machte er die eigene Ausbildung. Das berufliche Fortkommen wurde zu seiner Priorität. Am 11. Juli schrieb er sich an der Martin-Luther-Universität in Halle ein. Die Vorlesungen begannen nicht wie vorgesehen im Juli. Von Juli bis Ende

<sup>24</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 49, 1029; J. Sułek, *Geneza Republiki Federalnej Niemiec. Studium politologiczne*, Poznań 1977, S. 15.

<sup>25</sup> Vgl. H.-D. Lucas, op. cit. S., 20 und 26; W. Kaiser, *Halle – New York – Halle: Hans-Dietrich Genscher*, in: B. Bublies Godau, M. Faßbender, H.-G. Fleck, J. Frölig, H.-H. Jansen, B.-C. Padberg, *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung*, Baden-Baden 2003, S. 224.

<sup>26</sup> Vgl. H. Schelsky, *Die Generationen der Bundesrepublik*, in: W. Scheel, *Die andere Deutsche Frage. Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nach dreißig Jahren*, Stuttgart 1981, S. 188-191.

November arbeitete er bei der Beseitigung des Trümmerschutts und dem Wiederaufbau der Universität, weil das soziale Engagement neben dem Reifezeugnis eine Voraussetzung für die Studienaufnahme war<sup>27</sup>. Das am 15. September 1944 abgelegte Abitur erwies sich aber als ungültig und er musste seine Ausbildung ergänzen. Der Kurs fand in der Friedrich-Nietzsche-Schule statt, die schnell in Engels-Schule umbenannt wurde. Eine der Abituraufgaben betraf den Nürnberger Prozess. Genscher betonte das Böse der vergangenen Ereignisse und die Überzeugung, dass es nie wiederkommt<sup>28</sup>. Am 17. April 1946 erlangte er das ergänzende Abiturzeugnis, um im Sommersemester das Jura- und Ökonomiestudium an der Universität in Halle zu beginnen<sup>29</sup>.

Das politische Leben in der sowjetischen Zone begann relativ schnell, schon im Sommer 1945. Vier Parteien wurden ins Leben gerufen: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union (CDU), Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)<sup>30</sup>. Nach den Entscheidungen hinsichtlich des beruflichen Lebens, beschloss Genscher, sich in der Politik zu engagieren. Er schloss die Zugehörigkeit zur KPD aus. Bei der SPD störte ihn der Sozialismus. Dafür war er von der Persönlichkeit Kurt Schumachers fasziniert, der wegen seines autoritären Verhaltens als „deutscher de Gaulle“<sup>31</sup> bezeichnet wurde. Er wusste dessen Pro-Vereinigungspolitik zu schätzen und kritisierte die politischen und wirtschaftlichen Ansichten. Dagegen unterstützte er viele Ideen von der CDU. Er setzte sich für die Option der „Politik aus christlicher Verantwortung“, ein aber kritisierte schon die Bestrebungen zum „christlichen Sozialismus“. Zum LDPD-Beitritt am 30. Januar 1946 bewog ihn die Feststellung des Redakteurs der „Liberaldemokratischen Zeitung“, Harold W. Esches, dass „Liberalismus die breiteste Alternative für alle Formen der Ungleichheit ist“. Die LDPD setzte sich folgende Ziele: Neubildung der pluralistisch-parlamentarischen Demokratie, freie Entwicklung des Einzelnen, System der freien Marktwirtschaft, Trennung des Staates von der Kirche. Die LDPD bezeichnete sich als eine Volkspartei, aber unter ihren Mitgliedern waren viele Vertreter des Bürgertums<sup>32</sup>. Genscher nahm die LDPD als eine sozialliberale und nicht als eine nationalliberale Partei wahr<sup>33</sup>.

---

<sup>27</sup> Vgl. D. Gräf, *Rekrutierung und Ausbildung der Juristen in der SBZ/DDR*, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (IV). Recht. Justiz. Polizei, Baden-Baden. Frankfurt am Main 1995.

<sup>28</sup> Vgl. O. Lafontaine, *Entspannungspolitiker und Europäer*, in: K. Kinkel, op.cit., S. 252.

<sup>29</sup> Vgl. J. Serczyk, *Podzielone Niemcy. Przegląd dziejów niemieckich od kapitulacji Trzeciej Rzeszy do zjednoczenia obu państw niemieckich*, Toruń 1993; H.-D. Genscher, op. cit., S. 55-61.

<sup>30</sup> Vgl. A. Czubiński, *Powstanie i główne etapy rozwoju NRD*, in: A. Czubiński (red.), *Powstanie i rozwój Niemieckiej Republiki Demokratycznej 1949-1974*, Poznań 1976, S.11.

<sup>31</sup> die Bezeichnung von L. J. Edinger, nach: A.W. Walczak, *Rodowód polityki wschodniej NRF*, Warszawa 1972, S. 110.

<sup>32</sup> Vgl. G. Popke, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – LDPD*, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Macht, Entscheidung, Verantwortung (II/IV), Baden-Baden – Frankfurt am Main 1995, S. 1402.

<sup>33</sup> Vgl. H. Schreiber, „Dasein ist alles“, „Der Spiegel“, 2.11.1970.

Genscher behauptete, dass die Zugehörigkeit zur LDPD das Einschreiben an der Universität erschwerte. Er las die liberale Presse, die die Nachrichten anders darstellte als die kommunistische „Freiheit“ und „Neues Deutschland“. Gelegentlich las er westdeutsche Zeitungen – „Kurier“ und „Tagesspiegel“. Um Englisch zu lernen abonnierte er „Manchester Guardian“<sup>34</sup>.

Am 19. September 1946 hielt der britische Premierminister eine Rede, in der er die Idee des vereinigten Europas zum Ausdruck brachte. Laut W. Churchill soll man mit der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland anfangen, weil der alte Kontinent die Vereinigung der beiden Nationen „ab sofort“<sup>35</sup> braucht. Genscher war von der Idee der Rede beeindruckt und schrieb gemeinsam mit Dieter Strich einen Brief an den britischen Politiker<sup>36</sup>.

Im Winter 1946 erkrankte Genscher schwer. Zwischen seinem zwanzigsten und dreißigsten Geburtstag kämpfte Genscher über drei Jahre lang mit einer Lungenkrankheit. Im Krankenhaus in Halle traf er den Doktor Walter Hülse, dessen „persönliches und politisches Schicksal“ einen großen Eindruck auf den jungen Studenten machte. W. Hülse, Freund von Carl Goerdeler (Vertreter der Hitler-Opposition), erklärte ihm, dass bei der Überwindung der Krankheit die Willenskraft am wichtigsten sei. Genscher blieb im Krankenhaus bis Ende März 1946. Bei seinen Verpflichtungen an der Universität halfen ihm seine Freunde. Den Sommer 1946 verbrachte er im Harz, wo die frische Luft die beste Medizin für seine kranke Lunge war<sup>37</sup>.

Nach fünf Semestern an der Universität in Halle wechselte er zur Universität in Leipzig<sup>38</sup>. An dieser Universität hielten zu dem Zeitpunkt noch Werner Weber, Artur Nikisch, Hans-Otto de Boor und Erwin Jacobi Vorlesungen<sup>39</sup>. Mit der Zeit entschieden sich diese Wissenschaftler in den Westen zu gehen und die SED erweiterte die Überwachung auf das Hochschulwesen<sup>40</sup>. Genscher legte seine erste juristische

<sup>34</sup> Vgl. H. D. Genscher, op. cit. S. 58.

<sup>35</sup> Vgl. W. Churchill, „Coś, co was zadziwi“, in: W. Churchill, Krew, znoj i łzy. Sławne mowy, Poznań 2001, S. 232-235.

<sup>36</sup> Vgl. M. Gilbert, Churchill. Biografia. Tom II, Poznań 1991, S. 893; W. Filmer, H. Schwan, op. cit. S. 299.

<sup>37</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 60-61.

<sup>38</sup> Im Kreis der bekannten leipzigerr Studenten waren: Martin Schangauer, Thomas Müntzer, Georgius Agricola, Tycho Brahe, Gottfried Wilhelm Leibnitz, Christian Wolff, Georg Philipp Telemann, Gotthold Ephraim Lessing, Johann Wolfgang Goethe, Alexander Raditschew, Johann Gottlieb Fichte, Johann Gottlieb Seume, Novalis, Robert Schumann, Richard Wagner, Franz Mehrling, Bruno Schoenlank, Pentscho Slawejkow, Karl Liebknecht, Erich Zeigner, Erich Kästner, Georg Sacke, Gerhard Haring, Georg Maurer, vgl.: H. Piazza, W. Fläschändräger, G. Katsch, G. Schwendler, Berühmte Leipziger Studenten, Leipzig – Jena – Berlin 1984.

<sup>39</sup> Vgl. L. Rathemann, Alma Mater Lipsiensis, Leipzig 1984, S. 276-278.

<sup>40</sup> Vgl. B.-R. Fischer, Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR – Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Ideologie. Integration. Disziplinierung (III/2), Baden-Baden – Frankfurt am Main 1995, S. 852-875.

Prüfung am 5. Oktober 1949 ab, zwei Tage vor der Entstehung der DDR. Er musste damals ein Gespräch mit Hilde Benjamin führen, die seit 1949 die Leiterin des Personalwesens im Justizministerium und ab 1953 Justizministerin war<sup>41</sup>. Sie prüfte unter den Juristen ihre Bereitschaft zum Dienst in dem kommunistischen Land. Genscher warf sie seine LDPD-Mitgliedschaft vor und die daraus resultierende Inaktivität in der Freien Deutschen Jugend und in der Gesellschaft für die Deutsch-Russische Freundschaft. Bei dem Gespräch stellte sich heraus, dass Genscher die Werke von Lenin und Marx kennt und bewusst die eingeführte kommunistische Ordnung negiert. „Es gibt keinen Platz in der DDR für solche wie Sie“, hörte er<sup>42</sup>.

Am 22. November 1949 begann er im Amtsgericht in Halle zu arbeiten. Die für ihn dort wichtigen Personen waren: Dr. Heine (jüdischer Kommunist, der Auschwitz überlebte) und Dr. Heiner Geißler. H. Geißler war vor 1933 der Bürgermeister von Gleiwitz und gehörte ähnlich wie Konrad Adenauer zur katholischen Partei Zentrum. Nach dem Krieg trat er der CDU bei und in den achtziger Jahren war er der Generalsekretär der CSU. Die Gespräche mit ihm führten dazu, dass Genscher Zweifel hegte, ob K. Adenauer die Vereinigung Deutschlands wirklich am Herzen liegt<sup>43</sup>.

Genscher erinnert sich an die Situationen, in denen er sich der durch die Kommunisten eingeführten Ordnung widersetzte. Während der Gründung des jugendlichen, antifaschistischen Komitees protestierte er gegen den SED-Vorschlag, die Vertreter nach folgenden Schlüssel zu wählen: 5 Vertreter der SED, 2 der LDPD und 2 der CDU, die von der Partei benannt sollten. Genscher verließ dann den Saal<sup>44</sup>.

1950 begann Genscher an seiner Promotion zu arbeiten, die die Verbrechen gegen die Menschheit betraf. Im Sommer 1952 schloss er sie fast ab. In der Zwischenzeit veränderten sich aber die Bedingungen für das Ablegen der Promotionsprüfung und die Promotionsanwärter sollten die Arbeit vor einem Prüfungsausschuss verteidigen. Genscher verzichtete auf die Verteidigung<sup>45</sup>.

Zusammen mit anderen jungen Juristen traf er sich regelmäßig in der Gerichtsbibliothek, wo sie sich über die sozial-politische Situation unterhielten. Von seinen Kollegen – den Juristen aus Berlin-Zehlendorf – erhielten sie Informationen über Willkür in der DDR. Die sich in der Gerichtsbibliothek versammelnden Juristen machten sich mit den politischen Strafverfahren vertraut und suchten nach den Vermissten. Trotz des Risikos begab sich Genscher in den Untersuchungsausschuss freier Juristen<sup>46</sup>.

Im Sommer 1952 verstärkte sich der Druck des kommunistischen Regimes. Anfang August verbreitete sich die Information, dass Genscher in Gefahr

---

<sup>41</sup> Vgl. G. Baumgartner, D. Hebig, Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945-1990, Paris 1996, S. 46.

<sup>42</sup> Vgl. H.R. Schulze, R. Kiessler, op. cit., S. 7; R. Bettzuge, op. cit., S. 45-46.

<sup>43</sup> Vgl. U. Wickert, op. cit., S. 33.

<sup>44</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 59.

<sup>45</sup> Vgl. W. Filmer, H. Schwan, op. cit., S. 101-102.

<sup>46</sup> Untersuchungsausschuss freier Juristen (UfJ)

ist<sup>47</sup>. Er beschloss die DDR zu verlassen. Später betonte er, dass diese Entscheidung aus der Überzeugung von der „Perspektivlosigkeit“ und aus dem Gefühl, dass es nicht „sein Land war“, resultierte und nicht aus der finanziellen Lage. Er wollte seine politischen Ansichten nicht verstecken und widersprach dem System. Ungern verließ er Halle und sobald es möglich war, besuchte er die Stadt, die Freunde und die Familie. Er flüchtete am 20. August, am Todestag Kurt Schumachers. Seine Freunde Reinhard Kuntze und Dieter Reinhold begleiteten ihn. Die Sache wurde geheim gehalten. Genscher benachrichtigte nur seine Mutter, die die Entscheidung des Sohnes unterstützte. Die jungen Leute, als Touristen verkleidet, trafen sich am frühen Morgen am Hauptbahnhof in Halle. Sie reisten mit der Bahn von Halle/Saale bis nach Ost-Berlin und um keinen Verdacht bei der Kontrolle zu erregen, saßen sie in verschiedenen Waggons. Von da aus begaben sie sich nach West-Berlin und dann weiter in den Westen<sup>48</sup>.

Auf der Suche nach einer Arbeit schrieb Genscher Bewerbungsbriefe an die Landesgerichte in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen. Die Antwort aus Bremen schien ihm am günstigsten zu sein. Er begab sich am 24. August nach Hamburg, indem er seine erste Flugreise machte und dann weiter nach Bremen. Am 6. Oktober 1952 begann er die Arbeit am Gericht. Am 25. Februar 1953 kam seine Mutter und er bemühte sich, auch ihr ein würdiges Leben zu sichern.

Er kam in einem Land an, in dem die Wirtschaftsreformen auf Grundlage von Wettbewerb, mit stabiler Währung und einem offenen Markt mit Erfolg umgesetzt wurden. Er fühlte, dass er sich in „einer anderen Welt“ befand, obwohl es ihm finanziell schlimmer ging als in Halle. Das dank dem hervorragenden Ökonomen Ludwig Erhard eintretende Wirtschaftswunder, machte auf Genscher einen großen Eindruck<sup>49</sup>.

### ***3. Anfang der politischen Karriere***

1952 tritt Genscher in die Freie Demokratische Partei in der BRD ein. Die nach dem Krieg gegründete liberale Partei vereinigte vor allem die Menschen, die das Programm der CDU und der SPD nicht akzeptierten. Die Mitglieder dieser Partei waren gut ausgebildete und reiche Deutsche. Viele von ihnen waren als Rechtsberater, Unternehmer und im Erziehungswesen tätig. Die Partei zog die Anhänger der nationalsozialistischen Ansichten an<sup>50</sup>. Für Genscher war wichtig, dass

<sup>47</sup> Vgl. R. Kunze, Die Reise, in: W. Filmer, H. Schwan, op. cit., S. 105.

<sup>48</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op. cit., S. 65-66.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 67-68; D. Grosser, Soziale Marktwirtschaft – Soziale Sicherheit, Melle 1993; T. Kaczmarek, Cud gospodarczy Niemiec. Ludwiga Erharda koncepcja społecznej gospodarki rynkowej, Warszawa 1997.

<sup>50</sup> Vgl. S. Cholewiak, Nacjonalizm w partiach zachodniemieckich (CDU, CSU, SPD, FDP) w latach 1949-1974, Warszawa 1984; P. Moroz, Polityka wschodnia FDP w latach 1961-1970, Warszawa – Wrocław 1976, S. 14-17; F. Walter, Partei der Besserbekleideten. Die FDP auf dem Weg

sich die Liberalen durch ihren Wunsch nach Vereinigung Deutschlands auszeichnen, und sie sich nach der Devise von Theodor Heuss richteten zum Wohle Deutschlands zu handeln<sup>51</sup>. Genscher kam aus Ostdeutschland, wie viele andere Mitglieder der Partei, die östlich der Oder-Neiße-Grenze stammten. Erich Mende hatte seine Wurzeln in Schlesien, Wolfgang Döring in Leipzig, Wolfgang Schollwer in Brandenburg, Shope in Stralsund, Karl-Hermann Flach in Ostpreußen, Heinz Starke in Schlesien und Wolfgang Mischnick in Dresden.

Mit Bedauern kommentierte Genscher das fehlende Interesse an der ostdeutschen Problematik. In der BRD fühlte er sich besonders betroffen vom Ausbleiben einer Reaktion des Westens auf den Arbeiteraufstand im Juni 1953 in Ost-Berlin. Er warf den BRD-Bürgern Egoismus und übermäßige Faszination vom Wirtschaftswunder vor<sup>52</sup>. Die Bundestagswahlen 1953 näherten ihn der Politikwelt. In Nordrhein-Westfalen waren die Einflüsse der FDP ziemlich stark, was aus dem Bevölkerungs- und Wirtschaftspotential des Bundeslandes resultierte<sup>53</sup>. Während der Wahlkampagne für den Bundestag 1953 sah Genscher den politischen Auftritt von K. Adenauer in Bremen zu<sup>54</sup>. Genscher lernte damals Thomas Dehler kennen, der schnell zu seinem „politischen Mentor wurde“<sup>55</sup>.

Dem auf die politische Bühne eintretenden Liberalen aus Halle lag mehr daran, Berufserfahrungen zu sammeln als die politische Karriereleiter hochzusteigen. 1954 bestand er sein zweites juristisches Staatsexamen in Hamburg. In Bremen nahm er die Arbeit in einer Rechtskanzlei auf, die ihm viel Zufriedenheit brachte. Am 4. November 1954 erkrankte er wieder. Infolge einer Lungenblutung verbrachte er einige Monate im Krankenhaus. Er hatte auch finanzielle Schwierigkeiten.

T. Dehler, der die Stelle des FDP-Vorsitzenden nach Franz Blücher inzwischen übernommen hatte, betonte stark seine Ansichten hinsichtlich der Vereinigung Deutschlands und der Integration mit dem Westen. Er vertrat die Ansicht, dass die Vereinigung unsere Sache ist und nur formell und rechtlich die Sache der Alliierten. Er wurde berühmt, weil er sich stark der Außenpolitik von K. Adenauer widersetzte, der von seinen politischen Gegnern als „Kanzler der Alliierten“ bezeichnet wurde. Er führte einen Streit mit der CDU/CSU, u. a. wegen der Situation im Saarland. Die Priorität für die FDP war die Verwirklichung der deutschen Politik, was Genscher am Herzen lag. Der Kanzler strebte aber die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Ländern an.

---

zurück in die Zukunft, „Blätter für deutsche und internationale Politik“, nr 9/1994, S. 1091-1092.

<sup>51</sup> Vgl. J. Sułek, *Geneza Republiki Federalnej Niemiec. Studium politologiczne*, Poznań 1977, S. 135; W. Małachowski, *Główne partie polityczne wobec integracji zachodnioeuropejskiej*, Warszawa 1978, S. 63.

<sup>52</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *op. cit.*, S. 68.

<sup>53</sup> Vgl. H.-P. Schwarz, *Die Ära Adenauer 1949-1957. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1981, S. 53.

<sup>54</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *op. cit.*, S. 91.

<sup>55</sup> Vgl. H. R. Schulze, R. Kiessler, *op. cit.*, S. 49.

Im Dezember 1955 übermittelten Georg **Bortscheller** und Eugen Schade, die die FDP in Bremen geleitet hatten, Genscher den Vorschlag, die Funktion des wissenschaftlichen Assistenten der FDP-Fraktion im Bundestag in Bonn zu übernehmen. Er musste an Vorstellungsgesprächen mit dem Fraktionsvorsitzenden T. Dehler, dem Rechtsexperten Dr. Wolfgang Stammberg und der Seniorin in der FDP, Marie Elisabeth Lüders teilnehmen. Über die Anstellung des jungen Juristen entschied T. Dehler. Genschers Aufgabe war die Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, von kleinen und großen Anfragen der FDP-Fraktion an die Regierung und die Formulierung der Initiativen für das Parlament<sup>56</sup>.

Ende Dezember 1955 verschlechterte sich Genschers Gesundheitszustand. Er wurde in einen Kurort in Schönberg im Schwarzwald überwiesen, wo er sich einer Lungenoperation unterzog. In Erinnerung an die Ratschläge von Dr. Hülse, kämpfte er tapfer mit der Krankheit. E. Mende<sup>57</sup> erinnerte sich, dass Genscher die ganze Rekonvaleszenzzeit dazu nutzte, um „allseitige politische und juristische Bildung“ zu erwerben<sup>58</sup>. Bald wurde er gemeinsam mit Karl-Hermann Flach zur „linken und rechten Hand“ von E. Mende<sup>59</sup>. Genscher selbst empfand immer Dankbarkeit dafür, dass es ihm gelang, zu genesen. Das Jahrzehnt der Krankheiten bezeichnete er als die Ausbildung der Fähigkeit jeden Tag, an dem man aufstehen und arbeiten kann als ein Geschenk zu empfinden<sup>60</sup>. In die Arbeit kehrte er erst im Februar 1958 zurück.

Am 22. Februar 1956 ging die FDP in die Opposition. Von der FDP sonderte sich die Freie Volkspartei (FVP) ab. Die Krise der Zusammenarbeit mit den Christdemokraten war zuvor in Nordrhein-Westfalen zu bemerken gewesen. Über den Rücktritt der Koalition und den Umsturz der Regierung von Karl Arnold entschieden dort die „Jungtürken“ – Willy Weyer, Wolfgang Döring, Walter Scheel. Man begann in der Bundespolitik, sich von der christlichdemokratischen Politik zu distanzieren. Die politische Priorität der Liberalen war die Vereinigung Deutschlands<sup>61</sup>.

Während Genschers Krankheit 1957 erlitt die FDP eine Niederlage bei den Bundestagswahlen, indem sie nur 7,7 % der Stimmen erreichte. Am 1. Januar 1957 kehrte das Saarland in die Bundesrepublik zurück. Genscher verspürte Zufriedenheit wegen dieser Tatsache und bezeichnete es als eine „kleine Vereinigung“

---

<sup>56</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 69-71; J. Krasuski, Niemiecka Republika Federalna w NATO i EWG 1955-1970, Poznań 1972, S. 14; A. Mintzel, H. Oberreuter, Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S. 273-275.

<sup>57</sup> Vgl. Erich Mende, Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv 36/98 POO 3857-16.

<sup>58</sup> Vgl. E. Mende, Die neue Freiheit, op. cit., S. 618.

<sup>59</sup> Ebenda

<sup>60</sup> H.-D. Genscher, Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Sonderdienst. SO C-79, Bonn. Inter Nationes 1979, S. 8.

<sup>61</sup> Vgl. J. Frölig, Geschichte und Entwicklung des Liberalismus in Deutschland, Heft 3. Liberalismus in der Bundesrepublik, Köln 1989, S. 10.

Deutschlands<sup>62</sup>. Während Genschers Abwesenheit verlor T. Dehler, sein politischer Ziehvater und der gute Gesprächspartner, allmählich an Einfluss<sup>63</sup>.

In den nächsten drei Jahren (1957-1960) bemühte man sich in der FDP, die Konzeption einer Volkspartei zu verwirklichen, d. h. einer Partei, die Vertreter der ganzen Gesellschaft anzieht. Der FDP-Vorsitzende war zu diesem Zeitpunkt Reinhold Meier (Gegner der von W. Döring vorgeschlagenen Zusammenarbeit mit der SPD). Die nationalliberale Ausrichtung vertritt Erich Mende. Sein Mitarbeiter, Karl-Hermann Flach, begann die FDP als eine „dritte Kraft“<sup>64</sup> zu formieren im Rahmen des Drei-Partei-Systems CDU/CSU, SPD, FDP<sup>65</sup>. Die durchgeführten Änderungen führten 1960 zum Fall der Regierung von R. Maier. Zum Vorsitzenden wurde der mit W. Döring und K.-H. Flach zusammenarbeitende E. Mende<sup>66</sup>.

Der neue Vorsitzende stellte Genscher 1960 als Direktor der FDP-Fraktion ein. 1959 arbeitete Genscher an dem Berliner Programm mit, mit dem die FDP die Vereinigung Deutschlands anstrebte<sup>67</sup>. 1961 kandidierte Genscher selbst nicht für den Bundestag, aber zusammen mit K.-H. Flach erarbeitete er das Wahlprogramm der Liberalen, das folgende Thesen enthielt: Demonstration des Selbstbewusstseins, das der nationalen Würde des deutschen Volkes entspricht; aktives Bemühen um allgemeine, kontrollierte Abrüstung; Führen der Verhandlungen bezüglich des militärischen und politischen Status von Deutschland im Rahmen des europäischen Sicherheitssystems; Unterstützung der lokalen Abrüstungsmaßnahmen in Europa; Streben nach Unterzeichnung des Friedensvertrags für ganz Deutschland, der auf Grundlage des Rechts zur Selbstbestimmung für ganz Deutschland abgeschlossen werden soll; Streben nach Entspannung in ganz Europa, aber kein Verzicht auf die Grenzen; Aufrechterhaltung der rechtlichen Forderung nach der Bildung des deutschen Reiches in den Grenzen von 1937; Unterstützung der europäischen Zusammenarbeit, wenn sie die Vereinigung Deutschlands nicht gefährdet. Zusammen schrieben sie auch die Rede für E. Mende für den Wahlkongress, der am 25. August 1961 in Hannover stattfand<sup>68</sup>.

Die Liberalen erzielten bei der Bundestagswahl 1961 das beste Ergebnis und erreichten 12,8 % der Stimmen. Bei der Wahlkampagne richteten sie sich nach der Parole „mit der CDU, aber ohne Adenauer“ und zum Erfolg verhalf ih-

---

<sup>62</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 82-84.

<sup>63</sup> Mehr von T. Dehler in der Beurteilung von H.-D. Genschera, in: H.-D. Genscher, T. Dehler und der freiheitliche Rechtsstaat (Beim Festakt aus Anlaß des 10. Todestages von Dr. Thomas Dehler am 23. Juli in Lichtenfels), in: T. Dehler, Begegnungen, Gedanken, Entscheidungen, Bonn 1977, S. 114-120.

<sup>64</sup> Mehr von den strategischen Konzeptionen der FDP: nationalen Partei, Massenpartei, der Partei des „dritten Krafts“, in: J. J. Węc, FDP wobec polityki wschodniej RFN (1969-1982), Poznań 1990, S. 23-26.

<sup>65</sup> Vgl. A. Mintzel, op. cit., S. 277.

<sup>66</sup> Vgl. W. Schollwer, Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957-1961, Oldenbourg 1990, S. 8.

<sup>67</sup> Vgl. W. Małachowski, op. cit., S. 70.

<sup>68</sup> Vgl. E. Mende, Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945-1961, München — Berlin 1986, S. 642.

nen der Popularitätsverlust des Kanzlers. Der Kanzler wurde heftig kritisiert, weil er am 13. August 1961 – als man mit dem Bau der Berliner Mauer begann – nicht nach Berlin angekommen war. Darüber hinaus wurde Adenauer als ein nach Westen und nicht an der Vereinigung Deutschlands orientierter Politiker wahrgenommen. Bedauern und Schmerz empfand Genscher in dieser Zeit angesichts der Missachtung des Baus der Berliner Mauer durch den Westen. Er schrieb über „Kraft- und Hilflosigkeit“ des Westens<sup>69</sup>.

E. Mende protestierte gegen die Wiederwahl von K. Adenauer: „jeder Busfahrer muss spätestens mit 65 in die Pension gehen und der Kanzler möchte noch mit 85 sicher ein Schiff führen“<sup>70</sup>. Bei der Bildung der Koalition und des Koalitionsvertrages spielte Genscher selbst eine große Rolle<sup>71</sup>. Der Wahlerfolg der FDP trug zu seinem Aufstieg bei. 1962 wurde er zum Generaldirektor der FDP. Er begleitete auch E. Mende bei seinem USA-Besuch<sup>72</sup>.

Im gleichen Jahr geriet er in Streit mit dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der eine gegenseitige Abneigung zwischen den Politikern hervorrief hatte. Am 10. Oktober 1962 wurde in der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ ein Artikel veröffentlicht, der zur Grundlage eines politischen Skandals wurde. Die Polizei – ohne vorher zu prüfen, ob sich die durch den „Spiegel“ veröffentlichten Informationen auf ein Militärgeschehen beziehen und ohne Absprache mit dem Verteidigungsminister Wolfgang Stammberger – besetzte den Redaktionssitz der Zeitschrift in Hamburg. Die FDP-Minister beschlossen im Zusammenhang mit der Spiegel-Affäre die Regierung zu verlassen. Konsequenz ihrer Haltung war der Rücktritt von F. J. Strauß<sup>73</sup>.

1964 zog Genscher eine Bilanz. Nach acht Arbeitsjahren in Bonn stand er vor der Wahl, ein Politiker oder ein Beamter zu werden. Im Vorfeld des Kampfes für den Bundestag schlug man ihm zuerst die Wahlkreise in Köln und Detmold vor. Willy Weyer aus Nordrhein-Westfalen hatte ihm einen sicheren Platz auf der Liste in Wuppertal angeboten. Genscher nahm diesen Vorschlag in Anspruch. Die Wahlen fanden am 19. September 1965 statt. Im Alter von 38 Jahren wurde Genscher Abgeordneter<sup>74</sup>.

<sup>69</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 244.

<sup>70</sup> Vgl. K. Leśniewska, *Rozwój programowy FDP na tle sytuacji społeczno-politycznej RFN w latach 1948-1997 i ogólnych założeń liberalizmu*, Warszawa 2000, S. 44; D. Koerfer, *Schwierige Geburten: Die Regierungsbildungen 1961, 1962, 1963 und 1965*, in: W. Mischnick (Hrsg.), *Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre der F. D. P.*, Stuttgart 1989, S. 157.

<sup>71</sup> Vgl. E. Mende, op. cit., S. 642.

<sup>72</sup> E. Mende, *Von Wende zu Wende. Zeuge der Zeit 1962-1982*, München – Berlin 1988, S. 32.

<sup>73</sup> K. Leśniewska, dz. cyt., S. 47; A. Mintzel, dz. cyt., S. 279; K. Jagiełło, *Po zmierzchu bogów*, Warszawa 2005, S. 152-158.

<sup>74</sup> Vgl. J. Busch, F. Lücke, *Wir hatten die Wahl. Die Parteien im Kampf um die Macht 1965*, München-Wien, 1965; E. Ackermann, Mende, Scheel und Genscher – die Liberalen in der Deutschen Nachkriegspolitik, in: E. Ackermann, *Politiker. Vom Richtigen und vom falschen Handeln*, Köln 1996, S. 140-142.

#### 4. Bundestagabgeordneter

Die Bundestagswahl am 19. September 1965 brachte nicht nur der FDP-Fraktion einen Erfolg, die 9,5% der Stimmen erreichte, sondern auch Genscher. Seine Partei bildete gemeinsam mit den Parteien CDU/CSU das zweite Kabinett von Ludwig Erhard. Genscher wurde zum **Fraktionsgeschäftsführer** der FDP ernannt. Die ausgeübten Funktionen machten aus ihm, nach Walter Scheel „sofort einen Hauptschauspieler des Deutschen Bundestages“<sup>75</sup>. Er arbeitete damals zusammen mit Willi Ransner, der diese Funktion im Namen der CDU ausübte, und mit Karl Wienand (SPD). Genscher beschäftigte sich vor allem mit der Gesetzgebung. Er interessierte sich für die Außenpolitik, bestimmte die Tagesordnung, die Rednerliste. Er schlug seiner Fraktion Themen zur Diskussion vor<sup>76</sup>.

Das Hauptziel seiner Politik war die Verbreitung des Liberalismus und das Streben nach Wiedervereinigung Deutschlands. Im März 1966 waren die NATO und die Deutschlandpolitik ein Thema seiner Rede, die er vor dem Deutschen Bundestag hielt. Die Tagung wurde im Zusammenhang mit der Entscheidung von dem Rücktritt Frankreichs aus den integrierten Kommandostrukturen der NATO einberufen, die General Charles de Gaulle getroffen hatte. Genscher kritisierte den Schritt des französischen Staatsmannes und behauptete, dass die Integration in die NATO notwendig ist, um der Bedrohung durch die UdSSR zu begegnen. Er wies darauf hin, dass für die Verteidigung Europas die Beteiligung der USA notwendig ist. Er betrachtete die im Militärbündnis bestehende Krise als eine Erschütterung der deutschen Politik, deren Hauptziel war, nach Wiedervereinigung Deutschlands zu streben. Genscher betonte auch, dass die französisch-deutsche Zusammenarbeit die festen Grundlagen hat, da sich das französische Militär auf dem BRD-Gebiet befindet und Frankreich eine Verantwortung für den Status West-Berlins trägt<sup>77</sup>.

Er wurde mit einer reformierenden Strömung der FDP identifiziert, die danach strebte, Änderungen in der Außenpolitik durchzuführen. Vor allem strebte sie nach Verbesserung der Beziehungen zu den mittelosteuropäischen Ländern. Es war eine schwere Aufgabe in der CDU/CSU-Koalition. Der Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger teilte mit dem Vize-Bundeskanzler E. Mende die Befürchtungen, die sich auf die Möglichkeiten der Änderungsdurchführung in der Außenpolitik bezogen hatten. Am 6. September 1966 hielt Genscher, der von Reinhold Maier gebeten wurde, eine Rede über die Bedeutung Deutschlands für der Weltpolitik. Er sprach in Stuttgart am 20. Jahrestag der Rede von dem amerikanischen Staatssekretär James Byrnes. Genschers Stimme wurde zum Zeichen eines Aufrufes um die Änderungen in der deutschen Außenpolitik betrachtet. Die Anschauungen, die in seinem Vortrag

<sup>75</sup> Vgl. W. Scheel, Vorwort, in: H.-D. Genscher, Bundestagsreden, Bonn 1972.

<sup>76</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op. cit., S. 86; W. Filmer, H. Schwan, op. cit., S. 130-132.

<sup>77</sup> „NATO und Deutschlandpolitik“, 17.03.1966, in: H.-D. Genscher, Bundestagsreden, Bonn 1972, S. 1-5; J. Krasuski, Historia RFN, Warszawa 1987, S. 454.

erhalten wurden, stellen sein erstes selbstständiges politisches Konzept dar. Daraus folgte, dass die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten eine Priorität unter anderen Zielen ist, die in der deutschen Außenpolitik erreicht werden sollten. Genscher hatte angenommen, dass diese Aufgabe ausschließlich bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen erfüllt werden könnte. Dabei nannte er die Verwirklichung des Containment die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik und die Revitalisierung der Deutschlandpolitik sowie die Diversifizierung der Ostpolitik. Darüber hinaus forderte er, dass das Interesse der BRD und West-Berlins unter den Bedingungen des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit verteidigt werden müssen. Diese Voraussetzungen hielt er für unverzichtbar<sup>78</sup>.

Er betonte, dass die wesentliche Akteure des Welts USA und die UdSSR sind. Er warnte vor der Verstärkung der konventionellen Streitkräfte der BRD, die als ein Ausgleich für den Rücktritt Frankreichs aus den integrierten Kommandostrukturen der NATO diskutiert wurde. Er dachte, dass diese Veränderung der Rolle der Hauptmacht Deutschland schaden würde. Er stellte Forderungen, die auf die Reduzierung der in Mitteleuropa stationierten sowjetischen Truppen abzielten. Er setzte sich für ein Vetorecht Deutschlands gegen Atomwaffen auf deutschem Gebiet. Er äußerte sich über die gemeinsame Sicherheitspolitik und betonte, dass man die Anwesenheit der USA in Europa nicht in Frage stellen dürfe. Er wies allerdings darauf hin, dass man eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik schaffen soll. Er schlug vor, in den sich entwickelnden europäischen Sicherheitssystemen die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zur Sprache zu bringen. Seiner Meinung nach sollte man in Bonn die Wiedervereinigung Deutschlands mit der Sicherheitspolitik verbinden und bilaterale Vereinbarungen zum Verzicht auf Gewalt mit den Ländern des Warschauer Pakts abschließen, um eine gemeinsame europäische Sicherheitskonferenz zu veranstalten. Er erläuterte, dass je mehr Aspekte der gemeinsamen Sicherheit geklärt würde, desto besser die BRD auf die Teilnahme an einer solchen gemeinsamen Konferenz vorbereitet wäre. Er nahm Bezug auf die am 25. März 1966 veröffentlichte Friedensnote der Regierung von L. Erhard und E. Mende. In dieser Friedensnote wurde der Wille zur Verbesserung der Beziehungen zu den mittelosteuropäischen Ländern durch den Verzicht auf Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen erklärt. Genscher meinte, diese Note widerspräche dem Ziel der deutschen Einheit nicht. Er erläuterte: „der Verzicht auf Gewalt für die Änderung der innerdeutschen Grenze beschränkt unsere Möglichkeiten der Verhandlungen nicht, weil keiner ernsthaft Gewalt als ein Mittel der Lösung der deutschen Frage betrachten“ kann<sup>79</sup>. Dieses Fragment der Rede Genschers wurde von Hans-Dieter Lucas für die Grundlage des Begriffs *peaceful change* im Sinne der friedlichen Änderung der Grenzen gehalten.

---

<sup>78</sup> Ebenda; H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 92-93; H.-D. Genscher, *Mut zur ungeschminkten Wahrheit* (Beitrag für „Liberal“ 6.9.1966), in: H.-D. Genscher, *Unterwegs zur Einheit*, Berlin 1991, S. 24-25.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 43-44.

Aus diesem Begriff ergab sich der KSZE-Prozess<sup>80</sup>. Darüber hinaus setzte sich Genscher in Stuttgart für den gegenseitigen Verzicht auf Gewalt unter Berücksichtigung der Sicherheit West-Berlins und der Zusicherung von *drei Essentials* ein<sup>81</sup>.

Genscher dachte, die BRD sollte eine aktive Ostpolitik betreiben, welche die Interessen nicht nur der UdSSR, sondern auch der anderen Länder des Warschauer Pakts berücksichtigt. Er plädierte für den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin und um Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den anderen mittelosteuropäischen Ländern. Er war dafür, sich mit ostmitteleuropäischen Ländern zu verständigen, statt sich „ihnen zu verschließen“. Außerdem schloss er eine beschränkte Zusammenarbeit mit dem Regime in Ost-Berlin nicht aus<sup>82</sup>.

Das Konzept Genschers schloss an die früheren Äußerungen der deutschen Politiker an, die sich angesichts des Konflikts zwischen Osten und Westen über die Ostpolitik äußerten. Im Hintergrund dieser Rede standen die Konzepte der FDP und der SPD. Schon im Juli 1963 hatte sich Egon Bahr, Mitarbeiter von Willy Brandt, in Tutzing für „Wandel durch Annäherung“ ausgesprochen. Er strebte nach dem Ausbau der zwischenmenschlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD<sup>83</sup>. 1965 äußerte sich die Evangelische Kirche über die Ostpolitik in Deutschland<sup>84</sup>. Von einer großen Bedeutung war die schon erwähnte Friedensnote der Regierung von L. Erhard und E. Mende, auf die sich Genscher in Stuttgart direkt bezog. Von den Meinungen ausländischer Politiker sind die Rede des US-Präsidenten John F. Kennedy von 1963 und der Bezug auf einen Bericht des belgischen Politikers Pierre Harmel bemerkenswert, in dem der Politiker ein gleichzeitiges Streben nach Entspannung und Sicherheitsüberwachung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA unterstützte<sup>85</sup>. Die Rede Genschers wurde von CDU kritisiert. Franz Josef Strauß bezog sich auf die Mitgliedschaft der FDP in der Koalition mit der CDU/CSU und forderte, Genscher sollte sich von den geäußerten

---

<sup>80</sup> Ebenda, S. 44; J. Krasuski, op. cit., S. 488.

<sup>81</sup> Ebenda; Die Frage der Sicherung von *drei essentials* entwickelte später der Bürgermeister des Westberlins Klaus Schütz. Die Formel beinhaltete damals die Realisierung der sog. 3 Z: Zuordnung (Berlin sollte zum Bund gehören), Zugang (um die Kommunikation zwischen der BRD und dem Westberlin zu erleichtern), Zutritt (um die Ausreise von Westberlin nach Ostberlin und des übrigen DDR Gebiets zu sichern), in: P. Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1986, S. 190-191.

<sup>82</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>83</sup> Vgl. Wandel durch Annäherung. Egon Bahr in Tutzing 1963 und 1973, „Deutschland Archiv“, nr 6/1973, S. 862-873.

<sup>84</sup> Vgl. Z. Czajka, Kościół Ewangelicki Niemiec (EKD) w procesie normalizacji stosunków Polska-RFN, Poznań 1982.

<sup>85</sup> Vgl. E. Conze, Vom Herter-Plan zum Genscher-Plan, „Europäische Rundschau“, nr 4/1999, S. 66; E.-F. Jung, Genschers „Erinnerungen“ im Rückblick. Eine kritische Nachlese, in: G. Buchstab, H.-O. Kleinmann, Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Köln – Weimar – Wien 1998, S. 238-240; P. Dobrowolski, Odprężenie i jego interpretacje w myśli politycznej RFN, „Sprawy Międzynarodowe”, nr 9/1976, S. 111.

Ansichten distanzieren<sup>86</sup>. Allerdings erschien die Forderung von F. J. Strauß weniger wichtig als eine sich verschärfende Krise in der Regierung zu sein. Genscher übte mit anderen Liberalen Kritik an der CDU-Politik. Grund waren die Finanzen, vor allem der Streit um die Steuern. Er erinnerte sich später, dass es ihm persönlich um Ludwig Erhard Leid tat, um „den Vater der sozialen Marktwirtschaft“, „die historische Persönlichkeit“<sup>87</sup>. Am 29. Oktober 1966 stellte er dennoch im Kreis der Liberalen fest, dass man weder mit der CDU, noch mit der SPD zusammenarbeiten sollte. Seiner Meinung nach, bestand die Aufgabe der FDP darin, das Programm der Außenpolitik, der Deutschlandpolitik und der Verteidigungspolitik vorzulegen<sup>88</sup>.

Zum neuen Bundeskanzler wurde K.-G. Kiessinger mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD gewählt. Die Gründung einer Koalition der zwei größten, miteinander wetteifernden Parteien erregte in der Gesellschaft Angst davor, dass es in dem Staat keinen Platz mehr für die Stimmen der Opposition gibt. Genscher meinte, dass sich aus der Großen Koalition „das Gleichgewicht der Hilfslosen“ statt „der demokratischen Wunderwaffe“ ergab<sup>89</sup>, die zur „wirtschaftlichen Selbstsperrung“ beiträgt<sup>90</sup>.

Am 9. und 10. Januar 1967 beteiligten sich Genscher und E. Mende, Willi Weyer, Bucher, Wolfgang Mischnick, Knut von Kühlmann, Thomas Dehler, Hans Friedrichs, **Bodesser**, Werner Marx, Eggers, Stolz und Wolfgang Schollwer an einem Treffen der FDP-Mitglieder hinter verschlossenen Türen. Das Ziel war, ein liberales Programm der Opposition zu erstellen. E. Mende bat damals Genscher, für dieses Treffen einen Vortrag über „die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik“ vorzubereiten. Dieser sprach sich in seinem Vortrag für das Streben nach Wiedervereinigung Deutschlands aus, die eng mit der Situation in Osteuropa und in Ost-Berlin verbunden war. Er widersetzte sich dem Konzept der Anerkennung der DDR, behauptete jedoch, dass man die DDR als einen „Faktor“ betrachten soll, mit dem man „zu Verhandlungen fähig ist“<sup>91</sup>.

Das Ausscheiden der FDP aus der Regierung führte zu einer Polarisation in der Partei. E. Mende verlor an Bedeutung. Die Liberalen forderten verstärkt Änderungen in der internationalen Politik, was besonders während des Parteitages vom 3. bis zum 5. April 1967 in Hannover zum Ausdruck kam. Der Parteitag wurde

<sup>86</sup> Vgl. H.-D. Lucas, dz. cyt., S. 47; H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 94.

<sup>87</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 87; K. Leśniewska, op. cit., S. 50; W. Małachowski, *Główne partie polityczne RFN wobec integracji zachodnioeuropejskiej*, Warszawa 1978 (als Manuskript), S. 73-74.

<sup>88</sup> Vgl. W. Schollwer, *Von der Großen zur sozial-liberalen Koalition. Aufzeichnungen 1966-1970*, Köln 2004, S. 12; Bundeshauptausschuß der Freien Demokratischen Partei. Sitzung am 29. 10.1966 (ADL, A-12-64), S. 93-95.

<sup>89</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Aufgabe und Verantwortung der Freien Demokraten. Rede des Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der F.D.P. und Bundesminister des Innern auf dem 21. Ordentlichen Bundesparteitag der F.D.P. am 24. Juni 1970 in der Bonner Beethovenhalle*, in: *Aktuelle Beiträge zur politischen Bildung. Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung*, Heft 10. Juli 1970, S. 5.

<sup>90</sup> Ebenda.

<sup>91</sup> Vgl. W. Schollwer, *Von den Großen...*, op. cit., S. 24-25.

unter dem Zeichen der in der Presse veröffentlichten Aussagen von Wolfgang Schollwer und Wolfgang Rubin gehalten. W. Schollwer verfasste ein Dokument, dessen Fragmente im „Stern“ am 3. März 1967 erschienen. Die Thesen W. Rubins wurden im „Liberal“ am 12. März 1967 veröffentlicht<sup>92</sup>. Aus den gemeinsamen Ansichten beider Politiker ergab sich, dass die Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen vor 1937 nicht durchgesetzt werden könnte und dass die Wiedervereinigung ohne die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht möglich wäre. Diese Ansichten wiesen die Bestimmungen eines bisher geltenden Berliner Programms von 1957 zurück, in dem zur Wiedervereinigung mit „Mitteldeutschland und westlichen Gebieten“ aufgefordert wurde<sup>93</sup>.

In Hannover gab es eine Auseinandersetzung zwischen den Anhängern von E. Mende, der gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze war, einerseits und den Reformer andererseits. E. Mende meinte: „wer heute die Oder-Neiße-Grenze anerkennt, der gibt morgen West-Berlin zurück“. Sein Hauptgegner war Wolfgang Rubin. Der Redakteur des „Sterns“ Henri Nannen, der den Verlauf der Tagung beschrieb, und der Herausgeber des „Spiegels“, Rudolf Augstein, unterstützten auch die Anhänger der Änderungen<sup>94</sup>. Die Abwesenheit Genschers von dem Parteitag (W. Scheel beteiligte sich auch nicht daran wegen der Operation) wurde mit gemischten Gefühlen wahrgenommen. Der offizielle Grund seiner Abwesenheit war seine Krankheit. Man vermutete jedoch, dass er sich nicht an einer Auseinandersetzung zwischen zwei Parteifraktionen beteiligen wollte. Seine Aufgabe bestand darin, einen Vortrag über die deutsche Friedensstrategie vorzubereiten. Er wurde während seiner Abwesenheit von K. von Kühlmann-Stumm vertreten. Als sich der Konflikt während des Parteitages verschärfte, beschloss H. Friedrichs, Genscher anzurufen und ihn darum zu bitten, zu der Auseinandersetzung um die Oder-Neiße-Grenze Stellung zu nehmen. Genscher hatte eine sog. Zustimmungsförmel vorgeschlagen, das heißt, die definitive Haltung bezüglich der Grenze erst in einem Friedensvertrag festzulegen<sup>95</sup>. In dieser Zeit stellte sich Genscher (nach H.-D. Lucas) als ein „Programmierer und Politiker“, „Mensch eines Zentrums“ in der FDP vor, für den die Wiedervereinigung Deutschlands den Vorrang gegenüber den Grenzforderungen hatte<sup>96</sup>.

---

<sup>92</sup> Vgl. J. Krasuski, Droga SPD i FDP do koalicji i władzy, in: A. Czubiński, L. Janicki (Red.), Republika Federalna w dobie rządów koalicji socjaldemokratyczno-liberalnej, Poznań 1985, S. 26.

<sup>93</sup> Vgl. B. Demby, Stosunek FDP do zachodniej granicy Polski u progu utworzenia rządu z SPD, „Przegląd Zachodni”, nr 2/1984, S. 140-141.

<sup>94</sup> Vgl. U. Wildermuth, Von der FDP zur F. D. P., in: W. Mischnick, Verantwortung für die Freiheit, Stuttgart 1989, S. 201-202.

<sup>95</sup> Vgl. K. Hildebrandt, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, Stuttgart 1984, S. 67; R. Schiffers, FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967, Düsseldorf 1993, S. 726-727; J. J. Węc, op. cit., S. 92; S. Świderek, Strategia i polityka społeczna FDP, in: „Studia nad demokracją”, nr 3/1982, S. 12.

<sup>96</sup> Vgl. A. Baring, Machtwechsel, Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 224; H. -D. Lucas, op. cit., S. 49.

In der Gesellschaft verstärkten sich die Befürchtungen vor einer sich vertiefenden Wirtschaftsrezession. Nach der durch die Reformen von L. Erhard erweckten Begeisterung fürchteten sich die Deutschen vor Apathie und Zweifel. Man begann am Deutschen Bundestag zu zweifeln. Die Krise des Bildungssystems in Deutschland, die sich vor allem aus den sozialen Problemen ergab, die von der steigenden Anzahl der Studierenden verursacht wurden, führte zur Entstehung von Protestgruppen außerhalb des Parlaments. Jungen Menschen beklagten sich über die Situation im Land und begannen, oppositionelle Gruppen zu bilden. Diese wurden dann zum Teil in revolutionäre Fraktionen umgeformt, die auf dem Kommunismus, Marxismus und Leninismus basierten<sup>97</sup>. Diese Periode wurde von Genscher aus der Perspektive der Teilung zwischen den Generationen betrachtet, die erst bei der nächsten Bundestagswahl 1969 überwunden werden sollte<sup>98</sup>. Obwohl Genscher ein Liberaler war, förderte er nicht die Proteste der Jugendlichen, die 1968 an Stärke zunahmen. Er war der Meinung, dass sich die Liberalen nicht für eine solche Form der Forderungen von Änderungen einsetzen sollten, die gegen den Rechtsstaat verstieß. Er protestierte gegen die Vorbilder der Jugend, wie Che Guevara, Mao Tse Tung, Fidel Castro<sup>99</sup>. In seinen Erinnerungen hat er der APO (Außerparlamentarische Opposition) wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Er kritisierte sie und bezeichnete sie mit dem Begriff „fundamentale Opposition“, die „eine liberale Opposition nicht sein könnte“<sup>100</sup>.

In dieser schweren Lage für die Partei, als der FDP die Aufgabe der Vertretung der Opposition im Deutschen Bundestag zufiel, gewann Genschers politische Karriere an Bedeutung. Er wurde zu einem erkennbaren Politiker, der in der Zeit vom 1. Dezember 1966 bis zum 20. Oktober 1969 im Deutschen Bundestag 234 Mal die Rede hielt<sup>101</sup>. Seine Zusammenarbeit mit Walter Scheel, der sich als ein Parteiführer darstellte und der wegen seines politischen Instinktes und der Fähigkeit gelobt wurde, sich auf der politischen Bühne auszuzeichnen, hatte sich verstärkt. Angesichts der sich in der FDP vollziehenden Veränderungen schien es wichtig zu sein. Nachdem E. Mende aus der Regierung ausgeschieden wurde und das Amt des Vize-Bundeskanzlers und des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen aufgegeben hatte, spielte er keine große Rolle unter den Liberalen mehr. Im Januar 1968 wurde auf dem FDP-Parteitag in Freiburg über personale Änderungen entschieden. Zum FDP-Vorsitzenden wurde für die Stelle von E. Mende W. Scheel einberufen. Zu den Vizevorsitzenden wurden Genscher, Hermann Müller und W. Mischnick gewählt<sup>102</sup>.

Genscher hielt sich am 14. Juni 1968 mit W. Scheel in Prag auf und wusste Bescheid über die Ereignisse in der Hauptstadt der Tschechoslowakei im April.

---

<sup>97</sup>Vgl. M. Tomczak, *Terroryzm w RFN i Berlinie Zachodnim*, Poznań 1986.

<sup>98</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Aufgabe und Verantwortung der Freien Demokraten*, op. cit., S. 9.

<sup>99</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Probleme der Freiheit und des Umweltschutzes*, in: „Bulletin“ (Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung), 18. 10.1972.

<sup>100</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 91.

<sup>101</sup> Vgl. M. F. Rakowski, *Dymisja kanclerza*, Warszawa 1975, S. 134.

<sup>102</sup> Vgl. K. Hildebrandt, op. cit., S. 282; A. Baring, op. cit., S. 97.

Es war seine erste Reise hinter den Eisernen Vorhang nach seiner Flucht in den Westen im Jahr 1952<sup>103</sup>. In der Tschechoslowakei teilte man ihm mit, nach der kommenden Bundestagswahl würde W. Scheel die Beteiligung in der Koalition und drei Bundesministerposten für die FDP anstreben. Der FDP-Vorsitzende erwartete, dass Genscher zum Außenminister wird. Diese Funktion war für Genscher nicht verlockend, weil er sich eher um die Stelle des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag bemühen wollte<sup>104</sup>. 1968 wurde Genscher schon von den 25 % Deutschen erkannt. Auf der Popularitätsskala lagen vor ihm Rainer Barzel (CDU), Helmut Schmidt (SPD), Georg Leber (SPD), Klaus Schütz (SPD), Hans-Jochen Vogel (SPD), Gerhard Stoltenberg (CDU), Karl Günther von Hase (Staatssekretär im Verteidigungsministerium), Conrad Ahlers (Stellvertretender Sprecher des Bundesregierung), Ernst Benda (CDU), Franz Amrehn (CDU) und Ralf Dahrendorf (FDP). Genscher war allerdings bekannter als Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Horst Ehmke (SPD), Helmut Kohl (CDU) oder Heinz Ruhнау (SPD)<sup>105</sup>.

Genscher brachte seinen Protest gegen die Verschärfung der Situation in der Tschechoslowakei und den militärischen Eingriff des Warschauer Pakts zum Ausdruck. Gemeinsam mit W. Mischnick, W. Rubin, Wolfram Dorn und **Friedrichs** verfasste er ein Schreiben, in dem er die DDR verurteilte. Er hielt die Teilnahme der DDR-Soldaten an diesen Ereignissen dreißig Jahre nach der Hitleraggression für besonders schändlich<sup>106</sup>.

Am 4. März 1969 beteiligte er sich an den Verhandlungen in Berlin, während derer die SPD und die FDP einen Kandidaten für den Bundespräsidenten auswählen sollten. Er förderte gemeinsam mit W. Scheel und W. Mischnick sowie mit dem Minister Gerhard Schröder den sozialdemokratischen Justizminister Gustav Heinemann. In Folge dessen wurde G. Heinemann nach der von der Bundesversammlung in West-Berlin durchgeführten Abstimmung zum dritten Präsidenten der BRD<sup>107</sup>. Genscher bereitete mit Ralf Dahrendorf und Dietrich Bahner eine Wahlplattform der Liberalen vor, die auf dem Treffen der Bundeshauptabteilung der Partei am 28. April 1969 in Mainz vorgestellt wurde. Diese Plattform basierte auf zwei Punkten zugrunde. Der erste betraf die Berücksichtigung der Forderungen der osteuropäischen Länder in der Außenpolitik: die Einwilligung von der BRD in die internationale Anerkennung der DDR. Der zweite Punkt betraf, den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin zu verzichten<sup>108</sup>. Auf dem FDP-Parteitag in Nürnberg in der Zeit vom 23. bis zum 25. Juni 1969 behauptete Genscher, dass die FDP, die sich für G. Heinemann einsetzte, sich noch nicht auf einen Koalitionspartner für die Zeit nach der Bundestagswahl festge-

---

<sup>103</sup> Vgl. H.-D. Lucas, op. cit., S. 52.

<sup>104</sup> Vgl. W. Filmer, H. Schwan, op. cit., S. 133-135.

<sup>105</sup> Vgl. „Unbekannte Große“, „Der Spiegel“, 30.09.1968.

<sup>106</sup> Vgl. W. Schollwer, Von der Großen..., dz. cyt., S. 119.

<sup>107</sup> Vgl. K. Hildebrandt, dz. cyt., S. 394.

<sup>108</sup> Vgl. Bundeshauptausschuß der FDP. Sitzung am Montag, 28.04.1969 in Mainz (ADL, A12-74).

legt hatte. Er stellte auch einen Entwurf des Regierungsprogramms vor, das vor allem die Postulate des Aufbaus des Bereichs der Bürgerrechte, der Einführung neuer sozialer Politik, der Verbesserung der Arbeitnehmerrechte und der Einführung der Plattform aus Mainz vom 28. April 1969 in der Außenpolitik enthielt<sup>109</sup>.

Im August 1969, noch vor der Bundestagswahl, hatte Genscher mit W. Mischnick und W. Scheel Moskau einen Besuch abgestattet, während dessen er Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der UdSSR, A. Kosygin, führte. In der FDP wurde die Aufmerksamkeit auf die Ostpolitik gerichtet<sup>110</sup>. Das war aus diesem Grund wichtig, weil auch die deutschen SPD-Politiker H. Schmidt, Egon Franke und Alex Möller die Möglichkeiten prüften, im dem Bereich der Ostpolitik zu wirken und sich zu diesem Zweck im August nach Moskau begaben<sup>111</sup>.

Die Bundestagswahl fand am 28. September 1969 statt<sup>112</sup>. In der FDP wurde die Koalitionsbildung nicht nur mit der SPD, sondern auch mit CDU/CSU erwogen. W. Scheel, W. Mischnick und Ernst-Günther Hoppe sprachen sich dafür aus, dass Genscher mit Helmut Kohl sprechen sollte<sup>113</sup>. Nach Herman Scheiber, dem Reporter des „Spiegels“, ahnte nicht nur H. Kohl, dass Genscher einer Koalition näher war als eine mit der CDU/CSU als mit der SPD war<sup>114</sup>. Aus dem Gespräch mit H. Kohl hatte sich ergeben, dass K. G. Kiesinger nicht zustimmte, W. Scheel ein Amt des Außenministers anzuvertrauen. Die CDU-Mitglieder protestierten auch gegen Änderungen in der Außenpolitik, für die sich die Liberalen einsetzten<sup>115</sup>. Das Gespräch zwischen Genscher und H. Kohl erschien fruchtlos zu sein, ähnlich wie ein darauffolgendes Treffen H. Kohls und Bruno Hecks mit zehn FDP-Abgeordneten, das im Haus von Erich Mende stattfand. Eine endgültige Entscheidung über den Eintritt in die Regierung von W. Brandt traf W. Scheel in der Wahlnacht. Anfang Oktober 1969 beteiligte sich Genscher gemeinsam mit Politikern der SPD (Alex Möller, Helmut Schmidt, W. Brandt, Kühn, Georg Leber) sowie mit den FDP-Vertretern (Werner Mertens Wolfram Dorn, Josef Ertl, W. Scheel) an der Vorbereitung der Regierungserklärung. W. Scheel trat das Amt des Vize-Bundeskanzlers und des Außenministers an, Genscher dagegen – das Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen<sup>116</sup>. Ihm lag mehr daran, das Amt des Bundesfinanzministers zu erhalten, aber es fiel Alex Möller aus der SPD zu<sup>117</sup>.

<sup>109</sup>Vgl. „Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Hans-Dietrich Genscher“ – F.D.P. Information Ordentlicher Bundesparteitag Nürnberg, 23-25.06.1969 (ADL-Bundesparteitage A1-398).

<sup>110</sup>Vgl. W. Scheel, Munz.-Archiv/Internat. Biograph. Archiv 16/99, 9007356-15; P. Moroz, Polityka wschodnia FDP w latach 1961-1970, Warszawa – Wrocław 1976, S. 142.

<sup>111</sup>Vgl. A. Baring, op. cit., S. 234.

<sup>112</sup> S. in: H. Jäckel, Wahlführer 1969, Politiker. Parteien. Programme, München 1969.

<sup>113</sup> Vgl. U. Wickert, op. cit., S. 38.

<sup>114</sup> „Dasein ist alles“. Spiegel-Reporter Hermann Schreiber über Hans-Dietrich Genscher, „Der Spiegel“, 2.11.1970.

<sup>115</sup> Vgl. U. Wickert, op. cit., S. 38.

<sup>116</sup> Vgl. K. D. Bracher, W. Jäger, W. Link, Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, S. 17-20.

<sup>117</sup> Filmer, H. Schwan, dz. cyt., S. 133-135.

---

## KAPITEL II

### GENSCHERS EINFLUSS AUF DIE INNENPOLITIK

#### 1. Innenminister

Am 20. Oktober 1969 begann Genscher seine Arbeit als Innenminister in der Rheindorfer Straße. Auf diesem Amt war er der erste liberale Minister. Seine Bedeutung in der Regierung und seine Popularität in der Gesellschaft nahmen schnell zu, weil der Kanzler Willy Brandt seine Amtszeit unter dem Motto der Durchführung der Reformen in dem Staat. Genschers Bedeutung resultierte auch aus dem Arbeitsstil, das ihn von dem ersten Tagen seiner Amtszeit an kennzeichnete. Vor allem war aber Genscher überall anwesend. Er wurde für sein Humor und Ehrgeiz gelobt<sup>1</sup>. Zu seinen Mitarbeiter gehörten Dieter Hönig, Gerd-Heinrich Kemper, Edda Müller. Genscher überwachte die gesetzlichen Prinzipien: Demokratie, der Rechtsstaat, der Bundesstaat sowie Sozialstaat. Er wurde Innenminister und übernahm Verantwortung für Einhaltung der Rechtsordnung im Staat. Zu den Prioritäten seiner Tätigkeit machte er innere Sicherheit, Umweltschutz, Reform des öffentlichen Dienstes. Als Innenminister sprach er in Angelegenheiten der Verwaltungsreform, Medienpolitik, Politik der Asylanten sowie im Sport.

Als Minister war er für die Übereinstimmung der unterzeichneten internationalen Abkommen mit den Vorschriften des Grundgesetzes zuständig. Das war eine wichtige Aufgabe in der Situation, als die Regierung Brandt/Scheel die Ostpolitik mit dem Abschluss der Abkommen mit der UdSSR, der DDR, Polen und der Tschechoslowakei realisieren wollte<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. B. Conrad, *Sinn für Macht und Taktik*, „Die Welt“, 14.12.1972; W. Henkels, *Eine lange „Ahnengalerie“ der Innenminister*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, (Ferner: „FAZ“), 5.11.1969.

<sup>2</sup> Vgl. G. von Loewenich, *Schwerpunkte im Bundesministerium des Innern – Verfassung und Sicherheit*, in: K. Kinkel, *In der Verantwortung*, Berlin 1997, S. 143; W. Filmer, H. Schwan, Hans-Dietrich Genscher, Moewig bei Ulstein 1993, S. 133-135; H.-D. Genscher, Das Große Freiheitsangebot der Verfassung, „Bulletin“, 14.02.1974, nr 22/1974, S. 205; Bericht von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 14.02.1973, in: H.-D. Genscher, *Planungen und Vorhaben des Bundesministerium des Innern 1973-1976*, Bonn 1973, S. 3-23.

Genscher selbst war der Auffassung, dass in der deutschen Demokratie der Innenminister eine „besondere“ Position einnimmt, die sich daraus ergibt, dass „der Amtierende viele Aufgaben ausfüllen soll, die die Grundlagen der Staatfunktionen betreffen“. Genscher betonte, dass er sich vom Amt her mit den Fragen der Partei, der inneren Sicherheit, der Bekämpfung von politischen Radikalismus und dem Schutz der freiheitlichen politischen Ordnung befasst<sup>3</sup>.

Ein ernsthaftes Problem, das der neue Minister lösen sollte, war die Verbreitung von Terrorismus und Extremismus in der BRD. 1968 verzeichnete man nur drei terroristische Angriffe, 1969 vier, 1979 sogar 21 und ein Jahr später 29<sup>4</sup>. Deswegen bat Genscher den Bundestag um Unterstützung bei der Gesetzgebung im Bereich der inneren Sicherheit und um die schnelle Verabschiedung der Gesetze zum Einsatz von persönlichen, finanziellen, technischen und organisatorischen Mitteln, um die Effektivität der Kriminalitätsbekämpfung zu erhöhen. Genscher befürwortete die Kontinuität der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in allen Bereichen der inneren Sicherheit und gestützt auf den Föderalismus. Am 29. Oktober 1970 stellte er ein „Notprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung“ vor. Darin waren Lösungen zur Durchführung der technischen und Personalreformen im Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt sowie im Bundesverfassungsschutzamt enthalten. Es wurde auch der Aufbau des modernen zentralen Registers für Ausländer vorgesehen, von denen in der BRD ca. 3,5 Millionen wohnten. Mit dem Ziel der Beobachtung von extremistischen politischen Gruppen beinhaltete das Programm die Erhöhung der polizeilichen Bereitschaft. Genscher beabsichtigte die Wirksamkeit der Polizei zu verbessern, besonders im Hinblick auf die Kommunikation. Genscher bewirkt die Erhöhung des Personals im Bundesverfassungsschutzamt auf 1409 Personen im Jahr 1973 im Vergleich zu 1016 Personen, die dort 1969 tätig waren. Im Bundesgrenzschutz stieg die Anzahl in diesen Jahren von 20 000 auf 22 159. Er betrieb die Erhöhung der Ausgaben der ihm unterstellten Institutionen, den Personalanstieg sowie die Einhaltung der Anforderungen bei der Einstellung von qualifizierten Kräften<sup>5</sup>.

Im September 1971 intensivierte sich die Aktivität der terroristischen Gruppe Andreas Baader und Ulrike Meinhoff, bekannt auch unter den Namen RAF (Rote Armee Fraktion). Im Juli 1971 starb die Terroristin Petra Schelm. Im Oktober 1971 wurde Norbert Schmidt erschossen. Es kam zu Banküberfällen. Die Attacken nahmen im Mai 1972 zu. In der Folge verstärkte die Polizei ihre Aktivitäten und viele Mitglieder der RAF wurden festgenommen. Genschers Hauptwaffe im Kampf gegen den Terrorismus wurden die Sicherheitsorgane. Die Strukturen des Bundeskriminal-

---

<sup>3</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher, „Schwerpunkte der Innenpolitik“, „Bulletin“, 25.07.1972.

<sup>4</sup> Vgl. A. Czubiński, *Węzłowe zagadnienia rozwoju socjaldemokracji niemieckiej (1847-1993)*, Poznań 1994, S. 248.

<sup>5</sup> Vgl. „Schwerpunktprogramm „Innere Sicherheit“. Bericht des Bundesministers des Innern“, „Bulletin“, 28.03.1972.

amtes wurden von ihm stark ausgebaut. Zum Chef dieser Institution berief er Horst Herold, dem Polizeipräsidenten in Nürnberg. Herold setzte sich gegen die anderen Kandidaten, Manfred Schreiber, Polizeipräsident in München, und Manfred Stümper von der Polizei in Baden-Württemberg, durch<sup>6</sup>.

Am 5. September 1972 wurde Genscher telefonisch über den Angriff auf die israelischen Sportler in dem olympischen Dorf benachrichtigt. Die sich abspielenden Ereignisse wurden von Genscher damals als das traumatischste und dramatischste Erlebnis während seiner Amtszeit als Innenminister erachtet. Terroristen aus der Gruppe „Der Schwarze September“, die der Organisation Volksfront für die Befreiung Palästinas angehörten, forderten für die Befreiung der Geiseln im Austausch die Entlassung von 200 arabischen Gefangenen. Während dieser tragischen Ereignisse arbeitete Genscher mit dem bayerischen Innenminister Bruno Merk, dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Avery Brundage, dem Präsidenten des Organisationskomitee Willi Daume und dem Bürgermeister des olympischen Dorfes Walter Tröger. Manfred Schreiber erinnert sich wie folgt: Genscher „beharrte, forderte, flehte, drohte, erklärte, hörte zu, beobachtete, telefonierte mit der Regierung, verabredete sich mit den heutigen israelischen und tunesischen Botschaftler. Zusammen mit Politikern und Sportleitern prüfte die Situation und das Risiko der Geisel, sprach mit dem Krisenstab im Auswärtigen Amt, berichtete dem Kanzler und unterhielt sich mit dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitee (IOC) Avery Brundage und Präsidenten Daume“<sup>7</sup>. Jedoch ist der Versuch der Geiselnbefreiung auf dem Flughafen Fürstfeldbruck in der Nacht nicht gelungen. Elf israelische Sportler, ein deutscher Polizist und fünf Terroristen sind ums Leben gekommen<sup>8</sup>.

Während der Befreiungsaktion arbeitete Genscher mit Franz Josef Strauß zusammen. Später erinnerte er sich, dass die Ernsthaftigkeit der Situation es erforderte, die politische und persönliche Feindschaft zu vergessen. Aus der veröffentlichten Dokumentation des 20. September 1972 hat sich ergeben, dass für den Einsatz der Polizei der Chef der bayerischen Polizei die Verantwortung trug. Politisch war B. Merk verantwortlich. Die Bundesregierung war nur verantwortlich für die Verhandlungen

---

<sup>6</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 139; W. Filmer, H. Schwan, op.cit., S. 158-163; K. Jagiełło, *Po zmierzchu bogów*, Warszawa 2005, S.199; „Auftrag und Aufgaben des Bundesgrenzschutzes“, „Bulletin“, 13.02.1970; H. Herold, *Der Innenminister und das Bundeskriminalamt*, in: W. Filmer, op.cit., S. 158-163; F. Vogel, *Nicht nachtragend*, W. Filmer, op.cit., S. 166-169; H.-D. Genscher, *Zentrale Funktion des Bundeskriminalamtes*, „Bulletin“, 16.08.1972; H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 138-139.

<sup>7</sup> Vgl. M. Schreiber, *München 1972: Ein Trauma*, w: W. Filmer, H. Schwan, op.cit., S. 163-165; W. Durks, *Nach München. Skeptische Skizze einiger Konsequenzen*, „Frankfurter Hefte“, nr 10/1972; V. Grotowicz, *Terroryzm w Europie Zachodniej w imię narodu i lepszej sprawy*, Warszawa – Wrocław 2000, S. 82-84.

<sup>8</sup> Vgl. K. D. Bracher, W. Jäger, W. Link, *Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart 1986, S. 79.

mit der israelischen Regierung und den arabischen Staaten. Genscher trug keine formale Verantwortung für die Sicherheit, weil diese in München bei dem Bundesland Bayern sowie dem Organisationskomitee der Olympischen Spiele lag. Genscher erklärte jedoch dem Kanzler, er sei bereit, das Amt niederzulegen. Er argumentierte, dass diese Ereignisse dem Bild der BRD auf der internationalen Ebene schaden können. Es war nicht das erste antijüdische Ereignis während seiner Amtszeit als Innenminister. Bereits 1970 wurde ein von Juden bewohntes Altersheim in München in Brand gesetzt. W. Scheel beeinflusste W. Brandt, damit er Genschers Amtsniederlegung nicht annahm<sup>9</sup>.

Die Folge der Ereignisse in München war die Gründung einer Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung am 1. Oktober 1972. Die Einheit sollte, wie Genscher in seinen „Erinnerungen“ schrieb, „bewaffnet, mobil, ausgebildet, flexibel, stets in der Bereitschaft“ sein<sup>10</sup>.

Während seiner Amtszeit als Innenminister, verantwortlich für die Übereinstimmung der beschlossenen internationalen Abkommen mit dem Grundgesetz, nahm Genscher teil an dem Prozess der Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern. Seine anfängliche Skepsis gegen eine Koalition mit der SPD ergab aus sich aus Bedenken gegen die Politik von der Egon Bahr und gegen eine zu starke Nachgiebigkeit gegenüber der DDR. Noch während seiner Oppositionszeit, während der Regierung von Kurt G. Kiesinger, unterstützte Genscher das Streben der Verbesserung der Beziehungen mit der UdSSR, der DDR und Polen, war aber gegen ein zu starkes Nachgeben gegenüber der Politik dieser Länder. Er strebte an, den der Prozess der Verbesserung von der gegenseitigen Beziehungen mit der Normalisierung der Situation von Westberlin zu verbinden. Vor allem unterstützte er den Abschluss eines Abkommens mit der DDR. Genscher stützte sich auf das von FDP-Repräsentanten am 10. und 11. Mai 1968, vorgestellte Projekt. Die von den Liberalen präsentierte Lösung wurde zur Grundlage der Skizze des Generalabkommens zwischen der DDR und der BRD, das später die FDP-Fraktion am 24. Januar vorlegte. Genscher verteidigte diesen Entwurf mit der Unterstützung von Rudolf Schutz und W. Scheel während der Debatte im Bundestag. Für Genscher war das vorgelegte Abkommen ein Schritt zur Verbesserung der Bedeutung der BRD in der internationalen Politik. Er war der Meinung, dass die Zeit gekommen ist, um es abzuschließen. In dieser Angelegenheit empfahl er eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition, die zur Überwindung der deutschen Teilung und Wiedererlangung der Freiheit für das ganze deutsche Volk beitragen sollte<sup>11</sup>. In den „Erinnerungen“

---

<sup>9</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 158-159; H.-D. Genscher, Erklärung über die Maßnahmen zur Aufdeckung des Attentats vor dem Zentralrat der Juden in Deutschland, „Das Parlament“, 1.02.1970.

<sup>10</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op.cit, S. 160-161.

<sup>11</sup> Vgl. „F. D. P. und Grundlagenvertrag mit der DDR. Dokumentation zum 5. Jahrestag 1977“, (ADL, D1-118), S.2-8; „Keinen Tag ungenutzt lassen“. Auszug aus der Rede von H.-D. Genscher, MdB, am 25.04.1969 im Bundestag, in: (ADL, D1-118).

drückte er seine Unterstützung für die Ostpolitik der Regierung von W. Brandt aus. Genscher unterstützte die Unterzeichnung eines „Briefes in Sache der Wiedervereinigung Deutschlands“<sup>12</sup> durch den Außenminister W. Scheel. Westdeutschland verzichtete in diesem Brief auf die territorialen Ansprüche, die bisher die Verbesserung auf der Achse Bonn-Moskau erschwerten. Ein ähnliches Abkommen unterzeichnete die BRD mit Polen am 7. Dezember 1970. W. Brandt strebte die Normalisierung der Beziehungen mit der DDR an. In der BRD sollte das Abkommen ratifiziert werden. SPD und FDP wollten notwendige Mehrheit erreichen. Eine Schwierigkeit war, CDU zu überzeugen, insbesondere Rainer Barzel. Während der Debatte im Bundestag am 24. Februar 1972 widerlegte Genscher die Argumente der Ratifikationsgegner. Er betonte, dass eine solche Denkweise, die Abkommen mit kommunistischen Ländern ausschließt, falsch ist. Die Beziehungen zu Polen wollte er verbessern.

Eine der Hauptaufgaben des Innenministeriums wurde die Reform des öffentlichen Dienstes. Genscher war für die Stärkung des Leistungsgedankens bei der Entlohnung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Genscher war gegen das Streikrecht für diese Berufsgruppe. Er glaubte, dass Streik nicht nur die Leistungsfähigkeit aber auch die Funktionalität des Staates beeinträchtigt<sup>13</sup>. Unter den notwendigen Kennzeichen eines Mitarbeiters des Öffentlichen Dienstes nannte er: Leistungsfähigkeit, Effektivität, Verantwortungsbewusstsein, Flexibilität, Auffassungsgabe, Transparenz, Rationalität, Objektivität Risikobereitschaft und gleichzeitig Sorge um die gesellschaftliche Sicherheit. Der Beamte sollte nach Genschers Auffassung als Vermittler zwischen Bürger und Staat fungieren<sup>14</sup>.

Viel Aufmerksamkeit widmete Genscher dem Umweltschutz und überholte damit das spätere Programm der Grünen, was Ignatz Bubis (Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland) in seinen Erinnerungen an Genscher betonte.

---

<sup>12</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 191-192.

<sup>13</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Treue um Treue oder Vertrauen gegen Vertrauen. Traditionen und Reform im öffentlichen Dienst*, w: H.-D. Genscher, R. Gronarz, W. Haubrichs, K.-H. Mittelsteiner, A. Möller, A. Pausch, H. Schmidt, H. Wertz, G. Zeitel, *Steuergerechtigkeit durch Steuervereinbarung*, Düsseldorf 1974, S. 66-70.

<sup>14</sup> Vgl. „Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts“, „Bulletin“, 16.12.1970; „Schiefs Ding“, „Der Spiegel“, 21.01.1974; H.-D. Genscher, *Öffentlicher Dienst am Scheideweg?*, in: H.-D. Genscher, K. H. Friauf, M. Löwisch, W. Bierfelder, H. Schneider, *Der öffentliche Dienst am Scheideweg*, Düsseldorf 1972, S. 15-28; H.-D. Genscher, *Berufsbeamtentum und Zukunft des öffentlichen Dienstes*. Rede von Bundesinnenminister H.-D. Genscher auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und -anwärter im Deutschen Beamtenbund am 10.9.1973 in Wiesbaden – Bonn 1973, S. 2-19; L. Janicki, *Problematyka stanu wyjątkowego*, in: L. Janicki, M. Sobolewski, *Ustrój państwowy Republiki Federalnej Niemiec*, Poznań 1986, S. 618; K.D. Bracher, W. Jäger, W. Link, op.cit., S. 83; G. Rauhaus, *In der sozial-liberalen Koalition*, in: W. Mischnick, op.cit., S. 233; H.-D. Genscher, *Aufgaben des öffentlichen Dienstes im demokratischen Rechtsstaat*, in: H.-D. Genscher, G. W. Wittkämmer, U. Becker, A. Theis, H. Kalb, H. Bartels, H. G. Emde, K. Schiess, R. Scholz, *Öffentlicher Dienst und Gesellschaft – eine Leistungsbilanz*, Düsseldorf 1974, S. 21-22.

Er bewirkte, dass während seiner Amtszeit der Umweltschutz als Problem und gesellschaftliche Gefährdung wahrgenommen wurde. In den Wahlen von 1969 förderten die Liberalen mit der Parole vom „blauen Himmel“ die Politik des Umweltschutzpolitik. Genschers Mitarbeiter in dem Bereich des Umweltschutzes wurden im Kabinett von W. Brandt Staatssekretär Günter Hartkopf sowie sein Studienkollege aus Leipzig – Peter Menke Glückert<sup>15</sup>. Nach Genscher hatte die Vernachlässigung der Umwelt ihre Ursache in den Problemen der Industriegesellschaft. Nach seiner Auffassung hatte der Umweltschutz die gleiche Bedeutung wie andere öffentliche Aufgaben wie Kulturpolitik, innere sowie äußere Sicherheit des Staates. Genscher betonte, dass die Schädigung der Umwelt ein Verbrechen sei und zeigte die Bedeutung einer geplanten Politik in dem Bereich auf. Er führte dazu am 28. Oktober 1969 in dem Regierungsbeschluss aus, dass der Umweltschutz als Schwerpunkt der Regierungspolitik gilt. Am 6. Juli 1970 entstand im Kabinett eine Abteilung zur Behandlung der Probleme des Umweltschutzes. Im September 1970 wurde ein Sofortprogramm vorgestellt, das die wichtigsten Fragen des Umweltschutzes umfasste. Der Präsident des Umweltbundesamtes in den Jahren 1974-1995, Heinrich von Lersner, urteilte, dass dieses Programm zur Vermeidung des Wintersmogs sowie der Verbesserung der Wasserqualität beigetragen hatte<sup>16</sup>. Im Frühjahr 1971 stellte Genscher ein Sofortprogramm zum Umweltschutz, zur Wasser- und Luftverschmutzung und zum Tierschutz vor<sup>17</sup>. In dem Regierungsprogramm vom 28. September 1971 empfahl er eine langfristige Planung, Nutzung der neuesten Forschungsergebnisse und Technik im Hinblick auf den Umweltschutz, Einsatz des Täter-Kriteriums bei der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen der Wirtschaft und der Umweltschutzpolitik. Genscher postulierte die Erziehung der Gesellschaft, damit sie die Bedeutung der Pflege der Umwelt wahrnimmt und entsprechende Maßnahmen in diesem Bereich ergreift. Er behauptete sogar, dass der Umweltschutz ein Gesellschaftsrecht ist und verlangte, es im Grundgesetz zu verankern<sup>18</sup>. Er betonte auch die Notwendigkeit des Austausches zwischen Wissenschaftlern und dem öffentlichen Dienst zur Analyse der ökologischen Probleme.<sup>19</sup> Bemerkenswert ist das Ergebnis der gesetzgebenden Arbeiten in diesem Bereich. 1971 wurde ein Gesetz zum Flug-

---

<sup>15</sup> Vgl. H. von Lersner, Initiator der deutsche Umweltpolitik, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 151-154; I. Bubis, Hans-Dietrich Genscher – Ein großer Liberaler, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 130; H.-D. Genscher, Umweltschutz. Das Umweltprogramm der Bundesregierung, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz (kein Veröffentlichungsdatum).

<sup>16</sup> Ebenda; „Internationale Koordinierung des Umweltschutzes. Rede des Bundesministers des Innern vor der beratenden Versammlung des Europarates“, „Bulletin“, 25.01.1972; „Umfassendes Umweltprogramm der Bundesregierung“, „Das Parlament“, 23. 10.1971; H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 127.

<sup>17</sup> Vgl. „Ein Jahr Regierungsarbeit der inneren Reformen“, „Bulletin“, 10.12.1970.

<sup>18</sup> Vgl. „Die Gefahren sind ernst!“ , (87. Sitzung des 6. Bundestages am 16.12.1970), „Das Parlament“, 9.01.1971.

<sup>19</sup> Ebenda; K. D. Bracher, W. Jäger, W. Link, op.cit., S. 142-146.

lärm und zum bleifreien Benzin, 1972 ein Gesetz zur Abfallvermeidung und 1974 ein Gesetz zur Gasemission und Statistik des Umweltschutzes verabschiedet.

Nach Genschers Meinung sollte der Umweltschutz nicht nur auf der Staatsebene, sondern auch auf der internationalen Ebene Geltung erlangen. Er betonte die Rolle einer Politik des Umweltschutzes auf mehreren Ebenen – im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern (z.B. beim Rhein) sowie in der Europäischen Gemeinschaft. Er unterstützte die Erklärung des 5. Juni zum internationalen Tag der Natur im Auftrag der Organisation der Vereinten Nationen<sup>20</sup>. Im Juni 1972 nahm Genscher an der Tagung der Organisation der Vereinten Nationen in Stockholm teil. Am 31. Oktober 1972 empfing Genscher auf einer Tagung zum Umweltschutz in Bonn die EU Minister. Er betonte, dass die Wasser-, Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik gleichrangig sein sollten. In der EU sollte eine Zusammenarbeit auf diesen Gebieten angestrebt werden. Er stellte auf dieser Veranstaltung den Antrag, dass ein Ministertreffen verantwortlich für den Umweltschutz sein sollte. Besonders aktivierend wirkte, dass das Jahr 1973 zum Jahr des Umweltschutzes erklärt wurde. Während der Konferenzen des Europarates in Wien am 28. März 1973 und der Europäischen Union am 28. September 1973 in Straßburg wiederholte Genscher, dass diese Politik mit der Technikentwicklung oder dem Bedürfnis des Wirtschaftswachstums kollidiert und betonte ihre Notwendigkeit.<sup>21</sup>

Genscher gründete in Berlin das Bundesumweltamt, die erste Institution dieser Art in der EU. Unter den 41 Ortschaften, die sich bemühten, Sitz dieser Institution zu werden, waren Flensburg, Kassel, Brühl, Sankt Augustin und Wuppertal<sup>22</sup>. Genschers Schritt wurde als Versuch, die Wirkung eines vierseitigen Abkommens in der Sache Berlins zu prüfen. Seine Entscheidung wurde von den E. Bahr und W. Brandt unterstützt, Herbert Wehner war jedoch dagegen. Die UdSSR legte bis 1989 gegen den Standort Berlin Einspruch ein.<sup>23</sup>

Genschers Bedeutung bei der FDP nahm zu. Wahrscheinlich im Sommer 1973 erfuhr er von W. Scheel, dass dieser Kanzler der BRD zu werden beabsichtigte und vorhatte, Genscher als Außenminister einzusetzen. Manche erwarteten Veränderungen, wenn Karl Schiller im Sommer 1972 aufhört, die beiden Ämter des Finanzministers und des Wirtschaftsministers zu bekleiden. Man vermutete, dass Genscher nach der Kompetenzteilung in zwei Ministerien mit Helmut Schmidt Wirtschaftsminister zu sein wünschte. Es ist nicht dazu gekommen, da die SPD der Abgabe der Finanzabteilung und des Kreditwesens in das Wirtschaftsministerium nicht zugestimmt

---

<sup>20</sup> Ebenda, H.-D. Genscher, Nicht Diener der Menschen, sondern Teil der Menschlichkeit, „Das Parlament“, 2.06.1973; H.-D. Genscher, Zum Tag der Umwelt, „Das Parlament“, 2.06.1973.

<sup>21</sup> Vgl. „Internationale Koordinierung...“, op.cit.; H.-D. Genscher, Internationale Umweltpolitik, Eine Dokumentation, Das Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Öffentlichkeitsarbeit, 53 Bonn (kein Veröffentlichungsdatum); H.-D. Genscher, Saubere Umwelt vor dem Europarat: Dynamik überwindet Grenzen, „Das Parlament“, 20.10.1973.

<sup>22</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 132.

<sup>23</sup> Vgl. H. von Lersner, op.cit.

hätte. Ohne diese Abteilungen war die Übernahme neuer Aufgaben für Genscher nicht interessant, so setzte er seine Arbeit im Innenministerium fort.<sup>24</sup> Nach der Meinung von W. Schollwer stellte man schon in Januar 1973 die Vermutung an, dass Genscher zum Vorsitzenden der FDP wird, wenn W. Scheel zum Bundeskanzler kandidiert<sup>25</sup>. Während des Parteitages der FDP in Wiesbaden in den Tagen vom 12.-14. November 1973 beurteilte Genscher in einer maschinengeschriebenen 16 seitigen Rede die Aktivitäten der Liberalen. Er sprach sich dafür aus, dass man in der Koalition mit der SPD bleiben und den Kanzler W. Brandt unterstützen solle<sup>26</sup>.

Zu Genschers Funktionswechsel hatte ein unerwartet politischer Skandal geführt, infolgedessen die Amtaufgabe des Kanzlers notwendig W. Brandt wurde. Am 24. April 1974 wurde Günther Guillaume, der dem engen Kreis der Kanzlermitarbeiter angehörte, unter dem Vorwurf des Spionage festgenommen. G. Guillaume kam 1956 in den Westen. Im September 1957 trat er die SPD ein und 1964 wurde er Sekretär der SPD Fraktion in Frankfurt am Main. Als er für dieses Amt nominiert wurde, lernte er Georg Leber kennen. Dank dieser Bekanntschaft konnte er 1969 die Arbeit im Kanzleramt beginnen, wo er mit Kontakten zu den Gewerkschaften beschäftigt war. Im Februar 1973 wurde er zum persönlichen Assistenten von W. Brandt befördert<sup>27</sup>. Am 23. Mai 1973 informierte Günther Nollau, Vorsitzender des Bundesamtes für Verfassungsschutz, seinen Vorgesetzten Genscher, dass der, in des Kanzlers Umgebung befindliche G. Guillaume der Spionage für die DDR verdächtig sei. Der Minister wandte sich mit diesem Problem noch am gleichen Tag an W. Brandt<sup>28</sup>. Wie sich jedoch W. Brandt erinnerte, informierte ihn Genscher von den „Ängsten, aber nicht den Verdächtigungen“ gegenüber G. Guillaume<sup>29</sup>. Daraufhin wurde dieses Problem bagatellisiert und G. Guillaume hielt sich weiterhin in der Umgebung von W. Brandt auf. Zur Festnahme kam es erst Monate später am 24. April 1974. W. Brandt erfuhr davon von Genscher und dem Sekretärschef Horst Grabert auf dem Flughafen Köln-Bonn. Der Angeklagte selbst hatte sich während der Festnahme als „Bürger und Offizier der DDR“ vorgestellt<sup>30</sup>.

<sup>24</sup> Vgl. R.K. Furtak, H.-D. Genscher, in: U. Kempf, H.-G. Merz (Hrsg.), *Kanzler und Minister 1949-1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*, Wiesbaden 2001, S. 269.

<sup>25</sup> Vgl. W. Schollwer, *Das letzte Kabinett Brandt/Scheel. Aufzeichnungen 1972-1974*, Köln – Bonn 2006, S. 21.

<sup>26</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Ein neues Fundament – Die Freiburger Thesen der FDP*, (ADL, Bundesparteitag 1971, A1-447); K. D. Bracher, W. Jäger, W. Link, op.cit., S. 44; Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der F.D.P. Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher am 24. Ordentlicher Bundesparteitag Wiesbaden, 12-14.11.1973, (ADL, Bundesparteitag 1973, A1-497); W. Schollwer, *Das letzte Kabinett Brandt/Scheel. Aufzeichnungen 1972-1974*, Köln – Bonn 2006, S. 108-110.

<sup>27</sup> Vgl. M. F. Rakowski, *Dymisja kanclerza*, Warszawa 1975, S. 50-51.

<sup>28</sup> Vgl. W. Filmer, H. Schwan, op.cit., S. 154-157.

<sup>29</sup> Vgl. W. Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt/Main – Berlin 1992, S. 334.

<sup>30</sup> Vgl. G. Friedrichsen, *Weder vorn noch hinten*, „Der Spiegel“, 20.09.1993; *Archiv der Gegenwart*, (ferner: AdG), 1974, 18652D1; G. Guillaume, *Die Aussage. Wie es wirklich war*, Berlin 1993, S. 9; W. Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt/Main – Berlin 1992, S. 315; K. D. Bracher, W. Jäger, W. Link, op.cit., S. 118.

Am 29. April rief Genscher seinen Untergebenen den – Chef des Kriminalamtes – Horst Herold an, mit der Warnung, dass die Untersuchung des Kanzlers Privatleben entblöbte. Den Bericht von der Untersuchung, der Genscher am 30. April bekam, beinhaltete die Aussagen zu den Kontakten W. Brandts mit Frauen. Genscher informierte den Außenminister Gerhard und leitete die Informationen über Klaus Kinkel an den sich in Hamburg aufhaltenden Kanzler weiter. Zwei Tage später informierte W. Brandt den Präsidenten G. Heinemann, dass er seinen Rücktritt erwäge. Er brachte Befürchtungen zum Ausdruck, dass die Unterstellung ihm gegenüber das Bild der von ihm erfüllten Funktionen schädigen würden. Am 4. Mai in Münsterfeld, dem Sitz der Friedrich Ebert Stiftung sprach W. Brandt mit Herbert Wehner, einem prominenten Mitglied der SPD. Die Stimmung des Gesprächs zwischen den Politikern war durch die Kritik an der Kanzler – Politik während seines Besuchs in Moskau beeinträchtigt. Nach diesem Gespräch beschloss W. Brandt seinen Rücktritt und erkannte H. Schmidt als seinen Nachfolger an<sup>31</sup>. Am 6. Mai nahm Genscher mit W. Scheel und Wolfgang Mischnick an dem Treffen mit W. Brandt teil. W. Scheel bestätigte, dass die SPD hinter dem Kanzlers stehe. Noch an diesem Tag nahm Präsident G. Heinemann den Beschluss des Rücktrittes von W. Brandt. Für die Amtaufgabe des Kanzlers beschuldigten die Sozialdemokraten Genscher noch heute. Sie waren der Meinung, dass er die Verantwortung für die Zusammenarbeit des Kanzlers mit einem Spion der DDR trage<sup>32</sup>. Vor allem wurde Genscher dafür kritisiert, dass er am 29. Mai 1973 W. Brandt ausschließlich von den „unklaren Vermutungen“ gegenüber der Umgebung von G. Guillaume informierte<sup>33</sup>. Es bestehe kein Zweifel, dass W. Brandt das Amt abgab, weil seit 1973 die Unterstützung für seine Regierung abnahm, obwohl er sich in der Welt der Achtung erfreute. Man erinnerte, dass er während des Zweiten Weltkrieges gegen das Hitlerregime auftrat, sowie nach den Ende des Krieges als Bürgermeister West-Berlins auf die schwere Lage der Stadt ständig aufmerksam machte. Man verwies auf seine charismatische Redegabe. Genscher wurde der deutsche „Kennedy“ genannt. Man betonte seine Verdienste in den Verhandlungen, die zur Verbesserung der Situation im Nahen Osten führten<sup>34</sup>. Der Innenpolitik des Kanzlers attestierte man jedoch Erfolglosigkeit. Über die Veränderung in Genschers politischem Leben hatte neben dem Fall der W. Brandt-Regierung die Übernahme des Bundespräsidentamtes durch W. Scheel entschieden. Der freigewordene Posten des Innenministers in dem von H. Schmidt gebildeten Kabinett fiel Genscher zu. Zu den Aufgaben des Chefs des Außenministeriums der BRD gehörte die Gestaltung der Außenpolitik der BRD laut Art. 73 des Grundgesetzes. Vor Genscher bekleideten das Amt Konrad Adenauer in den Jahren 1951-1955, Heinrich

---

<sup>31</sup> Vgl. K. D. Bracher, W. Jäger, W. Link, op.cit., S.122-123.

<sup>32</sup> Vgl. „Die Affäre Guillaume: Suche nach dem Schuldigen“, „Der Spiegel“, 6.05.1974.

<sup>33</sup> Vgl. „Ich will nicht so schmachlich abtreten“, „Der Spiegel“, 9.09.1974.

<sup>34</sup> Vgl. W. Wagner, Kanzlerwechsel in Bonn, „Europa Archiv“, nr 11/1974, S. 345-346; C. Stern, Willy Brandt, Warszawa 1996.

von Brentano (1955-1961), Gerhard Schröder (1961-1966), W. Brandt (1966-1969) und W. Scheel vom 1969 bis zum 1974<sup>35</sup>.

Der „Spiegel“-Redakteur, H. Schreiber hatte die Entstehung des Kabinetts beurteilt und behauptete, den Liberalen läge besonders daran das Innenministerium zu behalten. Sie wünschten sich, auf den Umweltschutz und das Beamtenrecht Einfluss ausüben zu können. Das Amt bekleidete Werner Maihofer. Genschers Wechsel ins Außenministerium wurde als Bedürfnis der Image Erneuerung nach der Guillaume Affäre interpretiert. Trotz Meinungen, dass für die Spionage-Affäre der Chef des Kanzleramtes Horst Ehmke, der selbst zurücktreten sollte, verantwortlich war, nahm die Kritik an Genscher schnell zu. Man hatte ihm vorgeworfen, dass er von dem Verdacht gegen G. Guillaume Bescheid gewusst und nichts getan habe. Damit hatte Genscher zum Bruch der politischen Karriere von W. Brandt beigetragen<sup>36</sup>.

## 2. FDP-Vorsitzender

Während des Parteitages im Oktober 1974 wurde Genscher der FDP Vorsitzender mit 75% Unterstützung der Liberalen. Walter Scheel, Parteichef in Jahren 1968-1974, bekleidete nach Gustav Heinemann seit dem 15. Mai 1974 das Präsidentenamt. Genschers Stellvertreter wurden Hans Friedrichs, der für das Parteiprogramm verantwortlich war, der sich hohen Anerkennung der FDP-Fraktion im Bundestag erfreute – Wolfgang Mischnick sowie Hildegard Hamm-Brücher. Während des Parteitages betonte Genscher, dass Liberale ihre „Unabhängigkeit“ und „Selbstständigkeit“ schützen sollten<sup>37</sup>. Den Vorrang für den Liberalen sollte ihr Programm und nicht die Teilnahme an der Regierungsbildung haben. Neben der Pflicht des Parteivorsitzenden der FDP bis 1992 erfüllte Genscher die Aufgaben des Außenministers und des Vizekanzlers der BRD. Man sagte, dass der Vorsitzende einer so kleinen Partei nicht viel erreichen könne. Die Politik der FDP wurde in den siebziger Jahren als „Genscherismus“ bezeichnet. Die Partei wurde „das Unternehmen eines Menschen“- Genschers genannt. Den Politiker selbst empfand man als Gestalt, die sich an der Macht halten möchte. Die Kritiker waren der Meinung, dass der FDP das Bleiben in der Koalition viel wichtiger war als das Programm der Partei<sup>38</sup>.

<sup>35</sup> Vgl. D. Bingen, *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla 1949-1991*, Kraków 1997, S. 19.

<sup>36</sup> Vgl. H. Schreiber, Vorwärts, Genossen, wir müssen zurück, „Der Spiegel“, 20.05.1974.

<sup>37</sup> Vgl. T. Meyer, Vom „geborenen Vize“ zum Alleinherrscher, in: W. Filmer, H. Schwan, Hans-Dietrich Genscher, Moewig bei Ulstein 1993, S. 186; E. Grigorjew, Wie oft haben wir mit Genscher gekämpft, „Prawda“, 8.06.1990 (Auszüge), in: H. R. Schulze, R. Kiessler, Hans-Dietrich Genscher. Ein deutscher Außenminister, Bonn 1990, S. 203.

<sup>38</sup> Vgl. E. Mörbitz, *Der lange Abschied des Kanzlers Helmut Schmidt*, in: R. Barzel, *Sternstunden des Parlaments*, Regensburg 1989, S. 411; R. Zundel, *Drei Viertel für den neuen Chef*, „Die Zeit“, 4.10.1974; J. Piehl, *Machtwechsel 1982, Handlungsbedingungen und Regierungstätigkeit in zentralen Politikfeldern in der Ära der sozial-liberalen Koalition*, Frankfurt a/Main, 2002, S. 112-113; W. Jäger,

1975, während des FDP Partetages in Mainz kamen die Unstimmigkeiten unter den Liberalen zum Vorschein. Es kam zum Konflikt zwischen dem rechten Flügel von Graf Otto Lambsdorf und H. Friedrichs mit den Verteidigern des sozialliberalen Kurs, der auf dem Parteitag in Freiburg 1971 gefordert wurde. Dieter Biallas, Helga Schuchardt sowie Ingrid Matthäus wollten das damals vorgeschlagene Programm „Die Reform des Kapitalismus“<sup>39</sup>. Trotz der innerparteilichen Reibungen hatte ein Redakteur der „Zeit“ Rolf Zundel die Art gelobt, auf die Genscher die Liberalen führte. Er zeigte, dass die FDP sich unter seiner Leitung mit einer transparenten Aktivitätsart charakterisiert. Bei der Analyse der Partei stellte er fest, dass man in der FDP viel diskutierte, aber die Entscheidungen an Stellen getroffen würden an denen öffentliche Diskussion nicht stattfinden. Er behauptete, dass die Partei wirkungsvoll ihre Interessen repräsentiert. Er vermerkte Übereinstimmung zwischen der Leitungsart der SPD durch W. Brandt und Genschers Arbeit<sup>40</sup>. Genschers Aktivität 1976 wurde von der bevorstehenden Parlamentswahl im Oktober beeinflusst. Am 5.- 6. Januar 1976 während des traditionellen Drei-König-Treffens der FDP eröffnete Genscher mit seiner Rede die Wahlkampagne. Er gab Acht auf eine Steigerung der Rolle der Liberalen in der Politik durch die Koalition mit der SPD Koalition sowie auf den Parteierfolg in der Bundeswahl. Die Zusammenarbeit mit der SPD sollte in Anlehnung an die Beschlüsse des FDP-Parteitages in Konstanz in 1975 fortgesetzt werden. In der Wahlkampagne wurden Forderungen gestellt: „Abgrenzung von der SPD und natürlich der CDU/CSU“, „Selbständigkeit des Partners“ in der Koalition, „Partnerschaft, aber nicht Verbrüderung der Ideen“ gegenüber der SPD<sup>41</sup>. Am 30. Mai 1976 während des FDP Kongresses in Freiburg stellte Genscher das Wahlprogramm auf die Parolen: Freiheit, Fortschritt, Leistungsfähigkeit. Die Liberalen betonten Genschers Verdienst für die Entwicklung der Umwelt. In Freiburg erklärte der Politiker, dass er beabsichtigte, weiterhin an der SPD-Koalition festzuhalten. Die Wahlkampagne sollten beide Parteien getrennt führen. Man erklärte sich in der FDP für: „so viel Freiheit wie nur möglich ist und so viel Sicherheit, wie nötig“<sup>42</sup>.

---

W. Link, Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1982, S. 24.

<sup>39</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Leitlinien liberaler Europa-Politik. F. D.P. Die Liberalen, Bonn, kein Veröffentlichungsdatum, S. 3-33; „Wir bleiben auf diesem Weg“, Auszug aus der Rede des Bundesvorsitzenden der F.D.P., Bundesaußenminister H.-D. Genscher, auf dem Bundesparteitag der F.D.P. am 27.10.1975 in Mainz, in: Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik, „Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei“, Bonn 1975, S. 3; W. Jäger, W. Link, op.cit., S. 27.

<sup>40</sup> Vgl. R. Zundel, Die FDP genießt ihre Glückssträhne, „Die Zeit“, 24.X.1975.

<sup>41</sup> Vgl. J. Murkowski, FDP w roku wyborów federalnych 1976, „Przegląd Zachodni“, nr 5-6 1976, S. 145-156; J. Piehl, op.cit., S. 118; K. Dreher, Schmidt Partner ist auch Kohls Hoffnung, „Süd-deutsche Zeitung“, 16.03.1976.

<sup>42</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Freiburg 1976, „Liberal“ nr VI/1976, S. 442-457; Ansprache des Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei auf dem Landesparteitag Hamburg der F.D.P. am 9.04.1976, (ADL, FDP-Pressestelle, 4552, November 1975-August 1976); K. Leśniewska, Rozwój programowy FDP na tle sytuacji społeczno-politycznej RFN w latach 1948-1997 i ogólnych założeń liberalizmu, Warszawa 2000, S. 69-70.

Die FDP verkündete, dass sie einen sachlichen Kampf beabsichtigte. Vier Hauptparolen dieser Wahlen waren: Selbstsicherheit, Individualität, Geschlossenheit, Persönlichkeit. Zusammen mit Genscher bildeten die Liberalen in der Zeit des Wahlkampfes mit Hans Friedrichs, Werner Maihofer und Josef Ertl eine Quadriga. Im Herbst 1976 erschienen in der Presse Artikel mit den Meinungen, dass „Genscherismus“ „eine Form des Erfolgs“ sei. Die Journalisten schrieben, dass die FDP Minister sich der Popularität erfreuen, Genscher war der meist bekannte Minister. Aus der Untersuchungen des EMNID Institutes resultierte, dass sogar 95% der Bürger ihn kannten, während H. Friedrichs die dritte Position einnahm und J. Ertl platzierte sich auf der vierten Position. Doch die Mittelmäßigkeit der Ideenvorschläge wurde kritisiert. Die Schwäche des Parteiprogramms wurde mit dem Tod von Karl Hermann Flach sowie dem Austritt von Ralf Dahrendorf erklärt<sup>43</sup>. Von Genscher und Mitgliedern seiner Partei konnte man oft hören, dass „keine Partei das Monopol für die Freiheit“ hat, die Leistungen sind wichtig und deren Wirksamkeit. Man betonte, wie es W. Maihofer tat, dass die FDP sich im Umbruch befinde und H. Schmidt ein Mensch sei, auf dem man sich verlassen kann. Genscher betonte, dass er nach den Wahlen nicht erwarte, dass die Besetzung mehrerer Ministerien durch die FDP zu möglich sei<sup>44</sup>. Er stellte fest, dass es Ziel der Liberalen sei, in diesen Wahlen den Liberalismuseinfluss in der sozialliberalen Koalition zu stärken. Er erklärte die Bedeutung der Freiheit für die Liberalen und betonte, dass die Vertreter der politischen Parteien verschiedene Meinungen zu diesem Wert hätten. Während der Vorstellung des Wahlprogramms unterstrich er die Bedeutung der Kontinuität, der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und des sozialen Friedens, weil die Gesellschaft sich für die Probleme der sozialen Sicherheit und Pensionen interessiere. In seinen Äußerungen zum Thema der Außenpolitik erklärte Genscher, dass mehr Freiheit und mehr Verantwortung verlangt wird. Seine Empfehlung war die Anwendung folgender Maxime: Gemeinsames Wirken der demokratischen Parteien in den grundlegenden Fragen der Außenpolitik wäre ein Vorteil für die Kraft unserer Position in der Außenpolitik. In den erteilten Interviews hat er die Möglichkeit der Koalitionsbildung mit CDU/CSU nicht abgelehnt. Er meinte, dass in der Außenpolitik Geschlossenheit nötig ist. Als Beispiel diente ihm die Ratifizierung des Abkommens mit Polen. Um diese zu verwirklichen sollte man das gemeinsame Handeln mit der CDU/CSU anstreben<sup>45</sup>.

Die Wahlkampagne der Liberalen war viel ruhiger als die spektakulären Schritte von CDU/CSU und SPD. Wahlplakate in gelb-schwarzen Farben haben die Alternative zwischen Genscher und F.J. Strauß betont. Der Außenminister wurde

---

<sup>43</sup> Vgl. „Genscherismus als Erfolgsformel“, „Wirtschaftswoche“, 3.09.1976; Genscher ist bekanntester Minister der Bundesregierung (dpa) z 8.4.1976, (ADL FDP – Bundespressestelle 4552, November 1975-August 1976).

<sup>44</sup> Vgl. „Eine Stimme reicht zum Regieren“, „Der Spiegel“, 6.09.1976.

<sup>45</sup> Vgl. C.-Ch. Kaiser, R. Zundel, Das Gespräch mit H.-D. Genscher, „Die Zeit“, 17.09.1976.

mit dem Telefon abgebildet. Während der Kampagne war Genscher überall anwesend. Man hatte in der Presse gewarnt, dass er vielleicht Anhänger aber nicht Fans hat und es wird für ihn schwer, einen Platz unter den Vertretern der großen Parteien einen Platz zu finden. Von seinen Mitbewerbern bemerkte man, dass H. Kohl Vertrauen erweckt. H. Schmidt erfreut sich der Achtung dank seiner Kompetenzen<sup>46</sup>.

Die am 4. April 1976 stattgefundenen Landtagswahlen in Baden Württemberg wurde zur Kraftprobe. Die FDP gewann dort 2,1% Stimmen weniger als 1972. Erfolg hatte die CDU. Deswegen bemühten sich die Liberalen weitere Wahlkampagnen zu verwirklichen. Sie betonten, dass in der BRD die Liberalen gebraucht werden, weil sie sich um die Freiheit kümmern. Die Liberalen handeln für die Freiheit und können im Staat Reformen durchführen.

Von Genschers Engagement und Fleiß, während der Wahlen zeugt sein intensiver Wahlkampf. Am 29. September 1976, nach seinem Rückkehr von der Vollversammlung der UNO, nahm er an den Wahltreffen in Bad Orb, Fulda, Bad Hersfeld und Homburg teil. Am Abend dieses Tages trat er im Fernsehen auf. Das Programm betraf die Bilanz der deutschen und ausländischen Politik<sup>47</sup>.

In den „Erinnerungen“ wies er darauf hin, dass er während dieser Kampagne H. Kohl als einen „jungen, dynamischen“ Politiker erkannte<sup>48</sup>. Nach der Meinung von F.J. Strauß in 1976 bestand zwischen H. Kohl und Genscher eine bestimmte Art der Beziehungen<sup>49</sup>.

Nach dem Wahlergebnis vom 3. Oktober erreichte die FDP 7,9% der Stimmen im Vergleich zum früheren Resultat mit 8,4%. Die Position der SPD wurde geschwächt (von 45,8% auf 42,6%). Die Zusammenfassung des Ergebnisses war die Feststellung: Die Koalition hat gewonnen, ihre Parteien hatten verloren. Der Erfolg von CDU und CSU bezeichnete Genscher als Kohls persönlichen Erfolg. Er wies darauf hin, dass in den vergangenen Wahlen die Hauptspieler gewechselt haben. Genscher ersetzte mit H. Schmidt die Politiker W. Scheel und W. Brandt und auf der anderen Seite befanden sich H. Kohl und F.J. Strauß. Nach den Wahlen schickte Genscher ein Schreiben an H. Kohl, indem er ihn über die Fortsetzung der FDP Koalition mit der SPD benachrichtigte. Es war die Antwort auf Kohls Vorschlag für die Aufnahme von Gesprächen<sup>50</sup>.

In dem nach den Wahlen bearbeiteten, neuen FDP Programm waren die Prioritäten: Vorrang der Person von der Institution; Förderung der Unabhängigkeit im Handeln, Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, und zum Ende

---

<sup>46</sup> Vgl. „FDP – Genscher: Die Masche mit der Vernunft“, „Der Spiegel“, 6.09.1976; R. Zundel, Hans-Dietrich Genscher: Immer und unter allen Umständen für liberale Politik. Zur Wahl gestellt. Ansichten, Absichten, Befürchtungen und Versprechungen von Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl, Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß, Stuttgart 1976, S. 22-38.

<sup>47</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 325.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 326.

<sup>49</sup> Vgl. F.J. Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 466.

<sup>50</sup> Vgl. C.-Ch. Kaiser, Die Beinahe Sieger der Union, „Die Zeit“, 8. 10.1976.

die Reform des Kapitalismus<sup>51</sup>. Nach den Wahlen lobten die FDP Vertreter ihren Vorsitzenden. Populär wurde die Benennung Genschers durch Hildegard Hamm-Brücher, die ihn als „unser lieber Jumbo“ bezeichnete. Sozialdemokraten brachten die Feststellung zum Ausdruck, Genscher sei ein treuer Partner. In der Zusammenfassung der Wahldiskussionen schrieb man in der „Zeit“, dass es in der Kampagne an größeren Themen fehlte und Genscher in der Außenpolitik erneut die realistische Politik der Entspannung vorgeschlagen hatte<sup>52</sup>.

Im zweiten Kabinett von H. Schmidt wurde neben Genscher die FDP durch O. Lamsdorff, W. Maihofer und J. Ertl repräsentiert. Indem die bisherigen Kontakte zwischen Schmidt und Genscher als befriedigend eingeschätzt wurden, bezeichnete man nach den Wahlen die Stimmung in der Zusammenarbeit unter den Politikern mit den Worten: Sie respektieren sich, aber halten Abstand. H. Schmidt war der Auffassung, dass Genschers Arbeitsstil durch seine Berufserfahrung geprägt wurde und seine übliche Feststellung war: Genscher ist ein Advokat<sup>53</sup>. Nach den Wahlen folgte der Personalwechsel im Auswärtigen Amt. Mit der Zeit sollte sich Genscher in dem „Kokon des Vertrauensmangels“ befunden haben, nicht nur seitens der Sozialdemokraten sondern auch in einem Teil der Liberalen<sup>54</sup>.

Der im November 1976 stattgefundene Parteitag in Frankfurt am Main betraf in geringem Grad die Analyse der Parlamentswahlen aber auch das Programm in der Zusammenarbeit mit der SPD. Die berührten Fragen waren die politische und wirtschaftliche Stabilität, Innen- und Außensicherheit, der soziale Frieden, das Bedürfnis der Zusammenarbeit mit der SPD, Verstärkung der organisatorischen und personellen Basis der Partei, die Programmarbeit, der Kampf mit dem „schwarz-roten Physiokratismus“ und Anregung der Menschen zur Mitwirkung. Im Gegensatz zu den Volksparteien sollte die FDP die Partei des Programmes werden. Sie zeigte sich als eine elastische Partei, die auf Änderungen reagiert, weil für die Liberalen ewige Wahrheiten nicht existieren. Im Programm betonten die Liberalen die Bedeutung der Einheit, Eigeninitiative und Verantwortung. Genscher war Vorsitzender der Partei, die die Anhänger der Leistungsfähigkeit, der Machtkontrolle und der Machtteilung sammelt. Die Liberalen erklärten sich für den Föderalismus mit der Begründung, dass dieser zur Verbesserung der Funktion der Partei beiträgt. Das Programm aus Frankfurt beinhaltete die Fortsetzung der europäischen Politik, der NATO und die Nord-Süd-Beziehungen. Seine Schöpfer bezogen sich auf das Berlin Problem und betonten, dass man den Bürgern Hilfe bieten soll. Während des Parteitages wurde Genscher erneut zum Parteivorsitzenden, seine Stellvertreter wurden W. Mischnick, H. Friedrichs, Uwe Ronneburger aus Schleswig-Holstein<sup>55</sup>.

---

<sup>51</sup> Vgl. P. Juling, Mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit, „Liberal“, Nr 11/1976, S. 815.

<sup>52</sup> Vgl. „Die Opposition beschwört Ängste“, „Die Zeit“, 17.09.1976.

<sup>53</sup> Vgl. R. Augstein, Unser Genschman, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 81.

<sup>54</sup> Vgl. G. Hoffmann, Der Kanzler und sein Kabinett, „Die Zeit“, 10.02.1978.

<sup>55</sup> Vgl. Grundsatzrede des Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei Hans-Diet-

Diskussionen in der FDP 1977 bezogen sich auf die internationale Situation und ihren Einfluß auf die ökonomische Situation des Staates. In der Gesellschaft waren die Folgen der Treibstoffkrise spürbar und der Pessimismus nahm zu. Die Arbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen stieg an. Über Westdeutschland ging die Terrorismuswelle hinweg<sup>56</sup>. Die Liberalen postulierten die Durchführung der Wirtschaftsreformen. Im November 1977 wurde in Köln betont, dass sich die westdeutsche Wirtschaft auf die Marktfreiheit und Konkurrenz beziehen sollte. Auf dem Parteitag spielte O. Lamsdorff eine bedeutende Rolle, der mit Genscher um die Einflüsse in der FDP rivalisierte. Die FDP Vertreter diskutierten über Energie-, Wirtschafts- und Bildungspolitik. Außer dem Kennzeichen, dass die FDP den Weg des Kapitalismus verfolgte, achtete sie auf das Parteiprofil. Genscher wollte die Teilungen unter Liberalen nicht vergrößern und wiederholte, dass es der FDP an der Teilnahme in der Koalition liegt. An Kraft nahm der linke Liberalenflügel mit Gerhart Rudolf Baum, Burkhard Hirsch, Ingrid Mathäus-Maier, Andreas von Schoeler und Günther Verheugen zu. Die Befürchtungen vor den jungen Liberalen nahmen zu. Deswegen war die Resonanz der Rede, welche Genscher in Köln halten sollte, wesentlich. Der Vorsitzende war sich des Bedürfnisses bewusst, dass man die Bemühungen um das Zusammenbringen der FDP verstärken muss. In seiner Rede zeigte Genscher auf die vor den Liberalen liegenden Aufgaben. Er zählte auf: der Schutz des Rechtsstaates, der wirtschaftlichen Freiheit und der gesellschaftlichen Ordnung, Erklärung der liberalen Position in der Gestaltung der Außenpolitik und Stärkung der Handlungsmöglichkeiten einer liberalen Partei. Er betonte, dass ein Problem der BRD im Terrorismus besteht. Obwohl er keine Redebegabung hatte, gewann er mit seinem Auftritt an Unterstützung.<sup>57</sup>

Anfang 1978 erkrankte Genscher am Herzen und ruhte sich im bayerischen Berchtesgaden aus. Im Mai 1978 erschienen Informationen, dass Genscher mit F.J. Strauß Kontakte unterhält. Diese Angelegenheit weckte viele Diskussionen, da der Liberale dem Mangel an Loyalität gegenüber den Sozialdemokraten bezichtigt wurde. Der FDP-Sprecher Josef Gerwald dementierte diese Information. Klaus Bölling, Kanzler H. Schmidts Berater, missachtete jedoch diese Aussagen, denn sie waren einer der Gründe seiner Abneigung gegenüber Genscher. F.J. Strauß erklärte, er habe ein „Zeichen“ von Genscher erhalten, Genscher aber leugnete dies. Er bestätigte auch nicht, dass sie sich im Mai getroffen hatten. Genscher behauptete, das sein

---

rich Genscher am 19. 11.1976, „F.D.P. Liberalen“, (ADL, FDP -Pressestelle 4553, November 1975-Juli 1977).

<sup>56</sup> Vgl. J. Dittberner, Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 345.

<sup>57</sup> Vgl. „Rede des Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei H.-D. Genscher vor dem Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei am 6.11.1977 in Kiel“, Bonn, brak daty wydania, S. 2-19; R. Zundel, Noch nicht so mächtig, „Die Zeit“, 4.11.1977; R. Zundel, Man trägt wieder Mitte, FDP-Parteitag, „Die Zeit“, 11.11.1977; J. Piehl, op.cit. S. 122; K. Leśniewska, op.cit., S. 70-73; W. Jäger, W. Link, op.cit., S. 114.

letztes Gespräch mit F.J. Strauß im 1977 vor seiner Fahrt nach Zaire stattgefunden hatte. Außerdem hatte er wenige Worte im Bundestag mit ihm ausgetauscht. Später erinnerte sich Genscher, dass sie jedoch im April miteinander über die Neutronenwaffe etwa 20 Minuten im ministerialen Zimmer des Außenministeriums gesprochen hatten<sup>58</sup>.

Die FDP beschloss an den Landtagswahlen als eine selbständige politische Partei teilzunehmen. Die Wahlergebnisse in Hamburg und Sachsen-Anhalt am 4. Juni 1978 sowie in Hessen am 8. Oktober 1978 waren für die FDP nachteilig. Neben W. Maihoffer, der stark kritisiert wurde, wurde der FDP Vorsitzende nicht geschont. Trotz der Niederlage betonte Genscher in einem Interview für den „Spiegel“, dass die FDP die Zusammenarbeit mit CDU nicht anstrebt. Nach der Niederlage in den Wahlen in Hamburg trat der Innenminister W. Maihofer zurück. Sein Nachfolger wurde G.R. Baum. Genscher verteidigte den zurücktretenden Minister und wollte, W. Maihofer trotz der Niederlage nicht ganz fallen lassen, weil in Hamburg traditionell die Sozialdemokraten gewinnen<sup>59</sup>. In der Stadt, in der man 1974 die FDP statt SPD gewählt hatte, ist diesmal die alte Partei zurückgekehrt. Der Erfolg der Liberalen 1974 war außergewöhnlich. Genscher wollte nicht zugeben, dass seine Strategie nicht gelungen war. Nach dieser Strategie sollte der FDP die Möglichkeit gegeben werden, in den Ländern Entscheidungen zu treffen bzw. die Gründung einer Regierung mit der CDU oder SPD durchzuführen. Er erklärte, dass die Möglichkeit für ein Dreiparteiensystem in der BRD keine „koalitions-politische Uniformierung“ bedeutet. Er verneinte, dass die FDP sich der CDU annähert. Die Vorwürfe, dass die FDP alles aus den Händen lässt, was sie bisher vertrat, Ostpolitik und Umweltschutz, lehnte er ab. Er behauptete, dass man - in der Ostpolitik nach den spektakulären Ereignissen die Phase der Routinearbeit beschriftet. Der Umweltschutz war für die Liberalen ein wichtiger Bereich. Die FDP hebt laut Genscher von anderen Parteien ab, dass sie die Rolle des Erfolgs betont. Die Distanz zur SPD in Sachfragen empfand er als angemessen. Genscher war für partnerschaftliche Zusammenarbeit<sup>60</sup>.

Die Vorwürfe gegen Genscher, dass die von ihm empfohlene Strategie der gleichen Distanz sowohl zur CDU als auch zur SPD den Liberalen nur Verluste bringt, nahmen zu<sup>61</sup>. Kritiker argumentierten, dass eine zu enge Annäherung an die CDU zum Verlust des Profils der FDP führt und dass die liberale Partei eine Wahlniederlage erlitten hat. Nach den Wahlen führte Genscher mit H. Kohl Telefongespräche. Im „Spiegel“ betonte man, dass die von Genscher geleitete Partei nie so „ratlos“ gewesen war, und Genscher am Rande stand, weil der Versuch einer Demonstration von der Selbständigkeit der FDP durch die Bündnisse mit der CDU in den Landtagen fehlgeschlagen war. Die Wähler, haben die Strategie der Abgrenzung der FDP nicht

---

<sup>58</sup> Vgl. „Völlig vergessen“, „Der Spiegel“, 29.05.1978.

<sup>59</sup> Vgl. W. Jäger, W. Link, op.cit., S. 118.

<sup>60</sup> Vgl. „Keine Grundtendenzen in Richtung CDU“, „Der Spiegel“, 12.07.1978.

<sup>61</sup> Vgl. G. Hofmann, Genscher verfällt in Halbherzigkeit, „Die Zeit“, 15.09.1978.

unterstützt. Diese Ansicht teilte auch der mit Genscher um Anerkennung rivalisierende O. Lambsdorff, der Genschers Politik kritisierte und urteilte, dass diese von einer übermäßigen Kompromissneigung charakterisiert ist. O. Lambsdorff äußerte sich auch negativ über die Tätigkeit des Fraktionsvorsitzenden der FDP im Bundestag W. Mischnick<sup>62</sup>. O. Lambsdorff unterhielt sich in Washington im Hotel Watergate mit H. Kohl. Nach diesem Treffen äußerte er sich, dass die FDP auf eine Koalition mit der SPD verzichten soll und sprach sich für die Bildung der Minderheitsregierung von H. Schmidt aus. Wolfgang Rubin unterstützte ihn, indem er urteilte, dass O. Lambsdorff ein guter Außenminister wäre, der Genscher kritisieren konnte. Nach der Meinung von W. Rubin widmete Genscher der Arbeit in der Regierung zu viel Zeit und hatte keine Zeit, um langfristige Konzepte zu erarbeiten. Auch Willy Weyer sach Genschers Handlungen negativ, unter dem Aspekt, dass „eine Partei geleitet werden muss“<sup>63</sup>.

Im Oktober 1977 folgte ein Wechsel im Amt des Wirtschaftsministers. Genscher verzichtete auf seinen Favoriten Hans Friedrichs und betraute diese Stelle O. Lambsdorff an. Der Wettbewerb unter den Politikern schwächte sich nicht ab und wurde immer offensichtlicher. O. Lambsdorff erhob wiederholt gegen Genscher und W. Mischnik Vorwürfe, dass sie den Verlust des FDP Profils zulassen. W. Rubin behauptete, dass O. Lambsdorff ein besserer Kandidat der FDP für die Stelle des Außenministers ist. Der Liberale W. Weyer beklagte sich, dass Genscher keine Zeit hat, sich mit der Parteiaktivität zu beschäftigen.<sup>64</sup>

Am 12. November 1978 auf dem FDP Parteitag in Mainz kamen die verschiedenen Standpunkte unter den Liberalen zum Vorschein<sup>65</sup>. Der linke Flügel der Partei forderte die Umsetzung seiner Ideen. Ins Präsidium der Partei wurde O. Lambsdorff nicht gewählt, sondern der stärker zu sozialen Lösungen neigende G.R. Baum. Genscher setzte mit großer Anstrengung die Wahl G. Verheugens als Generalsekretärs durch. Auf dem Parteitag in Mainz 1978 ergab sich, dass die Liberalen in den Europäischen Parlamentswahlen auf die Vorbereitung der Freiheitsidee in Europa Einfluss nehmen wollen<sup>66</sup>.

Schon während des Parteitages in Mainz drohte der Vorsitzende mit seinem Rücktritt, wenn die Liberalen ihn in der Frage der Atomenergie nicht unterstützen. Die 1977 geführte Diskussion über den Bau eines Atomkraftwerks war in der deutschen Gesellschaft umstritten. Kanzler H. Schmidt benötigte in dieser Angelegenheit Unterstützung eines Verbündeten und forderte von Genscher die Disziplinierung

---

<sup>62</sup> Vgl. „FDP: Jeder hat mal seine Talfahrt“, „Der Spiegel“, 12.07.1978.

<sup>63</sup> Vgl. „Graf im Nacken“, „Der Spiegel“, 24.07.1978.

<sup>64</sup> Ebenda.

<sup>65</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Die Chance der Liberalen, „Liberale Dokumente“, Nr. 6/78, (ADL - FDP Bundespressestelle 4555).

<sup>66</sup> Ebenda; J. Piehl, op.cit., S. 122; „FDP: Genschers Ritt auf dem Igel“, „Der Spiegel“, 20.11.1978; H.-D. Genscher, Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit, Bonn 1976, S. 28-29; H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit, S. 58.

der Liberalen. Genscher überzeugte Klaus Gärtner, Helga Schuchardt, Manfred Vorher, Friedrich-Wilhelm Hölscher, I. Matthäus-Maier und Helmut Hausmann, dass die Unterstützung des Atomkraftwerkbaus ein Preis für die Fortsetzung der Koalition mit der SPD ist. Eine andere Haltung konnten sich die Liberalen nicht erlauben<sup>67</sup>.

Als 1979 Genscher am Herzen erkrankte, konnte niemand von den Parteimitgliedern ihn vertreten. Er sollte entlastet werden, es herrschte jedoch die Überzeugung, dass Genscher selbst Arbeitsumfang entscheiden soll. Als der Parteivorsitzende krank war, übernahm W. Mischnick seine Pflichten<sup>68</sup>.

Der umsichtige Genscher dachte an die im Oktober 1980 kommenden Parlamentswahlen. Nach den Landtagswahlen am 11. Mai 1980 in Rheinland-Pfalz wurde eine sozialdemokratische Regierung unter Leitung von Johannes Rau gegründet. Nach der Niederlage der FDP soll H. Kohl telefonisch zu Genscher gesagt haben, Genscher sollte nicht zurücktreten<sup>69</sup>. Während sich beide stärksten Parteien radikalisierten, bemühte sich Genscher auf dem Parteitag in Freiburg am 6. Juni 1980, die FDP als eine Partei darzustellen, die ein angemessen ausgewogenes Programm hat. In der FDP hielt man Abstand zu den beiden Volksparteien. Die Liberalen haben zuerst ihr Wahlprogramm vorgestellt. Genscher betonte, dass die Liberalen durch Unabhängigkeit geprägt sind und zeigte: wer die FDP wählt, der garantiert, dass Helmut Schmidt Kanzler bleibt. Genschers wichtigster Partner sollte der Kanzler bleiben und sein größter Gegner, der sich um das Kanzleramt beworben hatte, war F.J. Strauß<sup>70</sup>. Unter den Wahlparolen der Liberalen findet sich: diesmal geht es um alles, diesmal wählt FDP. Am 2. Oktober 1980 während der Fernsehdebatte verteidigte Genscher seine Option für die Außenpolitik. Er präsentierte sich nach herrschender Meinung besser als F.J. Strauß. Man lobte ihn für seine Kompetenz. Er hatte einen Medienerfolg erreicht. Als Resultat der Wahlen am 5. Oktober erreichte die FDP 10,6 % der Stimmen und damit das beste Ergebnis seit 1969. Die Bedeutung der Partei nahm zu. Offiziell sprach H. Schmidt von dem Erfolg der Koalition. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien wurde aber schwieriger<sup>71</sup>. In der Wahlnacht betonte Genscher, dass er „die Korrektur der Wahlergebnisse illegal“ nicht erlaubt<sup>72</sup>. Die Koalitionsverhandlungen bezeichnete er als kompliziert<sup>73</sup>. Die von den Libera-

<sup>67</sup> Vgl. „FDP: Genscher wird dafür zahlen müssen“, „Der Spiegel“, 18.12.1978.

<sup>68</sup> Vgl. „Ein Hauch von Machtwechsel“, „Der Spiegel“, 12.03.1979.

<sup>69</sup> Vgl. M. Schell, Die Kanzlermacher. Erstmals in eigener Sache: O. Graf Lambsdorff, H.-D. Genscher und andere, Mainz 1986, S. 49.

<sup>70</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Rede des Bundesvorsitzenden der F.D.P. zur Eröffnung des außerordentlichen Bundesparteitages in Freiburg, 6.06.1980, Freie Demokratische Korrespondenz, 10.06.1980, (ADL, Bundesparteiage, 4014); R. Zundel, Die Kampfansage an Strauß (FDP-Konzept), „Die Zeit“, 9.11.1979.

<sup>71</sup> Vgl. J. Sobczak, Kampania wyborcza i wybory do Bundestagu IX kadencji w 1980 roku, „Przegląd Zachodni, nr 5/6 1080, S. 249 i 254; J. Merck, Klar zur Wende? – Die FDP vor dem Koalitionswechsel in Bonn 1980-1982, „Politische Vierteljahresschrift“, Nr. 4/1987, S. 384; „Neuer Dreh“, „Der Spiegel“, 11.08.1980.

<sup>72</sup> Vgl. J. Merck, op.cit., S. 385.

<sup>73</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 425.

len berufenen Arbeitsgruppen sollten Reformvorschläge präsentieren. Für die Wirtschafts-, Steuer- und Energieangelegenheiten war O. Lambsdorff verantwortlich. Die Innenpolitik lag bei G. Baum. In dem Arbeits- und Politikausschuss befanden sich Hans-Günther Hoppe und W. Mischnick. Mit Bildungsangelegenheiten beschäftigte sich G. Verheugen<sup>74</sup>.

Während des Parteitages am 5-6. Dezember 1980 in München drückte Genscher seine Zufriedenheit aus, weil in den Parlamentswahlen über 4 Millionen Deutschen ihre Stimme für die Liberalen abgegeben hatten. Genscher stellte fest: „wir haben Schmidt zum Kanzler gewählt“, „wir wollen keine Ränke gegen diese Regierung schmieden“, „wir sind uns dessen bewusst, dass wir ein Partner in der Regierung eines der wichtigsten Staaten in der Welt sind“<sup>75</sup>.

Am 30. Juni 1981 fand der Parteitag der Liberalen in Köln statt. Man besprach die Probleme in der Zusammenarbeit der Koalition. Während des Parteitages berührte man die schwere Wirtschaftssituation, „das Bedürfnis einer Veränderung in der Denkweise und im Handeln“, um die „Förderungsmentalität“ zu brechen. W. Mischnick und Genscher wurden mit der Tatsache konfrontiert, dass sechs der Abgeordneten ihrer Partei (darunter die Prominente Irmgard Adam-Schwaetzer) mit der Finanzpolitik der Regierung nicht übereinstimmten. Das auftretende Problem schien Genscher damals Inspiration zum Bruch der Koalition mit der SPD zu sein<sup>76</sup>. Während des Parteitages in Köln drohte Genscher mit dem Rücktritt, falls die Liberalen die Stationierung der amerikanischen Raketen auf dem Gebiet der BRD nicht zulassen. Später erwähnte er, der Parteitag in Köln sollte zeigen, dass in den Sicherheitsfragen zwischen der FDP und der SPD keine Unterschiede bestehen. Er wies den Vorwurf zurück, der sog. NATO-Doppelbeschluss könnte der Grund für den Zerfall der Koalition sein<sup>77</sup>. Laut Joachim Piehl zeigte Genscher auf dem Parteitag seine Unterstützung für H. Schmidt, betonte jedoch, sogar im Fall des Koalitionswechsels würde die Außenpolitik der BRD fortgesetzt<sup>78</sup>.

Am 20. August 1981 stellte Genscher den „Wendebrief“ vor. In den „Erinnerungen“ betonte er, dass er den Inhalt des Dokumentes mit W. Scheel besprochen hatte<sup>79</sup>. Der Brief wurde an die FDP Mitglieder adressiert. In diesem Brief befürwortete Genscher für die Durchführung von Reformen in den Bereichen Finanzen, Investitionen und im Bereich der Arbeitslosigkeitsbekämpfung. Er betonte, wenn das Problem der Renten nicht reguliert werde, könnte es in Zukunft zum Ge-

---

<sup>74</sup> Vgl. H. Rudolph, „Kein Übermut“ lautet die Devise (Die FDP nach ihrem Wahlerfolg), „Die Zeit“, 17.10.1980; R. Zundel, Die Liberalen zeigen sich als kühle Sieger, „Die Zeit“, 10.10.1982.

<sup>75</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Rede des Bundesvorsitzenden der F.D.P., 31. Ordentlicher Bundesparteitag, München 5/6.12.1980, (ADL FDP – Bundesparteitag 4030).

<sup>76</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 449.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 448.

<sup>78</sup> Vgl. J. Piehl, op.cit., S. 354.

<sup>79</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 448.

nerationen-Konflikt kommen. Er empfahl, sich mit den strukturellen Veränderungen zu befassen, die u.a. durch den Preisanstieg des Erdöls und die durchgeführte Arbeitsteilung bedingt sind. Laut Genscher war das wichtigste die Unterstützung von Leistungsfähigkeit, Innovation und Investition. Er appellierte an die Verteidigung der Volksinteressen und die Nutzung der NATO sowie der Europäischen Union zur Verwirklichung der Ziele der deutschen Außenpolitik. Er betonte die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Beziehung mit der DDR und das Verantwortungsbewusstsein für die Situation der Drittweltländer. Das deutsche Volk, wie er schrieb, sollte in der Zukunft eine soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden erreichen. Er kam hinsichtlich der schweren politischen Situation zur Feststellung, dass „Veränderung im Denken und Handeln“, insbesondere die Abkehr von der „Förderungsmentalität“, nötig sind. Er kritisierte die Opposition dafür, dass diese keine konkrete Lösung der sozialen Probleme präsentierte. Seiner Meinung nach sollte man die Opposition „beim Wort nehmen“. Er bemerkte auch, dass man nicht zu pessimistisch sein sollte, und dass er an gute Eigenschaften des deutschen Volkes glaubt<sup>80</sup>.

Der Kanzler H. Schmidt erkannte, dass man diesen Brief nicht als Vorwand betrachten kann, um in der Legislaturperiode die Zusammenarbeit in Rahmen der Koalition zu abzubrechen. Laut Schmidt hätte Genscher ein anderes Mittel gebraucht, um die Zusammenarbeit aufzukündigen<sup>81</sup>. William Borm kommentierte, dass Genschers Auftritt eine Ära der sozialliberalen Koalition in der Außenpolitik der BRD abschloss. In der FDP protestierte der linke Flügel gegen Genschers Stellung<sup>82</sup>.

Der Kanzler wurde zum Kampf gezwungen, um seine Position und Autorität zu schützen. Am 2. Februar 1982 kam im Bundestag die Vertrauensfrage<sup>83</sup>.

Das Vertrauen der Sozialdemokraten gegenüber dem Kanzler wurde am 18.-22. April 1982 auf dem Parteitag der SPD in München auf eine weitere Probe gestellt. Dort verlangte H. Schmidt Unterstützung für seine Haltung in der Sicherheitspolitik. Der Parteitag verschob die endgültige Zustimmung zur Stationierung neuer eurostrategischer Raketen in Westeuropa auf Herbst 1983. Die Kanzlerposition in der Partei hatte sich geschwächt. Hans-Jürgen Wischnewski vermittelte zwischen Kanzler und Genscher, der als Schiedsrichter in dem Streit zwischen den Sozialdemokraten und Liberalen galt. Ben Wisch, hatte die Aufgabe Genscher zu gewinnen. H. Schmidt hat diesen Boten gebeten, Genscher zu überzeugen, dass für die SPD die Beschlüsse des Kabinetts zur Priorität werden sollten und nicht die Meinungen, die in München geäußert wurden<sup>84</sup>. Auch Genscher musste um die Unterstützung

---

<sup>80</sup> Vgl. H.-D. Genscher, I. Wendebrief, in: J. Brücker, H. Schlimbach, Die Wende in Bonn. Deutsche Politik auf dem Prüfstand, Heidelberg 1983, S. 14-16; H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 447-448.

<sup>81</sup> Vgl. J. Piehl, op.cit., S. 356.

<sup>82</sup> Vgl. J. Brücker, H. Schlimbach, op.cit., S. 16; „Da ist mehr kaputt, als wir sehen“, „Der Spiegel“, 28.09.1981.

<sup>83</sup> Vgl. E. Mörbitz, op.cit., S. 419-420.

<sup>84</sup> Vgl. J. Brücker, H. Schlimbach, op.cit., S. 41-43; E. Mörbitz, op.cit., S. 420-421.

der Liberalen kämpfen. Man hatte ihm vorgeworfen, er habe die FDP zu einer Partei gemacht, die nur an der Koalition beteiligt war und dabei ihre Identität verloren hat<sup>85</sup>.

Die Unstimmigkeiten über das Steuerrecht und die Rentenversicherungen wurden stärker, ein ungelöstes Problem blieb die steigende Arbeitslosigkeit. Das Treffen Schmidt-Genscher am 31. Juni 1982 in Hamburg hatte nicht aus der Sackgasse im Streit unter Verbündeten geführt. Genscher erinnerte sich, dass er in dem Gespräch auf Mängel im beidseitigen Willen achtete, die Probleme zu lösen. Er stellte fest, dass die Zukunft der Koalition von den Finanz-Verhandlungen abhängig ist. Genscher urteilte, die Gespräche haben weder zur „Annäherung“ noch zur Trennung geführt. H. Schmidt versah damals das Bestehen die Gefahr des Koalitionszerfalls<sup>86</sup>.

Angesichts der Intensität der Konflikte unter den Liberalen verfasste Genscher am 20. August 1982 den „zweiten Wendebrief“, in dem er von der „Notwendigkeit einer Veränderung“ berichtete. In dem Dokument hat er vor allem drei Probleme angesprochen. Als grundlegendes Problem erkannte er den Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Das zweite Problem war die Durchführung der Wahlkampagne in Hessen und Bayern. Ein weiteres Problem war die Vorbereitung der FDP Tagung, die der Vision des Parteiprofils sowie der Einstellung gegenüber der Außenpolitik gewidmet sein sollte<sup>87</sup>.

In der deutschen Presse diskutierte man, ob die FDP ein Recht hat, aus der Koalition auszutreten. W. Brandt stellte fest, dass es den Liberalen schwer fallen wird, den Koalitionsbruch zu überstehen<sup>88</sup>.

Am 25. August 1982 schickte der Kanzler ein Schreiben an Genscher, in dem er Bezug auf das der Koalition gewidmete Politikertreffen von 31. Juli 1982 in Hamburg nahm. H. Schmidt brachte seine Sorge um die schlechte Zusammenarbeit mit dem Außenminister zum Ausdruck, die seiner Ansicht nach dem Bild der Regierung schadet. Er betonte, man sollte die Arbeit des Kabinetts nicht erschweren. Genscher erteilte keine schriftliche Antwort. Um auf den Brief Stellung zu nehmen, rief er H. Schmidt an. Solches Handeln des FDP Vorsitzenden wurde in den Reihen der Sozialdemokraten als taktisch und umsichtig gesehen<sup>89</sup>. Ein enger Mitarbeiter des Kanzlers, K. Bölling schätzte, dass in der SPD der Wille der Liberalen zum Verbleib in der Koalition nicht bemerkbar war. Noch im August vermutete Hans-Jürgen Wischnewski, Genscher habe die Entscheidung über die Zusammenarbeit mit der SPD nicht gefällt. Die Sozialdemokraten wussten von der Position Genschers in der FDP. K. Bölling schrieb von Genschers „völliger Einsamkeit“ und der Unzuverlässigkeit der Mitarbeiter Klaus Kinkel und Josef Maria Gerwald, auf die er bisher vertraut hatte.

---

<sup>85</sup> Vgl. J. Piehl, op.cit., S. 353.

<sup>86</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 450; J. Piehl, op.cit., S. 490; G. Krug, H.-D. Genscher, Hamburg 1991, S. 53.

<sup>87</sup> Vgl. H.-D. Genscher, II. Wendebrief, in: J. Brücker, H. Schlimbach, op.cit., S. 51-59.

<sup>88</sup> Vgl. J. Piehl, op.cit., S. 492.

<sup>89</sup> Vgl. K. Bölling, Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt, Reinbeck 1982, S. 7-12.

Während des SPD Ministertreffens am 31. August 1982 (abwesend war Hans Apel) erkannten die Sozialdemokraten, dass Genscher sich auf das Verlassen der Koalition vorbereitete, indem er sich als Politiker präsentierte, der die Arbeitslosen unterstützt und in der Außenpolitik die Kontinuität sichert. Man zitierte die Gedanken von W. Scheel, Genscher handle wie ein Fußballer, der vor den gegnerischen Tor, um von einer bestimmten Position schießen zu können, in Abseits steht<sup>90</sup>.

F.J. Strauß, der politische Gegner von Genscher, war informiert, dass Kohl schon am 31. August 1982 vom nahen Ende der Koalition wusste, dass das Ende der Koalition sich nähert<sup>91</sup>.

Genscher und H. Schmidt unterhielten sich am 7. September. Der Kanzler betonte, dass ihm an Fortsetzung der Koalition liegt. Die Berater von H. Schmidt schätzten den Außenminister sehr. K. Bölling sah in Genscher einen Repräsentanten Deutschland, der nach dem Verlassen der DDR die Spitze seiner Karriere erreichen kann. Er vertrat die Meinung, dass Genschers Entschlossenheit und seine Haltung in der Krankheit ihr Quelle hatte, unter der er in seinen Jugendjahren gelitten hatte. Er zweifelte hingegen, ob die Ideen stark sind. Er erblickte in ihm mehr einen Mensch von „Recht und Ordnung“. K. Bölling bewertete Genscher als einen „konservativen Politiker, der sich dem Zeitgeist anpassen kam und der seit vielen Monaten für H. Kohl arbeitet“<sup>92</sup>.

Am 9. September 1982 hielt H. Schmidt im Bundestag eine Rede über die Lage des Volkes. Er richtete die Aufmerksamkeit darauf, dass ein Teil der Liberalen auf Veränderungen wartet und appellierte an ihre Offenheit. Genscher unterstrich in seiner Rede, die Beteiligung der Liberalen an der Regierung basiert auf Sicherheit, Vertrauen, Sachlichkeit und der Bereitschaft zum Abschluss von Kompromissen. Im Bezug auf den Brief vom 20. August 1981 machte er darauf aufmerksam, dass die Parteien ihre Identität nicht verlieren dürfen. Nach seinem Empfinden würde die Zukunft der Koalition in einem entscheidenden Grad von Budgetentscheidungen abhängen. Er kritisierte außerdem die Beschlüsse des SPD Kongresses vom April 1982 in München als nicht übereinstimmend mit den Regierungskonzept<sup>93</sup>.

Am 9. September stellte O. Lamsdorff das „Konzept der Politik der Überwindung der Wachstumsprobleme und der Arbeitslosigkeitsbekämpfung“ vor, das eine Kritikwelle in der SPD hervorrief. Die Sozialdemokraten bezeichnete das Dokument als „Manifest der Trennung“<sup>94</sup>. Das Program des Wirtschaftsministers setzte die Erhöhung der Renten- und Sozialabgaben, die Einschränkung des Arbeitslosengeldes für Frauen, die sich im Mutterschutz befinden voraus<sup>95</sup>. Genscher verteidigte O. Lamsdorff und stellte fest, dass die SPD das Dokument instrumen-

<sup>90</sup> Ebenda, S.13-21.

<sup>91</sup> Vgl. F.J. Strauß, op.cit., S. 499.

<sup>92</sup> Vgl. K. Bölling, op.cit., S. 23.

<sup>93</sup> Vgl. J. Brücker, H. Schlimbach, op.cit., S. 55.

<sup>94</sup> Vgl. P. Clough, Helmut Kohl. Portret władzy, Gliwice 1999, S. 74.

<sup>95</sup> Vgl. G. Krug, op.cit., S. 53; A. Czubiński, Węzłowe problemy rozwoju socjaldemokracji niemieckiej (1947-1993), Poznań 1994, S. 271.

talisierte, um Rückhalt der Liberalen in der Gesellschaft zu schwächen. Genscher stimmte jedoch mit W. Mischnick darin überein, dass O. Lambsdorff einen Fehler beging, indem er das Dokument an die Presse weiterreichte und damit die Liberalen völlig überraschte. Laut Genscher änderte ein anderer Vorwurf gegen O. Lambsdorff - Verwicklung in die Flick-Affäre (illegale Finanzierung der politischen Parteien)- an den Verhältnissen in der Koalition kaum etwas<sup>96</sup>.

In der SPD konzentrierte man die Kritik auf Genscher und nicht auf O. Lambsdorff. Die Spannung in den Beziehungen H. Schmidt-Genscher wurden stärker. Der Kanzler warf dem Minister im September 1982 vor: „Herr Genscher, Sie verstehen nichts von der Wirtschaft“<sup>97</sup>.

Am 14. September 1982 nahm Genscher an der letzten Regierungssitzung teil. Der FDP Vorsitzende benachrichtigte den Kanzler, dass er die Koalition am 17. September acht Uhr morgens auflöst. Er merkte an, dass sein Weggang aus der Regierung auch den anderer Minister der FDP nach sich zieht, weil er der Vorsitzende der Liberalen sei. Während des Gesprächs mit H. Schmidt leistete ihm W. Mischnick Gesellschaft. An diese Situation erinnerte sich Genscher wie folgt: „Der Kanzler empfing mich kalt, aber korrekt“<sup>98</sup>. Er brachte zum Ausdruck, dass die Entscheidung zur Auflösung der Koalition ihm sehr schwergefallen ist. Chancen für die Fortsetzung der Arbeit in der Regierung erblickte er nicht. Genscher verwies auf die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit mit H. Schmidt und mit den Sozialdemokraten und deren Einfluss auf die Stimmung der Regierungsarbeit. Nach Jahren erinnerte sich Genscher, dass die Zusammenarbeit mit dem Kanzler „sachlich“ war und H. Schmidt sich in seinen Augen durch Erfahrung in der Außenpolitik und Sicherheitspolitik auszeichnete<sup>99</sup>. Jochen Thies behauptete, der Zusammenarbeit von H. Schmidt und Genscher habe nie Vertrauen zugrunde. Um die korrekten Verhältnisse zwischen den Politiker sorgte Genschers Mitarbeiter Klaus Kinkel. Nach J. Thies war der Kanzler „zu intolerant, um Genscher eine Chance zu geben“<sup>100</sup>. Laut Genscher brach die Koalition auseinander, weil die FDP als eine kleine Partei ihr Programm in der Koalition mit den Sozialdemokraten nicht durchsetzen konnte. Die BRD stand vor mehreren Problemen, zu denen die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen sowie die sicherheits-politischen zählten. Nach Genschers Meinung befanden sich die Liberalen in einer Situation, in der sie zeigen sollten, dass ein Parteiprogramm für sie wichtiger ist als eine Anwesenheit in der Koalition<sup>101</sup>.

Noch am Abend des 17. September traf sich Genscher mit H. Kohl. Sie führten Gespräche über die Bildung einer neuen Koalition. Der Liberale drückte seine

---

<sup>96</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 454.

<sup>97</sup> Vgl. G. Krug, op.cit., S. 53.

<sup>98</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 458.

<sup>99</sup> Vgl. U. Wickert, Sternstunde der Deutschen, Stuttgart. Leipzig, 2000, S. 48.

<sup>100</sup> Vgl. J. Thies, Helmut Schmidts Rückzug von der Macht. Das Ende der Ära Schmidt aus nächster Nähe, Bonn 1988, S. 124; H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 459.

<sup>101</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 445; G. Krug, op.cit., S. 53.

Zufriedenheit darüber aus, dass sie ein gemeinsames Programm und den Termin der nächsten Wahlen im Frühjahr festgesetzt hatten. Man hatte ihm vorgeworfen, früher Kontakte mit H. Kohl gehabt zu haben, was er aber verneinte. Sich an die Stimmung beim Wechsel des Verbündeten erinnernd, drückte sich Genscher kritisch über die SPD aus. Er behauptete, die Sozialdemokraten hätten eine unberechtigte Kampagne angefangen, in der sie den Schritt der Liberalen als Verrat bezeichneten. Genscher unterstrich, dass an diesem Vorgehen W. Brandt, H. Wehner, Johannes Rau, Oskar Lafontaine und Hans-Jochen Vogel nicht teilgenommen hätten<sup>102</sup>. In einem schlechten Ruf wurde Genscher von K. Bölling, dem Kanzlerberater, in den herausgegebenen Notizen von den „letzten 30 Tagen des Kanzlers Schmidt gestellt“. Schmidt war für ihn ein Staatsmann, an Genscher übte er Kritik und behauptete, dass der Entschluss zum Rücktritt aus dem Außerminister einen verlassenen Menschen machte<sup>103</sup>.

Kanzler H. Schmidt erlebte schmerzhaft den Rücktritt der FDP Vertreter von der Regierung. Er verstand, dass das Ende seines Kabinetts nahe ist. Am 21. September 1982 verabschiedete H. Schmidt die Mitarbeiter des Außenministeriums. Genscher nahm an dieser Zeremonie nicht teil. Schon früher sagte er, dass er kein Einverständnis für Fotoaufnahmen von ihm erteilt.

Am 26. September 1982 fanden in Hessen die Wahlen statt, von denen früher das Schicksal der Regierung abhing. Am 1. Oktober 1982 hielt Genscher im Bundestag während der Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum keine Rede. W. Mischnick drückte als Redner sein Bedauern über die Koalitionsauflösung aus<sup>104</sup>. Im Namen der FDP Politiker äußerten sich Hildegard Hamm-Brücher sowie Gerhard Baum. Er vermerkte, dass die FDP in einen Konflikt zwischen der Loyalität gegenüber dem Vorsitzenden und der Loyalität gegenüber der Partei geraten war. Er erinnerte daran, dass die im Jahr 1980 die SDP wählenden Deutschen erwartet haben, dass H. Schmitt Kanzler wird. Deswegen sollte man das Versprechen gegenüber den Wähler halten<sup>105</sup>. Unterschiede zwischen den Länder wurden sichtbar. Der FDP Vorsitzender in Baden-Württemberg, Jürgen Marlok, unterstützte Genscher. Der Vertreter von J. Marlok, Heinrich Enderlein, war jedoch Gegner dieser Linie. Im Rheinland-Pfalz unterstützte der Parteivorstand Genscher, aber der Vorsitzende Hans-Günther Enderlein war. Werner Klumpp aus dem Saarland unterstützte das Ausscheiden aus der Partei<sup>106</sup>.

Die Entscheidung zum Koalitionswechsel verursachte Austritte aus FDP: Günther Verheugen, Helga Schuchardt, Ingrid Matthäus-Maier, Andreas von Schoeller, Friedrich-Wilhelm Hölscher<sup>107</sup>. In der öffentlichen Meinung dominierte die Auf-

<sup>102</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 458.

<sup>103</sup> Vgl. K. Bölling, op.cit., S. 16.

<sup>104</sup> Vgl. W. Mischnick, Rede im Bundestag, 16.09.1982, in: J. Brücker, H. Schlimbach, op.cit., S.119-126.

<sup>105</sup> Vgl. J. Brücker, H. Schlimbach, op.cit., S. 127.

<sup>106</sup> Vgl. „Kohl biegt ein in die Via Crucis“, „Der Spiegel“, 27.09.1982.

<sup>107</sup> Vgl. J. Piehl, op.cit., S. 539; J. Brücker, op.cit.

fassung von dem „Verrat der Liberalen“. Zum neuen Kanzler wurde Helmut Kohl, der die Koalition mit FDP mitgegründet hatte. Von den FDP Mitgliedern traten in die Regierung neben Genscher O. Lamsdorff, Josef Ertl sowie Hans Engelhard ein, die die Wende unterstützten<sup>108</sup>. Da der Partei von Genscher der Verrat der Wahlversprechen vom Oktober 1980 vorgeworfen wurde, wollte man den Termin für Neuwahlen festlegen. Wegen des Ergebnisses der Wahlen in Hessen befürchtete man einen weiteren Rückgang der Popularität und ein negatives Urteil der Wähler. Die Wahlen sollten am 6. März 1983 stattfinden<sup>109</sup>.

In den Tagen vom 5. bis 7. November 1982 während des Kongresses in Berlin, auch „Tränenkongress“ genannt, verteidigte Genscher seine Entscheidung und erklärte die Gründe der Veränderungen. Zum Rücktritt wurde Genscher von Liselotte Funcke aufgefordert, die der Meinung war, dass ein solcher Schritt zur Erneuerung der Partei beiträgt. Genscher gab nicht auf und rivalisierte um die Führung der Partei mit Uwe Ronneburger<sup>110</sup>. Der Politiker erklärte: „ich bleibe zu Ihrer Verfügung mit meinem Weg, jedem meiner Schritte und mit meinen Zielen. Das alles gehört zusammen“<sup>111</sup>. Er errang den Wahlsieg, indem er 222 Stimmen bekam und U. Ronneburger besiegte, der 169 Stimmen von den Liberalen bekam. Genschers Vertreter wurden W. Mischnick, Jürgen Marlok und Gerhard Baum. Die Aufgaben des FDP-Sekretärs übernahm Irmgard Adam Schwaetzer<sup>112</sup>. Genscher bedankte sich für die Zusammenarbeit bei Gerhard Baum und Günther Verheugen, obwohl sie sich von ihm abwandten<sup>113</sup>.

In der von H. Kohl gebildeten Regierung wurde Genscher zum Außenminister und zum Vorsitzenden der FDP. Man urteilte, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Kanzler und Vizekanzler sehr gut verlief. Beide Politiker besprachen ihre Schritte und hatten oft Kontakt miteinander. Genscher, der über Erfahrung in der Gestaltung der Außenpolitik verfügte, bekam breitere Möglichkeiten des Handelns als während der Regierung der Sozialdemokraten<sup>114</sup>. Man hatte mit größeren Veränderungen

---

<sup>108</sup> Vgl. Ackermann, Politiker. Vom richtigen und vom falschen Handeln, Köln 1996, S. 153; P. Clough, Genscher still intent on forming new coalition, „The Times“, 28.09.1982; M. Binyon, Genscher retains leadership by a narrow majority, „The Times“, 6.11.1982.

<sup>109</sup> Vgl. J. Krasuski, Historia RFN, Warszawa 1987, S. 648.

<sup>110</sup> Vgl. P. Clough, Genscher challenged for FDP leadership, „The Times“, 18.02.1982.

<sup>111</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Rede des Bundesvorsitzenden der FDP aus Anlass des 33. Ordentlichen Bundesparteitages der FDP, am 5.11.1982 in Berlin, (ADL, FDP –Bundesparteitage 4058); „Offene Graben“, „Der Spiegel“, 1.11. 1982.

<sup>112</sup> Vgl. Ergebnisse der Wahlen zum Bundesvorstand, (ADL, FDP –Bundesparteitage 4058).

<sup>113</sup> Vgl. G.Mühler, Sehnsucht nach einer Geste der Aussöhnung, „Augsburger Zeitung“, 6.11.1982, ADL Bundesparteitage 4058; H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 478-479; J. Brückner, op.cit., S. 145; J. Dittberner, op.cit. S. 68; L. Glaser, Freiburg –verabschiedet, „Badische Zeitung“, 8.11.1982; Ronneburger bietet sich als Alternative an, „Berliner Morgenpost“, 6.11.1982; „Genscher fordert klares Ja oder Nein“, „Berliner Morgenpost“, 6.11.1982; G. Mühler, Sehnsucht nach einer Geste der Aussöhnung, „Augsburger Zeitung“, 6.11.1982 (ADL, Bundesparteitage 4058); J. Leinemann, Die Regie hat prima geklappt, „Der Spiegel“, 8.11.1982.

<sup>114</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 362-364; G. Thorn, Genscher-Colombo In-

nicht gerechnet. Laut Ryszard Markiewicz richtete sich Genscher nach dem Prinzip: „die Fortsetzung soll man nicht mit Stillstand identifizieren (...), die Außenpolitik muss man an die internationale Situation anpassen“<sup>115</sup>. In der Meinung der Gesellschaft blieb er „Meister der Taktik“<sup>116</sup>. Antoni Czubiński beurteilte, dass „am Anfang in der Regierung eine gewisse Doppelgleisigkeit in der Außenpolitik“ vorkam, weil H. Kohl gegenüber Genscher vorsichtiger in der Realisierung der Ostpolitik war<sup>117</sup>.

Am 6. März 1983 fanden die Parlamentswahlen statt, die Genscher einen „Erfolg“<sup>118</sup> der Liberalen nannte, weil sie mit 7% Unterstützung in der Gesellschaft bekamen. Genscher lobte das FDP- Programm in den Bereichen der Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Wirtschaft und Finanzen, aktive Rechtspolitik und Innenpolitik. Nach der Wahl führte Genscher O. Lamsdorff (Wirtschaftsminister), Josef Ertl (Landwirtschaftsminister), Hans Engelhard (Justizminister) in die neue Regierung ein. Das Amt des Justizministers wollte Gerhard Baum nicht bekleiden. Genscher dagegen blieb Vizekanzler und Außenminister<sup>119</sup>.

Im November 1983 während des Kongresses in Karlsruhe verteidigte Genscher die Entscheidung über die Stationierung der Euroraketen in der BRD. Er unterstrich, dass durch die erteilte Erlaubnis deren Stationierung in Deutschland die Funktionsfähigkeit der NATO bewiesen wird. Auf dem Kongress wurde er dafür gelobt, dass er richtig mit den Angriffen von F.J. Strauß umgeht<sup>120</sup>. In der „Stuttgarter Zeitung“ wurde bemerkt, dass Genschers Ansehen wächst und er als Vizekanzler erfolgreich mit U. Ronneburg, G. Baum und Burkhard Hirsch zusammenarbeitet<sup>121</sup>.

1984 verbreitete sich die Auffassung, Genscher solle nicht weiter der FDP-Vorsitzende sein. Die Liberalen fürchteten sich vor den kommenden Wahlen 1985 in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Westberlin. Man warf Genscher vor, er habe die Organisationsprobleme in der Partei nicht überwunden und er kümmere sich nicht um deren Programmentwicklung. Sie zweifelten jedoch nicht an seiner Sorge um eine gute Zusammenarbeit mit Kanzler Kohl. Hildegard Hamm-Brücher behauptete, die FDP habe eine Erneuerung nötig. Alfred Schmidt aus Hessen zweifelte an Genschers „Führungsbegebung“. Als einen Nachfolger des FDP-Vorsitzenden schlug er J. Marlok oder Wolfgang Gerhardt aus Hessen vor. Genschers Position in der Partei verteidigte W. Mischnick<sup>122</sup>.

---

itiative, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 551-555; H. W. Lautenschlager, Von der Genscher-Colombo Initiative zum Vertrag von Maastricht, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 568.

<sup>115</sup> Vgl. R. Markiewicz, Stosunki NRD - RFN po zmianie rządu Schmidt-Genscher, „Sprawy Międzynarodowe“, nr 3/1984, S. 14.

<sup>116</sup> Vgl. „Genscher: Bisher ein Meister der Taktik“, „FAZ“, 5.10.1982.

<sup>117</sup> Vgl. A. Czubiński, Wybrane problemy historii Niemiec XIX i XX wieku, Poznań 1992, S. 249.

<sup>118</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 483.

<sup>119</sup> Vgl. E. Ackermann, op.cit.

<sup>120</sup> Vgl. „Andere Richtung“, „Der Spiegel“, 21.11.1983.

<sup>121</sup> Vgl. A. Brandes, Genschers Autorität in der Partei ist stetig gewachsen, „Stuttgarter Zeitung“, 11.11.1983 (ADL, 17796).

<sup>122</sup> Vgl. „Genscher ist die Partei“, „Der Spiegel“, 16.04.1984; FDP Nordhessen: Genscher als Bundesvorsitzenden ablösen, 26.03.1984, Politik aktuell, (ADL, FDP –Bundespressestelle 17796);

Auf dem Kongress in Münster 1.-3. Juni 1984 wurde Genscher noch einmal zum Vorsitzenden gewählt. Er bestätigte, dass er auf diese Funktion zu verzichten beabsichtigt<sup>123</sup>. Während des Kongresses verzichtete I. Adam Schwaetzer auf die Funktion des Generalsekretärs der Partei. Genscher schlug, Karl Friedrich Brodeßer aus Rheinland Pfalz vor. Da diese Kandidatur nicht auf die Akzeptanz der Kongressteilnehmer stieß, empfahl Genscher Helmut Hausmann<sup>124</sup>.

In den Wahlen zum Europäischen Parlament 1984 scheitern die deutschen Liberalen an 5% Hürde. Die Umfragen zeigten, dass die FDP von Menschen älter als 50. Jahre, Freiberuflern und Unternehmen gewählt worden war. Eine Niederlage erlitt Martin Bangemann, ein Rechtsanwalt, der seit 1972 im Bundestag war, und in Jahren 1974-1978 der FDP Vorsitzende in Baden-Württemberg.

Am 23. und 24. Februar 1985 verkündete Genscher, dass er auf die Parteiführung verzichtet und als seinen Nachfolger M. Bangemann vorschlägt. Er wandte sich gegen die Vorwürfe, der Grund des Verzichtes sei der Popularitätsrückgang der FDP in der Gesellschaft. Er bemerkte, dass der jüngere die FDP auf die Wahlen zum Bundestag 1987 vorbereiten sollte<sup>125</sup>. Er bat die Liberalen, dem neuen Vorsitzenden die Aufgabenübernahme und die spätere Arbeit nicht zu erschweren. Bei den Wahlen wurde 395 Stimmen abgegeben, davon waren 352 für Bangemann, drei gegen ihn, elf enthielten sich der Stimme, eine Stimme war ungültig. Generalsekretär Helmut Hausmann wiederholte, dass ohne Genschers Hilfe M. Bangemann nicht gewählt worden wäre<sup>126</sup>. Genscher wertete seine Entscheidung zum Rücktritt nicht als „Ausdruck der Resignation“ oder der „Distanz“<sup>127</sup>. W. Scheel verabschiedete Genscher im Namen der Liberalen. Genscher erinnerte sich später daran, als er am 24. Februar 1985 aus Bonn mit dem Gefühl kam, sich der Arbeit des Außenministers stärker zu können<sup>128</sup>. In der „Stuttgarter Zeitung“ schrieb T. Löffelholz, dass dieser „gebo-

---

S. Heydeck, Auf der Suche nach einem Weg aus dem Tief, „Die Welt“, 21.04.1984; Mischnick bekräftigt Genschers Führungsrolle, AP -151 4 PL 220 APD 668, (ADL, FDP –Bundespressestelle 17796).

<sup>123</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Rede des Bundesvorsitzenden der F.D.P. auf dem 35. Ordentlichen Bundesparteitag der F.D.P. in Münster, am 1.06.1984, (ADL, FDP Bundesparteitage 6366); Deutschlandfunk – Interview Otto Graf Lambsdorff/Lenz, (ADL, FDP –Bundespressestelle 17796).

<sup>124</sup> Vgl. J. Dittberner, op.cit., S. 71; P. Hartmeier, Bestraft mit öffentlichem Liebesentzug, „Die Weltwoche“, 7.07.1984.

<sup>125</sup> Vgl. Die Zitterpartie der Liberalen, „Der Spiegel“, nr 26/1984; „Für uns geht es immer um die Wurst“, „Der Spiegel“, nr 35/1984; M. Binyon, Genscher steps down as FDP chairman, „The Times“, 22.06.1984.

<sup>126</sup> Vgl. „Ich bewundere Bangemann ob seines Mutes“, „Der Spiegel“, 18.02.1985; J. Dittberner, op.cit., S. 72.

<sup>127</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 487; AdG, 1985/28509B

<sup>128</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Rede des Bundesvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei auf dem 36. Ordentlichen Bundesparteitag der F.D.P., 25.02.1985, Saarbrücken, Ordentlicher Bundesparteitag der F.D.P., 25.02.1985, Saarbrücken, (ADL, FDP –Bundesparteitage 6573); H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 488-489. „Ich bewundere Bangemann ob seines Mutes“, „Der Spiegel“, 18.02.1985.

rene zweite Mensch" unter den Liberalen bisher der Erste war<sup>129</sup>. Trotz der Aufgabe der Funktion des Vorsitzenden der Liberalen konnten die Deutschen weiterhin denken, die FDP sei gleich Genscher. Als graue Eminenz der Partei gab Genscher acht, dass die Partei keine „Sicherheitsreserve für Mängel der CDU" gewesen würde<sup>130</sup>. Weiterhin hatte Genscher Einfluss auf die Stellenbesetzung. Er verteidigte und lobte den kommenden Vorsitzenden, äußerte sich positiv u.a. über O. Lambsdorff<sup>131</sup>. Mit Achtung äußerte er sich über Jürgen Möllemann<sup>132</sup>, die Tätigkeit der Generalsekretärin I. Adam Schwaetzer, die mit O. Lambsdorff zusammengearbeitet hatte, überzeugte ihn dagegen nicht. Sie setzte sich für Offenheit in der Partei und Diskussionen über Probleme, ein Genscher hingegen übte Druck aus, damit die FDP eine klare Stellung nach Außen einnimmt<sup>133</sup>. Klaus Kinkel unterstrich mit „Stolz und Dankbarkeit", dass Genscher für ihn als sein „Ziehvater" in der Welt der Politik gilt<sup>134</sup>.

Genscher selbst gestaltete die Außenpolitik der BRD im Geist des Liberalismus. Er unterstrich, die internationale Politik sollte durch „Demokratie, Verantwortung, Multilateralismus, Europa und den friedliche Wechsel" gekennzeichnet sein<sup>135</sup>. Der Gewaltpolitik stellte er die Verantwortungspolitik gegenüber. Er erklärte, die Staatspolitik ist verantwortungsvoll, wenn sie auf der Verteidigung eigener Interessen beruht, ohne die Sicherheit der Bürger des Staates zu berühren. Die Außenpolitik sollte laut Genscher nach den Grundsätzen von „Glaubwürdigkeit", „Fortsetzung", „Selbstbestimmung" und „Vertrauen" erfolgen. Nach Genschers Auffassung stellt Multilateralismus als die Fortsetzung der Politik von Gustav Stresemann dar<sup>136</sup>.

Genscher nahm an dem Vereinigungsprozess der liberalen Partei teil, den die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichte<sup>137</sup>. Genschers Meinung nach war der Wiedervereinigungskongress der FDP in Hamburg am 10. August 1990 ein „besonderes Datum"<sup>138</sup>. In den Wahlen vom 6. Dezember 1990, dank der Unterstützung der von Genscher realisierten Außenpolitik, bekam die FDP sogar 10,6 % Stimmen<sup>139</sup>.

Genscher als Vorsitzender und Mitglied der FDP schrieb sich in die Politik der BRD als ein Strategie ein, der für die Liberalen einen Platz auf der politischen

<sup>129</sup> Vgl. T. Löffelholz, Hansdampf und Buchmann, „Stuttgarter Zeitung“, 23.02.1985.

<sup>130</sup> Vgl. „FDP: Wir können auch anders“, „Der Spiegel“, 30.06.1986.

<sup>131</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 852.

<sup>132</sup> Vgl. A. Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982-1990*, München 1990, S.168; Jürgen W. Möllemann, Mo-Me PO16183-13. *Munzinger –Archiv/Internat. Biograph. Archiv* 38/03.

<sup>133</sup> Vgl. „Nur gebraucht“, „Der Spiegel“, 30.01.1987.

<sup>134</sup> Vgl. K. Kinkel, Vorwort, w: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 21; Klaus Kinkel, Ki-Me P015084-9, *Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv* 9/99.

<sup>135</sup> Vgl. H.-D. Heumann, *Genscher, ein „liberaler“ Außenpolitiker?*, H.-D. Lucas (Hrsg.), *Genscher, Deutschland und Europa*, Baden-Baden 2002, S. 416.

<sup>136</sup> Ebenda, S. 416-417.

<sup>137</sup> Vgl. AdG, 1990, 34206B/5.

<sup>138</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 852.

<sup>139</sup> Vgl. T. Schiller, *Die FDP nach dem Beitritt: Gestärkt auf wackligen Beinen*, „Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte“, nr 2/1991, S. 158.

---

Bühne gesichert hatte. Man sollte darauf hinweisen, dass sich Genscher als FDP-Parteivorsitzender – eines Zünglein an der Waage, einer „dritten Kraft“ – in einer viel bequemerer Position als seine Nachfolger befand. Er kümmerte sich nicht darum, ob seinem Rücktritt die FDP eine Führung erhält, die den Rivalen würdiger Gegner ist. Nach der Meinung des bayerischen Historikers Andreas Wirsching hatte Genscher zur Entstehung eines „persönlichen *Vakuums*“ in der FDP zugelassen<sup>140</sup>. Schwer lässt sich der Schuldige für die heutige Führungskrise der Liberalen ausmachen. Nicht ohne Bedeutung zeigte sich die Tatsache, dass in der langfristigen Perspektive die FDP durch den Umzug von Bonn nach Berlin verloren hatte. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde für Genscher als einen Diplomaten zum Erfolg. Aber wie sich später herausstellen sollte, eine große Gefahr für die liberale Partei. Mit diesem Kummer mussten sich Genscher Nachfolger auseinandersetzen.

---

<sup>140</sup> Vgl. A. Wirsching, op.cit., S.171.



---

## KAPITEL III

### GENSCHER IN DER AUSSENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

#### *1. Der Architekt der Deutschen Wiedervereinigung*

Der aus Halle stammende Genscher setzte sich zum politischen Ziel, die Teilung Deutschlands aufzuheben<sup>1</sup>. Die Forderung der Deutschen Wiedervereinigung spiegelte sich in allen Bereichen seiner politischen Tätigkeit wider. Er wies auf das Bedürfnis hin, die Einheit auf den internationalen Konferenzen sowie in den bilateralen Beziehungen zu anderen Ländern zu erreichen.

Genscher erinnerte oft daran, die deutsche Politik sei „eine europäische Friedenspolitik“<sup>2</sup>. Er behauptete, dass der Weg zur Deutschen Wiedervereinigung über „die Ostverträge und die KSZE“ führe<sup>3</sup>. Als er das Amt des Außenministers antrat, waren die beiden deutschen Staaten schon Mitglieder der Vereinten Nationen. Die Vertreter der BRD und der DDR erarbeiteten gemeinsam die Grundlagen des Abschlussdokuments der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, was die vorangegangene Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin bewies. 1971 wurde ein Transitvertrag zwischen Ost- und Westdeutschland abgeschlossen und 1972 ein Verkehrsvertrag. Am 21. Juni 1973 erfolgte beim Inkrafttreten des Grundlagenvertrages vom 21. Dezember 1972 die rechtliche faktische Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik<sup>4</sup>. Der Politiker erinnerte oft an die in einem „Brief zur deutschen Einheit“ enthaltenen Worte, „nach einem solchen Friedensstand in Europa zu streben, in dem das deutsche Volk unter Einhaltung des Prinzips der Selbstbestimmung die Einheit zurückgewinnt“<sup>5</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. E. F. Jung, Genschers „Erinnerungen“ im Rückblick. Eine kritische Nachlese, in: G. Buchstab, H.-O. Kleinmann, Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Köln – Weimar – Wien 1998, S. 238.

<sup>2</sup> Vgl. W. M. Góralski, Ciągłość i zmiany w polityce wschodniej RFN, w: W. M. Góralski, J. Barcz, Dylematy polityki wschodniej RFN 1982-1985, op. cit., S. 41.

<sup>3</sup> Vgl. U. Wickert, op. cit., S. 67.

<sup>4</sup> Vgl. U. Mählert, Krótka historia NRD, Wrocław 2007; J. Krasuski, Historia RFN, op. cit., S. 524-527.

<sup>5</sup> Vgl. J. Barcz, Funkcja „pozycji prawnych” w polityce koalicji chadecko-liberalnej wobec

Nach Timothy Garton Ash „beschäftigte sich Hans-Dietrich Genscher mit der Entwicklung der Beziehungen mit Ostdeutschland, woher er stammte“<sup>6</sup>. Schon im April 1974 begab er sich als erster Minister der BRD zu einem inoffiziellen Besuch in die DDR<sup>7</sup>.

In der von ihm geführten Partei war das Streben nach Wiedervereinigung Deutschlands auf einem friedlichen Weg durch die europäische Integration vorrangig<sup>8</sup>. Genscher wies auf die Verdienste hin, die sich die FDP-Vertreter um die Sache der Wiedervereinigung Deutschlands erwarben. Er erwähnte Karl-Georg Pfleiderer, Reinhold Maier, Thomas Dehler, Max Becker, Wolfgang Mischnick, Hans-Günther Hoppe, Josef Ungeheuer, Wolfgang Schollwer, Karl-Hermann Flach, Hans-Wolfgang Rubin und Erich Mende<sup>9</sup>.

Vom 17. bis zum 19. Juni 1974 beteiligte sich Genscher zum ersten Mal an einem Treffen des NATO-Ministerrats in Ottawa. Während eines Gesprächs, zu dem er die Außenminister Großbritanniens, der USA und Frankreichs eingeladen hatte, versuchte Genscher die Frage Deutschlands als Ganzheit zu verteidigen und erinnerte an die schwere Lage des geteilten Berlins. In diesem Kreis veranstaltete er später ein Treffen, auf dem er auf die Notwendigkeit der deutschen Wiedervereinigung hinwies<sup>10</sup>.

Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands wurde von ihm jedes Jahr während der Tagungen der Vereinten Nationen zur Sprache gebracht. Als Genscher auf dem Forum der Vereinten Nationen auf die Notwendigkeit der Deutschen Wiedervereinigung hinwies, wiederholte Oskar Fischer, der Ostdeutschland vertrat, auf derselben Tagung, dass die DDR ein Existenzrecht hat<sup>11</sup>. Genscher erklärte am 23. September 1974 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen: „wir dürfen diese Teilung nicht als das letzte Wort der Geschichte des deutschen Volkes betrachten“<sup>12</sup>. Er behauptete, dass das deutsche Volk auf das Erreichen der deutschen Einheit abzielt, indem es zum Aufbau der europäischen Friedensordnung beiträgt<sup>13</sup>. Wenn Genscher über die Wiedervereinigung Deutschlands sprach, berief er sich gewöhnlich auf eine Anekdote des Bremer Bürgermeisters Arnold Duckwitz: „eine

---

Polski, w: W. M. Góralski..., op.cit., S. 119.

<sup>6</sup> Vgl. T. G. Ash, op.cit., S. 104.

<sup>7</sup> Vgl. K. P. Zeitler, *Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Außenministers Genscher*, Marburg 2000, S. 260.

<sup>8</sup> Vgl. W. Małachowski, *Główne partie polityczne RFN wobec integracji zachodnioeuropejskiej*, Warszawa 1978 (na prawach rękopisu), S. 6 i 77.

<sup>9</sup> Vgl. K. P. Zeitler, op.cit., S. 260.

<sup>10</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit. S. 225-226.

<sup>11</sup> Vgl. M. Cygański, *Polityka RFN wobec NRD w latach 1978-1979*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych”, Nr. 2/1980, S. 36-37.

<sup>12</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Über die Grundlagen der internationalen Ordnung: Frieden, Freiheit, Menschenwürde* (Rede vor der 29. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 23.09.1974), H.-D. Genscher, *Deutsche Außenpolitik*, op.cit., S. 54.

<sup>13</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 211.

kleine Stadt, wie Bremen, darf kein Hindernis für den Wohlstand des ganzen Volkes sein, im Gegenteil, sie sollte eine solche Stellung einnehmen, um ihre Einheit als Glück für das Ganze und ihre Existenz als eine Notwendigkeit zu betrachten. Darin steckt die wahre Staatsbürgerschaft ihrer Existenz". Nach Genscher wäre Europa sicherer, wenn der Gedanke von A. Duckwitz zur folgenden Feststellung umgewandelt werden könnte: „Das große Volk wie Deutschland, mitten in Europa, darf kein Hindernis für den Wohlstand aller europäischen Völker sein. Im Gegenteil sollte es eine solche Stellung einnehmen, die seine Einheit als Glück für das Ganze, seine Existenz als eine Notwendigkeit betrachten lässt"<sup>14</sup>.

Am 30. und 31. Januar 1975 nahm Genscher gemeinsam mit den FDP-Vertretern Uwe Ronneburger und Hans-Günter Hoppe an der Debatte über die deutsche Politik im Deutschen Bundestag teil. Die Liberalen sprachen sich für das Streben nach Wiedervereinigung Deutschlands aus. Trotz der besonderen Stellung der DDR, die darin bestand, „sich von der BRD abzutrennen", lag Genscher viel an der Ermöglichung der „friedlichen Koexistenz" zwischen beiden deutschen Staaten. In ihrem Programm setzten sie sich für die Unterstützung von Treffen zwischen den BRD- und DDR-Bürgern ein, für den Informationsaustausch zwischen den Ländern und für die Pflege des Gefühls der Zugehörigkeit zu einem Volk bei den im Osten und Westen lebenden Deutschen<sup>15</sup>.

Die KSZE-Konferenz in Helsinki ermöglichte die Aufnahme von Kontakten zwischen BRD- und DDR-Politikern. Genscher nahm nicht am Treffen von Helmut Schmidt und Erich Honecker teil. Er traf sich aber mit O. Fischer, der den kranken DDR-Außenminister Otto Winzer vertrat. Er bezeichnete dieses Treffen als „kalt und steif", betonte aber, dass er im Laufe der Zeit eine persönliche Anerkennung für O. Fischer empfand. Er wies darauf hin, dass dieser Politiker, bei der Klärung der Menschenrechts- und Humanitätsfragen mitgeholfen hatte<sup>16</sup>.

Vom 27. bis zum 29. Oktober 1975, während des FDP-Parteitages in Mainz, wurde das Programm „Perspektiven der liberalen deutschen Politik" bekannt gegeben. Die Deutschlandpolitik wird, nach den Unterzeichnern dieses Programms, durch die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, durch die Mitgliedschaft der BRD in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO und der DDR im Warschauer Pakt beeinflusst. Die Partei Genschers vertrat die Auffassung, dass die Überwindung von Unterschieden zwischen der DDR und der BRD das Streben nach Frieden und Zusammenarbeit in Europa ermöglicht. Man sprach sich für die Normalisierung und den Ausbau der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten aus. Die Unterstützung der Begegnungen zwischen beiden Gesellschaften und die Stär-

---

<sup>14</sup> Vgl. H.R. Schultze, R. Kiessler, op.cit., S. 239

<sup>15</sup> Vgl. M. Schmidt, Die FDP und die deutsche Frage 1949-1990, Hamburg 1995, S. 130; G. Sas, NRD droga do tożsamości. Geneza, założenia i realizacja polityki ograniczania NRD od RFN (1970-1980), Poznań 1990, S. 12-100.

<sup>16</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit, S. 307-312.

kung des Friedens in Europa wurden für wichtig gehalten. Die Sorge um das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Volk unter Deutschen war ein wesentlicher Bestandteil der Deutschlandpolitik Genschers. Am 16. Juli 1976, am Tag der Deutschen Einheit, widersetzte er sich der von den SED-Führungsorganen angenommenen Teilung in ein sozialistisches und kapitalistisches Volk. Er argumentierte, dass eine solche Teilung in anderen östlich des Eisernen Vorhangs gelegenen Ländern mit Zweifeln betrachtet wird<sup>17</sup>.

Nach dem Inkrafttreten der Entscheidung über die NATO-Nachrüstung am 12. Dezember 1979 (der sog. NATO-Doppelbeschluss) kam es zur Verschärfung der Beziehungen auf der Linie BRD-DDR. Diese angespannte Situation wurde durch die Arbeiterstreiks im Sommer 1980 in Polen verschlechtert. Die Reaktion der DDR war die Erhöhung des Zwangsumtausches für Besucher aus den nichtsozialistischen Ländern am 9. Oktober 1980. Infolgedessen wurde die DDR von weniger Deutschen aus der BRD besucht.

Am 15. Juni 1981 postulierte Genscher als Grundlagen der realistischen Deutschlandpolitik: Verteidigung des Status quo, Streben nach Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie zwischen dem Osten und dem Westen. Die Liberalen waren gegenüber dem am 13. Dezember 1981 stattfindenden Treffen von H. Schmidt und E. Honecker positiv eingestellt<sup>18</sup>.

Am 1. Oktober 1982 wurde die Regierung in der BRD durch die Koalition der CDU/CSU und der FDP übernommen. Der Bundeskanzler H. Kohl hielt die Deutschlandpolitik für eine sog. Chefsache. Unter den Entscheidungszentren, die sich mit den deutsch-deutschen Beziehungen beschäftigten, war das Auswärtige Amt nur eins von vielen. Die Deutschlandpolitik gestalteten z.B. der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt, die Bundesregierung, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bilaterale Delegationen für Verhandlungen<sup>19</sup>. H. Kohl betonte im Verhältnis zur DDR die Bedeutung der „nationalen Einheit“ und wies auf die bestehende kulturelle und historische Gemeinschaft mit den Westdeutschen hin. Die CDU/CSU hatte vorgeschlagen, den Handel zwischen beiden deutschen Staaten zu entwickeln und die Frage Deutschlands in Europa zu lösen. Im Programm der Liberalen wurde die Einführung von Erleichterungen zur Normalisierung des Alltags postuliert, der durch die Teilung Deutschlands beeinträchtigt wurde. Wesentlich war die Frage der Ausreisemöglichkeit<sup>20</sup>. Da die deutsche Politik auch durch die Opposition beeinflusst wurde, schienen die Liberalen ein Stabilisierungsfaktor zu sein. Sie verlangten eine Fortsetzung der Politik der DDR gegenüber.

---

<sup>17</sup> Vgl. M. Schmidt, *op.cit.*, S. 133-135.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 143-145.

<sup>19</sup> Vgl. K.-R. Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, Stuttgart 1998, S. 31 und 75; E. Cziomer, *Historyczne aspekty polityki jedności niemieckiej RFN 1949-1989*, J. Sawczuk (Red.), *Zamknięcie kwestii niemieckiej 1989-1991. Studia i szkice*, *op. cit.*, S.11.

<sup>20</sup> Vgl. W. M. Góralski, *op. cit.*, S. 24.

Genscher betonte in den *Erinnerungen* die Bedeutung der „Beerdigungsdiplomatie“ für die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen. Sie ermöglichte, die komplizierten Protokollfragen zu umgehen und schwere Themen unter den Staatsoberhäuptern zur Sprache zu bringen. Sie diene, wie von Genscher betont wurde, der Verbesserung der Lage der Menschen<sup>21</sup>. Nach der Trauerfeier von Leonid Breschnew im November 1982 trafen sich in Moskau der Bundespräsident Karl Carstens und Genscher mit E. Honecker. Sie wiesen darauf hin, dass H. Kohl die Politik des Dialogs in den deutsch-deutschen Beziehungen befürwortet<sup>22</sup>.

Im März 1983 erhielt der Minister während der Koalitionsverhandlungen von Franz Josef Strauß Unterstützung für eine realistische Entspannungspolitik. Genscher sprach sich im Gegenzug für den Vorschlag von F. J. Straußes Anregung aus der DDR einen Kredit in der Höhe von 1 Mrd. D-Mark einzuräumen. Im Sommer 1984 räumte die BRD der DDR einen weiteren Kredit ein. Diese Phase der deutsch-deutschen Beziehungen wurde von Michael Schmidt „Höhepunkt der Kooperation“ genannt<sup>23</sup>. Die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin wurden von der UdSSR aufmerksam beobachtet. Genscher musste, die Deutschlandpolitik in Moskau verteidigen.

Am 19. Januar 1984, während der Eröffnung der nächsten KSZE-Konferenz in Stockholm, erinnerte er an die Lage im geteilten Deutschland<sup>24</sup>. Allerdings fürchtete auch der Westen das Streben der BRD nach Wiedervereinigung. Der italienische Außenminister Giulio Andreotti warnte vor „Pangermanismus“. Er wurde berührt durch die Feststellung, dass er die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unterstützt, aber „der Pangermanismus überwunden werden muss. Es gibt zwei deutsche Staaten und so sollte es weiter bleiben“<sup>25</sup>.

In einem 1984 von der FDP-Fraktion veröffentlichten Dokument wiesen die Liberalen darauf hin, dass die Deutschen eine gemeinsame Verantwortung für die Abrüstung tragen. Über die Deutschen aus der DDR und der BRD wurde damals geschrieben: „wir sind ein Volk“. Man unterstützte die Veranstaltung von Treffen und Zusammenarbeit im Bereich des Verkehrs, des Handels, des Umweltschutzes, der Kultur und der Wirtschaft<sup>26</sup>.

---

<sup>21</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 489.

<sup>22</sup> Vgl. R. Markiewicz, *Stosunki NRD–RFN po zmianie rządu w Bonn*, „Sprawy Międzynarodowe“, Nr. 3/1984, S. 11-12; K. Gelles, *Niemiecka polityka wschodnia*, Wrocław 2007, S. 181.

<sup>23</sup> Vgl. M. Schmidt, op.cit., S.159.

<sup>24</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Vertrauen, Sicherheit, Zusammenarbeit — eine Politik der Vernunft für Europa*. Rede bei der Eröffnung der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa in Stockholm, 19.01.1984, H.-D. Genscher, *Deutsche Außenpolitik*, op.cit, S. 432-434.

<sup>25</sup> Vgl. M. Schmidt, op. cit., S. 163; A. Wolff-Powęska, *Polska w polityce wschodniej Republiki Federalnej Niemiec*, op. cit., Nr. 3/1987, S.116.

<sup>26</sup> Vgl. M. Schmidt, S. 159-160.

Gleichzeitig betonte Genscher am 25. August 1984, dass „die Politik der BRD dem zweiten deutschen Staat gegenüber kein einsamer deutsch-deutscher Weg ist, sondern ein Bestandteil [...] der Politik den westlichen Nachbarländern gegenüber“<sup>27</sup>.

Als in der Zeit vom 7. bis zum 11. September 1987 E. Honecker der BRD einen Besuch abstattete, nahm Genscher nicht an der offiziellen Begrüßung des Gastes teil. Seine Abwesenheit bedeutete, dass Bonn die DDR nicht für Ausland hält<sup>28</sup>. Das DDR-Staatsoberhaupt übte Kritik an der vom westdeutschen Minister betriebenen Politik. Er behauptete, dass die vom westdeutschen Diplomaten geführte Politik auf die Einschränkung der Entspannungspolitik abzielt und warf ihm vor, dass er nicht „eindeutig“ handelt<sup>29</sup>.

Im Juni 1988 besuchte Genscher zum ersten Mal offiziell Besuch die DDR. Während seines Aufenthalts in Potsdam traf er sich mit den wichtigsten Vertretern der Evangelischen Kirche in der DDR. Er appellierte an die DDR-Regierung, die Demokratisierung durchzuführen. In Bezug auf die Ansichten von M. Gorbatschow betonte er: „Wir wollen ein Haus der offenen Türen, der freien Kommunikation, ein Europa der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes“<sup>30</sup>.

Die Wandlungen in Mitteleuropa um die Jahreswende 1989/1990 erreichten auch die DDR. Aus der am 12. Januar 1989 veröffentlichten Bewertung des Bundesnachrichtendienstes, ergab sich, dass 1,5 Mio. DDR-Bürger in die BRD ausreisen und dort wohnen wollen. Sie begaben sich zu den Botschaften der westlichen Ländern, weil sie mit deren Unterstützung bei der Ausreise rechneten<sup>31</sup>. Am 25. August 1989 trafen sich Genscher und H. Kohl auf dem Schloss Gymnich in Süddeutschland mit den ungarischen Politikern Miklós Németh und Gyula Horn. Die Gesprächspartner versicherten den Deutschen, dass Ungarn seine Grenzen nach Österreich öffnet. Innerhalb von drei Tagen begaben sich 15 Tausend DDR-Bürger durch die ungarisch-österreichische Grenze in die BRD<sup>32</sup>.

Im Herbst 1989 kam es in vielen Städten der DDR zu Massendemonstrationen, die die Gewährung der Menschenrechte und der Freiheit forderten. Als die Tschechoslowakei für die DDR-Deutschen ihre Grenze nach Ungarn schloss,

---

<sup>27</sup> Ebenda, S. 162.

<sup>28</sup> Vgl. H. A. Winkler, op.cit., S. 446.

<sup>29</sup> Vgl. AdG, 1988, 32835A/2.

<sup>30</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 583-584; H.-D. Genscher, *Neue Perspektiven der West-Ost-Sicherheitsproblematik*. Rede anlässlich der Tagung des „Institute for East-West-Security-Studies. Potsdam. 11.06.1988; H.-D. Genscher, *Zukunftsverantwortung*, Berlin 1990, S. 37-58; T. Garton Ash, op.cit., S.183.

<sup>31</sup> Vgl. A. Czubiński, *Polityka ZSRR wobec Niemiec*, op. cit., S. 224.

<sup>32</sup> Vgl. K.-R. Korte, *Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands*, Frankfurt am Main, New York 1994, S. 45; H. Kohl, *Pragnąłem jedności Niemiec*, Warszawa 1999, S. 39; P. Zelikow, C. Rice, *Germany Unified and Europe Transformed. A study in statecraft*, Cambridge-Massachusetts 1997, S. 67; S. Žerko, *Zmierzch NRD. Ewolucja sytuacji wewnętrznej w latach 1989-1990*, L. Janicki, B. Koszel, W. Wilczyński (Red.), *Zjednoczenie Niemiec*, *Studia politologiczno-ekonomiczno-prawne*, Poznań 1996, S.73.

suchten die DDR-Flüchtlinge Zuflucht in den Botschaften in Prag und Warschau. Am 25. September sprach Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Jaromir Johanes. Er bat um Zustimmung der Tschechoslowakei zur ungarischen Lösungen. Der tschechoslowakische Politiker wollte eine solche Entscheidung ohne Zustimmung der DDR-Regierung nicht treffen. Während der Tagung der Vereinten Nationen in New York setzte sich Genscher für die Verbesserung der Lage der DDR-Flüchtlinge ein. Am 27. September führte er Gespräche mit dem polnischen Minister Krzysztof Skubiszewski. Ihm wurde versichert, dass sich die polnische Regierung für eine „humanitäre Lösung“ der Sache der DDR-Flüchtlinge ausspricht. In New York unterhielt sich Genscher auch mit dem DDR-Außenminister O. Fischer und mit E. Schewardnadse über die Lage der DDR-Flüchtlinge. Er schlug O. Fischer zwei Lösungen vor. Die erste bestand darin, dass den DDR-Flüchtlingen ein Visum durch die BRD-Botschaften in Warschau bzw. Prag ausgestellt wird. Die zweite Lösung bezog sich darauf, den DDR-Flüchtlingen die Eisenbahnfahrt über das DDR-Gebiet in die BRD zu ermöglichen. E. Schewardnadse versprach Genscher, in der DDR die Angelegenheit der DDR-Flüchtlinge zu unterstützen. Für den sowjetischen Diplomaten solle angeblich die Anwesenheit von 500 Kindern unter den 2500 Flüchtlingen ausschlaggebend gewesen sein. Genscher erhielt für seine Vorgehen auch von R. Dumas und J. Baker Unterstützung<sup>33</sup>. In der DDR standen die Vorbereitungen der Feierlichkeiten zu 40. Jahrestag der Gründung der DDR an<sup>34</sup>.

Die Lösung des Problems der DDR-Flüchtlinge war erfolgreich, aber die Deutschen lebten immer noch in zwei deutschen Staaten, die den zwei unterschiedlichen politischen und militärischen Blöcken angehörten. Genscher versuchte, die Grundlagen für die Wiedervereinigung zu schaffen und erinnerte an das Recht der Selbstbestimmung und des Lebens in sicheren Grenzen, die friedlich verändert werden können. Er betonte auch, dass ganz Europas die Durchführung der Reformen in Mitteleuropa im Interesse liegt.

Am 30. September 1989 begab sich Genscher aus New York nach Köln, um Rudolf Seiters – den für die Beziehungen zu der DDR zuständigen Mitarbeiter von H. Kohl – mit sich zu nehmen. Die beiden fuhren gemeinsam nach Prag. Dann begann ein Wettbewerb zwischen H. Kohl und Genscher. Nach der Meinung des Bundeskanzlers drangen die geheimen Informationen über den Besuch Genschers in der Tschechoslowakei gerade aus dem Auswärtigen Amt nach außen in die Medien<sup>35</sup>. H. Kohl selbst erinnerte sich an Folgendes: „Ich konnte damals der Versuchung nicht widerstehen, sich nach Prag zu begeben, mir rieten davon jedoch die Ärzte ab.

---

<sup>33</sup>Vgl. R. Kiessler, F. Elbe, *Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*, Baden-Baden 1993, S.30, 34 i 36.

<sup>34</sup>Vgl. R. Bettzuge, Hans-Dietrich Genscher. Eduard Schewardnadse. *Das Prinzip Menschlichkeit*, Bergisch Gladbach 1994, S. 90; H. Kohl, op.cit., S. 52; U. Wickert, op.cit., S. 13; P. Zelikow, C. Rice, op.cit., S. 77.

<sup>35</sup>Vgl. H. Kohl, op.cit., S. 52-53.

Da die Fahrt der DDR-Flüchtlinge über das DDR-Gebiet erfolgen sollte, musste man sie vor allem davon überzeugen, dass damit kein Risiko verbunden ist<sup>36</sup>. Laut H. Kohl war Genscher nicht damit zufrieden, dass ihn R. Seiders begleitete<sup>37</sup>. Genscher behauptete dagegen, dass sich R. Seiders „auf seinen Wunsch“ nach Prag begab<sup>38</sup>. Genscher kam in der deutschen Botschaft in Prag an, die sich in dem Palais Lobkowitz befand. Er hielt die Rede an die DDR-Flüchtlinge auf dem Balkon der bundesdeutschen Botschaft. In seinen Erinnerungen war das „der innerlich berührendste Moment in [...] seiner politischen Arbeit“<sup>39</sup>. Er verkündete den 4000 DDR-Flüchtlingen, dass sie in die BRD ausreisen dürfen. Er sagte den Menschen: „der Weg ist frei“<sup>40</sup>. Als die DDR-Flüchtlinge ihre Befürchtungen vor der Durchfahrt mit Zügen zum Ausdruck brachten, erinnerte Genscher daran, dass er in seinen jungen Jahren auch in die BRD geflüchtet war. Er erklärte, dass er die Befürchtungen der Zuhörer versteht. Er überzeugte sie, dass keine Gefahr droht. Er versprach, dass in jedem Zug, mit dem die DDR-Flüchtlinge nach Westen transportiert werden, zwei Beamte BRD fahren werden. Im ersten Zug fuhr Genscher, in den anderen R. Seiders, Dieter Kastrup, Duisberg, Jansen<sup>41</sup>.

Am 8. November erklärte Genscher vor dem Deutschen Bundestag, dass die Berliner Mauer fallen muss. Als es unerwartet am nächsten Tag geschah, hielten sich Genscher und H. Kohl in Polen auf. Die Politiker wollten den Fehler Konrad Adenauers nicht wiederholen, der sich 1961 nach dem Bau der Berliner Mauer nicht nach West-Berlin begeben hatte und unterbrachen ihren Besuch in Polen, um direkt nach Berlin zu kommen. An der Feier vor dem Rathaus Schöneberg, die von dem Berliner Regierenden Bürgermeister Walter Momper veranstaltet wurde, nahmen außer Genscher und H. Kohl auch W. Brandt und H.-J. Vogel teil<sup>42</sup>. Vor dem Rathaus Schöneberg wurde wieder die Konkurrenz zwischen dem Bundeskanzler und Genscher deutlich. Der Berliner Regierende Bürgermeister reichte eine Mitteilung darüber, welche Grenzübergänge geöffnet sind, nicht dem Bundeskanzler zum Verlesen, sondern Genscher<sup>43</sup>.

Genscher bezeichnete das Treffen mit den Berlinern als eine Wende für die Gestaltung der deutschen und europäischen Freiheit, die er als eine Fortsetzung der Wandlungen im Osten betrachtete, vor allem in Budapest und in Warschau. Er erklärte,

---

<sup>36</sup> Ebenda, S. 52.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 52-53.

<sup>38</sup> Vgl. U. Wickert, op.cit., S. 14.

<sup>39</sup> Vgl. „Der Zug der Freiheit“, „Die neue Bonner Depeche“, Nr. 11/1989.

<sup>40</sup> Vgl. U. Wickert, op.cit., S. 15; R. Kiessler..., op.cit., S. 33-39.

<sup>41</sup> Vgl. R. Kiessler, F. Elbe, op.cit., S. 38-41; „Der Zug der Freiheit“, op.cit.; S. Martenson, Höhepunkt — Ausstieg — Unruhestand, in: W. Filmer, H. Schwan, op.cit., S., 365-367.

<sup>42</sup> Vgl. H. Teltschick, op.cit., S.19.

<sup>43</sup> Vgl. W. Jäger, Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/1990, Stuttgart 1998, S. 67; A. Wolff-Powęska, Deficyty kultury politycznej, in: A. Wolff-Powęska (Red.), Podzielona jedność. Raport o Niemczech lat dziewięćdziesiątych, Poznań 1994, S. 20.

dass sich die Deutschen in einer Lage befanden, in der die Freiheit verteidigt werden musste. Er versicherte denen, die Bedenken und Befürchtungen vor den Wandlungen in Deutschland hatten, dass Deutschland viel an Frieden liege. Er betonte, dass in der DDR Freiheit und Demokratie durchgesetzt werden sollten. Genscher versicherte den anderen europäischen Völkern in diesem außergewöhnlichen Moment, dass die Ereignisse in Deutschland die Nachbarländer nicht gefährden werden<sup>44</sup>.

Der Fall der Berliner Mauer war ein deutliches Zeichen der Schwäche der DDR-Regierung und bedeutete, dass die Chancen der Wiedervereinigung gestiegen sind. Es begann ein Prozess, internationale Unterstützung für diese Initiative zu gewinnen. Zuerst führte Genscher Telefongespräche mit den Außenministern Großbritanniens – Douglas Hurd, der USA – J. Baker und Frankreichs – Roland Dumas. Am 11. November sprach Genscher mit E. Schewardnadse. Er den positivsten Reaktionen begegnete in den USA. Aber auch dort waren die Meinungen geteilt. Obwohl G. Bush und J. Baker ihre Zufriedenheit zum Ausdruck brachten, schlug der Verteidigungsminister Dick Cheney vor, Vorsicht zu üben<sup>45</sup>.

Genscher erinnerte sich, dass er am 13. November 1989 vom französischen Präsidenten François Mitterrand hörte, dass „die Wiedervereinigung Deutschlands eine historische Notwendigkeit ist“. F. Mitterrand bat aber um die Zusicherung, dass Deutschland die europäische Integration unterstützen wird. Der französische Präsident verlangte die Garantie der Unverletzlichkeit der bestehenden polnisch-deutschen Grenze, die Fortsetzung der europäischen Integration<sup>46</sup>.

Genscher besuchte die Hauptstädte der für die Wiedervereinigung Deutschlands engagierten Länder. Am 21. November begab er sich nach Washington und unterhielt sich mit J. Baker und G. Bush. Er wurde herzlich begrüßt und erhielt die Bestätigung, dass die USA den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen. Der Besuch war für Genscher ein Erfolg. Er erhielt die Zusicherung der Partnerschaft mit den USA. Man sprach über den 2. und 3. Dezember 1989 geplanten amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Malta. Genscher wies auf drei Prioritäten beim Treffen von M. Gorbatschow und G. Bush hin. Er betonte, dass es im Interesse des Westens liegt, einen Erfolg der Reformen in Mittelosteuropa zu erreichen. Er schlug den USA vor, Moskau zu versichern, dass der Westen kein Vorhaben hat, die Probleme der UdSSR auszunutzen und dass er die Sicherheitsbedürfnisse der UdSSR respektieren wird<sup>47</sup>.

Am 28. November 1989 stellte H. Kohl vor dem Deutschen Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung Deutschlands vor. Es umfasste drei

---

<sup>44</sup> Vgl. H. Bortfeldt, op.cit., S. 58; H.-D. Genscher, In dieser Stunde blickt die Welt auf unser Land, H.-D. Genscher, Unterwegs zur Einheit, S. 228-230; H.-D. Genscher, Es gibt nur eine Freiheit und Frieden, „Die neue Bonner Depeche“, Nr. 12/1989.

<sup>45</sup> Vgl. H. Bortfeldt, op.cit., S. 66-67.

<sup>46</sup> Vgl. B. Sauzay, R. von Thadden, Mitterrand und die Deutschen, Göttingen 1998, S. 26.

<sup>47</sup> Vgl. H. Bortfeldt, op. cit., S. 85.

Phasen: die Gründung einer Vertragsgemeinschaft, dann die Schaffung konföderativer Strukturen, und endlich die Errichtung einer „bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland“<sup>48</sup>. Genscher schrieb in den *Erinnerungen*, dass er beim Zehn-Punkte-Programm von H. Kohl besonders das Konzept der Vertragsgemeinschaft unterstützte. Er war aber nicht von einem Erfolg der deutsch-deutschen Konföderation überzeugt. Er dachte damals über die potentielle Zugehörigkeit der Mitglieder der Konföderation zu verschiedenen Sicherheitsstrukturen nach<sup>49</sup>. Bei der ersten spontanen Reaktion sagte Genscher, dass dieses Programm zur bisherigen deutschen Außenpolitik passt. Er soll damals gesagt haben: „Helmut, das war eine große Rede“<sup>50</sup>. H. Kohl erinnerte sich, dass Genscher „seine Anerkennung für die zehn Punkte des Programms äußerte“<sup>51</sup>. Von den FDP-Vertretern übte O. Lamsdorff heftige Kritik an diesem Programm<sup>52</sup>.

Auf Genscher kam die schwere Aufgabe der Verteidigung des Projektes im Ausland zu, um so mehr, als dass der Plan zuvor nicht mit den engsten europäischen Partnern der BRD besprochen worden war. Man musste die Befürchtungen vor der Wiedervereinigung beruhigen, die in den Hauptstädten der Länder wuchsen, die sich für Deutschland interessierten. Unzufriedenheit darüber wurde laut Programm der Frage der Anerkennung Oder-Neiße-Grenze nicht berücksichtigt wurde<sup>53</sup>.

Es begann die Zeit der diplomatischen Staatsbesuche und der Überzeugung der Staatsleute, damit sie der Wiedervereinigung Deutschlands zustimmen. Das erste Treffen am 29. November führte Genscher mit Margaret Thatcher durch. Der Premierministerin war schon früher eine Abneigung gegen die BRD vorgeworfen worden. Diesmal beschloss sie, die deutschen Politiker zu kritisieren. Sie warnte vor dem Streben Deutschlands nach Neutralität. Sie machte darauf Aufmerksamkeit, dass gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands die Demokratisierung Europas Priorität hat. Die britische Premierministerin erwartete von der BRD eine Stellungnahme nicht nur hinsichtlich der Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO, sondern auch hinsichtlich der Europäischen Union und der Oder-Neiße-Grenze<sup>54</sup>.

Am 30. November begab sich Genscher nach Paris. Dort fanden Gespräche mit dem Präsidenten F. Mitterrand, Roland Dumas, Alain Poher statt. In Frankreich gab es eine besondere Verstimmung, weil es keine vorherige Information die Ab-

<sup>48</sup> Vgl. I. Andrzejewski, *Francja a jedność niemiecka*, „Zeszyty Niemcoznawcze PISM”, V (4)/1990, S. 63; Z. Mazur, *Plan Kohla*, „Przegląd Zachodni”, Nr. 3/1990, S. 84-86; A. Młynarski, *op. cit.*, Kielce 2006, S.176-179.

<sup>49</sup> Vgl. Ch. Hacke, *Der Mantel der Geschichte: „2+4“ und deutsche Einheit in gesamteuropäischer Konkordanz*, *op.cit.*, S. 271-274; H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, *op.cit.*, S. 669-675.

<sup>50</sup> Vgl. W. Jäger, *op.cit.*, S. 70.

<sup>51</sup> Vgl. H. Kohl, *op.cit.*, S. 103.

<sup>52</sup> Vgl. W. Weidenfeld, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/1990*, *op.cit.*, S. 112.

<sup>53</sup> Vgl. H. Kohl, *op.cit.*, S. 107.

<sup>54</sup> Vgl. W. Weidenfeld, *op.cit.*, S. 69 i 131.

sicht den Plan von H. Kohl vorzustellen, gegeben hatte. Gemäß des 1963 abgeschlossenen Élysée-Vertrags sollten die Staatsoberhäupter Frankreichs und der BRD ihr Vorgehen auf der internationalen Bühne besprechen. Man warf H. Kohl, der Genscher verteidigen sollte, dass der Kanzler während seines Besuchs am 18. November 1989 in Frankreich kein Gespräch mit dem Präsidenten geführt hatte. F. Mitterrand stimmte der Wiedervereinigung Deutschlands zu und machte sie von der Beschleunigung der europäischen Integration abhängig. Mit anderen Worten gesagt, erwartete er eine „deutsche Einheit im westlichen Rahmen“<sup>55</sup>. Nach der Meinung des ehemaligen Beraters von F. Mitterrand, Jacques Attali, sollte Genscher gehört haben: „Wenn die deutsche Einheit entsprechend der europäischen Einheit verlaufen wird, werden wir sie unterstützen“<sup>56</sup>. In den *Erinnerungen* beurteilte Genscher die Rolle von F. Mitterrand im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands positiv und schrieb, dass er keine Gründe hätte, an der Unterstützung seitens Frankreichs zu zweifeln<sup>57</sup>. Er berückichtigte nicht die Tatsache, dass der französische Präsident, sich am 7. Dezember mit M. Gorbatschow in Kiew traf, weil mit der Unterstützung der UdSSR für eine Verschiebung der Vereinigung rechnete. Genscher nahm dazu keine Stellung, dass F. Mitterrand die Teilnahme an der gemeinsamen Durchschreitung des Brandenburger Tores verweigerte. Er erwähnte auch nicht, dass F. Mitterrand im Dezember trotz Ablehnung Bonns sich nach Ost-Berlin begab<sup>58</sup>. Dass der Besuch des französischen Präsidenten in der DDR auf die Kritik von Genscher gestoßen war, zeigte sein Gespräch mit R. Dumas. Der französische Politiker fragte den deutschen Minister nach dessen Beurteilung des geplanten Besuchs am „Tag vor der Abreise von F. Mitterrand“, daraufhin hörte er, dass F. Mitterrand seine Reise abtun könne „wenn er unbedingt der Erste und der Letzte sein will, der die ost-deutschen Staatsführer treffen wird“.<sup>59</sup> Die Unterstützung für die Wiedervereinigung Deutschlands unter den französischen Politikern drückte R. Dumas aus, indem er zu einem Beschluss der Europäischen Kommission beitrug, infolge dessen das deutsche Volk seine Einheit zurückgewinnt<sup>60</sup>.

Als Genscher nach dem Frankreichbesuch sich am 5. Dezember 1989 in die UdSSR begab, wurde ihm vorgeworfen, dass der 10-Punkte-Plan ein Ultimatum gegenüber Ostdeutschland wäre. In Moskau nahm der Botschafter Klaus Blech

---

<sup>55</sup> Vgl. I. Andrzejewski, op. cit., S. 61.

<sup>56</sup> Vgl. J. Attali, Verbatim III. 1989-1991, Fayard 1995, S. 354.

<sup>57</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 705.

<sup>58</sup> Vgl. A. Czubiński, Przyspieszenie procesu jednoczenia Niemiec, in: A. Czubiński (red.), *Droga Niemców do ponownego zjednoczenia państwa 1949-1990*, Poznań 1991, S. 256-257; R. Picht, *Deutsch-Französische Beziehungen nach dem Fall der Mauer: Angst vor „Großdeutschland“?*, „Integration“, Nr 2/1990, S. 47; H. Teltschick, 329 dni. *Zjednoczenie Niemiec w zapiskach doradcy kanclerza*, Warszawa 1992, S. 81; F. Horn, *Wschodniemiecka polityka Francji*, „Przegląd Zachodni“, nr 1/1991, S. 5-6.

<sup>59</sup> Vgl. W. Weidenfeld, op.cit., S. 160.

<sup>60</sup>Vgl.Ch. Hacke, op.cit., S. 274.

an dem Gespräch zwischen Genscher und Gorbatschow, das in einer sehr unangenehmen Atmosphäre verlief. M. Gorbatschow war empört. Er unterstrich den Vorschlag für einen Staatenbund in ihrer Definition die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands als Voraussetzung und stellte die Frage nach der Zugehörigkeit Deutschlands zu Militärbündnissen. Er warf dem Kanzler die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR vor. Tschernajew erinnerte sich, dass das Verhalten des sowjetischen Staatsoberhauptes „ironisch und hart“<sup>61</sup> war. Gorbatschow selbst erinnerte sich, dass der Plan von H. Kohl zum „Objekt [...] einer echten Auseinandersetzung mit Genscher“ wurde. M. Gorbatschow mutmaßte, dass der deutsche Minister seine Stellung verteidigen musste, die er „innerlich nicht akzeptierte“. Er rief Genscher in Erinnerung, dass H. Kohl in einem telefonischen Telefonat ihm versichert hatte, er würde die Destabilisierung der DDR nicht anstreben<sup>62</sup>. Philip Zelikow und Condoleezza Rice erkannten, dass Genscher von M. Gorbatschow in Moskau als ein planverteidigendes „wanderndes Kind“ betrachtet wurde, was seitens des sowjetischen Präsidenten als ein „Diktat, Ultimatum“ aufgenommen wurde<sup>63</sup>. M. Gorbatschow sollte sich an Genscher gewandt haben mit den Worten: „Seien Sie kein Beamter, Herr Genscher“<sup>64</sup>. Das sowjetische Oberhaupt erklärte auch, dass die ausgedrückte Kritik Genscher nicht persönlich betrifft<sup>65</sup>. Genscher versicherte, die Deutschen werden keinen einsamen Weg verfolgen und die Ostverträge der BRD einhalten. Die Wiedervereinigung Deutschlands verankerte er in der Europäischen Integration. Später führte er ein Gespräch mit E. Schewardnadse. Der sowjetische Minister sah Ähnlichkeiten zwischen dem Plan von H. Kohl und den Grundsätzen der Nazipolitik. Darüber hinaus widersprach er der Idee eines Staatenbundes den er als eine Bedrohung der Sicherheit und Stabilität in Europa betrachtete<sup>66</sup>. Während der Pressekonferenz wollte Genscher die Haltung von M. Gorbatschow nicht berichten und die Atmosphäre des Treffens nicht kommentieren. Erst am 7. Dezember wurde klar, dass die UdSSR den Plan von Kohl abgelehnt hatten. E. Schewardnadse hatte das Projekt als „Diktat gegenüber der DDR“<sup>67</sup> und Anwendung von „ultimativen Forderungen“ bezeichnet<sup>68</sup>.

Am 8. und 9. Dezember 1989 in Straßburg wiederholte Genscher, dass der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands in der Europäischen Integration verwurzelt sein sollte. Seine Rede diente der Bestärkung der Franzosen in der Überzeugung, dass Deutschland an Sache der europäischen Integration ernst angeht.

---

<sup>61</sup>Vgl. R. Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn – München – Wien – Zürich 1995, S. 340; W. Weidenfeld, op.cit., S. 122-123.

<sup>62</sup>Vgl. M. Gorbatschow, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 713.

<sup>63</sup>Vgl. P. Zelikow, C. Rice, op.cit., S. 136.

<sup>64</sup>Vgl. W. Weidenfeld, op.cit., S. 123.

<sup>65</sup>Ebenda, S. 123.

<sup>66</sup>Vgl. R. Biermann, op.cit., S. 340-341; W. Weidenfeld, op.cit., S. 97.

<sup>67</sup>Vgl. Ch.-M. Brand, op.cit., S. 157.

<sup>68</sup>Vgl. H. Kohl, op.cit., S. 123.

Am 13. Dezember traf sich Genscher mit D. Hurd, R. Dumas und J. Baker während der Konferenz der Außenminister in Brüssel. Genscher widersetzte sich der von J. Baker während des Treffens des Alliierten Kontrollrates am 11. Dezember 1989 in Berlin gehaltenen Rede. An diesem Tag trafen sich Vernon Walters (USA), Serge Bodevaix (Frankreich), Christopher Mallaby (Großbritannien) mit Wjatcheslaw Kotchewasov (UdSSR). Der offizielle Grund des Treffens war die Besprechung der Situation in Berlin, tatsächlich wurde die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands besprochen<sup>69</sup>. Genscher verglich in Brüssel das Treffen der Vertreter der siegreichen vier Großmächten mit dem Friedensvertrag von Versailles. Er forderte von den Vertretern der USA, Frankreichs und Großbritanniens eine Stellungnahme, ob sie mit der BRD in der NATO und der EU zusammenarbeiten wollen oder mit der UdSSR im Alliierten Kontrollrat. Er hatte Erfolg und J. Baker erklärte „Hans-Dietrich Genscher, wir verstehen dich“<sup>70</sup>.

Die Wiedervereinigung Deutschlands besprach Genscher auch im Kreis der Liberalen. Am 6. Januar 1990 während des traditionellen Dreikönigstreffens der Liberalen unterstrich Genscher, dass die KSZE und NATO im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands eine besondere Rolle spielen. Er sprach sich für die Befestigung der kooperativen Sicherheitsstrukturen und für den Ausbau von OSZE und NATO aus. Er erkannte, dass zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt die Strukturen entstehen sollten, die zur Überwindung der bestehenden Unstimmigkeiten nötig sind<sup>71</sup>.

Genscher hatte nicht erwartet, dass die UdSSR der Osterweiterung der NATO zustimmt. Er fürchtete die Reaktion der UdSSR. Bei der Festsetzung der Obergrenze der Anzahl der Streitkräfte im vereinigten Deutschland geriet er in Konflikt mit H. Kohl und dem Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg. Genscher vertrat damals die Meinung, dass die NATO Stationierung auf dem Gebiet der DDR nicht erreichbar wäre. Er erwartete, die sowjetischen Streitkräfte würden aus dem Gebiet Ostdeutschlands nicht schnell abgezogen<sup>72</sup>.

In der BRD herrschte die Überzeugung, dass Deutschland selbst über die Wiedervereinigung entscheiden sollte. Am 11. Januar 1990 wandte sich der Kanzler an Genscher mit den Worten: „wir selbst brauchen keine vier Hebammen“ und empfahl die Beachtung dieser Feststellung<sup>73</sup>.

Am 28. Januar 1990 informierte Genscher in „Bild am Sonntag“ darüber, dass „jeder, der die NATO Grenzen bis zur Oder-Neiße-Grenze ausweiten will, der deutschen Einheit die Tür zuschließt. Es wird dagegen unser Verbleib in NATO nicht diskutiert“<sup>74</sup>. Horst Teltschick, Berater von Kanzler H. Kohl, stellte fest, das Konzept sei falsch<sup>75</sup>. Am 31. Januar 1990 stellte Genscher das Programm zur Sicher-

<sup>69</sup> Vgl. W. Weidenfeld, op.cit., S. 179.

<sup>70</sup> Vgl. P. Zelikow, C. Rice, op.cit., S. 146.

<sup>71</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S.712.

<sup>72</sup> Vgl. E.F. Jung, op.cit., S. 242.

<sup>73</sup> Vgl. H. Teltschick, op.cit., S. 89.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 99.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 99 i 103-104.

heit des vereinigten Deutschlands an der Evangelischen Akademie in Tutzing vor. Sein Mitarbeiter Frank Elbe führte dazu aus, dass Genscher in den vorgestellten Grundsätzen seine Ansichten aus drückte, die nur eine Zusammenfassung seiner Überlegungen waren. Aus dieser Konzeption resultierte die Stellung des vereinigten Deutschlands in der Europäischen Union sowie in der NATO. Deutschland konnte nach Genscher nicht neutral werden, aber die NATO sollte nicht nach Osten ausgeweitet werden. Die Anwesenheit der Militärstruktur der NATO auf dem Gebiet der damaligen DDR hätte die „deutsch-deutsche Annäherung blockieren“ können. In seiner Rede bestätigte er die Verbürgung für der Sicherheit der UdSSR<sup>76</sup>.

Genschers Plan wurde mit den am 15. Dezember 1989 in der „Zeit“ vorgestellten. Erwägungen von Helmut Schmidt sowie den am 2. Dezember in der „Welt“ veröffentlichten. Vorschlägen von Wilhelm Grewe verglichen<sup>77</sup>.

Rafael Biermann stellte fest, die Diskussion über den Plan von Genscher, auch die Formel von Tutzing genannt, fokussierte sich auf die Pflicht der gegenseitig Unterstützung in der NATO, den Schutz der DDR in Friedenszeiten, das Problems des Militärverteidigungspflicht sowie den Zeitraum des Spezialstatutes dieses Teils Deutschlands.

Bei der Interpretation des Plans von Genscher durchdachte man den Grad von Integration des DDR Gebietes in die NATO. Falls das Gebiet der DDR nicht vollständig in den Pakt integriert wäre, würden Art. 5. und 6. des NATO Vertrages auf dem Gebiet der DDR nicht gelten. Somit hätte im Fall eines Angriffs die Organisation das ostdeutsche Gebiet nicht schützen können. Wenn sich hingegen auf dem Gebiet der DDR keine Streitkräfte und Infrastruktur der NATO befänden, müsste man gemäß der Pflichten zur gegenseitigen Hilfeleistung der NATO handeln. Diese Situation verglich man mit dem Status von Frankreich in der NATO, die den Militärstrukturen nicht angehörte.

Eine Schwachstelle des Plans war die mangelnde Transparenz, ob die deutschen Streitkräfte, die der NATO nicht angehören, das Gebiet der DDR während des Friedens schützen sollten. Man fragte sich, wie Genscher das Problem der Wehrpflicht zu lösen beabsichtigte. Es wurde die Nicht-Einführung der Wehrpflicht auf dem Gebiet der DDR diskutiert was zu unterschiedlichen Regelungen dieser Frage in Ost- und Westdeutschland geführt hätte. Endlich vermutete man, dass die Lösungen von Genscher keinen Übergangstatus vorsehen, weil er sich zu diesem Thema nicht äußerte<sup>78</sup>.

Der Verteidigungsminister G. Stoltenberg nahm eine vorsichtige Haltung gegenüber dem Vorschlag von Genscher ein und forderte die volle Mitgliedschaft des ve-

---

<sup>76</sup>„Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, zum Thema „Zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen“ bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am 31.01.1990“ (Auszug, Quelle: Der Bundesminister des Auswärtigen informiert, Mitteilung für die Presse Nr. 1026/90, 31.1.1990), w: K. Kaiser, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten, Bergisch Gladbach 1991, S. 190-191.

<sup>77</sup> Vgl. R. Biermann, op.cit., S. 486-487.

<sup>78</sup> Vgl. R. Biermann, op.cit., S. 497-489.

reinigten Deutschlands in der NATO. Oskar Lafontaine, der Vertreter der in der Opposition stehenden SPD, lehnte die Neutralität des vereinigten Deutschlands ab<sup>79</sup>. Die Botschafter der USA, Vernon Walters, machte in seiner Stuttgarter Rede vom 1. Februar 1990 die Vereinigung Deutschlands von dessen NATO-Mitgliedschaft abhängig und akzeptierte somit die Konzeption von Genscher. Als zurückhaltender im Loben erwiesen sich der amerikanische Sicherheitsberater Brent Scowcroft und sein Vertreter Robert Blackwill<sup>80</sup>.

Der für den 2. Februar vorgesehene Besuch von Genscher in Washington, der dem Ziel der Abstimmung von Stellungnahmen zwischen der BRD und den USA hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands dienen sollte, wurde vom Auswärtigen Amt zusammen mit dem Kanzleramt vorbereitet. An den Beratungen nahmen: Helmut Haussmann, Theo Weigel, Wolfgang Schäuble, Dorothee Wilms, Norbert Blum, Hans A. Engelhard und Rudolph Seiters teil. Den Chef der westdeutschen Diplomatie begleiteten während der Reise Frank Elbe und Dieter Kastrup. Genscher schätzte, dass es sein „kürzester und zugleich der wichtigste“ Besuch in den USA<sup>81</sup> gewesen war, weil er eine Diskussion über die Form der Verhandlungen über die Vereinigung in dem Land und außerhalb seiner Grenzen zusammenfasste. Es wurde entschieden, dass die Verhandlungen hinsichtlich der Vereinigung nach den für den 18. März 1990 vorgesehenen Parlamentswahlen in der DDR anfangen werden<sup>82</sup>. Genscher lehnte Verhandlungen im Sinne Potsdamer Vereinbarungen vom 1945 ab. Die Formel der Vier- Mächte- Konferenz ohne Beteiligung Deutschlands wurde nicht angenommen. Ähnlich stimmte man den Verhandlungen bei der Einsetzung der KSZE nicht zu. Die UdSSR, USA, Frankreich und Großbritannien erteilten keine Zustimmung für ausschließlich deutsch-deutsche Gespräche<sup>83</sup>.

Während der Gespräche stellte die amerikanische Seite Genscher den Vorschlag der Berufung einer Sechser-Konferenz vor: vier Siegern machte sowie zwei deutsche Staaten, deren Aufgabe die Realisierung des Prozesses der Vereinigung Deutschlands wäre. Die USA waren für Verhandlungen 4+2, Genscher dagegen für die Formel 2+4. Er erklärte J. Baker, dass diese Konfiguration aus „politischen und psychologischen“ Gründen resultiert. Man nahm die Formel 2+4 (zwei deutsche Staaten und vier Staaten, die die Kontrolle über die besiegten im Zweiten Weltkrieg Deutschen ausübten), die von dem Staatssekretär den USA vorgeschlagen wurde. Genscher unterstütze diese Initiative, obwohl er, wie bemerkte, nicht deren Verfasser war. Ähnlich äußerte sich sein Mitarbeiter, Frank Elbe<sup>84</sup>. In den USA wurde die Rede,

---

<sup>79</sup>Vgl. W. Weidenfeld, *op.cit.*, S. 259; P. M. Wagner, E. Bruck, *Bauen am eigenen Denkmal*, „Die politische Meinung“, Nr 8/1997, S. 20.

<sup>80</sup> Vgl. H. Bortfeldt, *op.cit.*, S. 125-127; K.R. Korte, *Die Chance...*, *op.cit.*, S. 143; R. Biermann, *op.cit.*, S. 498; G. G. Bush, B. Scowcroft, *op.cit.*, S. 245 i 250.

<sup>81</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, S. 715.

<sup>82</sup> Vgl. P. Zelikow, C. Rice, *op. cit.*, S. 174-176.

<sup>83</sup> Vgl. Ch. Hacke, *op.cit.*, S. 275.

<sup>84</sup> Vgl. P. M. Wagner, E. Bruck, *op. cit.*, S. 20.

die Genscher in Tutzing gehalten hatte, positiv aufgenommen. Nach dem drei Stunden andauernden Gespräch mit Genscher bezeichnete J. Baker den die Sicherheit Deutschlands betreffenden, Plan als „märchenhaft“. Genscher bemerkte auch, das Ergebnis der Verhandlungen die volle Unabhängigkeit des vereinigten Deutschlands sein sollte<sup>85</sup>.

Am 6. Februar 1990 in Brüssel versuchte Genscher während des Treffens mit dem polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski, die in Polen herrschenden Befürchtungen von der Wiedervereinigung Deutschlands, aufzulösen<sup>86</sup>. Am 9. Februar auf der SIPRI Konferenz in Potsdam unterstrich Genscher, dass das vereinigte Deutschland der NATO angehören soll<sup>87</sup>.

Am 10. Februar 1990 hielten sich Genscher und H. Kohl in Moskau auf. zuvor besuchte J. Baker die UdSSR, der mit E. Schewardnadse Verhandlungen geführt hatte. M. Gorbatschow gab nach Zögern „freie Hand“ in der Sache der Wiedervereinigung Deutschlands<sup>88</sup>. Das bedeutete eine Zustimmung zur Entscheidung der Deutschen über die Form, Zeit und Bedingungen der Vereinigung. M. Gorbatschow forderte jedoch die Besprechung des Problems der Wiedervereinigung mit „Freunden in Washington, Paris und London“<sup>89</sup>. H. Teltschick stellte fest, dass H. Kohl den Journalisten gegenüber die Gesprächsergebnisse nicht auf eine für sich vorteilhafte Weise darstellen kann. Er kommentierte dagegen „Genscher fuhr wie gewöhnlich mit seinen Mitarbeitern und drei Journalisten direkt zur Residenz. Offensichtlich kann er am besten die Journalisten informieren....“<sup>90</sup>.

Am 12. Februar in Ottawa fand die erste Konferenz der NATO- Staaten und des Warschauer Paktes statt. Genscher bezeichnete sein Ergebnis als „optimal“<sup>91</sup>. Zufrieden nahm er die Feststellung von E. Schewardnadse zur Kenntnis, dass für die UdSSR ein „vereinigtes und demokratisches“<sup>92</sup> Deutschland wichtig ist. Er bekam die Bestätigung, dass die geplante Konferenz die Form 2+4 und nicht 4+2 annimmt. Genscher bemühte sich, eine Demütigung Deutschlands zu vermeiden, hatte er doch die Konferenz der Großen Vier in Genf in den fünfziger Jahren oder die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles in Erinnerung. Er erklärte, er verteidigt die Stabilisierung der deutschen Demokratie, die nach dem Zweiten Weltkrieg angestrebt wurde<sup>93</sup>.

<sup>85</sup> Vgl. H. Bortfeldt, op. cit., S. 131.

<sup>86</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 720.

<sup>87</sup> Ebenda; H.-D. Genscher, Die Deutschen in der DDR sind so gute Europäer wie wir, in: H.-D. Genscher, Unterwegs zur Einheit, op.cit., S. 239-256.

<sup>88</sup> Vgl. W. Weidenfeld, op.cit., S. 237.

<sup>89</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 722-724; H.-D. Genscher, Mit ihm auf dem Weg zur Einheit, „Die politische Meinung“, Nr. 3/2005, S. 34-35; AdG, 1990, 34227A.

<sup>90</sup> Vgl. H. Teltschick, op.cit., S. 119.

<sup>91</sup> Vgl. H. Bortfeldt, op.cit., S. 138.

<sup>92</sup> Vgl. R. Bettzuge, op.cit., S. 94-95.

<sup>93</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 716-719.

Genscher berief sich auf die Rede, die er selbst im September 1989 vor der UNO Vollversammlung gehalten hatte. Damals zitierte er auch den Gedanken von T. Mann über das Bedürfnis der Existenz des europäischen Deutschlands und nicht eines deutschen Europa. Er berief sich auf die Feststellung von Vaclav Havel, dass ein vereinigt Europa, ohne Überwindung der Deutschenteilung schwer vorstellbar ist, ebenso wie Existenz eines vereinigten Deutschlands im Fall der weiteren Teilung Europas. Genscher unterstrich, dass sich die Deutschen der Last ihrer Vergangenheit sowie der Verantwortung, die aus ihrer geografischen Lage, Geschichte und Bevölkerungszahl resultiert, bewusst sind<sup>94</sup>.

Die Außenminister Hans van den Broek aus Holland und Gianni de Michelis aus Italien drückten in Namen ihrer Länder die Bereitschaft zur Teilnahme an dem Prozess der Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands aus. Genscher nahm das Angebot nicht an. Er führte aus, dass Holland und Italien weder eines der deutschen Länder sind noch eine der vier Mächte repräsentieren. Vor dem Abschluss des Treffens in Ottawa wandte sich Genscher an diese Politiker mit den Worten: „Ihr seid nicht Teil des Spiels“ (*You are not part of the game*)<sup>95</sup>.

Genscher betrieb Lobbyarbeit für die Sache der Vereinigung, indem er Gespräche mit den Außenministern aus den mitteleuropäischen Ländern führte – Tschechoslowakei (Jiří Dienstbier), Rumänien (Serugi Celac), Ungarn (Gyula Horn), Bulgarien (Filip Dimitrow).

Als sich am nächsten Tag die Vertreter der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der BRD auf einem speziell vorbereiteten Treffen mit den Vertretern der UdSSR und der DDR befanden, kam es zu einem Missklang zwischen Genscher und J. Baker. Der amerikanische Diplomat fragte, ob H. Kohl der Formel 2+4 zustimmt. Genscher empfand dies als Misstrauen seitens der USA gegenüber seiner anständigen Zusammenarbeit mit H. Kohl. Der Minister telefonierte unverzüglich mit H. Kohl und bat ihn darum, Kontakt mit dem Präsidenten der USA aufzunehmen, um die Übereinstimmung der Auffassungen zu bestätigen. Genscher behauptete, dass nach dem Telefongespräch zwischen H. Kohl und J. Baker der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands im Weißen Haus „grünes Licht“ bekam<sup>96</sup>.

Ernst Friedrich Jung vertrat die Auffassung, dass das Verhalten von Genscher nach der Konferenz in Ottawa wohlwollend gegenüber der Haltung von E. Schewardnadse war. Nach Meinung des Forschers, bemühte sich Genscher, anders als die NATO-Mitglieder und das Kanzleramt, das Tempo der Vereinigung ruhig zuhalten. Jung urteilte, dass Genscher die Idee von Schewardnadse unterstützte, die Ver-

---

<sup>94</sup>Rede des Bundesministers des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, bei der „Open — Skies Konferenz am 13.02. in Ottawa über den Beitrag der Bündnisse zur Bildung einer West-Ost-Partnerschaft (Auszug, Quelle: Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung, 15.2.1990, Nr. 25, S. 195-198), in: K. Kaiser, op.cit., S. 195-196.

<sup>95</sup>Vgl. M. Patrick Kautz, op.cit., S. 80.

<sup>96</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 726-727.

handlungen, über externe Aspekte der Wiedervereinigung von denn über interne Angelegenheiten abzugrenzen. Er tadelte Genscher dafür, dass dieser nicht zugegeben hatte, ein falsches Urteil bezüglich der Möglichkeiten von Zugeständnissen seitens der UdSSR gefällt zu haben<sup>97</sup>.

Am 24. und 25. Februar 1990 hielt sich H. Kohl als erster deutscher Politiker in Camp David auf. In den USA bemerkte man damals die Abwesenheit von Genscher. H. Kohl betonte: „Genscher kam nicht nach Camp David; Bonn bekam früher die Nachricht, dass zu dem Treffen der amerikanische Staatssekretär Baker auch nicht kommen wird. Jetzt erwies sich jedoch zum Erstaunen der Deutschen, dass Baker anwesend“ ist<sup>98</sup>. In den USA wurde die Abwesenheit des deutschen Außenministers als eine taktische Handlung H. Kohls beurteilt. Demnach hatte Kanzler beschlossen, den FDP Vorsitzenden nicht mitzunehmen, weil er die kommenden Parlamentswahlen in der DDR im Blick hatte<sup>99</sup>. Darüber hinaus hatte H. Kohl im März Genscher für seine Nachgiebigkeit gegenüber der UdSSR kritisiert<sup>100</sup>.

In den Tagen vom 3. bis 6. April 1990 hielt sich Genscher in den USA auf, wo man den Verlauf der Zwei-plus-Vier Verhandlungen besprach. Der Minister forderte diesen Prozess vor dem geplanten Treffen in Rahmen der KSZE für November 1990 abzuschließen<sup>101</sup>.

Die Delegation für die Verhandlungen stellte Genscher zusammen. Es waren Personen, die sich seiner Unterstützung und seines Vertrauens erfreuten. Das Team leitete Dieter Kastrup, der politische Leiter des Auswärtigen Amtes. Zu der Delegation gehörten: Frank Elbe – Leiter von Genschers Büro und Peter Hartmann – stellvertretender Leiter des Außenpolitikbereichs im Kanzleramt. Mitarbeiter der verschiedenen Abteilungen des Auswärtigen Amtes waren in der Delegation. Die Abteilung des internationalen Rechts sowie die Abteilung für Politik wurde stark vertreten. Obwohl H. Kohl überlegt hatte, H. Teltschick aufzustellen, blieb sein Vertrauter in der Delegation P. Hartmann<sup>102</sup>.

Genscher bemühte sich darum, dass die 2+4 Runden in Bonn oder in Ost-Berlin stattfinden. Diesen Vorschlag widersetzte sich R. Dumas<sup>103</sup>.

Am 25. und 26. April 1990 in Paris bestätigte Genscher, dass die BRD im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands keine Grenzansprüche erhebt<sup>104</sup>.

Der 2+4 Prozess betraf die Angelegenheit der Grenzen, politisch-militärische Fragen, die Berlinproblematik, Regelung der Angelegenheiten der Vier Mächte gegenüber dem vereinigten Deutschland. Genscher eröffnete die erste 2+4 Gesprächsrunde

---

<sup>97</sup>Vgl. E. F. Jung, *op.cit.*, S. 242-243.

<sup>98</sup>Vgl. H. Kohl, *Pragnałem...*, *op.cit.*, S. 179.

<sup>99</sup>Vgl. H. Bortfeldt, *op.cit.*, S.139-140.

<sup>100</sup>Vgl. W. Weidenfeld, *op.cit.*, S. 313.

<sup>101</sup>Vgl. AdG, 1990, 34402A.

<sup>102</sup>Vgl. R. Biermann, *dz. cyt.*, S. 474.

<sup>103</sup>Ebenda, S. 575.

<sup>104</sup>Vgl. AdG, 1990, 34468A.

am 5. Mai 1990 in Bonn. Er stellte fest: „Wir wünschen uns Deutschland auf solche Art zu vereinigen, dass andere Länder keinen Schaden erleiden. Wir sind davon überzeugt, dass das vereinigte Deutschland nicht nur die vorteilhafte internationale Zusammenarbeit verstärken, sondern in beträchtlichem Maß der Möglichkeit ihrer Intensivierung dienen wird“<sup>105</sup>. Für den deutschen Minister war von Bedeutung, dass das deutsche Volk über die Staatsform, den Zeitpunkt der Wiedervereinigung sowie „das Tempo und die Bedingungen zu denen es die Vereinigung verwirklichen will“<sup>106</sup>, selbst entscheiden sollte. E. Schewardnadse war gegen die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in NATO. Die UdSSR wollte sich an dem Wiedervereinigungsprozess Deutschlands beteiligen und Einfluss auf den Aufbau der Sicherheit in Europa ausüben. Er unterstrich, dass die Wiedervereinigung Deutschlands im europäischen Rahmen stattfinden sollte. In seiner Rede schlug E. Schewardnadse vor, die Angelegenheiten der inneren Wiedervereinigung Deutschlands von der Regulierung der internationalen Situation Deutschlands abzugrenzen. Diese Fragen könnten zu verschiedenen Zeitpunkten gelöst werden. Von Bedeutung war das von ihm gebrauchte Wort *entkoppelt*. H. Kohl vertrat die Meinung, dass die Fragen der Vereinigung als eine Einheit betrachtet werden sollte<sup>107</sup>.

Am 8. Mai fand das Gespräch zwischen H. Kohl, R. Seiders und Genscher über den Vorschlag von Schewardnadse statt der letztlich nicht angenommen wurde. Die Ablehnung des Vorschlags des sowjetischen Ministers stieß auf Zufriedenheit Großbritanniens und der USA. Schon am 9. Mai 1990 behauptete J. Baker in dem Brief an Genscher, dass in Ostdeutschland keine Unterstützung für die Abgrenzung der Fragen der inneren- und äußeren Wiedervereinigung Deutschlands besteht. Die Nachteile des Vorschlags von Schewardnadse wurden in dem Risiko gesehen, dass beide Teile Deutschlands in verschiedenen Militärbündnissen bleiben werden, was in der Konsequenz die Neutralität des vereinigten Deutschlands bedeutete. Am 11. Mai 1990 versicherte Genscher vor dem Bundestag, Lösungen für die wesentlichen Fragen aus den Bereichen Innen- und Außenpolitik vor der Wiedervereinigung anzustreben<sup>108</sup>.

In der Nacht zum 5. Juni weckte Genscher das Telefon von J. Baker, dass sich mit Schewardnadse während der KSZE Konferenz in Kopenhagen getroffen hatte. Der amerikanische Staatssekretär informierte Genscher darüber, dass Schewardnadse ihm versichert hatte, dass die deutsche Frage bis Ende des Jahres gelöst werden kann<sup>109</sup>.

Am 11. Juni 1990 traf sich Genscher mit Schewardnadse in Brest in Weißrussland. Der Gesprächsort – ein Symbol der komplizierten deutsch-russischen Beziehungen – sollte die Überzeugung von der Notwendigkeit neuer, besserer Beziehungen zwischen den Staaten bezeichnen. Die Politiker besuchten das Grab des Bruders

---

<sup>105</sup> Vgl. H. Kohl, op.cit., S. 216-217.

<sup>106</sup> Vgl. AdG, 1990, 34486A.

<sup>107</sup> Ebenda.

<sup>108</sup> Vgl. W. Burger, op.cit., S. 429; W. Weidenfeld, op.cit., S. 435-438.

<sup>109</sup> Vgl. H. Bortfeldt, op.cit., S. 168.

von Schewardnadse, der infolge der Kriegshandlungen in Juni 1941 starb<sup>110</sup>. Die Gespräche der Politiker verliefen in einer freundlichen Atmosphäre, man zeigte die gute Zusammenarbeit zwischen den Ministern. Genscher schätzte, dass der Aufenthalt in Brest das „wahrscheinlich wichtigste sowjetisch-deutsche Treffen am Vortag der Wiedervereinigung gewesen war“<sup>111</sup>. E. Schewardnadse war sich dessen bewusst, dass in kurzer Zeit der Warschauer Pakt nicht mehr existieren wird und erteilte seine Zustimmung für die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO. Er verwies auf den Bedarf die Zahl der Streitkräfte, die sich auf dem Gebiet des vereinigten Deutschlands aufhalten sollten, zu vereinbaren. Er sprach sich für eine Übergangsperiode in der Frage der Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO aus. Genscher unterstrich, dass Deutschland nicht neutral bleiben, sondern der NATO angehören will<sup>112</sup>.

Das nächste Treffen von Genscher mit E. Schewardnadse fand am 18. Juni 1990 in Münster statt, wo man die externen Aspekte der Wiedervereinigung Deutschlands sowie das Bedürfnis der Stärkung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der BRD und der UdSSR behandelte<sup>113</sup>.

Während der zweiten Runde des 2+4 Prozesses, am 22. Juni 1990 in Berlin verschärfte Schewardnadse seine Haltung. Diese erklärt sich mit der Unsicherheit der Vertreter der UdSSR vor dem kommenden Parteitag der Kommunistischen Partei. Der sowjetische Politiker forderte die Beschränkung der Streitkräfte Deutschlands auf ein Maximum von 200.-250. Tsd. während der ersten drei Jahre nach der Vereinigung. Für diese Zeit sah er die Verringerung der sowjetischen Streitkräfte auf deutschem Gebiet um die Hälfte vor. Der sowjetische Vorschlag wurde von J. Baker und D. Hurd kritisiert<sup>114</sup>.

Vorbereitungen zur letzten 2+4 Runde wurden auch in den Tagen 25. und 26. Juni 1990 in Dublin, am 5. und 6. Juli 1990 während NATO-Gipfels in London sowie am 8. Juli 1990 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston in Texas getroffen<sup>115</sup>.

Am 15. und 16. Juli 1990 während des Besuchs von Genscher und H. Kohl in der UdSSR wurde die Zustimmung zur unbeschränkten Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO erteilt. In Stawropol wurde entschieden, dass die Streitkräfte des Bündnisses nicht auf dem Gebiet der DDR stationiert werden und die sowjetischen Streitkräfte für eine bestimmte Zeit dort verbleiben sollten. Die UdSSR erwartete eine Zusicherung, dass aus dem Gebiet der ehemaligen DDR auch nach dem Rückzug der sowjetischen Streitkräfte keine Gefahr gegenüber der UdSSR kommt. Man vereinbarte die Zeit für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte sowie die obere Grenze der Streitkräftenanzahl der BRD. Vorher berieten sich H. Kohl und Genscher gemeinsam über die Anzahl der Streitkräfte. H. Kohl

---

<sup>110</sup> Vgl. AdG, 1990, 34622A.

<sup>111</sup> Vgl. H. A. Winkler, op.cit., S. 566.

<sup>112</sup> Vgl. H. Bortfeldt, op.cit., S. 170; H. Kohl, op.cit., S. 233; Ch. Hacke, op.cit., S. 282.

<sup>113</sup> Vgl. AdG, 1990, 34622A.

<sup>114</sup> Vgl. AdG, 1990, 34634A; H. Bortfeldt, op.cit., S. 170; Ch. Hacke, op.cit., S. 283-284.

<sup>115</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 828-829.

sah voraus, dass diese 400. Tsd. betragen wird, Genscher meinte 350. Tsd. H. Kohl warf Genscher vor, dass mit einer solchen Zahl die Entstehung einer professionellen Armee unterstützt wird. Das vereinigte Deutschland sollte der NATO angehören. In dieser Sache er folgte zuvor eine Vereinbarung zwischen G. Bush und M. Gorbatschow<sup>116</sup>. Nach der Rückkehr aus Kaukasus bekamen Genscher und H. Kohl Gratulationen von der Opposition, u.a. von Hans-Jochen Vogel und Oskar Lafontaine<sup>117</sup>.

Am 17. Juli begann in Paris die dritte Runde des 2+4 Prozesses. Genscher sprach während der Pariser Runde mit K. Skubiszewski. Der polnische Vertreter machte die Anerkennung der Souveränität Deutschlands nicht von der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abhängig. Nach Meinung von Skubiszewski war die Entscheidung für den Abschluss eines Grenzenabkommens nach der Anerkennung der deutschen Einheit. Genscher erklärte während der Konferenz, dass die Bestätigung der polnisch-deutschen Grenze ein Beitrag zum Bau einer europäischen Friedensordnung sein wird. Er versicherte den Willen des vereinigten Deutschlands zum Aufbau gutnachbarlicher Beziehungen<sup>118</sup>.

Der Besuch von Genscher vom 16. und 17. August 1990 in Moskau betraf die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Abschlussdokumentes, das die 2+4 Verhandlungen zusammenfasste. Am 26. September 1990 versicherte der deutsche Politiker in New York vor der UNO Vollversammlung, dass das vereinigte Deutschland mit Rücksicht auf die Situation Europas und der Welt verantwortlich handeln wird. Er unterstrich, dass sich die Deutschen ihrer Vergangenheit bewusst sind und den Frieden schätzen<sup>119</sup>.

Als sich in der Nacht vor der Unterzeichnung des Vertrages über die Wiedervereinigung, vom 11. auf den 12. September 1990, Douglas Hurd für die Terminverschiebung des Vertragsabschlusses aussprach, ließ Genscher J. Baker wecken. Der amerikanische Diplomat versprach seine Hilfe und bot R. Dumas und D. Hurd von der Unterzeichnung des Vertrages während des Frühstücks zu überzeugen<sup>120</sup>.

Genscher gab zu, dass die Zustimmung für die Wiedervereinigung seitens der UdSSR den Preis erforderte, dass der Abzug der sowjetischen Armee nach 1994 stattfindet und deren Anwesenheit bis dahin auf dem Gebiet der ehemaligen DDR finanziell von Deutschland getragen wird<sup>121</sup>.

Am 12. September 1990 fand in dem Saal des Moskauer Hotels „Oktiabrskaja“ der Abschluss der 2+4 Konferenz statt, den Genscher als eine „glückliche

---

<sup>116</sup>Vgl. AdG, 1990, 34711A; M. Gorbatschow, op. cit., S. 724; J. Kiwerska, Międzynarodowe aspekty uwarunkowania zjednoczenia Niemiec, in: L. Janicki, B. Koszel, W. Wilczyński (red.), op. cit., S. 121-122.

<sup>117</sup>Vgl. W. Jäger, op.cit., S. 173.

<sup>118</sup> Vgl. AdG, 1990 34719A.

<sup>119</sup> Vgl. AdG 1990, 3478A.

<sup>120</sup> Vgl. K.-R. Korte, Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands, op.cit., S. 154-155; P. Zelikow, C. Rice, op.cit., S. 361.

<sup>121</sup> Vgl. W. Burger, op.cit., S. 436.

Stunde [...] für die Deutschen" bezeichnete und unterstrich, dass „aus dem deutschen Gebiet nur Frieden kommt". Er versicherte, dass die Wiedervereinigung Deutschlands zur Verstärkung nicht der „Macht sondern der Verantwortung" führt. Er sagte, dass das vereinigte Deutschland der NATO und der EU angehören wird und erinnerte an die „Verantwortung Deutschlands für die globalen Probleme"<sup>122</sup>. H.-D. Genscher, Lothar de Maizière, Douglas Hurd, E. Schewardnadse, R. Dumas und J. Baker unterzeichneten das Abkommen über die Unabhängigkeit Deutschlands in den Angelegenheiten der Innen- und Außenpolitik. Nach dem Artikel Nr. 7 erloschen die Rechte und Pflichten der vier Mächte gegenüber Deutschland und Berlin als einer Einheit. Die Institution der vier Mächte wurde aufgelöst. Dem Abkommen wurde ein sog. „Gemeinsamer Brief" von Genscher und L. de Maizière<sup>123</sup> angehängt, der an die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der UdSSR gerichtet war.

Am 20. September 1990 stimmten während der letzten Bundestagssitzung 442 Abgeordnete für das System 2+4, 47 stimmten dagegen und drei enthielten sich der Stimme. Genscher bezeichnete das System als „einen Endpunkt der europäischen Nachkriegsgeschichte"<sup>124</sup>.

Genscher betonte die Beteiligung der DDR-Bürger an der Erlangung der deutschen Einheit. Er zeigte, dass die Wiedervereinigung nur dank der Anwesenheit der östlichen Länder in der Europäischen Gemeinschaft möglich wird<sup>125</sup>.

Im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands wurde Genscher von Dieter Kastrup, Frank Elbe, Hans-Werner Lautenschläger, Jürgen Sudhoff, Jürgen Chrobog, Christian Pauls, Friedrich Gröning, Georg Luy, Martin Ney, Klaus Scharioth, Wilhelm Höynck kräftig unterstützt. Hans-Hermann Hartwich erkannte, dass obwohl die Vereinigungspolitik in den Händen des Kanzlers lag, der die Richtlinien in dem Bereich bestimmt, eben Genscher die „Hauptrolle" spielte<sup>126</sup>.

Christian Hacke lobte Genscher für seine Art der 2+4 Gesprächsführung. Er betonte, dass es keine Verhandlungen sondern Gespräche waren, von denen man den Eindruck bekam, dass die Deutschen aus „altruistischen Motiven über europäische Friedensstrukturen und die Aufrechterhaltung der UdSSR diskutieren, aber nicht über die eigene Vereinigung"<sup>127</sup>.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands versicherte Genscher, dass die BRD die Politik des „guten Beispiels"<sup>128</sup> verfolgen wird und dies eine Messung an den „glo-

<sup>122</sup>Vgl. AdG, 1990, 34870A.

<sup>123</sup>Vgl. AdG, 1990, 34870A.

<sup>124</sup>Vgl. AdG 1990, 34918A/4.

<sup>125</sup>Vgl. J. Sawczuk, *Od status quo do planu Kohla. Geneza zjednoczenia Niemiec w świetle opublikowanych dokumentów Urzędu Kanclerskiego* (1989 r.), op. cit., S. 206.

<sup>126</sup>Vgl. A. Fischer, *Entscheidungsprozeß zur deutsche Wiedervereinigung*, Frankfurt am Main – Berlin – Bern – New York – Paris – Wien 1996, S. 56.

<sup>127</sup>Vgl. Ch. Hacke, op.cit., S. 380.

<sup>128</sup>Ebenda, S. 384.

balen Herausforderungen” erfordert<sup>129</sup>. Deutschland wird sich nach der „Ablehnung der Machtpolitik” richten, was eine „Politik der Verantwortung” bedeutet<sup>130</sup>.

## 2. *Europäische Einheit*

Die Unterstützung der europäischen Integration bildete ein wesentliches Element in der politischen Konzeption von Hans-Dietrich Genscher. Er vertrat die Meinung, dass das nach dem Zweiten Weltkrieg geteilte Deutschland sich erneut vereinigen kann, wenn es in der internationalen Gemeinschaft seinen Weg zu Demokratie und Recht aufzeigt<sup>131</sup>. Genscher gefiel der Gedanke des französischen Diplomaten und Schriftstellers Paul Claudel: „Deutschland existiert nicht, um die Völker zu teilen, sondern um sie zu vereinigen. Seine Rolle ist die Eintracht zu bilden – Deutschland (sollte) den anderen Völkern veranschaulichen, dass sie ohne einander nicht leben können.”<sup>132</sup> Der Politiker nannte die Handlungen Deutschlands für die Vereinigung Europas eine Geschichtsstunde vor dem Volk. Nach seinem Empfinden sollte die BRD durch die Verfolgung der Ideale der Demokratie in der Innenpolitik und durch das Streben in der Außenpolitik nach der Vereinigung Europas ein Zeugnis ablegen, dass sich auf dem alten Kontinent keine Tragödien der vergangenen Kriege wiederholen. Darüber hinaus betrachtete er die Tätigkeit für die Vereinigung als Beweis der Möglichkeit eines gemeinsamen Besprechens der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, später Europäischen Union der Zukunft des Kontinents<sup>133</sup>.

Die europäische Integration wurde erst nach 1974 zum Gegenstand des besonderen Interesses und der politischen Entscheidungen von Genscher, als er zum Außenminister wurde. Als die BRD die Präsidentschaft in den Europäischen Gemeinschaften übernahm, sagte niemand Genschers Erfolg voraus. Er konnte kein Englisch, im Vergleich zu seinem Vorgänger Walter Scheel fehlte ihm auch die Erfahrung in der Diplomatie<sup>134</sup>. Genscher musste sofort die Präsidentschaft der BRD

---

<sup>129</sup>Ebenda, S. 385.

<sup>130</sup>Ebenda, S. 389.

<sup>131</sup> Ferner: H.-D. Lucas, Genscher und die deutsche Europapolitik 1974-1983, op.cit., S. 85; G. Hofmann, Niemiecki duch czasu, polskie lęki, G. Hofmann, A. Krzemiński, D. Reinartz, Ł. Trzciński, Zbrodnia & Kara & Duma & Uprzedzenie. Polacy i Niemcy, Berlin. Warszawa 2007, S.174.

<sup>132</sup> Vgl. H.-D. Genscher, „Europa in einer neuen Weltordnung”, Rede anlässlich der Churchill Lecture 2006 der Universität Zürich am 20.09.2006 in Zürich, <http://www.genscher.de/24464.html>; H.-D. Genscher, Ein Jahrzehnt nach der Wende. Perspektiven für das vereinte Deutschland. Studium generale vom 25.10.1999 bis 2.2.2000 an der Friedrich Schiller Universität Jena und der Eberhard Karls Universität Tübingen, Jena 2003, S. 23; A. Kruk, Idea integracji europejskiej w myśli politycznej Hansa-Dietricha Genschera, in: Z. Czachór (red.), 50 lat i co dalej? Europa i Unia Europejska między integracją a atomizacją... , Poznań 2007, S. 167.

<sup>133</sup> Vgl. K. Kinkel, Deutschlands Verantwortung für die Welt, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 637-638; M. Stolarczyk, Zjednoczone Niemcy w kształtowaniu bezpieczeństwa międzynarodowego w Europie, in: B. Łomnicki (red.), Bezpieczeństwo państw Europy. Koncepcje i problemy lat 90., Katowice 1997, S. 63-65.

<sup>134</sup> Vgl. „Unter dem Tisch”, „Der Spiegel”, 10.06.1974; E. Neumaier, Die FDP sorgt sich um ihr Profil, „Die Zeit“, 22.11.1974.

in der EG antreten. Der Außenminister von Luxemburg Gaston Thorn lobte seine Art der Gesprächsführung. Die Idee der europäischen Integration erlebte schwere Zeiten. Die Probleme mit der Währungspolitik häuften sich, die Regierung der Labour Party unter Harold Wilson forderte die erneuten Verhandlungen des Beitrittsvertrags des Großbritanniens mit der EG und drohte mit der Volksabstimmung bezüglich des Eintritts Großbritanniens in die EG. Der deutsche Minister bemühte sich, die entstandenen Probleme zu lösen<sup>135</sup>.

In der Auslegung seiner Handlungen, die im Bundestag vorgestellt wurden, betonte Genscher, dass der Gegenstand seiner Arbeit neben der deutschen Politik und der Ostpolitik die europäische Politik bleibt<sup>136</sup>. Damals konnte keiner ahnen, dass Genscher diesen Plan über 18 Jahre realisieren würde, d.h. bis seinem freiwilligen Verzicht auf das Amt des Außenministers am 18. Mai 1992.

Genscher wurde „der Dekan der europäischen Integration genannt“ (Klaus Kinkel)<sup>137</sup>, „die Avantgarde der europäischen Integration“ (Jacques Delors)<sup>138</sup>, „ein Hauptakteur in der Epoche der großen Reformen“ (Marcelino Oreja Aguirre)<sup>139</sup>, „ein Architekt eines neuen Europa“ (Dariusz K. Rosati)<sup>140</sup>. Marion Gräfin Dönhoff betonte, Genscher beschäftigte sich in der europäischen Politik mit der „voller Energie“<sup>141</sup>. Genscher dagegen war besonders zufrieden mit der Zusammenarbeit für die europäische Integration mit dem Italiener Emilio Colombo und betonte das Engagement für die Integration Europas seitens H. Kohl. Er nannte ihn eine „wichtige Konstante“ des Integrationsprozesses<sup>142</sup>. In den *Erinnerungen* machte er auf die Tätigkeit der französischen Politiker aufmerksam und betonte die Verdienste von François Mitterrand und Claude Cheysson. Er lobte die Zusammenarbeit mit Roland Dumas<sup>143</sup>.

Genscher betrachtete die Gemeinschaften als einen starken Bund von Staaten, die gemeinsam in der Welt existieren können, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Konfrontation charakterisiert war. Er wollte in den Europäischen Gemeinschaften eine politische Gemeinschaft sehen. Genscher behauptete, dass die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte bewiesen hätte, dass kein Staat über eine Macht verfügen kann, die über den Kontinent herrscht. Seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer europäischen Integration, verstärkte sich, als er den existierenden sowjetisch-amerikanischen Wettlauf beobachtete. Die Zustimmung zur transatlanti-

<sup>135</sup> Ebenda.

<sup>136</sup> Vgl. H.-D. Lucas, op.cit. S. 89.

<sup>137</sup> Vgl. K. Kinkel, Vorwort, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 20.

<sup>138</sup> Vgl. J. Delors, Hans-Dietrich Genscher. Avantgarde der Europäischen Integration, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 484.

<sup>139</sup> Vgl. M. Oreja Aguirre, Die Zukunft der Europäischen Union, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 559.

<sup>140</sup> Vgl. D.K. Rosati, Hans-Dietrich Genscher, Architekt nowej Europy, in: Drzonek, op. cit., S. 21.

<sup>141</sup> Vgl. Dönhoff, Ein Leben für Entspannung und Sicherheit, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 268.

<sup>142</sup> Vgl. D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 365.

<sup>143</sup> Ebenda, S. 379-382.

schen Zusammenarbeit widersprach seiner Meinung nach nicht den Anstrengungen, den westeuropäischen Staaten das Gefühl von Bedeutung zu sichern.

Genscher der Liberale, hatte sich für ein „Europa der Bürger“, ein „Europa des Bundes“ sowie ein „Europa der Solidarität“ ausgesprochen. Unter den „Europa der Bürger“ verstand er ein „demokratisch vereinigtes Europa, das die Rechte und Würde eines Individuums eingeführt hätte. Zu diesem Zweck postulierte er die Festsetzung der direkten Wahlen zum Europäischen Parlament. Und die Realisierung dieses Vorhabens bezeichnete er als „ein entscheidenden Schritt in der Geschichte des vereinigten Europa“<sup>144</sup>. Der Föderalismus ermöglichte, nach Meinung Genschers, den Schutz der Vielfältigkeit, die für Europa charakteristisch ist. Er sollte der Beibehaltung einer gleichen Position der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft dienen und der Ablehnung eines Europas, das die Bezeichnung ein „großes Direktorium“ verdiente<sup>145</sup>. Genscher als Föderalismus-Anhänger berief sich oft auf die Vorschläge von Winston Churchill. Die Solidarität sollte den Ausgleich zwischen den reichen und armen Ländern und Regionen ermöglichen<sup>146</sup>.

Für Genscher war die Verbreitung der europäischen Integration unter den FDP-Anhängern von Bedeutung. Am 27. Oktober 1975 auf dem Kongress der Liberalen in Mainz widmete der Politiker seine Rede der europäischen Thematik. Er betonte, man sollte den alten Kontinent nicht ausschließlich als eine Summe von Ländern und eine Freihandelszone betrachten. Im Aufbau eines liberalen Europas erblickte er eine „historische Aufgabe“. Er war der Meinung, dass Europa einer effektiven Politik bedarf, die gemeinsam festgesetzt werden sollte. Als aktuelle Aufgaben zählte er auf: Inflationsbekämpfung, Rohstoffpolitik und Energiepolitik, die Landwirtschaftspolitik sowie die regionale und strukturelle Politik. Er hatte auf das Bedürfnis der Entwicklung einer gemeinsamen Politik gegenüber den Ländern im Mittelmeerbereich hingewiesen. In der Bestrebung, dass die FDP zur einen europäischen Partei wird, unterstützte ihn ein ehemaliger FDP Sekretär Martin Bangemann, der in der FDP in Baden-Württemberg engagiert war. Den Kongress konnte Genscher als einen Erfolg verbuchen, weil man „Determinanten der liberalen europäischen Politik definierte“. Es wurden genannt: die Betonung der Bedeutung der Bürger in der EG, das Bedürfnis nach einer europäischen Verfassung sowie der Gestaltung einer gemeinsamen Politik. Man hatte sich für den Eintritt der FDP in die Föderation der liberalen Parteien der EG entschieden<sup>147</sup>.

Wesentlich für Genscher war die Verbreitung der Idee der europäischen Integration unter den FDP-Anhängern. Während des Kongresses Freiburg in 1976 lobte

---

<sup>144</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Vom geistigen Charakter der Europäischen Gemeinschaft*, in: H.-D. Genscher, *Deutsche Außenpolitik*, Bonn 1985, S. 212; A. Kruk, *op.cit.*, S. 168.

<sup>145</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit*, Bonn 1976, S. 28-29.

<sup>146</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, *op.cit.*, S. 58.

<sup>147</sup> Vgl. W. Małachowski, *Główne partie polityczne RFN wobec integracji zachodnioeuropejskiej*, Warszawa 1978, (na prawach rękopisu), S. 84.

er als Parteivorsitzender die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Großbritannien, Dänemark und Irland, die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkts und sprach sich für die Entstehung der Wirtschafts- und Währungsunion aus. Er betonte das Bedürfnis nach einer europäischen Verfassung und unterstützte den Zusammenschluss von politischen Parteien aus den Mitgliedstaaten. Nach Genschers Meinung sollte dieses Bündnis der liberalen Parteien zur Gestaltung eines liberalen Europas beitragen<sup>148</sup>. 1976 nahm Genscher an der Gründung einer europäischen liberalen Partei teil. Auf dem Treffen der europäischen Liberalen am 14. und 15. Januar 1976 in München sprach er von den Vorbereitungen der Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1978. Er hatte sich positiv über die Gründung einer Föderation der europäischen liberalen Parteien 1977 in Stuttgart geäußert<sup>149</sup>. Damals machte er darauf aufmerksam, er sei ein Gegner der Betrachtung der Europäischen Gemeinschaft als ein „exklusiv Club“ und sprach sich für die Verstärkung ihrer Einflüsse in der Welt aus. Dies könnte seiner Meinung nach zur Verbreitung des Friedens und des Schutzes der Bürgerrechte beitragen. Die Liberalen hatten die Absicht, die Europäische Union zu begründen, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu erreichen sowie zur Steigerung des Engagements der Bürger in den Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft beizutragen<sup>150</sup>.

Auf dem FDP Parteitag in Mainz 1978 zeigte Genscher, dass die Teilnahme der Liberalen an den Wahlen zum Europäischen Parlament an der Popularität der Freiheitsidee in Europa einen Beitrag leisten kann<sup>151</sup>.

Mehrmals betonte Genscher, dass die EG ihre Existenz Folgenden kann<sup>152</sup>: Er erwähnte die Freiheit, die Gleichheit - verstanden als die Chancengleichheit und Gleichheit gegenüber dem Recht, Schutz im breiten Begriff der Menschenrechte, darunter auch die Aussagefreiheit, die Konfession-, Vereins-, Bewegungs-, Rechtsfreiheit, im Gegensatz von Rassenhass und Terrorismus sowie des Krieges, der Armut, des Hungers, sozialer Ungerechtigkeit und der Krankheit verstanden wird. Genscher wies darauf hin, dass die EG Dank des Dialogs funktionieren könne. Er betonte, dass der Dialog ähnlich wie die Demokratie, Philosophie und die Wissenschaft seine Wurzel in Griechenland hat. Genscher vertrat die Auffassung, dass auf die geistige Entwicklung Europas auch die Erbschaft des antiken Roms, der Karolingische Renaissance, des späten Mittelalters, Frankreichs von Racine, Deutschlands von Goethe, Russlands von Puschkine. Darüber hinaus überlegte er, ob man von Europa sprechen

---

<sup>148</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Freiburg 1976, „Liberal“, Nr. 6/1976, S. 447; H.-D. Genscher, Auftakt zur Föderation liberaler Parteien der EG, „Liberal“, Nr. 2/1976, S. 142-144.

<sup>149</sup> Vgl. AdG, 1976, 20134D.

<sup>150</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Europa der einzelnen Bürger, „Die Neue Bonner Depeche“, Nr. 6/1977; „Liberale auf dem Weg nach Europa. Europäische Einigung über Integration der Parteien. Stuttgarter Deklaration, „Die Neue Bonner Depeche“, Nr. 75/1977.

<sup>151</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Die Chance der Liberalen. Der Parteitag in Mainz. Eröffnungsrede am 12.12.1978, „Liberale Dokumente“, Nr. 6/1978, ADL-FDP Bundespressestelle 4555.

<sup>152</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Vom geistigen Charakter der Europäischen Gemeinschaft, op.cit., S. 212-221.

kann, ohne Russland zu beachten. Genschers These war, dass vielleicht die USA ein Teil des „europäischen Systems“ sein könnte, unter Beachtung der politischen und der geistigen Struktur und ihrer Geschichte, der Herkunft und der Sprache<sup>153</sup>.

Genscher drückte Zufriedenheit darüber aus, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Bedrohung des Verlusts der europäischen Identität vermieden werden konnte. Die Gefahr steckte nach Genscher darin, dass der Osten mehr auf Ideologie als auf die europäische Identität achtete. Im Westen herrschten nach Genscher Überlegungen von Westeuropa, statt von dem ganzen Europa. Er unterstrich, dass die Westeuropa sich nicht auf Wien und Paris beschränkt, sondern auch Warschau, Prag und Budapest umfasst. Er drückte sein Bedauern aus, dass die Ereignisse hinter dem Eisernen Vorhang, u.a. der Berliner Aufstand von 1953 oder der Prager Frühling, kein Interesse gefunden hatten. 1952 hatte er selbst Sachsen verlassen und wie viele Liberale strebte nicht nur die Integration Westeuropas an, sondern interessierte sich auch für das Schicksal der Deutschen und Europäer hinter dem Eisernen Vorhang.

Mehrmals betonte Genscher, dass die EG einen Sieg über den nationalen Egoismus, das Denken in der Kategorie der Kraftpolitik und der Vorurteile bedeutet und letztendlich „der größte Sieg der europäischen Geschichte“ ist. Genscher unterstützte die kulturelle Identität Europas. Vor allem lobte er die Anregung des Europäischen Rates von Stuttgart 1983, jährlich einer der europäischen Städte den Status einer Kulturhauptstadt Europas zu geben. Er hatte darauf hingewiesen, dass man auch Städte aus Osteuropa einbeziehen sollte. Er betonte die Bedeutung des Budapester Kulturforums der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1985<sup>154</sup>.

Genscher bezeichnete seine Bemühungen um die Vertiefung der europäischen Integration wie das Abfeuern einer drei-stufigen Rakete. Das erste Element war die Anregung Genschers und des italienischen Politikers Emilio Colombo, das zweite die Einheitliche Europäische Akte und das dritte – das Maastrichter Abkommen<sup>155</sup>.

Während des Dreikönigstreffens, das die deutschen Liberalen jährlich am 6.1. abhalten, sagte Genscher dass ein „neuer politischer Impuls“ nötig ist, „ein sichtbarer Schritt in Richtung der Europäischen Union“. Er stellte fest, dass eine solche Anregung unentbehrlich sei, weil die wirtschaftlichen Probleme in Europa und die Ermüdung von der Beschäftigung mit den europäischen Angelegenheiten in den Mitgliedstaaten wachsen. Man diskutierte über den Beitrag Großbritanniens zum Budget der Union, die Notwendigkeit Reform der Agrarpolitik. Es herrschte Kritik an der Arbeit der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft vor. Deswegen

---

<sup>153</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Zukunftsverantwortung: Eine Herausforderung an den Geist Europas*. Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die „Panteios-Hochschule für Politische Wissenschaften“ am 28.03.1988 in Athen, in: H.-D. Genscher, *Zukunftsverantwortung*. Reden, Berlin 1990, S. 21-25.

<sup>154</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Initiativen zur Förderung der kulturellen Identität Europas*. Ansprache des Bundesministers des Auswärtigen in Bayreuth, 31.07.1986, in: „Bulletin“, 13.08.1986, Nr. 92/S. 772.

<sup>155</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 368.

forderte Genscher in seiner Rede die Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik, den Ausbau der Gemeinschaftspolitik, die Reform der Sicherheitspolitik, die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur sowie die Harmonisierung der Gesetzgebung. Genscher betonte, dass Europa und Amerika gemeinsame Interessen verfolgen, insbesondere im Bereich der Sicherheit<sup>156</sup>. Als er sich an die Arbeit für diese Idee erinnerte, betonte er, dass sein Ziel die Stärkung der Bedeutung des Europäischen Rates und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit war. Er stellte fest, dass er in der BRD am Anfang den Verteidigungsminister Hans Apel nicht hatte überzeugen können, aber er hatte bei einem anderen bedeutenden Sozialdemokraten, Herbert Wehner, Unterstützung gefunden. Nach der Machtübernahme seitens der CDU/CSU in der BRD ist die Unterstützung für diese Initiative gestiegen. Genscher, der das Amt des Außenministers bekleidete, hatte somit auch mehr Handlungsfreiheit gewonnen. Der neue Kanzler Helmut Kohl verfügte nicht über solche Erfahrung in der Außenpolitik wie H. Schmidt und erlaubte daher dem Politiker freies Handeln<sup>157</sup>.

Genscher betonte in seinen *Erinnerungen*, dass während Kohl an der Macht gewesen war, die europäische Politik im sog. „kleinen“ Kabinettsall unter der Leitung des Kanzlers im Kanzleramt gemacht wurde<sup>158</sup>. An den Gesprächen hatten Kanzler, Finanzminister, Wirtschaftsminister und Landwirtschaftsminister teilgenommen. Vereinzelt kamen zu dieser Gruppe noch andere Minister hinzu, z.B. Transportminister, Minister für Bildung und Forschung sowie der Arbeitsminister. Darüber hinaus waren bei den Gesprächen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes anwesend, der für die Angelegenheiten der europäischen Integration verantwortlich war sowie der BRD Botschafter bei der EG. Im Kanzleramt befand sich die Abteilung für die Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften. Ein enger Mitarbeiter von H.-D. Genscher war der Staatssekretär, Hans Werner Lautenschlager. Danach bekleideten dieses Amt Hans Sachs bis zum Jahr 1975, Peter Hermes in den Jahren 1975-1979, Jürgen Ruhfus von 1979 bis 1987<sup>159</sup>. Genschers Vorschlag wurde von E. Colombo angenommen und vor dem Europäischen Parlament am 19. November 1991 vorgestellt. Genscher selbst schrieb in den *Erinnerungen*, dass die „Abgeordneten positiv“ reagiert hatten, jedoch die wirtschaftlichen Probleme und die Agrarpolitik erwiesen sich als sehr wichtig erwiesen. Das schwache Interesse an der Deklaration erklärte Genscher mit der Abneigung der sozialistischen Regierungen in Europa gegenüber der fortschreitenden Integration<sup>160</sup>.

---

<sup>156</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Die europäische Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Auszug aus der Rede auf dem Dreikönigstreffen der Freien Demokraten in Stuttgart am 6.01.1981, in: H.-D. Genscher, Deutsche Außenpolitik, op.cit., S. 309-310.

<sup>157</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 362-364; G. Thorn, Genscher-Colombo Initiative, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 551-555; H. W. Lautenschlager, Von der Genscher-Colombo Initiative zum Vertrag von Maastricht, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 568; J. J. Węc, Spór o kształt instytucjonalny Wspólnot Europejskich i Unii Europejskiej 1950-2005, Kraków 2006, S. 163.

<sup>158</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, S. 383-384.

<sup>159</sup>Ebenda.

<sup>160</sup>Vgl. H.-D. Genscher, „Kampf dem Europa-Pessimismus!“ Hans-Dietrich Genschers Rede

Die Vorschläge erweckten Proteste der britischen Parlamentarier, was Genscher nicht beachtet hatte. Sie befürchteten, dass der „Eurofanatiker“ Genscher einen „Umbau der zehn Mitgliedstaaten in einen europäischen Bundesstaat“ beabsichtigte<sup>161</sup>. Das Projekt Genscher/Colombo wurde auch von Altiero Spinelli kritisiert. Der Föderalismus-Anhänger, einer der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften, machte selbst den Vorschlag einer Reform der Gemeinschaft, die er in dem „Vertrag von der Entstehung der Europäischen Union“ beschrieb.

Jedoch verabschiedete er Europäische Rat am 19. Juni 1983 in Stuttgart „Fehlerliche Deklaration über die Europäische Union“, in der der Wille der Entstehung der Europäischen Union ausgedrückt wurde<sup>162</sup>.

Die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte wurde von Genscher als sein weiterer Erfolg und ein zweites Element der erwähnten dreistufigen Rakete angesehen<sup>163</sup>. Sie enthielt die Lösungen der Fragen im Rahmen der von Genscher geliebten Europäischen Politischen Zusammenarbeit, die 1970 in Form der Zusammenarbeit zwischen den Staaten eingeleitet worden war. Daher legte Genscher den Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte Gewicht bei und betonte ihren großen Wert. Genscher meinte, dass die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Außenpolitik machen sollen. Das Scheitern der Initiative, die Krise im Nahen Osten durch die Entwicklung des europäisch-arabischen Dialogs im Jahre 1974 abzuwenden und der Misserfolg des Versuches, die Situation im Libanon im Jahre 1986 durch die Vermittlung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zu beherrschen, stärkten den deutschen Politiker in der Überzeugung, dass man nach der Verbesserung der Mechanismen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit streben soll<sup>164</sup>. Er bemühte sich um die Erarbeitung einer gemeinsamen Politik, die sich auf Afrika, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern und den Dialog mit der Türkei bezieht<sup>165</sup>.

Obwohl er davor warnte, die Europäische Gemeinschaft ausschließlich als eine Gruppe zu einem gemeinsamen Markt gehörender und von Technokraten regierter Länder zu betrachten, schätzte er die Bedeutung der Wirtschaft richtig ein. Als

---

auf dem Bundeshauptausschuß der F.D.P., „Die Neue Bonner Depeche“, Nr. 11/1983, S.10; H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 364; J. J. Węc, op.cit., S. 163.

<sup>161</sup>Vgl. W. Filmer, H. Schwan, op.cit., S. 311.

<sup>162</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Die freie und die friedliche Zukunft unserer Völker: Europa. Erklärung vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 29.06.1983*, H.-D. Genscher, *Deutsche Außenpolitik*, op.cit., S. 339-360; K. Wiaderny-Bidzińska, *Polityczna integracja Europy Zachodniej*, Toruń 2002, S. 155-156.

<sup>163</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Bilanz der deutschen Präsidentschaft in der EG und EPZ*, in: „Bulletin“, 18.03.1986, Nr. 73, S. 674-679.

<sup>164</sup>Vgl. W. Filmer, H. Schwan, op.cit., S. 306 i 308-309; H.-D. Genscher, *Notwendigkeit und Möglichkeit einer europäischen Außenpolitik*, Rede vor der Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 1.07.1976, in: H.-D. Genscher, *Deutsche Außenpolitik*, op.cit., S. 151-158.

<sup>165</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Entscheidungen für Europa*, 4.07.1978, in: H.-D. Genscher, *Bundestagsreden und Zeitdokumente*, Bonn 1979, S. 261-269.

ein Liberaler betonte er, dass alle Mitgliedsstaaten mit den hoch entwickelten Industrieländern auf dem freien Markt im Wettbewerb stehen sollten. In der Europäischen Gemeinschaft sah er die dritte Macht nach den USA und Japan. Er meinte, dass gerade Amerikaner, Japaner und Europäer die Verantwortung für die Weltwirtschaft übernehmen sollen. In den 70er Jahren war Genscher ein Anhänger der von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing vorgeschlagenen wirtschaftlichen Reformen. Das Treffen des Europäischen Rats im Juni 1985 nannte er „dramatisch“. Es wurde damals über das Weißbuch von Jacques Delors diskutiert, das sich auf die Einführung eines gemeinsamen Marktes ab dem 31. Dezember 1992 bezog. Die Stimmung dieser Tagung wurde von Genscher als „ein allgemeiner Skeptizismus“ bezeichnet. Er erinnerte sich an den Widerstand der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, und dass man zu diesem Vorschlag die Vertreter von Griechenland und Dänemark überreden musste. Genscher fürchtete, dass die Vertreter der Mitgliedstaaten dieses Dokument nicht unterzeichnen wollen, deshalb schlug er vor, darüber mit einfacher Stimmenmehrheit abzustimmen. Nach Genschers Eindruck wurde dieser Vorschlag von dem Außenminister Jacques Poos und F. Mitterrand mit Befürchtungen angenommen<sup>166</sup>.

Am 26. Februar 1988 schlug er vor, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und eine Europäische Zentralbank zu schaffen<sup>167</sup>. Das Konzept bekam die Unterstützung des Vorsitzenden der Europäischen Kommission, Jacques Delors, der eine im Juni 1988 während der deutschen Präsidentschaft gebildete Gruppe führte. Diese Gruppe sollte die Durchführung des Plans von Genscher erarbeiten. Genschers Verdienste auf diesem Gebiet wurden von Hans Tietmeyer aus der Deutschen Bundesbank betont<sup>168</sup>. In Deutschland wurde das Projekt Genschers von dem Bundeskanzler Helmut Kohl und von der CDU unterstützt. Ähnlich war es bei den Sozialdemokraten. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands forderte Genscher die Einführung der Währungsunion, weil er meinte, dass eine gemeinsame Währung die Konkurrenzfähigkeit der Europäischen Union in der globalen Welt erhöht<sup>169</sup>.

Er setzte sich für eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Technologiebereich ein. Er sprach sich für die Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen aus. Er lobte besonders das EUREKA-Programm, das sich auf eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Forschungsorganisationen und den in das Vorhaben einbezogenen staatlichen Einheiten bezog<sup>170</sup>. Am 16. und 17. Juli 1985 beteiligte er sich in Paris

---

<sup>166</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S.373.

<sup>167</sup>Vgl. A. Baring, *Czy Niemcom się uda? Pożegnanie złudzeń*, Wrocław 2000, S. 216.

<sup>168</sup>Vgl. E.F. Jung, op.cit., S. 245; H.-D. Genscher, *Mit ihm auf dem Weg zur Einheit*, „Die politische Meinung“, Nr. 3/2005, S. 33-34.

<sup>169</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op.cit., S. 387-389; H.-D. Genscher, *Die Währungsunion ist der Schlüssel zu unserer Zukunft*, „F.D.P. Bundestagsfraktion. 23.04.1998“, ADL 00405/1998.

<sup>170</sup>*Ebenda*, S. 376-379; H.-D. Genscher, *Europäische Zusammenarbeit im Hochtechnologiebereich*, Rede des Bundesministers des Auswärtigen im Hochtechnologiebereich auf der EUREKA Ministerkonferenz in London, 30.06.1986, in: „Bulletin“, 2.07.1986, Nr. 80, S. 678-679; H.-D. Genscher, *Konkrete Manifestation des europäischen Genius*, „Liberale Dokumente“, Nr. 12/1985.

an einer Konferenz der Vertreter von 17 europäischen Staaten (zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und Spanien, Portugal, die Schweiz, Norwegen, Österreich, Schweden, Finnland). Sie wurde dem Thema der europäischen Technologiezusammenarbeit, d.h. dem EUREKA-Programm gewidmet. Außer Genscher wurde die BRD vom Bundesminister für Forschung und Technologie Heinz Riesenhuber vertreten. Der Zweck des EUREKA-Programms wurde als „im Dienst der Zivilforschung und der Entwicklung Europas zu sein“ bestimmt. Genscher sah im EUREKA-Programm „die Hoffnung auf [...] eine technologische Wende in Europa“, weil die europäischen Staaten in einem technologischen Wettbewerb mit den USA und Japan allein nicht gewinnen konnten. Das europäische Potential sind die Forscher<sup>171</sup>. Er betrachtete das EUREKA-Programm als ein Programm, das auf die europäische Technologie – und Forschungsgemeinschaft hinweist. Es war ein von vielen bilateralen Vorhaben zwischen Paris und Bonn<sup>172</sup>.

Genscher förderte die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit anderen regionalen Organisationen und den Abschluss von Verträgen darüber als Beitrag zur Stabilisierung der Welt und der betreffenden Region. Er bemühte sich darum, „eine neue Art der multilateralen Außenpolitik“ zu schaffen<sup>173</sup>. Er wies auf die Bedeutung des 1980 abgeschlossenen Vertrages über eine Zusammenarbeit zwischen EG und den ASEAN-Ländern hin. Er beurteilte den Dialog zwischen San-José und den südamerikanischen Ländern positiv (Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua, El Salvador und Panama). Er setzte sich für die Unterstützung der Friedensinitiativen in Südamerika durch die Europäische Gemeinschaft ein. Er wies auch auf die Bedeutung einer Zusammenarbeit mit den Ländern der Andengemeinschaft (mit Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela und Bolivien) und mit der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela). Er betonte, dass man bei der Frage Lateinamerikas auf die Bedeutung der Unterstützung der Demokratie, des Kampfes gegen die Verschuldung und der Bekämpfung der Konflikte hinweisen sollte. Er betonte auch den Wert der Zusammenarbeit zwischen den reichsten Ländern, zuerst der G7, und dann G8. Die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt, z.B. mit den AKP-Staaten, die die afrikanischen, karibischen und pazifischen Länder umfassen, betrachtete er als einen Beitrag dazu, die Kooperation zwischen den USA und der UdSSR während des Kalten Krieges zu verwirklichen. Im Streben nach der Vertiefung des Dialogs zwischen Saudi-Arabien und Europa sah er die Merkmale der Zusammenarbeit zwischen den nördlichen und südlichen Ländern<sup>174</sup>.

---

<sup>171</sup>Vgl. AdG, 1985, 28960A; H.-D. Genscher, *Konkrete Manifestation des europäischen Genius*, „Liberale Dokumente“, Nr. 12/1985

<sup>172</sup>Vgl. AdG, 1985, 28841; AdG, 1986, 30025A; D. Geddes, *Genschers applauds Eureka*, „The Times“, 23.05.1985.

<sup>173</sup>Ebenda; H.-D. Genscher, *Prinzip regionaler Zusammenarbeit als Stabilitätsfaktor der EG in der Welt*. Vortrag des Bundesministers des Auswärtigen in Bangkok 6.07.1988, in: „Bulletin“, 8.07.1988, Nr. 96, S. 891.

<sup>174</sup>Vgl. H.-D. Genscher, *Impulse für die Zusammenarbeit der EG mit den Ländern Lateiname-*

Genscher stellte sich nicht gegen die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und später der Europäischen Union. Er sah keinen Gegensatz zwischen der Vertiefung und der Erweiterung der Europäischen Integration. Als er zum Außenminister wurde, arbeitete er mit acht die Mitgliedstaaten vertretenden Außenministern zusammen, bei seinem Rücktritt – mit elf. Trotz der wirtschaftlichen Schwäche Griechenlands, Spaniens und Portugals forderte er den Beitritt dieser Länder aus politischen Gründen. Er meinte, dass die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um die südeuropäischen Länder bewirkt, dass sie an Bedeutung gewinnt und ihre europäische Identität bereichert wird hin. Er betonte überdies, dass die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionen der Europäischen Gemeinschaft auch in anderen europäischen Staaten ausgeübt werden sollen, wenn sie dies wünschen<sup>175</sup>.

Er meinte, dass die Länder der ehemaligen DDR gemäß Artikel 23 GG durch den Anschluss an die BRD gehören sollen. Er bekam in dieser Sache Unterstützung von J. Delors und erfüllte seine Aufgabe, die Situation nicht zu zulassen, dass sich die ehemaligen östlichen Länder um den Beitritt zur EG als ein dreizehnter Mitgliedstaat bewerben müssen<sup>176</sup>.

Nach Jahren lobte er das von einem britischen Politiker vorgeschlagene Konzept der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit betrachtete er als einen Faktor, der „für die Vereinigung Europas notwendig ist“, als „einen Gewinn nicht nur für die Franzosen, aber auch für die Deutschen, und eigentlich für alle Europäer“<sup>177</sup>. Er erwähnte „eine besondere Art der Verantwortung“ für die europäische Integration, die die beiden Staaten tragen<sup>178</sup>.

Nach F. Mitterrands galt Genscher als ein Politiker, der „Frankreich liebt und sich wie ein wahrer Europäer zeigt“<sup>179</sup>. Nach dem Treffen mit Roland Dumas im Januar in Paris nannte Genscher das Jahr 1986 „ein deutsch-französisches Jahr für Europa“<sup>180</sup>.

Bei der Wiedervereinigung Deutschlands musste er sich um die Einwilligung Frankreichs und Großbritanniens bemühen. Paris stimmte dem Prozess der Wiede-

rikas. Rede des Bundesministers des Auswärtigen in Hamburg. 1.03.1988, in: „Bulletin“, 5.03.1988, Nr 33, S. 288-289; H.-D. Genscher, Kooperation zwischen Europa und Saudi-Arabien, Rede des Bundesministers des Auswärtigen in Bonn 17.03.1988, in: „Bulletin“, 24.03.1988, Nr 42, S.347-348; W. Filmer, H. Schwan, op.cit., S. 306-308; H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 361-362.

<sup>175</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 370.

<sup>176</sup>Vgl. R.K. Furtak, Hans-Dietrich Genscher, in: U. Kempf, H.-G. Merz, Kanzler und Minister 1949-1998, Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001, S. 274.

<sup>177</sup>Vgl. „Interview mit dem niederländischen Sender AVRO, 19.02.1994, in: H.-D. Genscher, Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Internationales 1985 (Sonderdienst. SO C-85), S. 20.

<sup>178</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Neue Etappe auf dem Weg in die europäische Zukunft, 17.03.1986, in: H.-D. Genscher, Neue Etappe auf dem Weg in die europäische Zukunft, in: „Bulletin“, 19.03.1986, Nr. 29, S. 224.

<sup>179</sup>Vgl. R. Dumas, Der Mann, der seine Zeit geprägt, in: K. Kinkel (Hrsg.), op.cit., S. 449.

<sup>180</sup>Vgl. AdG, 1985, 29923A

rvereinigung unter der Bedingung der Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses zu. Die französischen Politiker meinten, dass die BRD gewährleisten sollte, dass sie nach dem „europäischen Deutschland, nicht deutschen Europa“ strebt. Diese Meinung, die von Thomas Mann ausgesprochen wurde, wurde von Genscher genützt, um die Befürchtungen zu zerstreuen, dass sich wiedervereinigtes Deutschland von der Europäischen Gemeinschaft nach Osten abwenden und den besonderen Weg in der internationalen Politik gehen will. Genscher versicherte, dass „die Wiedervereinigung Deutschlands in Europa vollzogen wird“. Im Oktober 1990 wies er an der Evangelischen Akademie Tutzing darauf hin, dass die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands „der zukünftigen Architektur Europas angepasst werden muss“<sup>181</sup>. Das ist eine europäische Berufung der Deutschen, die sich auf der geografischen Lage Deutschlands und auf der Bedeutung der Deutschen für die zukünftige Entwicklung Europas beruht. Die Deutschen haben dadurch die Möglichkeit, einen Anreiz zur Überwindung der europäischen Teilungen zu geben“<sup>182</sup>. Er behauptete, dass mit der „Wiedervereinigung Deutschlands ein Tor zur Friedensordnung, Zusammenarbeit und Freiheit geöffnet wurde. Es entstand ein Europa der guten Nachbarschaft, der Partnerschaft und der Zusammenarbeit“<sup>183</sup>.

Deshalb betonte er 1990, dass er ein Anhänger der Entstehung der politischen Union und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion war. Gemeinsam mit dem französischen Außenminister Roland Dumas erarbeitete er die Grundlagen dazu, die deutsch-französische, politische Initiative während des Gipfels der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Dublin am 28. April 1990 vorzustellen. Der Entwicklung politischer Integration diene die gemeinsame Erklärung Genschers und des italienischen Außenministers Gianni de Michelis. Die Politiker forderten im Dokument zu einer Erhöhung der Kompetenzen des Europäischen auf. Den Abschluss des Vertrages von Maastricht 1992 betrachtete er als die Abfeuerung der dritten und letzten von den Raketen in Richtung der Europäischen Integration. Er versuchte, die gemeinsam eingeleiteten Bestimmungen zu nutzen, indem er die Initiative angriff, die zur Bekämpfung des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien führt. Ein paar Monate später reichte er seinen Rücktritt ein. Aber auch außerhalb der großen Politik äußerte er sich positiv über die Integration des Kontinents<sup>184</sup>.

Er unterstützte die Einführung des Euro, um „Sicherheit, Wohlstand, wirtschaftliche Stabilität und soziale Gerechtigkeit“ zu stärken. Er argumentierte: „hin-

---

<sup>181</sup>Vgl. W.S. Burger, *Problem niemiecki w myśli politycznej zachodniemieckich partii: CDU/CSU, SPD I FDP w latach 1945-1990*, Toruń 2002, S. 300.

<sup>182</sup>Ebenda.

<sup>183</sup>Ebenda.

<sup>184</sup>Vgl. K. Wiaderny-Bidzińska, *op.cit.*, S. 167; „Gemeinsame Erklärung des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher und des italienischen Außenministers, Gianni de Michelis, zur Politischen Union der EG, veröffentlicht am 10.04.1991 in Bonn, Rom, Brüssel“, „Europa Archiv“, Nr. 15-16/1991, D 375-376; M. Kosman, *Zjednoczone Niemcy w procesie integracji europejskiej (1990-2002)*, Toruń 2004, S. 14-15.

sichtlich der Bevölkerungszahl ist die Europäische Union zwar nicht der größte Markt der Welt, sie hat aber bestimmt die größte Kaufkraft. Man muss nicht begründen, warum der lokale Markt eine gemeinsame Währung braucht. Es muss aber begründet werden, warum in der Zukunft auf einem Markt vierzehn (bei der Erweiterung der EU noch mehr) verschiedene Währungen mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten<sup>185</sup> gelten sollen.

Er wies auf den Nutzen der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, und später der Europäischen Union hin. Zu dem Nutzen zählten die Stärkung der gemeinsamen Kultur, die Unterstützung des Friedens, die Stärkung der wirtschaftlichen Lage<sup>186</sup>.

Wie den Beitritt Österreichs, Schwedens und Norwegens forderte Genscher die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und den Abschluss der Verträge über Partnerschaft mit den Ländern, die früher der UdSSR angehörten. Er betonte, dass die Staaten, die sich in einem Transformationsprozess befinden, Hilfe benötigen. Ein solches Bewusstsein erhöhte sich in der BRD hinsichtlich der Kenntnisse der Prozesse, die in den östlichen Ländern nach der Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen wurden<sup>187</sup>. Genscher wies auf die Argumente hin, die im Allgemeinen während der Diskussion über die Notwendigkeit der Erweiterung der EU nach Osten beschworen wurden. Diese Fragen bezogen sich auf Geopolitik, Sicherheit, Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit in anderen Bereichen<sup>188</sup>. Für Genscher war klar, dass sich andere EU-Mitgliedstaaten für die Erweiterung nach Osten weniger interessieren. Er dachte, dass das wiedervereinigte Deutschland die Verantwortung für die Schaffung des freien und vereinigten Europas übernehmen und alle damit verbundenen Lasten tragen soll<sup>189</sup>.

Mit Blick auf die geografische Lage der BRD sollte man den Beitritt der ostmitteleuropäischen Länder zur Gemeinschaft fördern. An der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert mussten alle Länder die „Herausforderung der Globalisierung“ annehmen. Es gibt in dieser Sache keine „britische, französische, dänische, polnische, tschechische und auch deutsche Antwort, es besteht tatsächlich nur die europäische Antwort“. Daher forderte er zur Integration des Kontinents auf<sup>190</sup>. Er bezog sich auf die Diskussion über die EU-Osterweiterung und betonte, dass die Osterweiterung den alten und

---

<sup>185</sup>Vgl. P. Cywiński, „Nowy kontynent“. Rozmowa z Hansem-Dietrichem Genscherem, „Wprost“, Nr 23/1996.

<sup>186</sup>Vgl. H.-D. Genscher: Die Währungsunion ist der Schlüssel zu unserer Zukunft. „F.D.K. Bundestagsfraktion. 23.04.1998, ADL 00495/1998; H.-D. Genscher, Das größere Europa, Vorlesung an der Mercator – Universität Duisburg, <http://www.genscher.de/16869.html>.

<sup>187</sup>Vgl. AdG, 1992, 36565A/1.

<sup>188</sup>Vgl. E. Cziomer, Stanowisko Niemiec wobec reformy Unii Europejskiej oraz jej poszerzenia o kraje Europy Środkowo-Wschodniej, in: E. Stadtmüller, Jaka Europa?, Wrocław 1998, S. 261-274.

<sup>189</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Eine Vision für das ganze Europa, „Die Liberale“, ADL, Friedrich Naumann Dokumentation 000024/92.

<sup>190</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Aufbruch zur Freiheit, Eröffnungsrede auf der Konferenz der Friedrich Naumann-Stiftung am 29.09.1999 in Prag, Friedrich Naumann Stiftung Dokumentation 000199/99.

den neuen Mitglieder wirtschaftliche Vorteile bringt. Genscher berief sich auf das Argument, dass wichtiger als die materielle Frage die Möglichkeit der Friedensverstärkung auf dem Kontinent durch die EU-Erweiterung ist. Die EU-Erweiterung wird zu einem Ansporn des Wirtschaftswachstums in der EU und Verstärkung des Handels. Im April 1991 formulierte er mit dem Außenminister der Tschechoslowakei, Jiří Dienstbier, „Prager Thesen“ in denen beide auf die Notwendigkeit der „Öffnung der Tür zur Mitgliedschaft der mittelosteuropäischen Länder“ in der EG“ verweisen<sup>191</sup>.

Er erinnerte daran, dass die Staaten in Mitteleuropa sowie in Südeuropa dieselbe Kultur wie die westeuropäischen Länder repräsentieren. Die Herausforderungen der Globalisierung verbieten den Ländern einen einsamen Weg zugehen. Mangelnde der Stabilität in den Staaten Mitteleuropas würde auf die Verschlechterung des Zustands der jetzigen Mitglieder Einfluss haben können. Wohlstand im Westen und im Zentrum Europas ist nur in dem Fall möglich, wenn die Staaten Osteuropas und der Südeuropas keinen Problemen ausgesetzt werden. Diese Werte wie Stabilität, allgemeiner Wohlstand und Demokratie können in Europa nur dann vertieft werden, wenn die Europäische Union den gegenwärtigen Kreis der Mitgliedern nicht abschließt. Er forderte auf die Erweiterung der EU um die Länder Mittel- und Südosteuropas als „Gebot der politischen Vernunft“ zu betrachten<sup>192</sup>.

In der BRD wurden mit Freude die Veränderungen in den mittelosteuropäischen Staaten begrüßt, die an der Jahreswende 1989/1990 begonnen hatten. Die BRD war ein Sprecher für die Unterstützung des Transformationsprozesses dieser Länder im Rahmen der EU. Die Hilfen im Rahmen des PHARE-Programms der EU betragen in den Jahren 1990-1996 6,7 Mld. ECU. Er unterstützte den Abschluss des Assoziierungsabkommens mit den baltischen Staaten, Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Slowenien. Die abgeschlossenen Abkommen betrachtete er als das Versprechen der künftigen Mitgliedschaft in der EU<sup>193</sup>. Er urteilte, dass die Osterweiterung eine „historische Herausforderung“ sei. Seiner Meinung nach konnte sich Europa eine „Pause“ in dem Integrationsprozess nicht erlauben. Eine solche Verzögerung würde die Stabilität des Kontinents bedrohen. Er empfahl, die Termine zu beachten. Seiner Ansicht nach sollten die Verhandlungen zur Aufnahme mit allen Ländern gleichzeitig aufgenommen werden, die die Assoziationsabkommen unterschreiben hatten. Jedoch müssen nicht alle Staaten zum gleichen Zeitpunkt in die EU aufgenommen werden. Es wäre das Prinzip einer Startlinie.

Jeder Staat sollte individuell behandelt werden. Er äußerte sich, dass über die Aufnahme in die EU nicht die Geopolitik entscheiden sollte und empfahl, die Mit-

---

<sup>191</sup> Vgl. „Prager Thesen“, vereinbart vom Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, und dem Außenminister der ČSFR, Jiří Dienstbier, in Prag, am 11.04.1991, „Europa Archiv“, Nr. 10/1991, D253-254.

<sup>192</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Rede auf einer Konferenz über Zusammenarbeit in Europa am 5. September 1997 in Wilna, „Internationale Politik“, Nr. 10/1997, S. 121; H.-D. Genscher, „Das größere Europa“, op.cit.

<sup>193</sup> Vgl. H.-D. Genscher, „Das größere Europa“, op.cit.

gliedschaft in der EU von der Mitgliedschaft in der NATO zu trennen. Die Konfessionsfragen sollten auch die Möglichkeit des Beitritts nicht beeinflussen. Er wies auf die Notwendigkeit der Stärkung der Stabilität im Süden Europas durch den Abschluss des Assoziations-Abkommen mit den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens mit Albanien hin<sup>194</sup>. Er betonte, dass von den Staaten, die die Mitgliedschaft in der EU anstreben, die Durchführung von Reformen gefordert wird. Die Erweiterung der EU könnte jedoch auch ein Ansporn zur Durchführung der Reformen innerhalb der Organisation selbst sein<sup>195</sup>.

Nach Genschers Ansicht sollte man ebenfalls nach Entwicklung der gutnachbarschaftlicher Beziehungen mit Russland, der Ukraine, Weißrussland, Moldau sowie anderen Staaten, die nach dem Zerfall der UdSSR entstanden sind, streben. Er stellte fest, dass man die EU- Erweiterung mit dem Werk von Jean Monnet, Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Robert Schumann vergleichen könnte<sup>196</sup>.

Nach wie vor betont Genscher, das Werk der Vereinigung des Kontinents ist ein Ergebnis eines Weges der Verantwortung für Europa, den sich die Gründer nach 1945 gewählt haben. Er macht darauf aufmerksam, dass im 21. Jh. nur die Mitgliedstaaten den Herausforderungen gerecht werden können. Vor allem musste diesem Politiker bewusst sein, dass er im Streben nach der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der EU einen Erfolg erzielte und bestätigte, dass seine politische Tätigkeit durch Pragmatismus und Wirksamkeit gekennzeichnet war.

---

<sup>194</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Rede auf einer Konferenz..., op.cit.

<sup>195</sup> Ebenda.

<sup>196</sup> Vgl.H.-D. Genscher, „Das größere Europa“, op.cit.

## KAPITEL IV

### JENSEITS DER GROSSEN POLITIK

#### 1. Gründe für die Rücktritt

##### A) Genschers Argumentation

Die Gründe für die Aufgabe der Außenministerfunktion stellte Genscher in den 1995 herausgegebenen Erinnerungen dar. Er verriet, dass er schon im Januar 1991 begonnen hatte, an den Verzicht auf seinen Regierungsposten zu denken. Damals stellte er fest, dass sich seine politischen Ziele nicht erfüllten. Der Politiker wies auf das Jahr 1990 als einen Wendepunkt hin, der das Ende des Kalten Krieges und der Epoche der Konfrontation bedeutete. Er betonte, dass Deutschland mit den Nachbarländern in guten Beziehungen war und die Demokratie in Europa gestärkt wurde. Ost- und Westdeutschland wurden wiedervereinigt. Man strebte die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration an<sup>1</sup>.

Nach der Einschätzung des Diplomaten war es ihm Winter 1991 jedoch zu früh, um die große Politik zu verlassen. Er machte sich Gedanken, darüber welchen Einfluss seine Entscheidung auf die CDU/CSU-FDP-Koalition und die liberale Partei haben würde. Um die Jahreswende 1990/1991 wurden die Probleme in der Zusammenarbeit der Koalition sichtbar. Man stritt darum, wer nach Helmut Haussmann das Amt des Wirtschaftsministers antreten solle. Genscher sah für diese Stelle Jürgen Möllemann vor, er stimmte jedoch dem Vorschlag von Otto Graf Lambsdorff zu, das Amt des Ministers mit Otto Solms zu besetzen.

Nach der Meinung des Diplomaten waren die Rückwirkungen Rücktrittsentscheidung aus dem Auswärtigen Amt auf der internationalen Bühne von Bedeutung. Neben den ihn beschäftigenden Fragen der europäischen Integration, der Zusammenarbeit mit Frankreich, der Ratifizierung des Vertrags mit Polen, lag ihm besonders viel an der Ratifizierung des Zwei-plus-vier-Vertrags durch die UdSSR. Er meinte, dass er sein während den Parlamentswahlen am 2. Dezember 1990 gegebenes Versprechen gegenüber den Wählern nicht eingehalten hatte. Es lag ihm die Integration

---

<sup>1</sup>Vgl. H.-D. Genscher, Friedenspolitik für eine Neue Weltordnung, „Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden“, Nr 1/1992, S. 2.

Ost- und Westdeutschlands am Herzen. Genscher engagierte sich in der Debatte über den Termin des Inkrafttretens der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Diese Entscheidung sollte schnell getroffen werden, allerdings teilte der Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl Genschers Meinung nicht. Die Wiedervereinigung Deutschlands brachte die Aufgabe mit sich, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Gebiet Ostdeutschlands sowie das Problem der versteckten Arbeitslosigkeit zu lösen. Genscher setzte gegen eine Steuererhöhung ein, weil er meinte, dass man stattdessen die Wirtschaftsentwicklung unterstützen sollte. Er hatte dabei Irmgard Schwaetzer, Jürgen Möllemann, Gerhard Baum und der Wirtschaftsminister Helmut Haussmann als Verbündete.

Die Entscheidung von dem Rücktritt traf Genscher im Sommer 1991. Er diskutierte darüber mit seiner Frau Barbara. Im November 1991 erklärte Genscher, dass er keine Absicht habe, sich um das Präsidentenamt zu bewerben. Sein Vorhaben, von dem Amt zurückzutreten, hatte sich verstärkt und er suchte nur einen angemessenen Termin. Er entschied sich gegen einen Termin an seinem Geburtstag im März, er wählte den 18. Mai. An diesem Tag, genau achtzehn Jahren zuvor, war er Außenminister geworden. Er teilte seine Entscheidung dem Bundeskanzler mit. Helmut Kohl, der an die im Sommer geplanten internationalen Konferenzen dachte und die Änderungen in der Regierung erst im Herbst durchzuführen beabsichtigte, versuchte, den Termin des Rücktritts des Ministers aufzuschieben<sup>2</sup>. Er setzte den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker darüber in Kenntnis und als dieser versuchte, Genscher von der Entscheidung über die Amtsaufgabe abzubringen, erklärte der Minister, dass er seit über zwanzig Jahren im Kabinett gearbeitet hatte. Nach seiner Einschätzung, war er berechtigt, nach einer langen Erfüllung seiner Pflichten über den Rücktritt zu entscheiden. Am 3. Januar 1992 erklärte Genscher im Fernsehen, dass er beabsichtigt, aus der Regierung auszuscheiden.

Erst am 23. April 1992 übermittelte er O. Lamsdorff die Information über den Rücktritt. Er erklärte, dass er ihm den Zwiespalt darüber ersparen wollte, ob er über die getroffene Entscheidung andere Mitglieder des Parteipräsidiums informieren soll.

Als er sich am 24. April in Frankreich mit Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski traf, teilte er ihnen sein Vorhaben nicht mit. Am 27. April gab er in der Presse eine Erklärung über den Rücktritt ab und stellte auch die Gründe seiner Entscheidung in einer Fernsehsendung von Karl Bresser und Klaus-Peter Sieglöck dar. In den letzten Tagen seiner Amtszeit unternahm er noch viele Reisen. Er begab sich nach Prag, wo er sich mit Jiří Dienstbier unterhalten hatte. Dann hielt er sich in Washington auf. Am 1. Mai 1992 wurde Genscher auf einem Treffen von den Außenministern in Porto verabschiedet. Am 5. Mai nahm er in Straßburg an den Tagungen des Europäischen Rates teil. Am 6. Mai 1992 hielt er zum letzten Mal als Außenminister eine Rede vor dem Deutschen Bundestag. Er nahm Abschied vor den Abgeordneten und wies

---

<sup>2</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 999-1005; W. Filmer, H. Schwan, Hans-Dietrich Genscher, *Moewig bei Ulstein* 1993, S. 376.

darauf hin, dass es Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist, den weltweiten Frieden zu beachten und das europäische Interesse zu schützen. Er betonte, dass man nach einer inneren Vereinigung Deutschlands mit „Brüderlichkeit und Solidarität, Humanität und Verständnis“ streben soll. Er erklärte auch, dass er als Abgeordneter weiter am Prozess der Bildung „eines neuen Europas“ teilnehmen will. Darüber hinaus hatte er sich bereit erklärt, an Maßnahmen für die in den Ländern der Dritten Welt lebende Bevölkerung mitzuwirken. Im Deutschen Bundestag wurde Genscher von Karl-Heinz Hornhues (CDU), Jürgen Warnke (CSU), Peter Glotz (SPD), Gerd Poppe (Bündnis 90/die Grünen), Hans Modrow (PDS) verabschiedet. Genscher nahm auch mit Zufriedenheit die Worte entgegen, die G. Verheugen an ihn gerichtet hatte<sup>3</sup>.

Im Mai hatte Genscher noch in Paris an einem Treffen mit Roland Dumas und François Mitterrand teilgenommen. Am 7. Mai verabschiedete er sich von den Mitarbeitern der Abteilung des Auswärtigen Amtes der BRD und am 11. Mai in Brüssel von den Mitgliedern des Ministerrates. Am Abend führte er mit Jacques Delors ein Gespräch über die europäische Zukunft. Aus Brüssel begab er sich nach London, um sich mit dem Premierminister John Major zu treffen. Genscher und seine Frau Barbara trafen sich auch mit anderen Diplomaten. Douglas Hurd hatte damals Francis Pym, Geoffrey Howe, David Owen und Jim Callaghan eingeladen. Am 13. Mai nahm Genscher Abschied von den Journalisten. Am 14. Mai hatte der Minister den Apostolischen Nuntius empfangen und beteiligte sich in Bologna an den „Vorträgen zum Gedanken an Gerold von Braunmühl“. Am nächsten Tag verabschiedete er sich vom diplomatischen Korps. Am 17. Mai nahm er an einem Treffen des FDP-Vorstands in Berlin teil. Ein Ausdruck besonderer Ehre für Genscher war ein am 20. Mai vom Bundesverteidigungsminister Volker Rühle veranstalteter Zapfenstreich. Am 21. Mai nahm er Abschied von den Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes<sup>4</sup>.

Bei seinem Rücktritt richtete er zwei Schreiben an den Bundeskanzler. Das erste Schreiben hatte einen offiziellen Charakter. Genscher bat darin kurz um die Annahme seines Rücktrittsgesuches und berief sich dabei auf Artikel 64 des Grundgesetzes. In dem zweiten Schreiben führte er Gründe seines Rücktrittes aus. Er erklärte, dass der Rücktritt ein Ergebnis seiner grundlegenden Überlegungen sei und er bedankte sich für die langjährige Zusammenarbeit. Er erinnerte daran, dass ihn mit H. Kohl eine langjährige Freundschaft verbindet. Er wies darauf hin, dass er trotz des Rücktrittes das am 2. Dezember 1990 den Wählern gegebene Versprechen nicht vergisst. Er betonte, dass die FDP in der Koalition bleibt, um ihren Pflichten nachzukommen<sup>5</sup>.

Der Nachfolger des Bundesaußenministers Genscher wurde Klaus Kinkel, der 1992 um das Amt des Außenministers mit Irmgard Schwaetzer konkurrierte, die von dem Parteivorstand unterstützt wurde. Entscheidend war das positive Urteil von Genscher. Die FDP hatte damals nur drei Bundesministerien — außer dem Au-

---

<sup>3</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 1006-1012.

<sup>4</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 1016-1022.

<sup>5</sup> Vgl. W. Filmer, H. Schwann, op. cit., S. 377-378.

---

swärtigen Amt das Bundeswirtschaftsministerium (Günter Rexrodt) und das Bundesjustizministerium (Sabine Leutheuser-Schnarrenberger).

## **B) Kritik an der Außenpolitik Genschers nach der Wiedervereinigung Deutschlands als ein Grund des Rücktritts – Der Fall Irak und das ehemalige Jugoslawien**

Die Stellungnahme Genschers bezüglich der Aggression des Irak gegen Kuwait stieß auf Kritik der internationalen Gemeinschaft. Die negative Beurteilung der von dem deutschen Minister ergriffenen Maßnahmen soll zu seinem Rücktritt vom Amt des Außenministers beigetragen haben.

Genscher stellte in den Erinnerungen fest, dass die deutsche Regierung schon früher das „Streben“ des Iraks nach der „Vorherrschaft in der Region“ wahrgenommen hatte und die Politik Saddam Husseins als „aggressiv“ beurteilte<sup>6</sup>. In den 80er Jahren, als Genscher Außenminister der BRD war, nahm er Stellung zum Iran-Irak-Krieg. 1987 rief er zu Frieden am Persischen Golf auf. Er missbilligte den Irak als einen Aggressorstaat, kritisierte ihn wegen des Einsatzes von Giftgas. Er brachte seine Zufriedenheit über die Annahme der UN-Resolution 598 über Persischen Golf durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum Ausdruck<sup>7</sup>.

Als am 2. August 1990 Irak der Kuwait angriff, stellte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Bruch des internationalen Friedens fest. Die Invasion wurde von George Bush und Margaret Thatcher missbilligt. Auf Anregung der USA entstand eine Koalition gegen Saddam Hussein. Im August 1990 begann eine US-Militäroperation „Wüstenschild“, die darin bestand, die US-Armee in die Region des Persischen Golfs zu schicken. Die BRD gab keine Zustimmung für den amerikanischen Vorschlag, die deutschen Truppen zur Minensuche ans Rote Meer zu schicken. Die BRD verlegte aber einen Teil der Armee in das Gebiet des Mittelmeers. Die deutsche Diplomatie argumentierte, das deutsche Grundgesetz verbiete einen ein Militäreinsatz außerhalb des NATO-Gebietes. Man befürchtete, die Invasion des Iraks könnte sich auf andere Länder des Persischen Golfs ausweiten, z. B. auf Saudi Arabien, woher Deutschland das Erdöl importierte. Trotz der bedeutenden wirtschaftlichen Interessen in dieser Region, erteilte die BRD keine Zustimmung für den Militäreinsatz im Konflikt. Nach der Meinung H.-D. Genschers war der Konflikt am Persischen Golf von besonderen Bedeutung, da er die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beeinträchtigte und dadurch auf den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands Einfluss haben konnte. Der Politiker befürchtete, falls die BRD einen starken Einsatz

---

<sup>6</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op. cit., S. 900.

<sup>7</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Die Vereinten Nationen als Organisation des Friedens in der Welt, „Vereinten Nationen. Zeitschrift für die Vereinten Nationen und Ihre Sonderorganisationen“, nr 2/1988, S. 24; AdG, 1987, 31476A.

im Nahen Osten zeigte, könnte die Sowjetunion, die gewöhnlich den Irak unterstützt, etwas weniger nachgiebig gegenüber der BRD bei der Wiedervereinigung Deutschlands sein<sup>8</sup>. Am 10. August wurde in einer gemeinsamen Erklärung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit die Souveränität Kuwaits befürwortet. Während des Treffens von Genscher, H. Kohl und dem Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg am 20. August 1990 wurde eine Entscheidung gegen die Verlagerung des deutschen Militärs in diese Region gefällt – die BRD würde sich militärisch am Konflikt am Persischen Golf nicht beteiligen. Es war die Fortsetzung des „durch 20 Jahre geltenden Axioms der Außenpolitik der BRD“ über Maßnahmen außerhalb des NATO-Gebietes<sup>9</sup>. Die rechtlichen und politischen Argumente haben die Oberhand bekommen. Es sollten die Grundgesetzbestimmungen eingehalten werden, aus denen das Verbot des Militäreinsatzes außerhalb des NATO-Gebietes folgt (Militäroperation out-of-area). Es wurde betont, dass eine Militärintervention den Prozess Zwei-plus-vier-Vertrags beeinträchtigen könnte. Genscher verteidigte diese Entscheidung als er am 23. August vor dem Deutschen Bundestag eine Rede hielt. Die CDU/CSU und die FDP hatten eine Änderung des Grundgesetzes vorgeschlagen, damit die Bundeswehr an künftigen Militäraktionen teilnehmen könnte, die von den Vereinten Nationen mit der Zustimmung des Sicherheitsrats aufgenommen werden<sup>10</sup>. In der BRD herrschte nach Genschers Erinnerung, die Überzeugung, dass man einen Beitrag zu „der Befreiung Kuwaits und der Schaffung des Friedens im Nahen Osten“ leisten sollte<sup>11</sup>. Am 13. September bestätigte der Bundeskanzler während der Gespräche mit den US-Vertretern, dass in der BRD im Zusammenhang mit dem Konflikt über die Änderung des Grundgesetzes diskutiert wurde. Diese konnten aber erst nach den im Dezember 1990 geplanten Parlamentswahlen erfolgen, wenn der Bundestag das wiedervereinte Deutschland repräsentieren würde. Am 14. September 1990, nach dem Angriff des irakischen Militärs auf die französische und die niederländische Botschaft, nahm die Europäische Gemeinschaft eine Erklärung an, in der sie Irak verurteilte. Am 15. September hatte Genscher J. Baker empfangen. Er verteidigte deutsche Haltung und betonte, dass sich auch die UdSSR an den Kriegshandlungen nicht beteiligen wollte. Darüber hinaus erinnerte er daran, dass früher die UdSSR einen Teil des irakischen Militärs ausgerüstet und ausgebildet hatte. Am 26. September erklärte Genscher vor den Vereinten Nationen: „wir tadelten die Aggression gegen arabische und islamische Nachbarländer, gegen Kuwait, das ein VN-Mitglied ist“. Den Angriff des Iraks bezeichnete er als einen Verstoß gegen die internationa-

---

<sup>8</sup> Vgl. W. Pięciak, *Niemcy. Droga do normalności*, Warszawa 2000, S. 27-33.

<sup>9</sup> Vgl. S. Žerko, *Rola RFN w ONZ*, in: Z. Mazur (Red.), *Rola nowych Niemiec na arenie międzynarodowej*, Poznań 1996, S. 50.

<sup>10</sup> Vgl. „Bericht der Bundesregierung über die Tagung der WEU und die Sitzung der EPZ zur Lage am Golf, abgegeben vom Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor dem Deutschen Bundestag, am 23.08.1990, „Europa Archiv“, Nr 2/1991, D49-52; H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 902.

<sup>11</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 905.

le Gemeinschaft. Er forderte den Abzug des Iraks aus dem Kuwait, die Unabhängigkeit des angegriffenen Staates und die Befreiung der Geiseln. Hussein dagegen verkündete am 18. November 1990, dass die Ausländer bis Weihnachten den Irak verlassen sollen. Man hatte versucht, mit dem Diktator noch Gespräche zu führen. In den Irak begab sich Willy Brandt. Am 20. November hatte Hussein beschlossen, alle Deutschen frei zu lassen. Das dem Irak durch den Sicherheitsrat gesetzte Ultimatum zur Erfüllung der Bestimmungen sollte am 15. Januar 1991 ablaufen. Ägypten, Syrien und Marokko unterstützten den Westen<sup>12</sup>. Die Türkei übte Kritik an der Stellung der BRD und warf dem NATO-Verbündeten vor, er habe zum Sicherheitsschutz nicht beigetragen. Deutschland versuchte, diese Kritik abzuschwächen. Auf Antrag von Ankara im Dezember 1990 willigte die BRD ein, Allied Mobile Forces (Alliiertes Mobiler Streitkräfteverband - AMF), in dessen Bestand deutsche Luftwafendivisionen waren, in die Türkei zu verlegen. Darüber hinaus sendete die BRD Flugzeuge „Alpha Jet“ im Januar 1991, die ausschließlich für die Verteidigungszwecke bestimmt wurden. Im Februar schickte jedoch Deutschland die Soldaten und die Flugabwehrraketensysteme „Hawk“ und „Roland“ in die Türkei<sup>13</sup>.

Während der Tagung des NATO-Rats am 17. und 18. Dezember 1990 erklärte Genscher, dass im Fall eines Angriffs auf die Türkei die NATO-Verbündete verpflichtet sind, Hilfe zu leisten. Am 14. Januar 1991 wurde im Deutschen Bundestag über den Beteiligungsgrad der BRD an dem Konflikt diskutiert. Das Programm sah die Zusammenarbeit mit den USA, und im Rahmen der UN die Verteidigung der Unabhängigkeit Kuwaits vor, schloss den Einsatz der Bundeswehr aus, aber enthielt die nicht-militärische Unterstützung der Gegner S. Husseins.

Am 17. Januar begann der militärische Eingriff im Irak, die Operation „Wüstensturm“ genannt. Um die Jahreswende 1990/1991 konzentrierte man sich in der BRD vor allem auf die inneren Gesichtspunkte des Wiedervereinigungsprozesses. Man vertrat die Meinung, dass die deutschen Militärkräfte an dem Eingriff nicht teilnehmen dürfen. Wie Genscher betonte, herrschte in der deutschen Gesellschaft die Überzeugung, dass die Bundeswehr für die Verteidigung der BRD und der NATO bestimmt ist. Im Januar 1991 lief das durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gestellte Ultimatum ab. Bei ihrer Stellungnahme zur Frage des Iraks berücksichtigte die deutsche Diplomatie dass in der UdSSR gerade über die Ratifizierung des Zwei-plus-vier-Vertrages diskutiert wurde. Am 17. Januar wurde im Deutschen Bundestag über den Ausbruch des Krieges debattiert<sup>14</sup>.

Im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen sprach Genscher von „der besonderen Verantwortung für die Sicherheit Israels“. Israel wurde mit den Kriegsra-

---

<sup>12</sup> Ebenda, S. 901-907.

<sup>13</sup> Vgl. W. Pięciak, dz. cyt., S. 43; AdG, 1991, 35255A, AdG, 1991, 35272A/5; J. Solak, Rola Republiki Federalnej Niemiec w NATO w latach 1979-1994, Poznań 1997, (maszynopis pracy doktorskiej), S. 245.

<sup>14</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op. cit., S. 908-911.

keten „Scudraketen“ angegriffen<sup>15</sup>. Auf Anregung Genschers bekam dieser Staat eine materielle Unterstützung. Er wurde wegen dieser Entscheidung von Max Streibl aus der CSU kritisiert, dagegen sprachen sich auch H. Kohl und der Bundesfinanzminister Theo Weigel aus der CSU für Bestimmung materielle Hilfe für Israel aus. Man begann, über die Politik Genschers kritisch zu sprechen und bezeichnete sie als „die deutsche Scheckbuchdiplomatie“. Genscher selbst erinnerte daran, dass 1990 im Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch im Irak die Ausgaben Deutschlands 6 Milliarden Deutsche Mark betragen. Ende Januar 1991 begab sich Genscher nach Israel und während dieses Besuchs fand die Übergabe der Schecks an die Vertreter von Israel statt. Genscher stellte fest, seine Politik gegenüber dem Irak war „klar und transparent“<sup>16</sup>. In der zweiten Januarhälfte sendete die BRD einen Teil des Militärs zu einem Militärstützpunkt der Luftwaffe nach Erhac in der Türkei. Die SPD hatte eine kritische Haltung dazu eingenommen. Die Sozialdemokraten vertraten die Meinung, dass dieser Schritt die Wiederherstellung des Friedens erschweren kann. Die Türkei beurteilte den Einsatz der BRD als zu schwach<sup>17</sup>. In der Zeit vom 12. bis zum 14. Februar 1991 stattete Genscher einen Besuch in Damaskus, Amman und Kairo ab. Die Länder des Nahen Ostens hatten sich bedroht gefüllt, als die BRD Israel finanziell zu unterstützen begann. In der Folge leistete Genscher auch diesen Ländern materielle Unterstützung. Die BRD unterstützte die am Krieg gegen den Irak beteiligten Länder mit einer Summe in Höhe von 17-18 Milliarden Deutsche Mark. Nach Genscher verfügte die Bundeswehr nicht über die entsprechenden „psychologischen [...] technischen Qualifikationen [...], wenn man ihre militärische Schulung, Rüstung und Logistik berücksichtigt“, um an einem Konflikt teilzunehmen<sup>18</sup>.

Am 22. Februar 1991 erklärte Genscher in einer vor dem Deutschen Bundestag abgegebenen Regierungserklärung, dass die BRD in dem Irakkrieg an der Seite des internationalen Rechts, der Vereinten Nationen und der Koalition steht<sup>19</sup>. Am 23. Februar 1991 begann die Endphase des 2. Golfkrieges. Genscher erinnerte sich daran, dass er während seines Aufenthalts in Washington in der Zeit vom 29. Februar bis zum 1. März 1991 wegen seiner Politik im Irak nicht kritisiert wurde. Er verteidigte sich und berief sich auf die Feststellung von E. Schewardnadse vom 17. September 1990 in Tokio, wenn der Krieg am Persischen Golf vor dem Ende des Kalten Krieges ausgebrochen wäre, hätte die UdSSR mit dem Raketeneinsatz zum Ausbruch des Dritten Weltkrieges beigetragen<sup>20</sup>.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen im Nahen Osten entstand die Resolution 688 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf deutsch-französische Anre-

---

<sup>15</sup> Ebenda, S. 912; W. Pięciak, op. cit., S.56.

<sup>16</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op. cit., S. 903; W. Pięciak, op. cit., S. 54; H.-D. Genscher, „Eine Vision für das ganze Europa“, „Bulletin“, 6.02.1991, nr 14/1991.

<sup>17</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op.cit., S. 909.

<sup>18</sup> Vgl. W. Pięciak, op. cit., S. 63.

<sup>19</sup> Vgl. H.-D. Genscher, Erinnerungen, op. cit., S. 912.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 920-921.

gung. Sie enthielt die Forderung der Einhaltung der Menschenrechten, unter der Berücksichtigung der schweren Lage von kurdischen Flüchtlingen, die in der Türkei und im Iran nach Zuflucht suchten. Genscher warb um Unterstützung für die Kurden. Die deutsche Diplomatie setzte sich für die Anerkennung der Rechte der Kurden als einer nationalen Minderheit und für die Einhaltung der Menschenrechte anderer Bevölkerungsgruppen ein. Der deutsche Minister appellierte, den Flüchtlingen eine sichere Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen und ihnen humanitäre Hilfe zu leisten<sup>21</sup>.

Nach Genscher war die deutsche Politik im Zusammenhang mit der Irak-Krise auf eine enge Partnerschaft mit den USA gestützt. Der deutscher Sonderweg und der Einsatz der Bundeswehr waren ausgeschlossen. Der Konflikt am Persischen Golf konnte den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands und die Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht beeinträchtigen. Aufgabe des wiedervereinten Deutschlands war, Loyalität den anderen westlichen Demokratien gegenüber zu zeigen. Man betonte, die BRD hatte ein historisch begründetes Verantwortungsgefühl für die Sicherheit Israels. Darüber hinaus erinnerte Genscher, der Golfkrieg hatte gezeigt, dass sich in der BRD die antiamerikanischen Tendenzen verstärken<sup>22</sup>.

In den 1995 erschienenen „Erinnerungen“ vertrat Genscher die Meinung, dass sich die deutsch-jugoslawischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg gut gestalteteten. Seiner Meinung nach zeigte die BRD ein lebendiges Interesse an Jugoslawien. 1951 nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf. Der deutsche Botschafter in Belgrad wurde der von Genscher hochgeschätzte Liberale Karl-Georg Pfeleiderer.

1969-1974 bekleidete Genscher das Amt des Außenministers in der SPD-FDP-Koalition. 1970 empfing er in Bonn seinen Belgrader Amtskollegen. Er versicherte ihm damals die deutsche Unterstützung bei den Bestrebungen Jugoslawiens, mit den Europäischen Gemeinschaften assoziiert zu werden. Jugoslawien wurde zum Urlaubsziel der Deutschen. Auf Arbeitssuche wanderten jugoslawische Staatsangehörige in die Bundesrepublik aus. Die zwischenmenschlichen Kontakte trugen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten bei<sup>23</sup>. Der positiven Gestaltung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen dienten Genschers Staatsbesuche in Belgrad in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, die er als Außenminister in der Regierung von Helmut Schmidt und später Helmut Kohl abstattete. Während des Staatsbesuches 1980 besprach Genscher mit Cvitin Mijatovic, Veselin Djurano-  
vic und Stan Dolnac wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten.<sup>24</sup>

Der Tod von Josif Broz-Tito im Mai 1980 beeinflusste zwar nicht die deutsch-jugoslawischen Beziehungen, doch er trug zur Stärkung der dezentralistischen Ten-

---

<sup>21</sup> Vgl. „Erklärung der Bundesregierung über die Lage in Irak und die Situation der Flüchtlinge, abgegeben vom Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vor dem Deutschen Bundestag am 17.04.1991, „Europa Archiv“, nr 9/1991, D235-238; H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 922-926.

<sup>22</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, op. cit., S. 911.

<sup>23</sup> Vgl. H.-D. Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 927-928.

<sup>24</sup> Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1980, 23854B.

denzen in Jugoslawien bei. Die Konflikte zwischen den Serben und den Bewohnern anderer Republiken verschärften sich. 1986 wurde den Kosovo-Albanern verboten, sich in serbischen Siedlungsgebieten niederzulassen. Im Herbst begann ein Teil der serbischen Intellektuellen, eine neue nationalistische Ideologie zu entwerfen, deren Ziel der Aufbau des „großen Serbien“ war. Die Konflikte zwischen den einzelnen Nationalitäten wurden intensiviert.<sup>25</sup>

Als Quelle des Jugoslawien-Konfliktes sah Genscher die Tatsache, dass 1989 die von der ungarischen Minderheit bewohnte Vojevodina ihrer Autonomie beraubt wurde. Ein Jahr später wurde seiner Autonomie das Kosovo-Gebiet beraubt. Der deutsche Politiker war der Meinung, dass Slobodan Milošević das Interesse der Welt an den Ereignissen in Mitteleuropa zur Stärkung der Position der Serben in Jugoslawien nutzte. Die von Milošević unternommenen Schritte weckten nach Genscher die Proteste der restlichen Völker, die das Gebiet von Jugoslawien bewohnten.<sup>26</sup>

Im Sommer 1991 brach in Jugoslawien der Bürgerkrieg aus. Slowenier und Kroaten forderten Unabhängigkeit. Der Widerstand gegen die Idee von Milošević, ein „großes Serbien“ aufzubauen sowie die Feindschaft zwischen den Völkern Jugoslawiens wurden immer größer.<sup>27</sup> Genscher verstand zunächst nicht die Bedeutung dieses Problems, da er vor allem mit der Wiedervereinigung Deutschlands beschäftigt war. Er versuchte, den Befürchtungen vor einem größeren und stärkeren Deutschland nach der Wiedervereinigung durch dessen Verankerung in den europäischen Strukturen vorzubeugen. Um die Unterstützung Frankreichs für den Wiedervereinigungsprozess Deutschlands zu gewinnen, nutzte er die Zusammenarbeit mit Paris im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Die Aktivitäten der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) sollten ihm bei der Verbesserung der Beziehungen mit der UdSSR helfen. Während der zur Wiedervereinigung Deutschlands führenden 2+4-Verhandlungen betonte Genscher die Relevanz des Selbstbestimmungsrechts. Bei der Gestaltung der Beziehungen mit Polen nach der Wiedervereinigung Deutschlands akzentuierte er die Notwendigkeit, die Rechte der nationalen Minderheiten zu schützen sowie die Grenzfragen friedlich zu regulieren. Einen entscheidenden Einfluss auf das Engagement von Genscher für die Lösung des Balkan-Konfliktes konnte die internationale Kritik an der deutschen Nichtbeteiligung am Irak-Konflikt haben. Die Erwartungen gegenüber der Bundesrepublik, sich an der Lösung der internationalen Konflikte zu beteiligen, wurden immer größer. Zugleich muss man jedoch auch die Tatsache in Betracht ziehen, dass man eine allzu große Selbständigkeit des vereinigten Deutschlands und dessen „Sonderweg“ befürchtete.

---

<sup>25</sup> Vgl. H. -D. Genscher, op. cit., S. 929-930.

<sup>26</sup> Vgl. H. -D. Genscher, op. cit., S. 929-930.

<sup>27</sup> Vgl. B. Ferfila, Rozpad Jugosławii i powstanie Słowenii, „Przegląd Zachodni”, Nr. 1/1993, S. 56-57; W. Walkiewicz, Jugosławia, Byt wspólny i rozpad, Warszawa 2003, M. Tanty, Balkany w XX wieku. Dzieje polityczne, Warszawa 2003.

Während des Anfangsstadiums des Jugoslawien-Konfliktes und trotz der Einstellung der Öffentlichkeit in Deutschland strebte Genscher nach der Zusammenarbeit mit anderen Staaten und bemühte sich um die Einbeziehung der internationalen Organisationen. Er wiederholte, dass sich der Verlauf der jugoslawischen Verhandlungen und das Verhalten der BRD auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Schutz der nationalen Minderheiten gemäß Schlussakte der KSZE und Pariser Karte stützen müssen. Genscher meinte, dass man während der Kontakte mit den Konfliktparteien auf den Gewaltverzicht und die Beachtung der unveränderten Grenzen setzen muss.<sup>28</sup>

Slowenische und kroatische Politiker bedienten sich während ihrer Bemühungen um die Anerkennung der Unabhängigkeit beider Republiken solcher Argumente, deren sich auch Genscher während des deutschen Wiedervereinigungsprozesses bediente. Die Unterstützung für ihre Aktivitäten und die Kritik an Serben wurden durch die Medien in Deutschland verstärkt. Eine besonders antiserbische Einstellung, die nach Otto von Habsburg auch Genscher vertrat, kam in den Beiträgen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Welt“ zum Ausdruck.<sup>29</sup>

Wenn man die Rolle Deutschlands in den Ereignissen im Balkan betrachtet, so wurde die Aufmerksamkeit auf historische Ressentiments gerichtet. Es herrschte vor allem die Meinung, dass es eben die Deutschen waren, die früher mit den Kroaten und Sloweniern zusammenarbeiteten und sie unterstützten, während die Serben bessere Beziehungen zu den Franzosen und Russen pflegten. Während der Eskalation des Konfliktes zeigten die französischen Politiker kein so großes Interesse an den Ereignissen im Balkan wie die deutschen Politiker. Das wichtigste Ziel der Außenpolitik von Paris war die Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht. Auch die Briten wollten sich nicht engagieren, da sie mit Protesten in Nordirland rechneten. Die größte Unterstützung erfuhr Genscher seitens des österreichischen Außenministers Alois Mock.<sup>30</sup> Es wird auch auf die Rolle des Vatikans bei der Unterstützung der Bestrebungen Sloweniens und Kroatiens nach Unabhängigkeit hingewiesen.<sup>31</sup>

Eine schwache Kenntnis der Lage in Jugoslawien an der Jahreswende 1990/1991 resultierte aus der Tatsache, dass die deutsche Diplomatie darauf nicht vorbereitet war. Im deutschen Außenministerium wurde keine Arbeitsgruppe einberufen, die ausschließlich die Entwicklung der Lage in Jugoslawien verfolgen würde.

---

<sup>28</sup> Vgl. K. P. Zeitler, Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Außenministers Genscher, Marburg 2000.

<sup>29</sup> Vgl. E. Ronholz, „Deutsche Erblasten im jugoslawischen Bürgerkrieg“, „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 7/1992, S. 829-830; A. Perger, „Warum Bonn am Pranger steht“ in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 26.06.1993.

<sup>30</sup> Vgl. A. Mock, „Friedensicherung als außenpolitische Priorität“, in: K. Kinkel, In der Verantwortung, Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten, Berlin 1998, S. 334-339; J. Newhouse, Bonn, der Westen und die Auflösung Jugoslawiens, „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 10/1992, S. 1190-1192.

<sup>31</sup> Vgl. M. Waldenberg, Rozbicie Jugosławii, Warszawa 2003, S. 87.

Mit diesen Problemen beschäftigte sich die „Osteuropaabteilung“, in der u. a. auch polnische Angelegenheiten bearbeitet wurden. Auch im Kanzleramt existierte keine Arbeitsgruppe, die sich mit den Ereignissen im Balkan befassen würde.<sup>32</sup>

Die Unterstützung für die Aufrechterhaltung Jugoslawiens Anfang 1991 resultierte aus der Machtkonstellation in Europa, sie war jedoch gegen die Erwartungen der Gesellschaft.<sup>33</sup> Im Februar 1991 fand im Bundestag auf Antrag von Genscher eine Debatte über die Situation in Jugoslawien statt. Der CDU-Politiker Friedrich Vogel unterstrich damals, dass die Verteidigung der Einheit Jugoslawiens durch die Deutschen der Verteidigung der Einheit Serbiens gleichzustellen sei. Vogel behauptete zudem, dass eine solche Einstellung nicht nur den Interessen Balkans, sondern auch denen des ganzen Europas schade.<sup>34</sup> Die Ansichten der CDU-Politiker teilten auch die Vertreter anderer Parteien. Unter dem Druck der Gesellschaft intensivierte Genscher die Kontakte mit den jugoslawischen Politikern. Bereits im Dezember 1990 empfing er in Bonn den jugoslawischen Außenminister Budimir Lončar. Am 20. März 1991 fanden Gespräche mit dem slowenischen Präsidenten Milan Kučan und dem Außenminister Dmitrij Rupel. Genscher sprach sich damals für die Aufrechterhaltung der Einheit Jugoslawiens aus und versprach, die Assoziierung Jugoslawiens mit der Europäischen Gemeinschaft zu unterstützen. Er behauptete: „die separatistischen Tendenzen sind schädlich (...) und auch sehr teuer“. Die Deutschen forderten von der Regierung, dass sie die nach der Unabhängigkeit strebenden Republiken aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker unterstützt.<sup>35</sup>

Trotz der Erwartungen der Medien äußerte sich Genscher nicht zum Thema der Briefe, die die Kroaten an die Bundesregierung schickten und in denen sie um eine Unterstützung ihrer Bestrebungen nach der Unabhängigkeit baten. Genscher protestierte gegen jegliche Maßnahmen, die ohne Vereinbarungen mit der EG oder KSZE getroffen wurden. Die Öffentlichkeit hatte aber den Bundeskanzler Helmut Kohl auf ihrer Seite, der immer mehr zur Unterstützung der Slowenier und Kroaten tendierte. Die Aktivitäten des deutschen Außenministers während der Wiedervereinungsverhandlungen trugen zu einer Verstärkung der Rivalisierung zwischen den seit 1982 sonst ziemlich harmonisch zusammenarbeitenden Politikern bei. Indem Helmut Kohl die katholischen Kroaten unterstützte, kam er den Erwartungen des schwarzen Bayerns entgegen. Der Widerspruch zwischen dem Willen der deutschen Gesellschaft und der Einstellung der restlichen EG-Staaten hatte zur Folge, dass der populäre und unter den Deutschen anerkannte Genscher zwischen Amboss und Hammer geriet.

Im April 1991 besuchte Jugoslawien die Delegation der Europäischen Gemeinschaft mit Jacques Poos, Gianni de Michelis und Hans van den Broek, den Au-

---

<sup>32</sup> Vgl. K. P. Zeitler, *op. cit.*, S. 183-185.

<sup>33</sup> Vgl. Ch. Hacke, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 2003, S. 399.

<sup>34</sup> Vgl. N. Ivanković, *Bonn. Das zweite kroatische Front*, Gießen, 1996, S. 25.

<sup>35</sup> Vgl. Ebenda, S. 185.

ßenministern von Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Genscher, so wie die anderen drei Politiker, erkundigte sich damals nach der Möglichkeit der Durchführung von Reformen, die nicht mit dem Zerfall Jugoslawiens drohten. Mitte Mai 1991 während des Treffens der EG-Außenminister appellierte er an die Erweiterung des Demokratisierungsprozesses in Jugoslawien, ohne dabei die großserbischen Ambitionen in Frage stellen zu wollen.<sup>36</sup>

Am 19. und 20. Juni 1991 fand in Berlin unter der Leitung Genschers die KSZE-Konferenz statt. Genscher bemühte sich darum, diese Institution bei der Lösung des Konfliktes zwischen den jugoslawischen Republiken einzusetzen. Jugoslawien wurde von B. Lončar vertreten. Auf die Frage von Genscher nach den jugoslawischen Erwartungen an die KSZE antwortete Lončar, dass er „eine aktive Unterstützung gemäß der Schlussakte aus Helsinki und den Beschlüssen der Pariser Konferenz erwartet“. Während der Diskussion mit Genscher, James Baker und Alexander A. Besmertnych teilte er mit, dass im Falle des Zerfalls von Jugoslawien ein ethnischer Konflikt ausbrechen wird. Der jugoslawische Minister erwartete eine Unterstützung für eine bedingungslose Einheit und Unabhängigkeit Jugoslawiens. Die in Berlin weilenden amerikanischen Diplomaten betonten, dass die Teilung Jugoslawiens zur Entstehung der Probleme mit der griechischen Minderheit in Albanien, der türkischen Minderheit in Bulgarien und der ungarischen in Rumänien beitragen kann. Man meinte, dass die Ereignisse im Balkan die Slowaken in der Tschechoslowakei aktivieren und die Lage in den baltischen Republiken erschweren können. Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse<sup>37</sup>, der gute Beziehungen zu Genscher pflegte, warnte, dass der Zerfall Jugoslawiens die Lage in der UdSSR komplizieren kann.<sup>38</sup> Im Endeffekt wurde in der Erklärung der in Berlin versammelten Minister betont, dass man die Einheit und territoriale Integration Jugoslawiens beachten muss. Genscher betonte damals, dass die Völker Jugoslawiens selbst über ihr Schicksal entscheiden sollen und dass die jugoslawische Verfassung vom 21.02.1974 das Sezessionsrecht zulässt. Er vertrat jedoch weiterhin die Meinung, dass die Deutschen nicht aus der Reihe heraustreten und allein die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens unterstützen können. Eine ähnliche Position bezog damals Helmut Kohl: „Der Zerfall Jugoslawiens wird keine Lösung sein“.<sup>39</sup> Die Haltung von Genscher während der KSZE-Konferenz stieß auf internationale Kritik. „Le Monde“ schrieb, dass Deutschland ein Protektor Sloweniens und Kroatiens ist.<sup>40</sup>

---

<sup>36</sup> Vgl. B. Koszel, Konflikt na Bałkanach (1991-1999) a bezpieczeñstwo europejskie, Zeszyty Instytutu Zachodniego, Nr. 16/2000, S. 5; H.-D. Genscher, op. cit. S. 931.

<sup>37</sup> Vgl. R. Bettzuge, Hans-Dietrich Genscher. Eduard Schewardnadse. Das Prinzip Menschlichkeit, Reinbeck 1994.

<sup>38</sup> Vgl. „Wir bleiben nicht bei Mördern“ in: „Der Spiegel“ vom 1.07.1991; „Drei Tage lang am Telefon“ in: „Der Spiegel“ z 8.07.1991.

<sup>39</sup> Vgl. „Wir bleiben...“, op.cit.

<sup>40</sup> Vgl. „Mißtrauen und Irritation in Frankreich wegen der deutschen Jugoslawien-Politik“ in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 4.07.1991.

Als die Europäische Gemeinschaft am 23.06.1991 beschloss, dass die einseitigen Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens nicht anerkannt werden, schloss sich Deutschland diesem Beschluss an.<sup>41</sup> Am 24.06. besuchte Genscher Rom, um sich mit dem italienischen Ministerpräsidenten Gianni de Michelis zu treffen. Nachdem er über die Entstehung der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens erfahren hatte, appellierte er während des Telefongesprächs mit B. Lončar erneut daran, dass die Konfliktparteien auf Gewalt verzichten und auf die Beschlüsse der KSZE-Schlussakte und der Pariser Karte (einschließlich des Selbstbestimmungsrechts der Völker) achten.<sup>42</sup>

Am 25.06.1991 erklärten Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit. Dieser Tag wird als Beginn eines formalen Zerfalls Jugoslawiens angesehen. Am 27.06.1991 überfiel die Jugoslawische Volksarmee Slowenien. Ende Juni 1991 führten serbische Soldaten ethnische Säuberungen in Kroatien durch.<sup>43</sup> Für Genscher, dem an der Internationalisierung des Konflikts und dessen Lösung mit Hilfe des KSZE-Krisenmechanismus sehr lag, war dies eine Enttäuschung.<sup>44</sup>

Am 24.06.1991 wurde während des EG-Gipfels in Luxemburg beschlossen, dass nach Jugoslawien drei Außenminister entsandt werden - Jacques Poos (Luxemburg), Gianni de Michelis (Italien) und Hans von den Broek (Niederlande). Sie sollten die Konfliktparteien zur Einstellung der Kämpfe bringen. Die EG-Staaten waren damals gegen die Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien.<sup>45</sup>

Am 1.07.1991 reiste Genscher als Vorsitzender des KSZE-Krisenmechanismus nach Jugoslawien. In Belgrad sprach er mit dem Vorsitzenden des Staatspräsidiums Stepe Mesic, mit dem Präsidenten S. Milošević, dem Außenminister B. Lončar sowie mit den Vertretern der Republiken. Die geführten Kämpfe verhinderten seinen Besuch in Ljubljana. Daher kam es zum Treffen mit dem slowenischen Ministerpräsidenten einen Tag später in Villa.<sup>46</sup> Im Zusammenhang mit der Eskalation der Kämpfe zwischen den Serben und Kroaten wurde der Krisenstab der KSZE einberufen. Während der Sitzung in Prag vom 3. bis 5.07.1991 protestierte Genscher gegen die Politik der jugoslawischen Regierung und vor seinem Besuch in den Haag sagte er in einem Interview für den „Hessischen Rundfunk“, dass man die Anerkennung der Republiken erwägen solle.<sup>47</sup>

---

<sup>41</sup> Vgl. Ch. Hacke, op. cit., S. 399-400.

<sup>42</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit. S. 936-937; N. Ivanković, Bonn. Die zweite kroatische Front, Gießen 1996, S. 45

<sup>43</sup> Vgl. I. Rycerska, *Rozpad Jugosławii. Przyczyny i przebieg*, Kielce 2003, S. 91; M. Libal, *Krieg in Mitteleuropa. Genscher, Jugoslawien und die serbische Herausforderung 1991/1992*, in: H.-D. Lucas (Hrsg.), op.cit., S. 343-370.

<sup>44</sup> Vgl. K. P. Zeitler, op.cit., S. 188

<sup>45</sup> Vgl. H. Stark, *Jugoslawien*, in: R. Picht, V. Hoffmann-Martinot, R. Lasserre, P. Theiner, *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21 Jahrhundert*, München 1997, S. 364.

<sup>46</sup> Vgl. *Archiv der Gegenwart*, 1991, 35854/A.

<sup>47</sup> Vgl. N. Ivanković, op. cit., S. 56

Am 5.07.1991 belegten in den Haag die EG-Außenminister Jugoslawien mit einem Waffenembargo (am 4.09 wurde es von der KSZE und am 15.09 von der UNO bestätigt) und entschieden über die Einstellung der Wirtschaftshilfe.<sup>48</sup> Am 7.07.1991 wurde auf der kroatischen Insel Brioni das Abkommen über den Waffenstillstand unterzeichnet. Es wurde beschlossen, dass die Völker Jugoslawiens alleine über ihre Zukunft entscheiden sollen. Es wurde festgestellt, dass die entstandene Lage einer aufmerksamen Beobachtung der Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien bedarf. Bis 1.08.1991 sollten die Verhandlungen über alle Aspekte der Zukunft Jugoslawiens begonnen werden. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass die Armee einer politischen und Verfassungskontrolle durch eine kollektive Präsidentschaft unterstellt wird. Die Konfliktparteien sollten schließlich auf einseitige Aktivitäten verzichten. Trotz des Abkommens wurden die Kämpfe weiter geführt. Wie es Thomas Brey zusammenfasste, „behaupteten die Politiker aus Kroatien und Slowenien, dass sie etwas Anderes meinten und etwas Anderes unterzeichneten“.<sup>49</sup>

Während des Treffens der Außenminister in den Haag am 10.07.1991 wurde die Spannung zwischen H.-D. Genscher und dem niederländischen Außenminister und zugleich Vorsitzenden des Außenministerrates der Europäischen Gemeinschaft van den Broek noch größer. Genscher warf dem niederländischen Diplomaten vor, sich nicht ausreichend für die Lösung der Balkan-Probleme zu engagieren. Genscher war sich dessen bewusst, dass die politischen Parteien in Deutschland von ihm eine Intensivierung der Unterstützung für die Kroaten erwarten, doch er wusste auch, dass die restlichen europäischen Staaten gegen die Anerkennung der Republiken sind.<sup>50</sup> Aus diesem Grunde bezog er während der Gespräche mit dem kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman in Bonn am 18.07.1991 keine Stellung in Bezug auf die Anerkennung. Genscher beschloss jedoch, an die Europäische Gemeinschaft um ein größeres Engagement bei der Lösung der Krise in Jugoslawien zu appellieren. Diesem Zweck dienten der Brief an H. van den Broek<sup>51</sup> vom 24.07.1991 sowie die in Bayreuth geführten Gespräche mit den Außenministern von Frankreich (Roland Dumas) und Luxemburg (Jacques von Poos). In der Stadt der Wagner-Festspiele versuchte Genscher die Intellektuellen von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass zu der für den 29.07.1991 geplanten Sitzung der Außenminister der EG in Brüssel die Vertreter der jugoslawischen Führung eingeladen werden. Als nach Brüssel nur Vassil Typurkowski und Bogićević kamen, war Genscher davon enttäuscht.<sup>52</sup> Darüber hinaus erklärte er, dass Serbien das im Juli unterzeichnete Abkommen nicht einhalte und schlug die Möglichkeit der Anerkennung von Kroatien und Serbien vor.<sup>53</sup>

<sup>48</sup> Vgl. K. P. Zeitler, op. cit., S. 292; N. Ivanković, op. cit., S. 93-99; B. Koszel, „Konflikt...“, op. cit., S. 8

<sup>49</sup> I. Rycerska, op. cit. S. 93; T. Brey, Trümmer, „Chaos und kein Ende... Zur Lage in ehemaligen Jugoslawien“ in: „Osteuropa“, Nr. 2/1999, S. 14; Archiv der Gegenwart, 1991, 35854A

<sup>50</sup> Vgl. N. Ivanković, op. cit., S. 70.

<sup>51</sup> Vgl. K. P. Zeitler, op. cit., S.186- 189.

<sup>52</sup> Vgl. N. Ivanković, op. cit., S. 70.

<sup>53</sup> Vgl. K. P. Zeitler, op. cit., S. 190.

Als es am 02.08.1991 den drei Außenministern von Luxemburg, Italien und den Niederlanden nicht gelang, den Waffenstillstand in Kroatien auszuhandeln, sprach sich Genscher für Sanktionen aus. Einen Tag später brach Kroatien die Beziehungen mit Serbien ab. Das Treffen der EG-Außenminister am 06.08.1991 brachte auch keine Ergebnisse und Verbesserung der Lage. Am 20.08.1991 wurden in Bonn der kroatische Außenminister Zvonimir Šeparovic und dann der slowenische Außenminister Dmitrij Rupel empfangen. Im Gespräch mit Šeparovic erklärte Genscher, dass die Innen- und Außengrenzen Jugoslawiens durch Gewaltakten nicht geändert werden dürfen und appellierte um die Einhaltung der Rechte der nationalen Minderheiten. Am 24.08.1991 empfing Genscher den jugoslawischen Botschafter Flec, um ihm mitzuteilen, dass wenn die Kämpfe nicht aufhören, die Bundesregierung die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens ernsthaft erwägen wird. Genscher betonte auch, dass der Putsch in der UdSSR keine Ablenkung von der Lage im Balkan sein wird. Einen ähnlichen Charakter hatte auch das Gespräch am 26.08.1991 mit dem serbischen Außenminister Vladislav Janovic.<sup>54</sup>

Am 03.09.1991 übernahmen die Serben nach einem Staatsstreich die Staatspräsidentschaft. Dieses Ereignis wird als das Ende der Jugoslawischen Föderation angesehen. Am 04.09.1991 stellte Genscher im Bundestag die Bedingungen für die Anerkennung der jugoslawischen Republiken dar und betonte, dass Deutschland diesbezüglich keinen Alleingang unternehmen darf. Am 08.09.1991 fasste das kroatische Parlament den Beschluss über die Auflösung der Jugoslawien-Verträge. Einen Tag später teilten die deutschen Medien mit, dass Jugoslawien aufgehört hat zu existieren. Genscher teilte damals Šeparovic mit, dass in Deutschland eine neue Anerkennungsformel entstehe.

Zur Lage im Balkan kehrte man während der Friedenskonferenz in den Haag. Dort demonstrierten vom 7.09 bis 9.09.1991 ca. 15 Tsd. Kroaten, die sich um eine Unterstützung von Deutschland bemühten. Dass die Kroaten ausgerechnet ihre Hoffnungen mit Genscher verbanden, zeugt jene Szene, in der Anja Ljubica Janovic sich vor Genscher kniete, um den Politiker um die Hilfe für ihr Volk zu bitten. Die Bedeutung von Genscher für diese Ereignisse wird oft mit jenem Moment verglichen, als er von dem Prager Lobkowitz-Palais den ostdeutschen Flüchtlingen mitteilte, dass sie sich in die BRD begeben können.<sup>55</sup> Während der auf Antrag Genschers von dem britischen Außenminister Peter Carrington<sup>56</sup> geleiteten Friedenskonferenz wurde eine Juristenkommission einberufen, der der Franzose Robert Badinter vorstand. An ihrer Arbeit nahm auch der deutsche Präsident Roman Herzog teil. Aus dem am 08.10.1991 veröffentlichten Bericht dieser Kommission ging hervor, dass sich Jugoslawien „im Zuge der Auflösung befindet“. Die Kommission bestätigte

---

<sup>54</sup> Vgl. K. P. Zeitler, op. cit., S. 191.

<sup>55</sup> Vgl. N. Ivanković, op. cit., S. 93.

<sup>56</sup> Vgl. B. Koszel, Niemcy i wojna domowa w Jugosławii. Czy Niemcy są odpowiedzialne za wybuch konfliktu jugosłowiańskiego? in: „Przegląd Zachodni”, Nr. 4/1993.

die Anerkennung der Grenzen der Republiken durch das Völkerrecht. Laut der Formel eines „breiten Konsens“ wurde den Oberhäuptern der einzelnen Republiken und der Regierung der Föderation vorgeschlagen, sechs Republiken als unabhängige Staaten anzuerkennen. Es wurde auch entschieden, dass die nationalen Minderheiten in Kroatien, der serbischen Krajina und im Kosovo Autonomierechte zuerkannt werden.<sup>57</sup>

In Bezug auf die Anerkennung der Unabhängigkeit der jugoslawischen Republiken kam es zu einer Spaltung in Europa. Frankreich und Großbritannien mussten zur Kenntnis nehmen, dass sich Ungarn und die baltischen Staaten für die Anerkennung aussprechen. Aus dem Gespräch mit G. de Michelis am 14.09.1991 erfuhr Genscher, dass auch Belgien die Anerkennung erwägt.

Vom 18.09 bis 20.09.1991 empfing Helmut Kohl in Deutschland den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand. Das Treffen der Politiker wurde dem Balkan-Konflikt gewidmet, doch man sprach die Anerkennung von Kroatien und Slowenien nicht an. Obwohl man weiß, dass der französische Präsident eine Sympathie gegenüber den Serben hegte, wurde betont, dass den Franzosen an guten Beziehungen zu Deutschland vor der Konferenz in Maastricht lag. F. Mitterrand versuchte die Serben zu unterstützen und wies darauf hin, dass es schwierig ist, im Konflikt zwischen Serben, Kroaten und Sloweniern Benachteiligte und Schuldige eindeutig zu unterscheiden. Die Deutschen tendierten damals dazu, Kroatien und Slowenien nur dann anzuerkennen, wenn sich auch andere Staaten dafür aussprechen. Am 26.09.1991 während eines inoffiziellen Treffens der EG-Außenminister in Haarzuilens versuchte Genscher den französischen Außenminister R. Dumas zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu bringen. Folglich wurde nur beschlossen, dass die Anerkennung der beiden Republiken infolge der Verhandlungen erfolgen wird. In der BRD wurde dem europäischen Integrationsprozess eine größere Bedeutung zugemessen als der Lösung des Balkan-Konfliktes.<sup>58</sup>

Genscher war auch an die Beschlüsse der eigenen Partei gebunden. Am 12.10.1991 stellten die Liberalen während des Parteitages in Ratingen fest, dass Jugoslawien in seiner bisherigen Form nicht mehr existiert. Sie sprachen sich für den Rückzug der jugoslawischen Truppen aus Kroatien und gegen die Anerkennung und den Schutz der mit Gewalt veränderten Grenzen aus. Die Liberalen machten auch auf die Pflicht des Schutzes von nationalen Minderheiten aufmerksam und unterstützten die Unabhängigkeitsbestrebungen jeder Republik, die sich diese wünscht. Während des Parteitages wurde auch festgestellt, dass man den demokratisch geäußerten Willen der Slowenier und Kroaten nicht vernachlässigen darf, die die Unabhängigkeit ihrer Republiken proklamierten.<sup>59</sup>

---

<sup>57</sup> Vgl. I. Rycerska, op. cit., S. 93.

<sup>58</sup> Vgl. M. Waldenberg, op. cit., S. 91-93. M. Libal, op. cit.

<sup>59</sup> Vgl. N. Ivanković, op. cit., S. 120-124.

Im späten Herbst 1991 teilte Genscher seinen Mitarbeitern im Außenministerium mit, dass die Bundesregierung die Anerkennung der jugoslawischen Republiken Anfang Dezember vorbereitet.

Durch eine Sanktionspolitik wollte Deutschland die politische und wirtschaftliche Isolation Jugoslawiens erreichen. Am 4.12.1991 verordnete die BRD eigenständig Sanktionen, die am 10.12.1991 in Kraft traten. Den damals in Bonn anwesenden Präsidenten Sloweniens und Kroatiens M. Kučan i F. Tudjman wurde mitgeteilt, dass die beiden Republiken vor Weihnachten anerkannt werden. Am 4.12.1991, den deutschen Erwartungen entgegenkommend, verabschiedete das kroatische Parlament ein Gesetz über nationale Minderheiten. In Serbien wurde die Haltung Genschers als Anwendung des „Rechts des Stärkeren“<sup>60</sup> bezeichnet.

Vor dem Treffen in Maastricht teilte Deutschland Frankreich mit, dass die Entscheidung über die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens endgültig ist. In dieser Zeit optierten die Franzosen für die Schaffung von Anerkennungskriterien für die beiden jugoslawischen Republiken. Während des Treffens in Maastricht wurde die Balkan-Frage nicht besprochen. Am 12.12.1991 äußerte der UNO-Generalsekretär J. Pérez de Cuéllar in einem Brief van den Broek seine Bedenken bezüglich der Forcierung einer früheren Anerkennung von Slowenien und Kroatien. Genscher widerlegte diesen Vorwurf und verfasste einen Brief an J. Pérez de Cuéllar, in dem er feststellte, dass man die Republiken anerkennen soll, sonst werden die Angriffe der jugoslawischen Armee zunehmen.<sup>61</sup>

Am 16.12.1991 wurde aufgrund der Resolution des UNO-Sicherheitsrates entschieden, Friedenstruppen nach Jugoslawien zu schicken. Dies war ein doppelter Erfolg der deutschen Diplomatie, weil die Resolution keine Formulierung gegen die Anerkennung der Jugoslawischen Republik enthielt, obwohl der UNO-Generalsekretär J. Pérez de Cuéllar und der amerikanische Botschafter bei der UNO Pickering vor einer allzu frühen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens warnten.<sup>62</sup>

Noch am selben Tag drängte Genscher während des Treffens der EG-Außenminister in Brüssel auf die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens. Damit wollte er auch das Versprechen von H. Kohl umsetzen. Zu diesem Zweck unterstützte er den von französischen und deutschen Beamten ausgearbeiteten „Kriterienkatalog“ für die Anerkennung der Staaten Ostmitteleuropas. Unter den diplomatischen Anerkennungskriterien nannte man: Einhaltung der Menschenrechte, Schutz der nationalen Minderheiten, Anerkennung der KSZE-Prinzipien, hier vor allem die Anerkennung der Grenzen und der territorialen Souveränität anderer Staaten. Gegen eine schnelle Anerkennung protestierten Lord P. Carrington und H. van den Broek. Sie meinten, dass eine zu frühere Anerkennung die Arbe-

---

<sup>60</sup> Archiv der Gegenwart, 1991, 36348/3.

<sup>61</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 190; „Genscher widerspricht Pérez de Cuéllar“ in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 16.12.1991.

<sup>62</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 960-962.

it der Friedenskonferenz beeinträchtigt. Ihre Meinung wurde von den Vertretern Großbritanniens, Griechenlands, Spaniens und der Niederlande geteilt. Genscher versuchte die Diplomaten von der Einwilligung der Anerkennung der beiden Republiken zu überzeugen und unterstrich, dass sie die genannten Kriterien erfüllen. Er erinnerte daran, dass der zweimonatige Termin vom 10.10.1991 bereits vergangen ist. Genscher behauptete, dass die Anerkennung der beiden Republiken die Gefahr der Nationalismusverbreitung in Europa beseitigt.<sup>63</sup>

Infolge der diplomatischen Bemühungen von Genscher entschieden die restlichen EU-Staaten, dass bis 15.01.1992 diejenigen Republiken anerkannt werden, die entsprechende Kriterien erfüllen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte die Kommission unter dem Vorsitz von R. Badinter eine Stellungnahme bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte in den sich um die Anerkennung bemühenden Republiken abgeben. Nach einem Telefonat mit Genscher erklärte der auf einem CDU-Treffen in Dresden weilende Kanzler Kohl, dass die Bundesregierung bereit ist, die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens noch vor Weihnachten anzuerkennen. Er schloss auch die Anerkennung anderer Republiken nicht aus. Das Verhalten Deutschlands nach der Konferenz in Brüssel stieß auf eine Kritik in Europa.<sup>64</sup>

Die Bestätigung vom Präsidenten von Weizsäcker am 23.12.1991 der Anerkennung von Slowenien und Kroatien bedeutete nicht nur eine Abweichung von dem gemeinsam durch die europäischen Staaten bestrittenen Weg, sondern auch eine Nichtbeachtung der Aktivitäten der Badinter-Kommission. Aus dem von ihr vorgelegten Bericht ging hervor, dass die Anerkennungskriterien von Slowenien und Makedonien, jedoch nicht von Kroatien erfüllt werden. Die Argumente von Genscher, dass die Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien zur Verbesserung der Lage im Balkan beiträgt, wurden nicht bestätigt.<sup>65</sup>

Die Haltung Deutschlands stieß auf Befürchtungen in Europa. Laut der Beschlüsse der Konferenz in Brüssel am 16.12.1991 erkannten die übrigen Staaten die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens an. Die internationale Öffentlichkeit hatte Angst, dass die Deutschen einen Sonderweg gehen. In Frankreich wurde betont,

---

<sup>63</sup> Vgl. P. Hort, „Nach einer langen Nacht hat Genschers Drängen Erfolg“ in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 17.12.1991; Archiv der Gegenwart 1991, 36349/4; B. Koszel, Konflikt..., op. cit, S.18.

<sup>64</sup> Vgl. „Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 17. Dezember 1991 in Dresden zu den Ergebnissen der EG- Außenministerkonferenz in Brüssel“ in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 144/S. 1174 vom 19.12.1991, „Erklärung von Bundesaußenminister Hans- Dietrich Genscher am 17.Dezember“ in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 144/s. 1175 vom 19.12.1991.

<sup>65</sup> Vgl. „Trotz Warnungen der Vereinten Nationen will Bonn Slowenien und Kroatien anerkennen“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16.12.1991; „Die Länder der Europäischen Gemeinschaft erkennen Kroatien und Slowenien an“ in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16.01.1992; „Die EG macht den Weg für die Anerkennung frei“ in: „Süddeutsche Zeitung, 18.12.1991; M. Waldenberg, Rozbicie Jugosławii, Warszawa 2003, S. 81-83.

dass die Deutschen zu einer hegemonialen Politik in Europa tendieren.<sup>66</sup> Genscher musste die Last der Kritik und Verantwortung dafür tragen, dass die Völker Jugoslawiens zerstritten wurden und sich der Konflikt eskalierte. Manche, wie beispielsweise Alois Mock, widersprachen der These, dass Genscher gezielt nach dem Zerfall Jugoslawiens strebte. Die Verteidiger Genschers erinnerten daran, dass er den Anweisungen von Helmut Kohl folgte. Vor allem die Diplomaten aus Washington machten ihm viele Vorwürfe. Der Mangel an Besonnenheit wurde Genscher auch in Frankreich und Großbritannien vorgeworfen. In Serbien wurde er zu einer gehassten und mit Adolf Hitler verglichenen Person.<sup>67</sup>

Anfang 1992 spitzte sich die Lage in Bosnien und Herzegowina zu. Es erfüllten sich Warnungen vom Präsidenten Alija Izetbegovic, die er im Herbst 1991 in Bonn zum Ausdruck brachte. Er erklärte damals: „Die Anerkennung Kroatiens, meine Herren, bedeutet Krieg in Bosnien. Es kann anders nicht geschehen. Erkennen Sie Slowenien an, wenn Sie es so wollen, aber erkennen Sie Kroatien nicht an.“<sup>68</sup> In den Ereignissen in Bosnien war das Engagement der Amerikaner schon viel größer als das der Deutschen. Im Februar 1992 schickte der UNO-Sicherheitsrat die UNPROFOR-Truppen nach Bosnien und Herzegowina. Am 1.03.1992 fielen die ersten Schüsse in Sarajewo. Am 6.04.1992 erkannte die UE die Unabhängigkeit von Bosnien und Herzegowina an. Drei Tage später tat Deutschland das gleiche.<sup>69</sup>

Einige Monate später, am 17.05.1992, trat Genscher zurück. Im Ausland sahen viele in seinem Rücktritt ein Bekenntnis dazu, dass er die Ereignisse im Balkan falsch einschätzte, was wiederum zur Eskalation des Konfliktes beitrug. Der Politiker betonte jedoch, dass sein Rücktritt für ihn den Wechsel zum „politischen Ruhestand“<sup>70</sup> bedeutete. Dieser Meinung war auch Zbigniew Mazur, der den Rücktritt von Genscher nicht als Folge eines „gravierenden Fehlers“, „eines Verlustes an persönlichem Einfluss“, der Probleme der FDP und schließlich „einer Intrige oder eines Skandals“ betrachtete. Im Gegenteil, der Posener Historiker bezeichnete den Abschied von Genscher als „ein kühles und bis ins Detail geplantes Schauspiel“.<sup>71</sup> In Deutschland wurde spekuliert, dass Genscher für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren möchte, was er später nicht tat. In seinen „Erinnerungen“ äußerte sich Genscher nicht dazu, dass die Lage im Balkan seine Entscheidung beeinflusste. Er behauptete das Gegenteil und schrieb, dass er eine richtige Entscheidung traf,

---

<sup>66</sup> Vgl. H. Stark, op. cit., S. 367; W. Woyke, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder Tritt*, Hemsbach 2000, S. 91

<sup>67</sup> A. Mock, „Friedensicherung als außenpolitische Priorität“ in: K. Kinkel, *In der Verantwortung, Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten*, Berlin 1998, S. 334-339, J. Newhouse, Bonn, *der Westen und die Auflösung Jugoslawiens* in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 10/1992, S. 1190-1192.

<sup>68</sup> Vgl. M. Waldenberg, op. cit., S. 89.

<sup>69</sup> Vgl. B. Koszel, *Zjednoczone Niemcy...*, op. cit., S. 398

<sup>70</sup> B. Koszel, *Mitteleuropa...*, op. cit., S. 269.

<sup>71</sup> Z. Mazur, *Odejście Hansa-Dietricha Genschera* in: „Przegląd Zachodni“, Nr. 3/1992, S. 21.

indem er Slowenien und Kroatien anerkannte, was das Ende der Kämpfe in Kroatien hieß. Genscher behauptete, dass er das Ziel erreichte, Kroatien vor dem Überfall der Serben zu retten. Er wiederholte auch, dass Deutschland damals richtig und gemäß der Erwartungen der EU, der KSZE und der internationalen Öffentlichkeit handelte.<sup>72</sup>

## 2. *Deutsche und internationale Bewertungen Genschers*

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Genscher wurde von dem Ende einer Epoche in der BRD-Geschichte gesprochen. Man bezeichnete Genscher als „Bismarck unserer Zeiten“, er wurde mit Gustav Stresemann verglichen. Es wurde jedoch aufmerksam gemacht, dass Genscher seine diplomatische Mission vollendet hatte, indem Deutschland wiedervereinigt wurde und es ihm gelungen war, die internationale Gemeinschaft von der Vision eines europäischen Deutschlands zu überzeugen. Genscher war ein Garant der Versicherbarkeit der deutschen Außenpolitik. Bis dahin waren seine Konzeptionen klar und transparent gewesen, später interpretierte er die Veränderungen in der internationalen Politik schlecht. So stellte Z. Mazur die Betrachtung an: „Der Genscherismus war im Prinzip eine pragmatische Art der Ausübung der Politik, die zu dem Status und den Handlungsmöglichkeiten der BRD sehr gut passte. Es stellt sich doch die Frage, ob sie auch im neuen wiedervereinigten Deutschland anerkannt wird“<sup>73</sup>. Ein anderer Mitarbeiter des West-Instituts - Bogdan Koszel merkte an „die deutschen Konservativen tadelten den Genscherismus als die Politik der vergangenen Epoche, der Überschätzung der KSZE und der Unterschätzung der eigenen Kraft“<sup>74</sup>.

Bei der Beurteilung von Genschers Leistungen äußerte der Journalist und Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Rheinischer Merkur“, Thomas Kielinger, der Minister garantierte die Verankerung Deutschlands im Westen in der Koalition mit der SPD und unterstrich seinen positiven Beitrag zur CDU/CSU-Koalition und zur Fortsetzung der Ostpolitik. Ein Politologe der Freien Universität Berlin, Arnulf Baring, bezeichnete den Minister als „ein Schrankenwärter, der aufpasst, dass der Zug nicht entgleist“<sup>75</sup>, und kritisierte ihn für „die Rhetorik [...] der Bereitschaft der ganzen Welt die Sterne vom Himmel zu holen und das Versprechen auszusprechen — die allerdings keine richtige Entschlossenheit hat, die Verbündeten davon zu überzeu-

---

<sup>72</sup> Vgl. H.-D. Genscher, op. cit., S. 965-966.

<sup>73</sup> Vgl. Z. Mazur, op. cit., S. 28-29; Z. Mazur, Koncepcja „znormalizowania” niemieckiej polityki zagranicznej, in: A. Wolff-Powęska (Red.), Podzielona jedność. Raport o Niemczech lat dziewięćdziesiątych, Poznań 1994, S. 75-82.

<sup>74</sup> Vgl. B. Koszel, Niemcy wobec transformacji w Europie Środkowej i Południowo-Wschodniej, in: Z. Mazur (Red.), Rola Nowych Niemiec na arenie międzynarodowej, Poznań 1986, S. 194.

<sup>75</sup> Vgl. H. Schulze, R. Kiessler, Hans-Dietrich Genscher. Ein deutscher Außenminister, München 1990, S. 14.

gen<sup>76</sup>. Der Forscher stellte die Prioritäten in der Außenpolitik der BRD dar (die USA, Europa, dabei aber zuerst Westeuropa, und dann Osteuropa, die UdSSR oder Russland) und meinte, nach Auffassung Genschers, gebe es eine solche Liste nicht<sup>77</sup>. Der Publizist und Herausgeber „Zeit“, Josef Joffe, bezeichnete Genscher als „einen einsamen Wolf, der mitten in Europa versuchte, Deutschland eine Rolle zu geben“<sup>78</sup>. Nach dem Amerikanisten Christian Hacke war dieser Politiker „[...] in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein mutiges, den Weg gut kennendes Markenzeichen der deutschen Außenpolitik“<sup>79</sup>. Nach Meinung dieser Politologen „war die Tatsache, dass die westdeutsche Diplomatie über zwei Dekaden von einem Mann geführt wurde, tatsächlich eine Himmelsgabe. Dadurch war Deutschland nicht mehr verdächtig und wurde endlich zu einem berechenbaren und gut verankerten Element auf der europäischen Landkarte“<sup>80</sup>. Emil J. Kirchner von der Universität in Essen definierte den Genscherismus „eher als eine Kritik der Bequemlichkeit als der Ideologie oder Strategie. Er ist mehr reaktiv als kreativ. Er ist eine Reaktion auf äußere und innere Änderungen. Im Äußeren hat es die Annäherung zwischen den beiden Supermächten, die dynamische Entwicklung der EG und die Änderung der amerikanischen Perspektive auf Europa zur Folge. Im Inneren zieht es die Änderung der Werte (vom Materialismus zum Postmaterialismus) nach sich und die Suche nach der nationalen Identität und Einheit, den steigenden Wunsch, mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges fertig zu werden und die Selbstsicherheit zu vergrößern“<sup>81</sup>. Laut diesem Politologen basierte Genschers Vorstellung von den internationalen Beziehungen, die er verfolgte, auf der Beseitigung von Feindseligkeit in den internationalen Beziehungen, Demilitarisierung und Entideologisierung der Beziehungen zwischen Osten und Westen und der Bildung von Friedensstrukturen. Nach dem Empfinden des Forschers hatte Genscher mit seiner Einstellung auf die Ereignisse in der Innen- und Außenpolitik der BRD reagiert, um mit Blick auf Deutschlands geografische Lage eine Position als aktives NATO-Mitglied und Teilnehmer am Dialog zwischen Osten und Westen zu sichern<sup>82</sup>. Timothy Garton Ash definierte die Politik von Genscher eigenwillig und behauptete, dass Genscher freundschaftliche Beziehungen mit dem Himmel, vertiefte Partnerschaft mit der Erde, aber auch fruchtbare Zusammenarbeit mit der Hölle angestrebt hatte<sup>83</sup>. Ähnlich klingt die Meinung des Politikers Alfred Mechttersheimer, der feststellte, dass in den 80er Jahren die Politik von der „Oszillation“ zwischen der Integration mit Westeuropa und der Annäherung an den Osten gekennzeichnet war. A. Mechttersheimer

---

<sup>76</sup> Vgl. A. Baring, *Czy Niemcom się uda? Pożegnanie złudzeń*, Wrocław 2000, S. 141.

<sup>77</sup> Vgl. A. Baring, *Deutschland, was Nun?*, Berlin 1991, S. 187.

<sup>78</sup> Vgl. H. Schulze, R. Kiessler, op. cit.

<sup>79</sup> Vgl. Ch. Hacke, *Der Wiedervereinigte*, „Internationale Politik“, Nr 3/2007, S. 95.

<sup>80</sup> Vgl. R. Woś, *Sylwetka Hansa-Dietricha Genschera*, „Dziennik“, 16.04.2007.

<sup>81</sup> Vgl. E. J. Kirchner, *Genscher and what Lies Behind „Genscherism“*, „West European Politics“, Nr 2/1990, S. 172.

<sup>82</sup> Ebenda, S.164; K. P. Zeitler, op. cit., S. 268-269.

<sup>83</sup> Vgl. H. Kremp, *Die Kunst des Genscherismus*, „Die Welt“, 21.03.2007.

hatte es wie folgt zusammengefasst: „Genscher ist glaubwürdig, wenn er sich sowohl für das A, als auch für das B einsetzt, auch dann wenn sich A und B gegenseitig ausschließen“<sup>84</sup>. Michael Stack nannte den Genscherismus „eine erfolgreiche Ausgleichs- und Verständigungspolitik“<sup>85</sup>. Z. Mazur meinte, dass der Minister „eine hohe Professionalität und eine ununterbrochene Diplomatie garantierte [...] „Er war [...] ein hervorragender Taktiker, der beharrlich und zugleich flexibel ist. Vor allem beherrschte er eine wertvolle Fertigkeit, Schwierigkeiten zu überwinden“<sup>86</sup>. Nach Erhard Cziomer erwarb Genscher „gute taktische Fertigkeiten und die Fähigkeit zur hartnäckigen Durchsetzung seiner politischen Konzepte“<sup>87</sup>. Dariusz Rosati definierte den Genscherismus als „eine besondere Art der Ausübung der Außenpolitik. Das bedeutete [...] vor allem die Verfügung über eine strategische, langfristige politische Vorstellung, die auf den der europäischen Zivilisation zugrunde liegenden Werten wie Freiheit, Solidarität, Arbeitsamkeit, Opferwilligkeit basierte“<sup>88</sup>.

Richard von Weizsäcker stellte fest: „Unser Minister war an und für sich ein Zentrum des Vertrauensaufbaus in der Welt. Das prägte sein Bild in der Welt“<sup>89</sup>. Der Ex-Bundespräsident hielt Genscherismus für „eine Ehrenbezeichnung für verantwortungsvolle Versöhnungspolitik und Friedenspolitik“<sup>90</sup>. Johannes Rau urteilte, dass Genscher, durch seine Politik „vernünftige Politik des langen Atems“ West und Ost einander annäherte<sup>91</sup>. H. Kohl sprach dagegen über Genscher „Metternich aus Halle“, und über den Genscherismus, dass er eine Fortsetzung des alten Konzeptes von Gustav Stresemann ist, der nach dem Ausgleich mit den östlichen Nachbarländern strebte, aber gleichzeitig [...] nicht an der Verwurzelung der BRD im westlichen Bündnis zweifelte“<sup>92</sup>. Hermann Rudolph erinnerte an das Lebensmotto von Genscher – „die Welt in meinen Augen, Halle im Herzen“<sup>93</sup>. Marion Gräfin Dönhoff meinte: „Genscher war der mächtigste Außenminister der westlichen Welt, weil nicht nur er von dem Regierungschef abhing, während er Minister seines Kabinetts war, sondern auch der Regierungschef von ihm abhing, als dem Vorsitzenden der FDP- einer lästigen Partei“<sup>94</sup>. Klaus Kinkel beurteilte Genscher als einen „begabten Taktiker“,

<sup>84</sup> Vgl. K. P. Zeitler, op. cit., S. 265.

<sup>85</sup> Vgl. M. Staack, Die Zeit nach Genscher, „Berliner Europa Forum“, Berlin nr 6/1992, S. 3.

<sup>86</sup> Vgl. Z. Mazur, Odejskie..., op. cit., S. 22.

<sup>87</sup> Vgl. E. Cziomer, Historia Niemiec współczesnych 1945-2005, Warszawa 2006, S. 216.

<sup>88</sup> Vgl. M. Drzonek, Hans-Dietrich Genscher: doctor honoris causa Uniwersytetu Szczecińskiego, Szczecin 2002, S. 26.

<sup>89</sup> Vgl. W. Holzer, Der Außenminister, „Frankfurter Rundschau“, 21.03.2007.

<sup>90</sup> Vgl. R. von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher zum siebzigsten Geburtstag, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 36.

<sup>91</sup> Vgl. „Ehrenpromotion Hans-Dietrich Genscher (6.05.2003)“, in: „Leipziger Universitätsreden“, Neue Folge Heft 96, Leipzig 2004, S. 14.

<sup>92</sup> Vgl. H. Prantl, Der Metternich aus Halle, „Süddeutsche Zeitung“, 21.03.2007.

<sup>93</sup> Vgl. H. Rudolph, Der Mann für die Langstrecke, „Der Tagesspiegel“, 21.03.2007.

<sup>94</sup> Vgl. M. Gräfin Dönhoff, Kanclerze Republiki Federalnej Niemiec jakich nie znamy, Warszawa 1999, S. 229.

der sich nicht nach dem Motto der Zweck heiligt die Mittel richtet und „mit Verantwortungsgefühl“ für seinen Staat sorgte<sup>95</sup>. Walter Scheel erwähnte, dass Genscher sehr anspruchsvoll gegenüber seinen Mitarbeitern war, aber vor allem gegenüber sich selbst. Er gehörte zu den wenigen Politikern mit denen sich der ehemalige Vorsitzende der FDP und Bundespräsident duzte. Nach W. Scheel „hatte Genscher nichts übersehen“ bei seiner Arbeit und hatte „scharfe und vernünftige“ Analysen vorgestellt<sup>96</sup>. Oskar Lafontaine schrieb über ihn „Hans-Dietrich Genscher der Große“<sup>97</sup>, und der Außenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnete Genscher als einen „Außenminister der Einheit“<sup>98</sup>. Roland Dumas sah in dem deutschen Politiker „einen Menschen, der seine Zeit prägte“<sup>99</sup> und Zbigniew Brzeziński „einen vernünftigen und verantwortungsvollen Staatsmann“, der die Konflikte auf der Achse Washington-Bonn milderte<sup>100</sup>. Nach James A. Baker ist Genscher „Freund und Staatsmann“, und Genschismus „die angebliche Neigung Genschers, der UdSSR gegenüber nachgiebig zu sein“<sup>101</sup>. Richard Burt (amerikanischer Botschafter in der BRD) hielt ihn für einen „gewagten Menschen – einen verdächtigen Menschen“<sup>102</sup>. Der Publizist Peter Pragal schrieb in der „Berliner Zeitung“, dass laut Genscher „Wer nicht weiß, woher er kommt, am häufigsten auch nicht weiß, wohin er geht“. Er lobte „seinen Fleiß, politischen Instinkt [...], freundschaftliche Beziehungen, einen großen Schick“. Er schrieb über Genscher „Meister der Eigenschöpfung“, der „sich durchlavieren konnte und ein guter Taktiker war“<sup>103</sup>. Der Minister wurde durch die Bezeichnung „der Mann des Zentrums der Bundesrepublik“ charakterisiert. Über ihm wurde es „Genschman“ geschrieben und es wurde betont, dass „die Ausbesserung“ die Art seiner Arbeit ist. Berndt Guggenberger meinte: „wir lieben und bewundern Genscher, weil wir alle wie er sind – aber ohne dieses Format. Genscher scheint uns so sympathisch zu sein, da wir alle kleine Genschisten sind [...] das ist ein Phänomen des Ausgleichs“<sup>104</sup>. Andrzej Blik führte dagegen die Beschreibung Genschers an, die in der französischen Presse veröffentlicht wurde. In „Le Point“ wurde über Genscher geschrieben: „geübt in der Kunst der Ausflüchte wie ein Florentiner, geschwätzig und direkt wie ein Römer, die persönlichen Kontakte und Handeln liebend wie ein Levantiner; der Außenminister der BRD besteht aus Licht und Schatten“<sup>105</sup>.

<sup>95</sup> Vgl. K. Kinkel, Vorwort, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 22-23.

<sup>96</sup> Vgl. W. Scheel, Hans-Dietrich Genscher als Mensch und Staatsmann, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 28.

<sup>97</sup> Vgl. O. Lafontaine, Entspannungspolitiker und Europäer, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 252.

<sup>98</sup> Vgl. F.-W. Steinmeier, Voll Leidenschaft, „Die Zeit“, 15.03.2007

<sup>99</sup> Vgl. R. Dumas, Der Mann, der seine Zeit geprägt hat, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 449.

<sup>100</sup> Vgl. Z. Brzeziński, Cztery lata w białym domu. Wspomnienia, Warszawa 1990, S. 23 und 278.

<sup>101</sup> Vgl. J.A. Baker, Dem Freund und Staatsmann, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 446.

<sup>102</sup> Vgl. W. Filmer, H. Schwan, op. cit., S. 379; K.P. Zeitler, op. cit., S.270.

<sup>103</sup> Vgl. P. Pragal, Der Gesamtdeutsche, „Berliner Zeitung“, 20.03.2007.

<sup>104</sup> Vgl. B. Guggenberger, Wir Genschisten, in: B. Guggenberger, K. Hansen (Hrsg.), Die Mitte. Vermessung in Politik und Kultur, Opladen 1993, S. 208-211.

<sup>105</sup> Vgl. A. Bilik, Politycy, czterdziestu siedmiu wielkich, Warszawa 1993, S. 146.

Franz Josef Strauß meinte dagegen, sein politischer Gegner sei „eine armenische Mischung eines marokkanischen Teppichhändlers, türkischen Rosinenhändlers, griechischen Schiffsmaklers und des jüdischen Geldverleihers mit einem Sachsen“<sup>106</sup>. Nach der Meinung des Schriftstellers Lew Kopelew, richtete sich Genscher nach folgendem Prinzip „die Verantwortung für die Vergangenheit ist gerecht nur dann, wenn sie die Verantwortung für die Zukunft übernimmt“<sup>107</sup>.

2007 feierte Hans Dietrich Genscher in Berlin seinen 80. Geburtstag<sup>108</sup>. An der Feier nahmen außer der Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Politiker teil, die Genscher während seiner 18-jährigen Amtszeit als Außenminister der BRD begleitet hatten, u. a. Henry Kissinger und Eduard Schewardnadse. Neben der Beurteilung seines politischen Werks erinnerte die Presse daran, dass er sich gern in einem gelben Pullunder zeigte, für die Erzählung von Witzen und Anekdoten bekannt war. Die Karikaturenzeichner stellten oft seinen Sinn für Humor und seine Selbstkritik auf der Probe. Die in der Presse systematisch veröffentlichten Karikaturen von Genscher waren eine eingehende Bewertung seiner politischen Tätigkeit. Ernst Maria Lang und Walter Hanel, die Meister der Karikaturenkunst, erstellten mit der Zeichnung von Genscher viele historische Zeugnisse, die u. a. in die Dokumentation der Pressemitteilungen im Deutschen Bundestag aufgenommen wurden<sup>109</sup>. An dem Tag seines Geburtstags wurden auch seine Begeisterung für die in Bayreuth veranstalteten Richard Wagner Festivals und seine besondere Faszination für die Musik von Dvořák und Tschajkowsky angesprochen. Man erwähnte auch sein Lebensmotto „nicht aufgeben“<sup>110</sup>. In Anlehnung an die Ballade Börries von Münchhausens: „die Generationen kommen, die Generationen gehen — die hirschledernen Reithosen bleiben bestehen“ meinte Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“. Genscher habe als Minister in den Regierungen von W. Brandt, H. Schmidt und H. Kohl gekleidet in diese „Lederhosen der BRD“ die Fortsetzung in der deutschen Politik verkörpert<sup>111</sup>.

---

<sup>106</sup> S. „Ausgewählte Zitate 1959-1988“, [http://www.franz-josef-strauss.de/wortundbild/zitate\\_andere.html](http://www.franz-josef-strauss.de/wortundbild/zitate_andere.html)

<sup>107</sup> Vgl. L. Kopelew, Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft, in: K. Kinkel (Hrsg.), op. cit., S. 46.

<sup>108</sup> Vgl. D. Kurbjuweit, Die Kunst der Unsterblichkeit, „Der Spiegel“, 26.03.2007; F.-W. Steinmeier, Voll Leidenschaft, „Die Zeit“, 15.03.2007; P. Pragal, Der Gesamtdeutsche, „Berliner Zeitung“, 20.03.2007; G. Nonnenmacher, Die Witterung des Kommenden, „FAZ“, 21.03.2007; H. Rudolph, Der Mann für die Langstrecke, „Der Tagesspiegel“, 21.03.2007; H. Kremp, Die Kunst des Genscherismus, „Die Welt“, 21.03.2007; H. Prantl, Der Metternich aus Halle, „Süddeutsche Zeitung“, 21.03.2007; W. Holzer, Der Außenminister, „Frankfurter Rundschau“, 21.03.2007.

<sup>109</sup> Vgl. W. Keim, Karikaturisten lieben nicht nur seine Ohren, „Die Welt“, 31.03.2007.

<sup>110</sup> Vgl. G. Lange, Zweimal nachdenken, bevor man nichts sagt!, in: W. Filmer, G. Schwan, op. cit., S. 340.

<sup>111</sup> Vgl. H. Prantl, op. cit.

## ZUSAMMENFASSUNG

Hans-Dietrich Genscher schrieb sich mit seiner Lebenseinstellung und Erfahrung in die Nachkriegsgeschichte der BRD ein. Obwohl er nicht charismatisch war und keine außergewöhnlichen Reden halten konnte, prägte er die deutsche Politik stark. Die Politik machte er zu seinem Beruf und zu seiner Lebensart. Mit Erfolg bemühte er sich, darum dass die BRD im Ausland als ein berechenbares Land angesehen wird. Genscher wurde nie Kanzler, aber nicht auf Grund mangelnder Fähigkeiten, sondern wegen Zugehörigkeit zur FDP. Als Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei konnte er nicht Regierungsoberhaupt werden. Diese Funktion war für den Vorsitzenden einer Massenpartei vorgesehen.

Kanzler hatten gewechselt, und Genscher jedoch blieb. Seine Beziehung zum Kanzler Willy Brandt wurde als sehr gut beurteilt und seine Kontakte zu Helmut Kohl schätzte man als befriedigend ein. Seine Zusammenarbeit mit Helmut Schmidt verlief dagegen sehr schwer. Überaus schlecht beurteilten viele Deutschen die Tatsache, dass Genscher im Jahr 1982 die Koalition mit den Sozialdemokraten auflöste und sich für die Regierung mit CDU/CSU entschied.

Als Parteivorsitzender – mehr Aktivist als Theoretiker - bemühte er sich, dass die FDP an der Macht bleibt. Er sicherte den Liberalen einen Platz auf der deutschen politischen Bühne. Als Außenminister erwies er sich als ein verantwortungsvoller und wirksamer Advokat im Interesse der BRD. Trotz Auseinandersetzungen konnte er die Parteien immer wieder vereinen, um ein positives Bild Deutschlands in der Welt zu erreichen.

Als schwierigsten Moment in seiner politischen Karriere bezeichnete er den Angriff auf das olympische Dorf in München 1972. Damals bot er sich als Geisel an für die Freilassung der Sportler aus den Händen der Terroristen. Als einen glücklichen Tag bezeichnete er den 30. September 1989. Damals konnte er vom Balkon des Lobkowitz Palastes in Prag, dem Sitz der Deutschen Botschaft, die aus der DDR geflohenene Deutschen über die Möglichkeit der Ausreise nach Westdeutschland informieren.

Genschers Tätigkeit und zugleich die Bezeichnung *Genscherismus* wurden als eine Haltung zur Bekräftigung des BRD-Bildes mit ihrem Ziel – der Wiedervereinigung auf der Grundlage der Europäischen Integration- verstanden. Der Diplomat vertrat die Meinung, dass der Frieden und das Bewusstsein der gemeinsamen Ziele

im Bereich der internationalen Politik zur Stärkung Deutschlands beitragen werden. Oft sprach er von der „Verantwortungspolitik“ und der „Friedenspolitik“. Die Werte, auf die er sich berief, waren Glaubwürdigkeit, Kontinuität, Selbstbestimmung und Vertrauen.

Mit der Wiedervereinigung kamen politische Veränderungen in der Welt, die bewirkten, dass das wiedervereinigte Deutschland und die Diplomatie dieses Landes vor neuen Problemen standen. Kritisch beurteilte man die Aktivitäten von Genscher während des Balkan-Konfliktes. Man warf ihm vor, dass er wegen der Unterlegenheit der FDP gegenüber der CDU/CSU vorzeitig die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens anerkannte, was zur Verschärfung des Konfliktes im Süden Europas führte. Ähnlich negativ wurde seine Haltung beurteilt als der Krieg im Irak ausbrach. Die damals von dem Politiker unternommenen Schritte verrieten nach Meinungen vieler Beobachter die mangelhafte Vorbereitung und das Fehlen der Bereitschaft, wirksam und effektiv im Rahmen der Koalition gegen Saddam Hussein zusammenzuarbeiten. Die negative Beurteilung des Funktionierens des Auswärtigen Amtes während des Balkan-Konfliktes sowie während des Irak-Krieges, wurde ein Grund für Genschers Rücktritt, so viele Beobachter der deutschen politischen Bühne.

Mit seiner Amtsaufgabe sprach man von dem Ende einer gewissen Epoche in der Geschichte der BRD. Genscher wurde als „Bismarck unserer Zeiten“ bezeichnet, man suchte Ähnlichkeiten zu Gustav Stresemann. Genscher hatte seine Mission abgeschlossen, nachdem Deutschland wiedervereinigt worden war. Bis dahin waren seine Konzeptionen eindeutig und lesbar gewesen. Er wurde zum Garanten der Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik.

## LITERATURVERZEICHNISS

### I. Veröffentlichungen von Hans-Dietrich Genscher

Genscher H.-D., *Aufgaben der Außenpolitik: Entspannung, Kooperation, Integration*, w: H.-D. Genscher, Liberale in der Verantwortung, München. Wien 1976.

Genscher H.-D., *Aufgaben des öffentlichen Dienstes im demokratischen Rechtsstaat*, w: Genscher H.-D., Wittkämmer G. W., Becker U., Theis A., Kalb H., Bartels H., Emde H. G., Schiess K., Scholz R., *Öffentlicher Dienst und Gesellschaft-eine Leistungsbilanz*, Düsseldorf 1974.

Genscher H.-D., *Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit*, Bonn 1976.

Genscher H.-D., *Berufsbeamtentum und Zukunft des öffentlichen Dienstes. Rede von Bundesinnenminister H.-D. Genscher auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und –anwärter im Deutschen Beamtenbund am 10.9.1973 in Wiesbaden*, Bonn 1973.

Genscher H.-D., *Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Sonderdienst. SO C-79*, Bonn: Inter Nationes 1979.

Genscher H.-D., *Bundestagsreden*, Bonn 1972.

Genscher H.-D., *Bundestagsreden und Zeitdokumente*, Bonn 1979.

Genscher H.-D., *Deutsche Außenpolitik*, Stuttgart. Bonn 1985.

Genscher H.-D., *Die Bundesrepublik Deutschland vor den Vereinten Nationen*, Bonn 1976.

Genscher H.-D., *Die gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports*, Bonn 1976.

Genscher, H.-D., *Die OSZE stärken – unverzichtbare Voraussetzung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok*, w: „OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) – Jahrbuch 1996.

Genscher H.-D., *Die Vereinten Nationen als Organisation des Friedens in der Welt*, „Vereinten Nationen. Zeitschrift für die Vereinten Nationen und Ihre Sonderorganisationen“, nr 2/1988.

Genscher H.-D., *Erinnerungen*, Berlin 1995.

Genscher H.-D., *Es gibt nur eine Freiheit und Frieden*, „Die neue Bonner Depeche“, nr 12/1989.

Genscher H.-D., *Freiburg 1976*, „Liberal“, nr 6/1976.

Genscher H.-D., *Friedenspolitik für eine Neue Weltordnung*, „Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden“, nr 1/1992.

Genscher H.-D., *Gorbachov needs a new foreign policy*, „European Affairs“, nr 1/1987.

Genscher H.-D., *Internationale Umweltpolitik, Eine Dokumentation*, Das Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Öffentlichkeitsarbeit, 53 Bonn (brak daty wydania).

Genscher H.-D., *Kontinuität und Wandel. Moderne Außenpolitik in der Perspektive 2000*, in: Genscher H.-D., *Nach vorn gedacht*, Bonn 1987.

Genscher, H.-D. *Kooperative Strukturen der Sicherheit — eine Perspektive für die Friedensordnung in Europa*, w: „Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden“, nr 3/1989.

Genscher H.-D., *Liberales Europa*, „Liberal“ nr 5/383.

Genscher H.-D., *Liberales in der Verantwortung*, München. Wien 1976.

Genscher H.-D., *Menschen unserer Zeit. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Kirche, der Wirtschaft und der Politik*, brak miejsca wydania, 1971.

Genscher H.-D., *Mit ihm auf dem Weg zur Einheit*, „Die politische Meinung“, nr 3/ 2005.

Genscher H.-D., *Öffentlicher Dienst am Scheideweg?*, w: H.-D. Genscher, K. H. Friauf, M. Löwisch, W. Bierfelder, H. Schneider, *Der öffentliche Dienst am Scheideweg*, Düsseldorf 1972.

Genscher H.-D., *Planungen und Vorhaben des Bundesministeriums des Innern 1973-1976. Bericht von Bundesminister Hans-Dietrich Genscher vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 14.02.1973*, Bonn 1973.

Genscher H.-D., *Treue um Treue oder Vertrauen gegen Vertrauen. Traditionen und Reform im öffentlichen Dienst*, w: H.-D. Genscher, R. Gronarz, W. Haubrichs, K.-H. Mittelsteiner, A. Möller, A. Pausch, H. Schmidt, H. Wertz, G. Zeitel, *Steuergerechtigkeit durch Steuervereinabraum*, Düsseldorf 1974.

Genscher H.-D., *Towards a Strategy for Progress*, „Implications of Soviet new Thinking“ 1987.

Genscher H.-D., *Verteidigungsfähigkeit und Rüstungskontrolle als Elemente deutscher Friedenspolitik*, Würzbach P.-K., Die Atomschwelle heben. Moderne Friedenssicherung für übermorgen, Koblenz 1983.

Genscher H.-D., *Umweltschutz. Das Umweltprogramm der Bundesregierung*, Stuttgart. Berlin. Köln. Mainz (brak daty wydania).

Genscher H.-D., *Unterwegs zur Einheit*, Berlin 1991.

Genscher H.-D., *Wer seine Rechnung ohne die F. D. P. Macht, verrechnet sich*, in: „Schriftenreihe der F.D.P. Landesverband Nordrhein-Westfalen“. Heft 1948.

Genscher H.-D., *Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?*, „Der Bundesminister des Auswärtigen. Mitteilung an die Presse“, Nr. 1100 B/83. Bonn 2.12.1983.

Genscher H.-D., *Wird die OSZE unterschätzt?*, „OSZE- Jahrbuch“ 2001.

Genscher H.-D., *Zukunftsverantwortung. Reden*, Berlin 1990.

## II. Quellen

- Archiv der Gegenwart (1974-1992)  
Archiv des Liberalismus  
FDP Presestelle (1969-1986)  
FDP Bundeshauptauschuss (1969-1981)  
FDP Bundesparteitage (1969-1986)  
Borodziej W. (red.), *Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989-1991. Dokumenty dyplomatyczne*, Warszawa 2006.  
„Bulletin“ (Wyd. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) (1970-1992)  
Dokumente zur Deutschlandpolitik IV. Reihe / Band 5 (1. 1- 30. 11. 1966), hg. Vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen), Frankfurt/M, 1981  
Munziger Archiv/Internat. Biograph. Archiv.  
„Przemówienie ministra spraw zagranicznych Hansa-Dietricha Genschera z okazji podpisania traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczą pospolitą Polską o potwierdzeniu istniejącej pomiędzy nimi granicy”, Warszawa, 14.11.1990,  
„Zeszyty Niemcoznawcze PISM”, nr 5/1990  
Schiffers R., FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967, Düsseldorf 1993.  
Tomala M., *Polityka i dyplomacja polska wobec Niemiec. Tom II. 1971-1990*, Warszawa 2006  
Tomala M., Jacobsen H.-A., *Warszawa – Bonn 1945-1991. Stosunki polsko-niemieckie. Analiza i dokumenty*, Warszawa 1992

## III. Tageb und Erinnerungen

- Attali J., *Verbatim III. 1989-1991*, Libraire Arthème Fayard 1995.  
Brandt W., *Erinnerungen*, Frankfurt/Main. Berlin 1992.  
Brzeziński Z., *Cztery lata w białym domu. Wspomnienia*, Warszawa 1990.  
Bush G., Scowcroft B., *Świat przekształcony*, Warszawa 2000.  
Gorbatschow M., *Erinnerungen*, Berlin 1995.  
Guillaume G., *Die Aussage. Wie es wirklich war*, Berlin 1993.  
Kohl H., *Pragnąłem jedności Niemiec*, Warszawa 1999.  
Rolicki J., *Edward Gierek. Replika*, Warszawa 1990.  
Schmidt H., *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II*, Berlin 1990.  
Schmidt H., *Menschen und Mächte*, Berlin 1987.  
Strauß F.J., *Die Erinnerungen*, Berlin 1989.  
Teltschick H., *329 dni. Zjednoczenie Niemiec w zapiskach doradcy kanclerza*, Warszawa 1992.

#### ***IV. Monographien***

Ackermann E., *Mende, Scheel und Genscher- die Liberalen in der Deutschen Nachkriegspolitik*, w: E. Ackermann, Politiker. Vom Richtigen und vom falschen Handeln, Köln 1996.

Adamczyk A., *Uwarunkowania i perspektywy pojednania polsko-niemieckiego po 1989 roku*, Poznań 1989.

Albrecht U., *Granice z RP w procesie „Dwa plus Cztery”*, w: B. Mikulska-Góralaska, W. M. Góralski, Polska. Niemcy. Przyszłość, Warszawa 1996.

Andrzejewski I., *Francja a jedność niemiecka*, „Zeszyty niemcoznawcze PISM, V (4)/1990.

Ash T. G. *W imieniu Europy. Niemcy i podzielony kontynent*, Londyn 1996.

Bade K., w: Bernecker W., Dotterweide V., (Hg.), *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Politische Porträts, Band I*, Göttingen 1982, Bahr E., *Zu meiner Zeit*, München 1996.

Barcz J., *Funkcja „pozycji prawnych” w polityce koalicji chadecko-liberalnej wobec Polski*, w: W. M. Góralski, J. Barcz, *Dylematy polityki wschodniej RFN w latach 1982-85*, Warszawa 1987.

Barcz J., *Podstawy polityczne i prawne stosunków Polski ze zjednoczonymi Niemcami*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej” Rok 1991, Warszawa 1993.

Barcz J., Tomala M., *Polska. Niemcy. Dobre sąsiedztwo i przyjazna współpraca*, Warszawa 1992.

Baring A., *Czy Niemcom się uda? Pożegnanie złudzeń*, Wrocław 2000.

Baring A., *Deutschland, was Nun?*, Berlin 1991.

Baring A., *Machtwechsel. Die Ära Brandt- Scheel*, Stuttgart 1982.

Baumgartner G., Hebig D., *Bigraphischess Handbuch der SBZ/DDR 1945-1990*, Paris 1996.

Beevor, A., *Upadek*, Warszawa 2005.

Bender P., *Die „Neue Ostpolitik” und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, München 1986.

Bender P., *Polen — die Zeit drängt*, „Liberal“, nr 4/1975.

Benien T., *Der SDI – Entscheidungsprozeß in der Regierung Kohl/ Genscher (1983-1986)*, München 1991.

Betzuge R., *Hans-Dietrich Genscher. Eduard Schewardnadse. Das Prinzip Menschlichkeit*, Reinbeck 1994.

Biermann R., *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Padeborn — München — Wien — Zurich 1995.

Bingen D., *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla 1949-1991*, Kraków 1997.

Bingen D., *Realistische Entspannungspolitik: Der mühsame Dialog mit dem Osten — Die Bundesrepublik Deutschland und ihre östlichen Nachbarn*, w: H.-D. Lu-

cas, Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002.

Blumenwitz D. i inni, *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976.

Bortfeldt H., *Washington, Bonn, Berlin. Die USA und die deutsche Einheit*, Bonn 1993.

Bracher K. D., Jäger W., Link W., *Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart 1986.

Brand Ch.-M., *Souveränität für Deutschland*, Köln 1993.

Brenke G., *Die Bundesrepublik Deutschland und der Namibia-Konflikt*, München 1989.

Brey T., *Trümmer, Chaos und kein Ende... zur Lage in ehemaligen Jugoslawien*, „Osteuropa”, nr 2/1999.

Bude H., *Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer - Generation*, Frankfurt a. M. 1987.

Bücker J., Schlimbach H., *Die Wende in Bonn. Deutsche Politik auf dem Prüfstand*, Heidelberg 1983.

Budnikowski T., Janicki L., Kalka P., Kiwerska J., Malinowski K., Wróblewski T., *Stosunki polsko-niemieckie*, „Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej” 1992, Warszawa 1994.

Burger W.S., *Problem niemiecki w myśli politycznej zachodnioniemieckich partii: CDU/CSU, SPD i FDP w latach 1945-2000*, Toruń 2002.

Busch J., Lücke F., *Wir hatten die Wahl. Die Parteien im Kampf um die Macht 1965*, München-Wien 1965.

Cholewiak S., *Polityka zagraniczna RFN w latach siedemdziesiątych*, „Sprawy Międzynarodowe”, nr 4/1977.

Cholewiak S., *Nacjonalizm w partiach zachodnioniemieckich (CDU, CSU, SPD, FDP) w latach 1949-1974*, Warszawa 1984.

Churchill W., *Krew, znoj i łzy. Sławne mowy*, Poznań 2001.

Conze E., *Vom Herter-Plan zum Genscher-Plan*, „Europäische Rundschau”, nr 4/1999.

Cygański M., *Polityka RFN wobec NRD w latach 1978-1979*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych”, nr 2/1980.

Cygański M., *Polityka wschodnia i niemiecka rządów koalicji SPD/FDP*, w: J. Sawczuk (red.), *Szkice do bilansu polityki gabinetów socjalliberalnych*, Opole 1987.

Cygański M., *Polityka wschodnia Republiki Federalnej Niemiec w latach 1969/70 -1988/89*, Opole 1990.

Cygański M., *Rola polityczno-wojskowa RFN w NATO (przegląd orientacji zachodnioniemieckich i faktów)*, „Przegląd Stosunków Międzynarodowych”, nr 3-4/1987.

Czaja Z., *Kościół Ewangelicki Niemiec (EKG) w procesie normalizacji stosunków Polska- RFN*, Poznań 1982.

- Cziomer E., *Aspekty stosunków ZSRR-RFN*, „Sprawy Międzynarodowe”, nr 12/1981.
- Cziomer E., *Determinanty i główne problemy polityki wschodniej RFN*, Warszawa 1981.
- Cziomer E., *Historia Niemiec współczesnych 1945-2005*, Warszawa 2006.
- Cziomer E., *Historyczne aspekty polityki jedności niemieckiej RFN 1949-1989*, w: J. Sawczuk (red.), *Zamknięcie kwestii niemieckiej 1989-1991. Studia i szkice*, Opole 2007.
- Cziomer E., *Miejsce ZSRR w polityce zagranicznej RFN*, Poznań 1988.
- Cziomer E., *Polityka zagraniczna Niemiec. Kontynuacja i zmiana po zjednoczeniu ze szczególnym uwzględnieniem polityki europejskiej i transatlantyckiej*, Warszawa 2005.
- Cziomer E., *Polityka zagraniczna RFN. Uwarunkowania – cele – mechanizm decyzyjny*, Warszawa 1980.
- Cziomer E., *Zarys historii Niemiec powojennych 1945-1995*, Warszawa-Kraków 1997.
- Czubiński A., *Polityka ZSRR wobec Niemiec*, w: A. Czubiński, *Droga Niemców do ponownego zjednoczenia państwa*, Poznań 1991.
- Czubiński A., *Powstanie i główne etapy rozwoju NRD*, w: Czubiński A., *Powstanie i główne etapy rozwoju Niemieckiej Republiki Demokratycznej 1949-1974*, Poznań 1976.
- Czubiński A., *Przyspieszenie procesu jednoczenia Niemiec*, w: A. Czubiński (red.), *Droga Niemców do ponownego zjednoczenia państwa 1949-1990*, Poznań 1991.
- Czubiński A., Janicki L., *Republika Federalna Niemiec w dobie rządów koalicji socjaldemokratyczno-liberalnej (1969-1982)*, Poznań 1985.
- Czubiński A., *Węzłowe problemy rozwoju socjaldemokracji niemieckiej (1847-1993)*, Poznań 1994.
- Demby B., *Stosunek FDP do zachodniej granicy Polski u progu utworzenia rządu z SPD*, „Przegląd Zachodni”, nr 2/1984.
- Dobrowolski P., *Odprężenie i jego interpretacje w myśli politycznej RFN*, „Sprawy międzynarodowe”, nr 9/1976.
- Dobrowolski P., *RFN a polityka odprężenia w latach osiemdziesiątych*, Katowice 1989.
- Dönhoff M. Gräfin, *Kanclerze Republiki Federalnej Niemiec jakich nie znamy*, Warszawa 1999.
- Dräf D., *Rekrutierung und Asbildung der Juristen in der SBZ/DDR*, w: Enquete – Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED – Diktatur in Deutschland“ (IV). *Rechts. Justiz.Polizei*, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995.
- Ferfila B., *Rozpad Jugosławii i powstanie Słowenii*, „Przegląd Zachodni”, nr 1/1993.
- Fest J. C., *Oblicze trzeciej Rzeszy*, Warszawa 1970.

Filmer W., Schwan H., *Hans-Dietrich Genscher*, Moewig bei Ulstein 1993.

Fischer A., *Entscheidungsprozeß zur deutsche Wiedervereinigung*, Frankfurt am Main — Berlin — Bern — New York — Paris — Wien 1996

Fischer B.-R., *Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR- Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume*, w: *Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED – Diktatur in Deutschland“*. *Ideologie. Integration. Disziplinierung (III/2)*, Baden-Baden — Frankfurt am Main 1995.

Fiszer J., *Stosunki polsko-niemieckie po roku 1989 oraz ich znaczenie dla bezpieczeństwa Europy*, „*Studia Polityczne*”, nr 5/1996.

Fritsch-Bournazel R., *Europa und die deutsche Einheit*, Bonn 1990.

Frölig J., *Geschichte und Entwicklung des Liberalismus in Deutschland*, Heft 3. *Liberalismus in der Bundesrepublik*, Köln 1989.

Furtak R. K., *H.-D. Genscher*, w: Kempf U., Merz H.-G. (Hrsg.), *Kanzler und Minister 1949-1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*, Wiesbaden 2001.

Gelles K., *Niemiecka polityka wschodnia*, Wrocław 2007.

Gilbert M., *Churchill. Biografia. Tom II*, Poznań 1991.

Góralski W. M., *Ciągłość i zmiany w polityce wschodniej RFN*, w: W. Góralski M., Barcz J., *Dylematy polityki wschodniej RFN 1982-1985*, Warszawa 1987.

Góralski W. M., *Zachodniemieckie partie polityczne wobec porządku pokojowego w Europie*, w: J. Sawczuk, *Sily polityczne Republiki Federalnej Niemiec wobec pokoju, polityki pokojowej i ladu pokojowego w Europie*, Opole 1990.

Grela M., *Paryski szczyt KBWE*, „*Sprawy Międzynarodowe*“, nr 2/1992.

Grosser D., *Soziale Marktwirtschaft- Soziale Sicherheit*, Melle 1993.

Grotowicz V., *Terroryzm w Europie Zachodniej w imię narodu i lepszej sprawy*, Warszawa — Wrocław 2000.

Guggenberger B., *Wir Genscheristen*, in: Guggenberger B., Hansen K. (Hrsg.), *Die Mitte. Vermessung in Politik und Kultur*, Opladen 1993.

Guz E., *Międzynarodowa pozycja Republiki Federalnej Niemiec*, „*Sprawy Międzynarodowe*”, nr 5/1980.

Hajnicz A., *Ze sobą czy przeciw sobie. Polska – Niemcy 1989-1992*, Warszawa 1996.

Hanel W., *Goodbye, Genschman. Hannels Porträt einer Ära*, Düsseldorf, Wien, New York, Moskau 1992.

Haferdorn H., *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982*, Baden – Baden 1983.

Hacke Ch., *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt – Berlin 2003.

Hacke Ch., *Der Mantel der Geschichte: „2+4” Und die deutsche Einheit in gesamt-europäischer Konkordanz*, w: H.-D. Lucas, *Genscher, Deutschland und Europa*, Baden-Baden 2002.

- Hacke Ch., *Der Wiedervereinigter*, „Internationale Politik“, nr 3/2007.
- Hildebrand K., *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969 (=Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd.4)*, Stuttgart, Wiesbaden 1984.
- Hofmann G., Krzemiński A., Reinartz D., Trzeciński Ł., *Zbrodnia&Kara&Duma&Uprzedzenie. Polacy i Niemcy*, Berlin.Warszawa 2007
- Hübsch R., *Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg: Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945-1970*, Potsdam 1997.
- Imfeld A., *Genschers neuer Ansatz im Nord-Süd-Dialog*, „Liberal“, nr 12/1978.
- Ivanković N., *Bonn. Das zweite kroatische Front*, Gießen, 1996.
- Jäckel H., *Wahlführer 1969, Politiker. Parteien. Programme*, München 1969.
- Jäger W., Link W., *Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1982.
- Jäger W., *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/1990*, Stuttgart 1998.
- Jagiello K., *Po zmierzchu bogów*, Warszawa 2005.
- Janicki L., *Podstawy prawne stosunków Polski ze zjednoczonymi Niemcami*, w: „Wokół traktatów Polska-Niemcy“, Biblioteka Przeglądu Zachodniego, Zeszyt 16, Poznań 1992.
- Janicki L., *Problematyka stanu wyjątkowego*, w: L. Janicki, M. Sobolewski, *Ustrój państwowy Republiki Federalnej Niemiec*, Poznań 1986.
- Janicki L., Koszel B., Wilczyński W., *Zjednoczenie Niemiec, Studia politologiczno-ekonomiczno-prawne*, Poznań, 1996.
- Joffe J., *The Secret of Genscher's Staying Power: Memoirs of a Slippery Man*, „Foreign Affairs“, nr 77 /1998.
- Jonca K., *Polska we „Wspomnieniach” Hansa-Dietricha Genschera*, „Zbliżenia”, nr 1/1998.
- Jung E. F., *Genscher „Erinnerungen“ im Rückblick. Eine kritische Nachlese*, w: Buchstab G., Kleinmann H.-O., *Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich- Demokratische Politik*, Köln. Weimar. Wien 1998.
- Hajnicz A., *Ze sobą czy przeciw sobie. Polska-Niemcy 1989-1992*, Warszawa 1996.
- Horn F., *Wschodniemiecka polityka Francji*, „Przegląd Zachodni“, nr 1/1991.
- Kaack H., *Die FDP, Grundriss und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik. 3.*, Meisenheim am Glan 1979.
- Kaczmarek T., *Cud gospodarczy Niemiec. Ludwiga Erharda koncepcja społecznej gospodarki rynkowej*, Warszawa 1997.
- Kaiser W., *Halle-New York-Halle: Hans-Dietrich Genscher*, w: Bublies Godau B., Faßbender M., Fleck H.-G., Frölig J., Jansen H.-H., Padberg B.-C., *Jahrbuch zur Liberalismus-Rorschung*, Baden-Baden 2003
- Kalicki W., *Ostatni jeniec wielkiej wojny. Polacy i Niemcy po 1945 roku*, Warszawa 2002.
- Karádi M.Z., *Polityka Niemiec wobec KBWE/OBWE*, w: K. Malinowski,

*Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i w Niemczech*, Poznań 2003.

Kiessler R., Elbe F., *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken, Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher*, Baden-Baden 1993.

Kinkel K., *In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten*, Berlin 1997.

Kirchner, E. J., *Genscher and what lies behind „Genscherism“*, „West European Politics“, nr 2/1990.

Kiwerska J., *Gra o Europę. Bezpieczeństwo europejskie w polityce Stanów Zjednoczonych pod koniec XX wieku*, Poznań 2000.

Kiwerska J., *Niemcy w zachodnich strukturach obronnych*, w: Mazur Z., *Rola nowych Niemiec na arenie międzynarodowej*, Poznań 1996.

Kiwerska J., *Stosunki RFN-USA w dobie rządów koalicji CDU/CSU-FDP*, w: A. Czubiński, *Droga Niemców do ponownego zjednoczenia państwa 1949-1990*, Poznań 1991.

Koerfer D., *Schwierige Geburten: Die Regierungsbildungen 1961, 1962, 1963 und 1965*, in: W. Mischnick (Hrsg.), *Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre der F. D. P.*, Stuttgart 1989.

Korte K.-R., *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, Stuttgart 1998.

Korte K.-R., *Die Chance genutzt?, Die Politik zur Einheit Deutschlands*, Frankfurt am Main, New York 1994.

Kosiński J., *Mniejszość niemiecka w Polsce*, „Sprawy Międzynarodowe”, nr 7-12/1992.

Koszel B., *Finalizacja kwestii niemieckiej i jej nowe prawnomiędzynarodowe regulacje*, w: J. Sawczuk (red.), *Zamknięcie kwestii niemieckiej 1989-1991. Studia i szkice*, Opole 2007.

Koszel B., *Konflikt na Bałkanach (1991-1999) a bezpieczeństwo europejskie*, *Zeszyty Instytutu Zachodniego*, nr 16/2000.

Koszel B., *Mitteleuropa rediviva? Europa Środkowo i Południowo-Wschodnia w polityce zjednoczonych Niemiec*, Poznań 1999.

Koszel B., *Niemcy i wojna domowa w Jugosławii. Czy Niemcy są odpowiedzialne za wybuch konfliktu jugosłowiańskiego?*, „Przegląd Zachodni”, nr 4/1993.

Koszel B., *Niemcy wobec transformacji w Europie Środkowej i Południowo-Wschodniej*, w: Z. Mazur, *Rola Nowych Niemiec na arenie międzynarodowej*, Poznań 1986.

Koszel B., *Trójkąt Weimarski*, Poznań 2006.

Krasoń A., *Partie polityczne Bundestagu wobec Inicjatywy Obrony Strategicznej (SDI)*, „Przegląd Zachodni”, nr 2/1987.

Krasuski J., *Droga SPD i FDP do koalicji i władzy*, w: Czubiński A., Janicki L., *Republika Federalna w dobie rządów koalicji socjaldemokratyczno-liberalnej*, Poznań 1985.

- Krasuski J., *Historia Niemiec*, Wrocław 2004.
- Krasuski, J., *Historia RFN*, Warszawa 1987.
- Krasuski J., *Niemiecka Republika Federalna w NATO i EWG 1955-1970*, Poznań 1972.
- Krause-Burger, *Wer uns jetzt regiert. Die Bonner Szene nach der Wende*, Stuttgart 1984.
- Križan M., *Nationalsimen in Jugoslawien. Von postkommunistischer nationaler Amanzipation zum Krieg*, „Osteuropa“, nr 2/1992.
- Krug G., *Hans-Dietrich Genscher*, Hamburg 1991.
- Lambsdorff O. G., *Nord-Süd*, „Liberal“, nr 11/1976.
- Leicht R., *Hans-Dietrich Genscher*, w: Sarkowicz, *Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Portraits*, München Beck 1999.
- Leipziger Universitätsreden. Neue Folge Heft 96. Ehrenpromotion Hans-Dietrich Genscher 6.05.2003, Leipzig 2004.
- Leśniewska K., *Rozwój programowy FDP na tle sytuacji społeczno-politycznej RFN w latach 1948-1997 i ogólnych założeń liberalizmu*, Warszawa 2000.
- Lorenz J., *Gefragt: Hans-Dietrich Genscher*, Bornheim 1983.
- Lucas H.-J. (Hrsg.), *Genscher, Deutschland und Europa*, Baden-Baden 2002.
- Mählert U., *Krótką historia NRD*, Wrocław 2007.
- Malendowski W., *Rozbrojenie*, w: W. Malendowski, Cz. Mojsiewicz, *Stosunki międzynarodowe*, Wrocław 2000.
- Malinowski K., *Polityka Republiki Federalnej Niemiec wobec Polski w latach 1982-1991*, Poznań 1997.
- Malinowski M. M., *Niepodległość Namibii*, „Sprawy Międzynarodowe“, nr 10/1990.
- Małachowski W., *Główne partie polityczne wobec integracji zachodnioeuropejskiej*, Warszawa 1978.
- Małachowski W., *Główne partie polityczne RFN wobec integracji zachodnioeuropejskiej*, Warszawa 1978 (na prawach rękopisu).
- Matz K. J., *Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie*, Düsseldorf 1989.
- Mazur Z., *Niemiecka polityka wobec ZSRR/Rosji*, w: Mazur Z., *Rola Nowych Niemiec na arenie międzynarodowej*, Poznań 1996.
- Mazur Z., *Odejscie Hansa-Dietricha Genschera*, „Przegląd Zachodni“, nr 3/1992.
- Mazur Z., *Pierwsze reakcje na plan Kohla*, „Przegląd Zachodni”, nr 4/1990.
- Mazur Z., *Plan Kohla*, „Przegląd Zachodni”, nr 3/1990.
- Mazur Z. *Rola nowych Niemiec na arenie międzynarodowej*, Poznań 1996.
- Mazur Z., *Stosunki amerykańsko-zachodniemieckie w okresie administracji Cartera*, „Przegląd Zachodni”, nr1/2, 1981.
- Mazur Z., *Stosunki między RFN a USA*, w: A. Czubiński, L. Janicki, *Republika Federalna Niemiec w dobie rządów koalicji socjaldemokratyczno-liberalnej (1969-1982)*, Poznań 1985.

Mende E., *Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit (1945-1961)*, München — Berlin 1986.

Mende E., *Von Wende zu Wende. Zeuge der Zeit 1962-1982*, München — Berlin 1988.

Miszczak K., *Deklarationen und Realitäten. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der (Volks-) Republik Polen von der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages bis zum Abkommen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (1970-1991)*, München 1993.

Młynarski A., *Niemcy jako polityczny problem Europy 1949-2002. Kontynuacja i zmiana polityki zagranicznej Konrada Adenauera*, Kielce 2006.

Moersch K., *Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer*, Frankfurt/M 1978.

Moroz P., *Polityka wschodnia FDP w latach 1961-1970*, Warszawa — Wrocław 1976.

Mintzel A., Oberreuter H. (Hrsg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1992.

Multan W., *Układ o likwidacji raket średniego i mniejszego zasięgu*, „Sprawy Międzynarodowe”, nr 2/1988.

Newhouse J., *Bonn, der Westen und die Auflösung Jugoslawiens*, „Blätter für deutsche und internationale Politik“, nr 10/1992.

Nowak E. K., *Zjednoczenie Niemiec a stosunki polsko-niemieckie*, „Sprawy Międzynarodowe”, nr 1/1991.

Pastusiak L., *Stosunki polityczne USA-RFN w okresie administracji Cartera*, „Sprawy Międzynarodowe“, nr 6/1980.

Piazza H., Fläschändrager W., Katsch G., Schwendler G., *Berühmte Leipziger Studenten*, Leipzig. Jena. Berlin 1984.

Picht R., *Deutsch-Französische Beziehungen nach dem Fall der Mauer: Angst vor „Großdeutschland“?*, „Integration“, nr 2/1990

Pięciak W., *Niemcy. Droga do normalności*, Warszawa 2000.

Popke G., *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockpartei- der LDPD*, w: Enquete –Kommission, „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. *Macht, Entscheidung, Verantwortung (II/IV)*, Baden-Baden. Frankfurt am Main 1995.

Wolff-Powęska. A., *Polska w polityce wschodniej Republiki Federalnej Niemiec*, „Przegląd Zachodni“, nr 3/1987

Rakowski M. F., *Dymisja kanclerza*, Warszawa 1975.

Rakowski W., *Zemsta polityka*, „Dziś”, nr 4/1996

Rathemann L., *Alma Mater Lipsiensin*, Leipzig 1984.

Ronholz E., *Deutsche Erblasten im jugoslawischen Bürgerkrieg*, „Blätter für deutsche und internationale Politik“, nr 7/1992.

Rycerska I., *Rozpad Jugosławii. Przyczyny i przebieg*, Kielce 2003.

Sas G., *NRD droga do tożsamości. Geneza, założenia i realizacja polityki ograniczania NRD od RFN (1970-1980)*, Poznań 1990.

- Sauzay B., Thadden R. von, *Miterrand und die Deutschen*, Göttingen 1998.
- Sawczuk J., *Narastanie przesłanek uruchomienia procesu zjednoczenia Niemiec w 1989 roku*, w: J. Sawczuk (red.), *Zamknięcie kwestii niemieckiej 1989-1991*. Studia i szkice, Opole 2007.
- Sawczuk J., *Od status quo do planu Kohla. Geneza zjednoczenia Niemiec w świetle opublikowanych dokumentów Urzędu Kanclerskiego (1989r.)*, Opole 2005.
- Sawczuk J. *SPD w dialogu politycznym z SED w latach osiemdziesiątych*, Opole 1991
- Sawczuk J., *Szkice do bilansu gabinetów socjalliberalnych*, Opole 1979.
- Schabert T., *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit*, Stuttgart 2002.
- Scheel W., (Hrsg.), *Die andere Deutsche Frage. Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nach dreissig Jahren*, Stuttgart 1981.
- Schmidt M., *Die FDP und die deutsche Frage 1949-1990*, Hamburg 1995.
- Schollwer W., *Das letzte Kabinett Brandt/Scheel. Aufzeichnungen 1972-1974*, Köln – Bonn 2006.
- Schollwer W., *Liberaler Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957-1961*, München – Wien 1993.
- Schollwer W., *Vor den Großen zur sozial-liberalen Koalition. Aufzeichnungen 1966-1970*, Köln 2004.
- Schuchardt H., *Dritte-Welt-Politik – eine Politik der verpassten Chancen?*, „Liberal“, nr 8/9 1977.
- Schulze H.R., Kiessler R., *H.-D. Genscher. Ein deutscher Aussenminister*, München 1990.
- Schwarz H.-P., *Die Ära Adenauer 1949-1957 (=Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2)*, Stuttgart – Wiesbaden 1981.
- Serczyk J., *Podzielone Niemcy. Przegląd dziejów niemieckich od kapitulacji Trzeciej Rzeszy do zjednoczenia obu państw niemieckich*, Toruń 1993
- Sobczak J., *W kwestiach Bundeswehry, NATO i zbrojeń*, w: A. Czubiński, L. Janicki (red.), *Republika Federalna Niemiec w dobie rządów koalicji socjaldemokratyczno-liberalnej (1969-1982)*, Poznań 1985.
- Solak J., *Rola Republiki Federalnej Niemiec w NATO w latach 1979-1994*, Poznań – 1997 (maszynopis pracy doktorskiej).
- Staack M., *Handelsstaat Deutschland: deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System*, Paderborn – München – Wien – Schöningh 2000.
- Staack M., *Die Zeit nach Genscher*, „Berliner Europa Forum“, Berlin nr 6/1992.
- Stadmüller E., *Granica lęku i nadziei. Polacy wobec Niemiec w latach dwudziestych*, Wrocław 1998.
- Stark H., *Jugoslawien*, w: R. Picht, V. Hoffmann-Martinot, R. Lasserre, P. Theiner, *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21 Jahrhundert*, München 1997.

Stern K., *Willi Brandt*, Warszawa 1996.

Stolarczyk M., *Friedensordnung in Europa jako środek prowadzący do zjednoczenia państwowego Niemiec*, w: J. Sawczuk (red.), *Zamknięcie kwestii niemieckiej 1989-1991*. *Studia i szkice*, Opole 2007.

Stolarczyk M., *Zjednoczone Niemcy w kształtowaniu bezpieczeństwa międzynarodowego w Europie*, w: B. Łomnicki, *Bezpieczeństwo państw Europy. Koncepcje i problemy lat 90*, Katowice 1997.

Sulowski S., *Dobre sąsiedztwo i polsko-niemiecka wspólnota interesów w latach dziewięćdziesiątych* „Rocznik polsko-niemiecki”, nr 8/1999, Warszawa 2000.

Sulowski S., *Uwarunkowania i główne kierunki polityki zagranicznej RFN*, Warszawa 2002.

Sułek J., *Geneza Republiki Federalnej Niemiec. Studium politologiczne*, Poznań 1977.

Sułek J., *Polityka wschodnia rządu „wielkiej koalicji” (1966-1969)*, Warszawa 1972.

Świderek S., *Strategia i polityka społeczna FDP*, „*Studia nad demokracją*”, nr 3/1982.

Thies J., *Die deutsche Außenpolitik in einer Risikophase*, „*Europäische Rundschau*“, nr 3/1989.

Thies J., *The art of travel*, „*European Affairs*”, nr 2/1991.

Tomala M., *Polityka wschodnia rządu Brandta, 1969-1972*, Warszawa 1972.

Tomala M., *Polska i Niemcy przed nowym etapem wzajemnych stosunków*, „*Sprawy Międzynarodowe*”, nr 10/1991.

Tomala M., *Polityka wschodnia NRF. Wybrane kierunki i problemy (1969-1972)*, red. B. Kowalski 1974.

Tomala M., *Zjednoczenie Niemiec, Reakcje Polaków*, Warszawa 2000.

Tomczak M., *Terroryzm w RFN i Berlinie Zachodnim*, Poznań 1986.

Wagner P. M., Bruck E., *Bauen am eigenen Denkmal*, „*Die politische Meinung*“, nr 8/1997.

Wagner W., *Kanzlerwechsel in Bonn*, „*Europa Archiv*“, nr 11/1974.

Walczak A. W., *FDP i SPD w opozycji*, „*Przegląd Zachodni*”, nr 4/1970.

Walczak A. W., *Rodowód polityki wschodniej NRF*, Warszawa 1972.

Waldenberg M., *Rozbicie Jugosławii*, Warszawa 2003.

Walkiewicz W., *Jugosławia, Byt wspólny i rozpad*, Warszawa 2003.

Walter F., *Partei der Bessergekleideten. Die FDP auf dem Weg zurück in die Zukunft*, „*Blätter für deutsche und internationale Politik*“, nr 9/1994.

Weidenfeld W., *Außenpolitik für die deutsche Einheit: die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart 1998.

Wengst U., *Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie*, München 1997.

Węc J.J., *Die Deutschlandpolitik Polens 1945-1991. Die deutsche Frage aus polnischer Sicht*, w: D. Bingen, J.J. Węc, *Die Deutschlandpolitik Polens 1945-1991*, Kraków 1993.

Węc J.J., *Ewolucja koncepcji tzw. realistycznej polityki odprężeniowej Hansa-Dietricha Genschera*, „Sprawy Międzynarodowe”, nr 7-8/1989.

Węc J.J., „*Problemy humanitarne*“ w polityce RFN wobec Bułgarii, Rumunii i Węgier, „Zeszyty Naukowe Akademii Ekonomicznej w Krakowie“, nr 274/1988.

Węc J. J., *FDP wobec polityki wschodniej RFN 1969-1982*, Poznań 1990.

Węc J.J., *Rozwój stosunków politycznych, militarnych i ekonomicznych między Polską a Republiką Federalną Niemiec po 1989 roku*, „Zeszyty Liberalne”, nr 5, Warszawa 1998.

Węc J.J., *Wpływ FDP na kształtowanie stosunków politycznych RFN z Polską w ostatniej fazie rządów koalicji socjalliberalnej (sierpień 1980-październik 1982)*, „Zeszyty Naukowe Akademii Ekonomicznej w Krakowie”, nr 183/1984.

Wickert U., *Sternstunde der Deutschen. Hans – Dietrich Genscher im Gespräch*, Stuttgart/Leipzig 2000.

Wildermuth U., *Von der FDP zur F. D. P.*, w: W. Mischnick, *Verantwortung für die Freiheit*, Stuttgart 1989.

Winkler H. A., *Długa droga na Zachód. Dzieje Niemiec 1933-1990. Tom 2*, Wrocław 2007.

Wirsching A., *Abschied vom Provisorium 1982-1990*, München 2006.

Wojciechowski S., *Integracja i dezintegracja Jugosławii na przełomie XX i XXI wieku*, Poznań 2002.

Wojtal A., *Chadecka koncepcja porozumienia i pojednania z narodem polskim w praktyce stosunków dwustronnych PRL-RFN w latach osiemdziesiątych*, „Zeszyty Niemcoznawcze PISM“, nr V(1) 1990.

Wojtaszczyk K. A. (red.), *Partie polityczne w Niemczech*, Warszawa 2004.

Wolff-Powęska A.(red.), *Niemcy współczesne. Zarys encyklopedyczny*, Poznań 1999.

Wolff-Powęska A., *Oswojona rewolucja. Europa Środkowo-Wschodnia w procesie demokratyzacji*, Poznań 1998.

Wolff-Powęska A., *Polska w polityce wschodniej Republiki Federalnej Niemiec*, „Przegląd Zachodni”, nr 3/1987.

Woyke W., *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder Tritt*, Hemsbach 2000.

Zeitler K. P., *Deutschlands Rolle bei der völkerrechtlichen Anerkennung der Republik Kroatien unter besonderen Berücksichtigung des deutschen Außenministers Genscher*, Marburg 2000.

Zelikow P., Rice C., *Germany Unified and Europe Transformed. A study in statecraft*, Cambridge-Massachusetts 1997.

Zieliński Z., *Niemcy. Zarys dziejów*, Kraków 2003.

Zięba A., *Deutschlandpolitik rządów Konrada Adenauera i Helmuta Kohla*, Toruń 2004.

Zundel R., *Hans –Dietrich Genscher. Immer und unter allen Umständen für li-*

*berale Politik*, w: Zundel R., *Zur Wahl gestellt. Ansichten, Absichten, Befürchtungen und Versprechungen von Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl, Helmut Schmidt, Franz-Josef Strauß*, Stuttgart – Zürich 1976.

## **V. Presse**

- „Berliner Zeitung“, 2007
- „Frankfurter Rundschau“ 1975, 2007.
- „Forum“, 2006
- „Gazeta Wyborcza“ (1992-2004)
- „Liberal“ (1966-1976)
- „Das Parlament“ (1965-1974)
- „Die neue Bonner Depeche“ (1983-1992)
- „Der Spiegel“ (1969-1999)
- „Der Stern“ (1969-1999)
- „Der Tagesspiegel“, 2007
- „Quick“, 1978
- „Die Welt“ (1969-1999), 2007
- „Wirtschaftswoche“, 1976
- „Die Zeit“ 1975, 1977, 1978, 2007
- „Dziennik“ 2007
- „fdk freie demokratische korespondenz“ (1969-1999)
- „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (1974-1999)
- „Nowa Myśl Polska“
- „Rzeczpospolita“ (1992-2004)
- „Süddeutsche Zeitung“, 1991, 2007
- „Wprost“ (1992-2004)

## **VI. Internet**

Balogh M., „Hans-Dietrich Genscher über die EU-Osterweiterung“, „Online Publications“ z 26.04.2004, <http://emagazine.credit-suisse.com/app/article/index2.cfm?fuseaction=OpenArticle&aoid=50833&lang=de>.

<http://www.genscher.de>





